



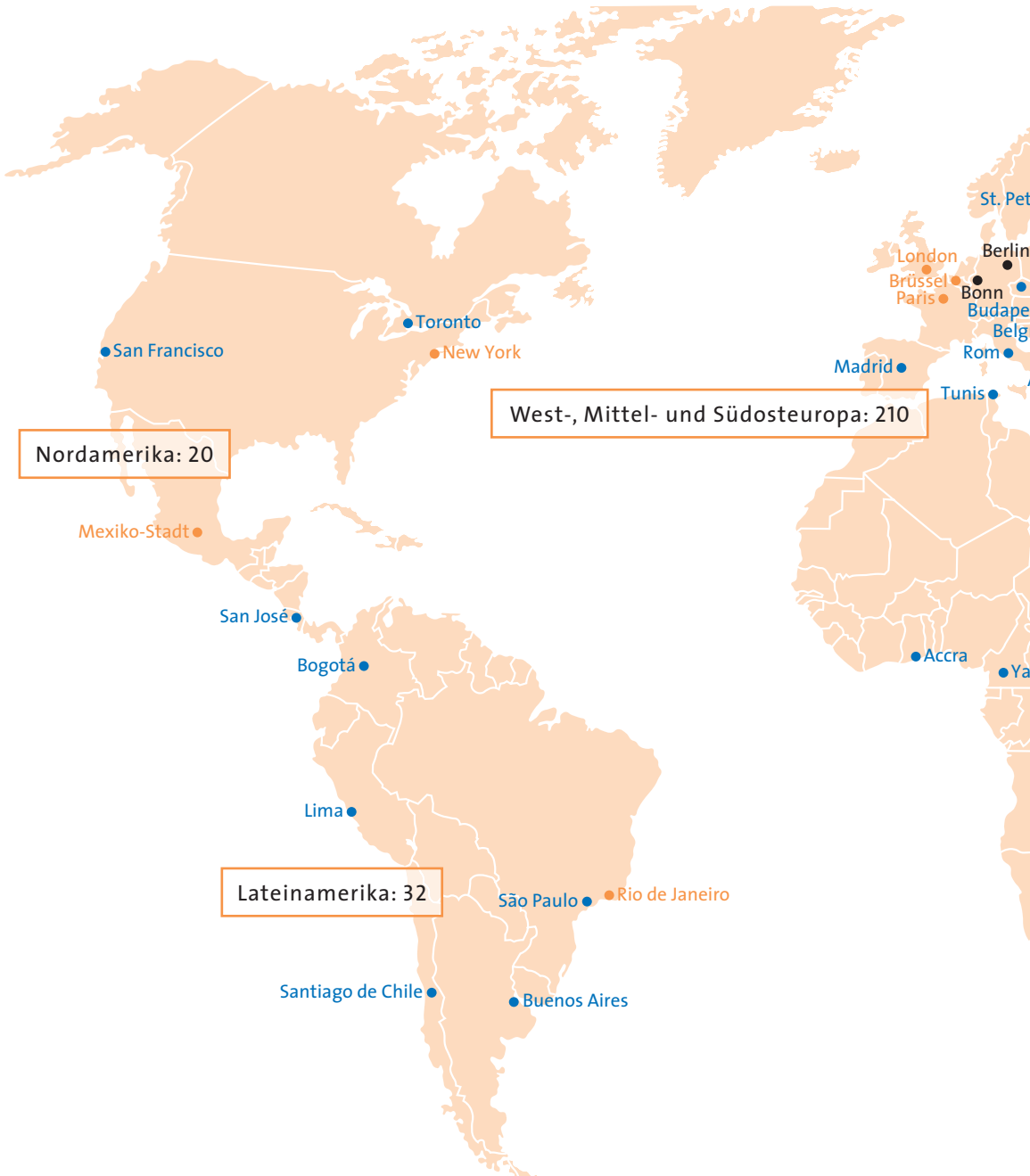
2016

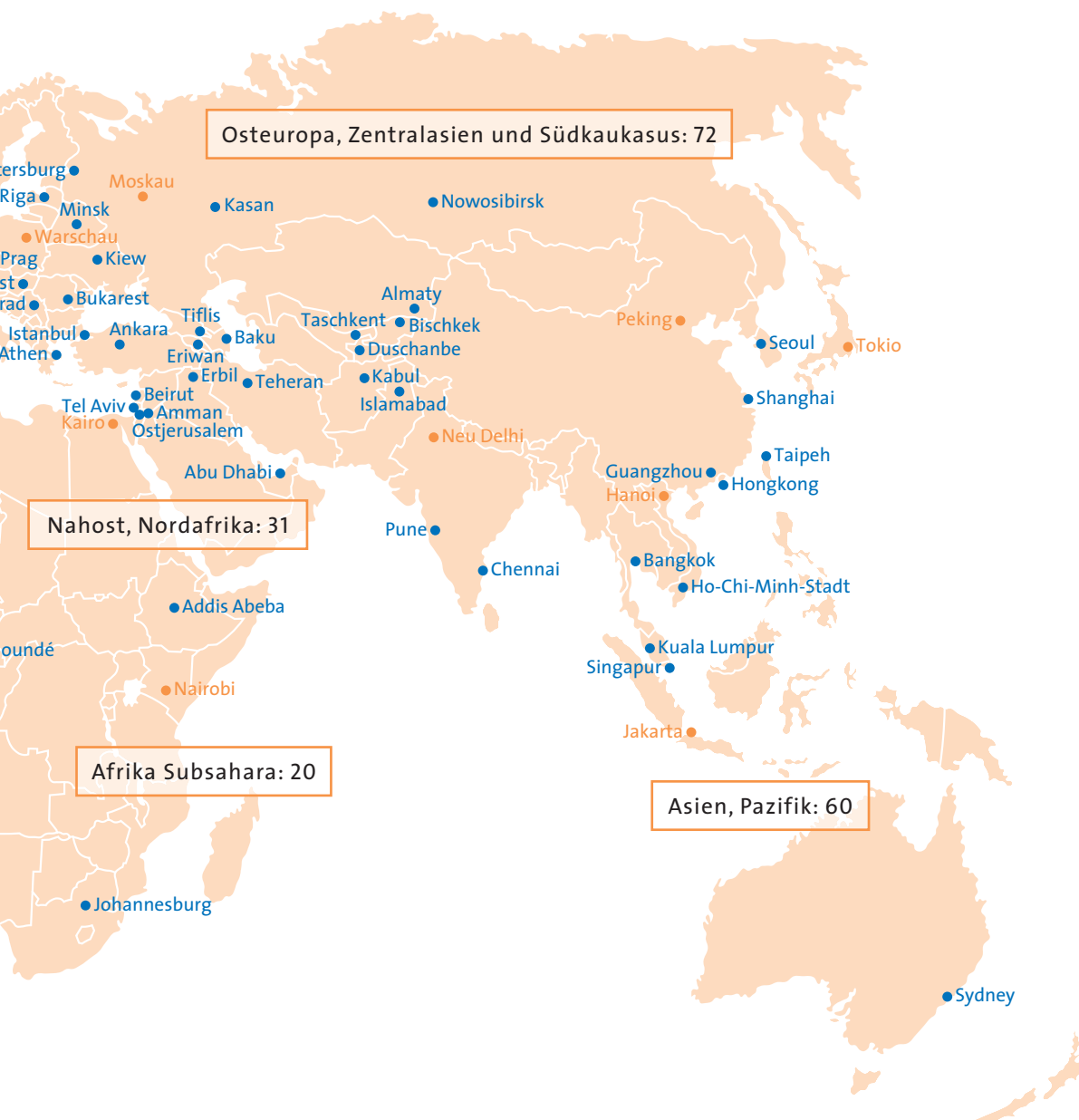
Berichte der Außenstellen

DAAD

Deutscher Akademischer Austauschdienst
German Academic Exchange Service

DAAD-Präsenz weltweit





- 15 Außenstellen
- 56 Informationszentren (IC)
- DAAD-Zentrale Bonn und Büro Berlin
- 445 Lektorate


Berichte der Außenstellen

des Deutschen

Akademischen

Austauschdienstes

2016



2016 lag der Anteil
der Frauen unter den
DAAD-Geförderten
bei 52 Prozent.



Aus Gründen der Lesbarkeit wurde im Text meistens die männliche Form gewählt. Selbstverständlich beziehen sich die Angaben aber auf beide Geschlechter.



Vorwort 6

Afrika

Kairo (Dr. Roman Luckscheiter) 9
 Nairobi (Dr. Helmut Blumbach) 19

Amerika

Mexiko-Stadt (Dr. Alexander Au) 29
 New York (Dr. Nina Lemmens) 39
 Rio de Janeiro (Dr. Martina Schulze) 49

Asien

Hanoi (Anke Stahl) 59
 Jakarta (Dr. Irene Jansen) 69
 Neu Delhi (Heike Mock) 79
 Peking (Dr. Thomas Schmidt-Dörr) 89
 Tokio (Dr. Ursula Toyka-Fuong) 99

Europa

Brüssel (Nina Salden) 109
 London (Dr. Georg Krawietz) 119
 Moskau (Dr. Peter Hiller) 129
 Paris (Christiane Schmeken) 139
 Warschau (Dr. Klaudia Knabel) 149

 Adressen 159

A portrait of Ulrich Grothus, a middle-aged man with short grey hair and glasses, wearing a dark suit, a blue and white striped tie, and a blue lanyard. He is looking slightly to the left of the camera with a neutral expression. The background is a blurred indoor setting with warm lighting.

Ulrich Grothus,
Stellvertretender
Generalsekretär
des DAAD

Liebe Leserinnen und Leser,

dass die Grundlagen der Arbeit des DAAD, Wissenschaft und Internationalisierung, noch mal ernsthaft infrage gestellt werden könnten, war noch vor Kurzem kaum vorstellbar. Ob wir schon im „postfaktischen Zeitalter leben“ und ob es in der Politik nicht schon immer „alternative facts“ gab, mag dahingestellt sein. Wenn aber zum Beispiel auf der Webseite der Environmental Protection Agency der USA der Hinweis, dass die für Wasserverschmutzung entwickelten Standards „wissenschaftsbasiert“ seien, ersetzt wird durch „economically and technologically achievable standards“, deutet das auf ein verändertes Verständnis in Bezug auf das Gewicht der Wissenschaft hin. Es wird wieder hoffähig, akademische Expertise als Privilegiensicherung einer selbst ernannten Elite abzutun und mit diesem Argument auch gleich unbequeme Forschungsergebnisse für falsch oder irrelevant zu erklären.

Um die Freiheit und die Ausstattung der Wissenschaft steht es aber auch aus anderen Gründen nicht überall gut. Das geht von den Massenentlassungen und Verhaftungen in der Türkei über die ideologische Kontrolle in China bis zu den schmerzhaften Kürzungen für Geisteswissenschaften

in den USA und Japan und massiven Einschnitten für Wissenschaft und Forschung in Brasilien. Immerhin wurde in Kanada inzwischen das Ende des „war on science“ verkündet.

Mit dem Wiedererstarken des Nationalismus wird auch die weltweite Mobilität infrage gestellt. Unter der neuen Tendenz zur Abschottung könnten vielerorts auch Wissenschaftler austausch und Hochschulkooperation leiden. Zugleich nimmt die studentische Mobilität weltweit weiter zu. Selbst Länder, die sich wie Polen gegen Zuwanderung aussprechen, wollen den Anteil ausländischer Studierender erhöhen und diversifizieren. In einer krisengebeutelten Europäischen Union gilt Erasmus vielen als das beste und erfolgreichste Programm.

Aber nicht nur in Bezug auf die Quantität, sondern auch auf die Qualität geht der Blick beständig über die eigenen Grenzen hinaus. Der Wunsch, mehr eigene Hochschulen in den oberen Rängen der internationalen Hochschulrankings zu platzieren, führt zu ganz unterschiedlichen Reformen und Initiativen.

Wie die wichtigsten Partnerländer der deutschen Hochschulen auf die jeweiligen nationalen und internationalen Herausforderungen reagieren, welche neuen Entwicklungen sich in deren Hochschulpolitik daraus ergeben und was das für die deutschen Hochschulen bedeutet, erfahren Sie auf den folgenden Seiten. Dabei steht den deutschen Hochschulen das Netzwerk der 15 Außenstellen und 56 Informationszentren (IC) des DAAD beratend zur Seite.

Die Außenstellen und IC halten den Kontakt mit den Partnern vor Ort und verfolgen die politische, wirtschaftliche, soziale und vor allem hochschulpolitische Situation im jeweiligen Gastland und stellen diese Expertise den deutschen Hochschulen zur Verfügung.

Umgekehrt bieten sie auch den Hochschulen, Studierenden und Ministerien in den Gastländern einen Informations- und Beratungsservice für Fragen über das deutsche Hochschulwesen und Studienmöglichkeiten in Deutschland an. Dabei arbeiten sie eng mit den Deutschen Botschaften, dem Goethe-Institut, der Alexander von Humboldt-Stiftung, den Hochschulen und den anderen Wissenschaftsorganisationen zusammen.

Für die Internationalisierungsstrategien der deutschen Hochschulen ist differenziertes Wissen über Wissenschaftssysteme, Standorte und zuverlässige Partner dringend erforderlich. Hier leisten die Außenstellen, die Informationszentren und die vom DAAD vermittelten Lektoren und Dozenten eine wichtige und einzigartige Arbeit.

Die Berichte der Außenstellen und der Jahresbericht des DAAD stehen Ihnen auf der Website (www.daad.de/berichte) auch elektronisch zur Verfügung. Dort finden Sie außer den Berichten auch zusätzliche Informationen zu einzelnen Ländern und Programmen. Selbstverständlich können Sie auch das Auslandsnetzwerk zur Beratung und Planung Ihrer Vorhaben in den verschiedenen Regionen nutzen.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre



Ulrich Grothus

Ulrich Grothus
Bonn, im April 2017

Mehr Wettbewerb wagen



Dr. Roman Luckscheiter leitet die Außenstelle Kairo seit September 2014. Die Außenstelle besteht seit dem Jahr 1960 und hat zurzeit 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Kredit kann man einwerben, aber auch verspielen. Das politische Handeln in Ägypten hat 2016 letztlich beides getan. Im November konnte die Regierung des hoch verschuldeten und devisenarmen Landes unter Staatspräsident El Sisi den Erfolg verbuchen, vom Internationalen Währungsfonds einen Kredit von 12 Mrd. US-Dollar zu erhalten. Damit ist zum einen die optimistische Annahme verbunden, dass das ägyptische Wirtschaftswachstum bis 2017/2018 auf 4,8 Prozent steigt (nach immerhin 3,3 Prozent in 2016), zum anderen sind daran aber auch Bedingungen geknüpft wie drastischer Subventionsabbau, Einführung einer Mehrwertsteuer und die Freigabe des Wechselkurses. Kaum war Letztere im November erfolgt, stürzte das Pfund um 50 Prozent ab. Preiserhöhungen liegen offiziell nun bei über 20 Prozent, in einzelnen Segmenten wie Nahrungsmitteln, Treibstoffen oder Medikamenten noch weit darüber. So birgt der gewonnene finanzielle Kredit die Gefahr, dass die Regierung den politischen Kredit, den ihr die Bevölkerung bisher noch gab, verliert.

Dem freien Markt ausgesetzt zu sein – dafür ist das Land nach Jahrzehnten des Paternalismus durch Sozialismus und Militär nur unzureichend vorbereitet. Fünf Jahre nach dem sogenannten Arabischen Frühling steht daher die Grundversorgung der Bevölkerung deutlich stärker im Zentrum der gesellschaftlichen Debatten als Fragen der politischen Partizipation. Rein formal gelten diese auch als gelöst: Das im Dezember 2015 gewählte Parlament hat im Januar 2016 seine Arbeit aufgenommen.

Nach einem Jahr ist es indes noch zu früh, um die Macht der Volksvertreter beurteilen zu können; dass das Parlament als Vorbild und Ermunterung zu freier und kritischer Meinungsäußerung in der Gesellschaft geführt habe, lässt sich allerdings nicht behaupten.

Der Versuch der ägyptischen Regierung, das Interesse von Investoren und internationalen Partnern (wieder) zu wecken, war im Frühjahr als 400 Seiten starkes Dokument unter dem Titel „Vision 2030“ erschienen: als anspruchsvolle Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Der zufolge soll das Land zu einer wettbewerbsfähigen, ökologischen und wissensbasierten Nation glücklicher Bürger transformiert werden – mit einem erstaunlichen Ehrgeiz in allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens, ob Energie, Justiz, Gesundheit, Bildung, Digitalisierung oder Kultur. Zur Lösung der ökonomischen Probleme sind zahlreiche staatliche Großprojekte vorgesehen: Nach der bereits erfolgten Erweiterung des Suezkanals und neben dem bereits begonnenen Bau einer neuen Hauptstadt südöstlich von Kairo steht dabei vor allem das 1,5-Millionen-Fedan-Projekt im Zentrum, ein Urbanisierungsvorhaben für Wüstengebiete, das die besiedelbare Fläche des Landes um rund 6.000 Quadratkilometer erweitern soll. Um die junge Generation, die ganz besonders von der hohen Arbeitslosigkeit betroffen ist, einzubinden, wurde ein „Presidential Leadership Programme“ aufgelegt, das künftige Entscheidungsträger aufbauen und insbesondere in ökonomischem Sachverstand schulen soll. >



Ein Blick aufs Mittelmeer:
In Alexandria befindet
sich der größte Seehafen
Ägyptens.

*Stipendien für syrische
Flüchtlinge*

*Neue Karriereausrichtung
bei Studierenden*

Erste „Cairobi“-Konferenz

*Erfolgreicher Social-Media-Auftritt
des DAAD*

Entwicklung im Land

Start-up-Boom



Eine Bücherstube: So ging Wissenstransfer vor der Digitalisierung.

Doch noch kreieren solche Programme Parallelwelten, wie etwa die erste staatliche „Jugendkonferenz“, die in Sharm El Sheikh mit 3.000 Jugendvertretern das „Jahr der Jugend“ krönen sollte. Zyniker schrieben dazu in den sozialen Medien, dass diese Konferenz ein größeres Publikum hätte erzielen können, wäre sie in einem Gefängnis abgehalten worden – anspielend auf die zahlreichen inhaftierten jungen Aktivisten. Der Kontrast ist symptomatisch: Das „neue Ägypten“ zeigte auch 2016 seine Schattenseiten. Ein einschneidendes Ereignis war der bestialische Mord am italienischen Doktoranden Giulio Regeni, der am Revolutionstag verschwand und dessen von Folter verunstaltete Leiche Anfang Februar an einer Straße am Rande Kairo gefunden wurde. Er hatte über freie Gewerkschaften geforscht und unter Pseudonym publiziert. Mit ihrer wenig

DEUTSCH-ÄGYPTISCHE BEITRÄGE ZUR NACHHALTIGEN LANDWIRTSCHAFT



Ackerbau und Viehzucht sind eine wichtige Grundlage der Wirtschaft.

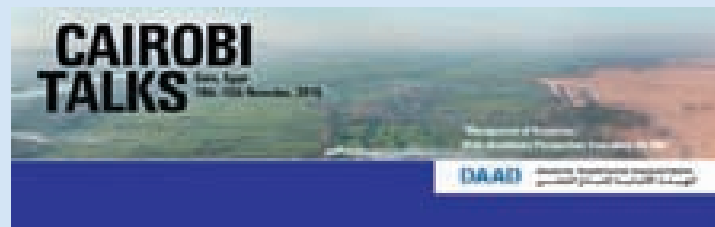
wächst und fruchtbares Land nur 4 Prozent der Landesfläche ausmacht, kann bilaterale Forschung Modelle entwickeln, wie zwei zentrale Prinzipien – Sicherstellung der Ernährung einerseits, Schonung der Umwelt andererseits – miteinander in Einklang gebracht werden und zu Innovationen führen können. Als Keynote-Speaker trat unter anderem Hany El Kateb auf, Mitglied des „Presidential Advisory Council of Scientists and Experts in Egypt“ und zugleich Vertreter der TU München. Er skizzierte, wie neue Kommunen in Trockengebieten geplant werden und dabei Aufforstung und Gewächshäuser, erneuerbare Energien und Wassermanagement, Wissenschaft und Industrie miteinander in Verbindung treten (müssen). Junge Gründer innovativer Farmen waren auf der Tagung folgerichtig ebenso präsent wie Experten internationaler Organisationen.

Eines der Fächer, in denen die Zusammenarbeit zwischen Ägypten und Deutschland besonders intensiv ist, sind die Agrarwissenschaften mit Forschungsprojekten von Viehzucht bis Pflanzenkunde, Biotechnologie und Agrarökonomie. Das Deutsche Wissenschaftszentrum Kairo mit dem DAAD als Konsortialführer zollte dieser Tatsache Tribut und richtete seine Jahreskonferenz zum Thema „Thoughts for food – sustainable agriculture and its technological and social opportunities“ aus, gemeinsam mit der EU-Delegation und dem ägyptischen Agrarforschungszentrum. Gerade in einem Land wie Ägypten, wo die Bevölkerung jedes Jahr um rund 2 Millionen Menschen

Nilanrainer-Alumni treffen sich zur ersten „Cairobi“-Konferenz

Zwei Außenstellen des DAAD liegen auf dem afrikanischen Kontinent, getrennt durch die althergebrachte Einteilung in „Nordafrika“ und „Subsahara-Afrika“, aber verbunden durch Afrikas berühmtesten Fluss, den Nil – und die Herausforderungen, denen die Länder zwischen Kenia und Ägypten nilabwärts ausgesetzt sind.

Das nahmen die Leiter der beiden Außenstellen, Dr. Helmut Blumbach und Dr. Roman Luckscheiter, zum Anlass, die „Cairobi Talks“ ins Leben zu rufen und erstmals gemeinsam DAAD-Alumni der Nilanrainerstaaten einzuladen. Vom 10. bis 12. November 2016 trafen sich daher in Kairo Forscherinnen und Forscher aus zehn Ländern, um zum Thema „Resource Management“ ihre aktuellen Projekte, lokalen Erfahrungen und regionalen Perspektiven zu erörtern: Ägypten, Kenia, Burundi, Ruanda, Sudan und Südsudan, Äthiopien, Tansania, Kongo und Ruanda waren jenseits politischer Spannungen zwei Tage lang im Schatten der Pyramiden vereint. Die Teilnehmer hatten zum Teil nicht nur weite Flüge hinter sich, sondern auch ein anspruchsvolles Auswahlverfahren. Manche von ihnen waren erstmals in Kairo. Ein wenig Arabisch konnten einige von ihnen verstehen:



Rund ein Drittel des Kiswahili-Wortschatzes hat aufgrund alter Handelsbeziehungen arabische Wurzeln. Ob es bei den Vorträgen um Forschungsergebnisse zu Wasseraufbereitung, zur Bekämpfung von Analphabetismus, zu Umweltschutz oder zur Nutzung von Open Educational Resources ging – immer wurde zweierlei klar: Erstens, wie sehr sich die Herausforderungen in den Ländern ähneln und welches Potenzial in einer regionalen Zusammenarbeit entlang des Nils liegt, und zweitens, wie wichtig die kulturelle Einbettung aller Forschung ist, damit sie auch in die Gemeinden und die lokalen Bildungssysteme hineinwirken kann. Der Zeitpunkt für eine Verbindung zwischen dem ägyptischen

Netzwerk unserer Alumni mit demjenigen der anderen Nilanrainerstaaten ist günstig: Ägypten öffnet sich zunehmend in Richtung Afrika und verfolgt die Strategie, in der African Union wieder eine aktive Rolle auszuüben. Die Gemeinsamkeiten sind augenscheinlich: Die wesentlichen Ressourcen des Kontinents sind seine Menschen. Es gilt, aus den oft verheerenden Schwächen seiner Länder Gelegenheiten zu machen für Innovationen, die den Menschen zugutekommen.

Im Dialog stellten Forscherinnen und Forscher aus zehn Staaten viele Gemeinsamkeiten fest (oben).

„Cairobi Talks“ war die erste Nilanrainer-Konferenz.

transparenten Aufklärungsarbeit löste die ägyptische Seite eine schwere diplomatische Krise mit Italien aus, die sich auch auf das Verhältnis Ägyptens zur Europäischen Union auswirkte – und vor allem die Wissenschaftler im Land, inländische wie ausländische, stark verunsicherte. Rückschläge hatte auch der ohnehin leidende Tourismus zu verzeichnen – neben der Landwirtschaft eine der wichtigsten Devisenquellen des Landes. Nachdem das mutmaßliche Attentat auf einen russischen Ferienflieger Ende 2015 zur Überarbeitung der Sicherheitsstrukturen an den Flughäfen geführt hatte und die Branche neue Hoffnung schöpfen konnte, stürzte im Mai 2016 eine Maschine von Egypt Air, aus Paris kommend, über dem Mittelmeer ab. Auch in diesem Fall konnte die Ursache bisher nicht geklärt werden. Ein drittes Beispiel für die Irritationen des vergangenen Jahres: Die Friedrich-Naumann-Stiftung verlegte ihr Regionalbüro nach 40 Jahren nach Jordanien, weil ihr die Arbeit in Kairo nur noch äußerst eingeschränkt möglich war.

Entwicklungen im Hochschulsektor

Für die staatlichen Massenuniversitäten im Land hat sich an den Grundbedingungen ihres Arbeitens nicht viel verändert – nur, dass es gegenüber den turbulenten Vorjahren deutlich ruhiger geworden ist. Doch unter den Studierenden scheint sich ein Paradigmenwechsel zu vollziehen. Bisher war eine Beamtenstelle in der öffentlichen Verwaltung das Ziel akademischer Karriereplanung. Ein wuchernder öffentlicher Dienst, der laut „Arab Knowledge Report“ der UNESCO rund 70 Prozent aller ägyptischen Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft stellt, hatte seit Langem die Funktion übernommen, den zahllosen Absolventen ein berufliches Zuhause zu bieten – bei geringem Einkommen, aber hohem Prestige. Jetzt aber gerät der Unternehmer plötzlich zur postrevolutionären Leitfigur: Wenn schon nicht die Partizipation am politischen Diskurs gelingt, so soll sie doch wenigstens auf dem Markt stattfinden.

SUDANS WISSENSCHAFTLER WERBEN UM DEUTSCHE PARTNER



Beim ersten deutsch-sudanesischen Hochschulforum bahnten die Teilnehmenden neue Kooperationen an.

Auch im südlichen Nachbarland von Ägypten, für das die Außenstelle Kairo zuständig ist, tut sich einiges: Auf Initiative und Einladung des sudanesischen Hochschulministeriums fand vom 7. bis 9. März 2016 in Khartoum das „Erste deutsch-sudanesisches Hochschulforum“ statt. Ziel war, die Brücken zwischen den Wissenschaftlern beider Länder zu erneuern und auszubauen. Sie sind vitale Verbindungen in den Westen und Hoffnungsträger der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Einladung wurde nicht nur sehr gut angenommen, sie machte auch sichtbar, in wie vielen Fachgebieten Kooperationen schon bestanden und bestehen, sei es in African Studies, Agrarwissenschaften, Medizin, Public Health, Ingenieurwissenschaften, Architektur oder Archäologie, sei es mit der Universität Bayreuth, Heidelberg oder Köln. Nach der Abspaltung des Südsudans 2011 ist die Lage aktuell relativ stabil, wenngleich weiterhin Konfliktpotenzial innerhalb des autoritär geführten, politisch wie ökonomisch weitgehend isolierten islamischen Landes besteht. Deutschland wird sehr geschätzt, auch weil es sich als Vermittler in den Friedensverhandlungen stark engagiert. Die Nachfrage nach Deutsch als Fremdsprache steigt, die Deutschabteilung der Universität Khartoum könnte viermal so viele Studierende aufnehmen, wie es ihre Kapazitäten erlauben. Für das DAAD-Lektorat dort sind das gute Voraussetzungen. Für deutsche Hochschulen stehen über 50 sudanesischen Universitäten und mehrere Forschungszentren für Partnerschaften bereit.

Darin drückt sich nicht nur Skepsis dem Staat gegenüber aus, sondern auch eine weltweit zu beobachtende Begeisterung für Start-ups, die vor allem an den westlich ausgerichteten Privathochschulen des Landes gezielt gefördert wird. Vorreiter ist die American University in Cairo, aber auch an der German University wird der Nachwuchs in Innovationskraft und Selbstständigkeit geschult. Die staatlichen Hochschulen ziehen nun nach und suchen ihrerseits nach Wegen, „Entrepreneurship“ zu lehren.

Das bereits oben genannte Strategiepapier der nationalen „Vision 2030“ findet klare Worte bei der Analyse der Verhältnisse: Das aktuelle Hochschulsystem sei unterfinanziert, habe zu wenig Kontakt zum Arbeitsmarkt, verfolge keine konsequente Qualitätssicherung, motiviere den wissenschaftlichen Nachwuchs nicht und beherrsche kein Marketing. Bis 2030 soll daher Anschluss an die großen Wissenschaftsnationen gesucht, sollen Credit Points vergeben, die Besten mit Stipendien gefördert und der Privatsektor in die Curricula einbezogen werden. Außerdem schlägt das Papier vor, internationale Hochschulen einzuladen, Branch Campuses zu errichten, die sich selbst tragen und mittelfristig einen bedeutenden Teil des akademischen Nachwuchses übernehmen sollen. Dafür warb

STIPENDIEN FÜR SYRISCHE FLÜCHTLINGE

Der Krieg in Syrien bringt Flüchtlingsströme nicht nur nach Europa hervor, sondern auch in die arabischen Nachbarländer. Ägypten ist davon nicht in gleicher Weise betroffen wie etwa Jordanien, doch auch hier hat sich eine beträchtliche Zahl von Migranten – Schätzungen liegen zwischen 500.000 und 5 Millionen – insbesondere syrischer Herkunft niedergelassen. Das Auswärtige Amt hat dem DAAD zusätzliche Mittel bereitgestellt, mit denen Stipendien für besonders begabte junge Flüchtlinge in ihrer Region unterstützt werden können: für Studierendenangebote deutscher Hochschulen in Jordanien und Ägypten. Nach ihrer Ausbildung sollen die Geflüchteten später in der Lage sein, beim Wiederaufbau ihrer Heimat eine maßgebliche Rolle zu spielen. Während schwerpunktmäßig an der German-Jordanian University Studienplätze geschaffen werden konnten, erklärten sich auch die German University in Cairo und der Campus der TU Berlin in El Gouna bereit, jeweils bis zu zehn Flüchtlinge in ausgewählte, überwiegend ingenieurwissenschaftliche Masterstudiengänge aufzunehmen. An der staatlichen Helwan-Universität wiederum wurden Flüchtlinge im bilateralen Masterstudiengang „Heritage Conservation and Site Management“ eingeschrieben, der mit der BTU Cottbus durchgeführt wird. Hochschulen, DAAD und UNHCR sind nach den ersten Erfahrungen optimistisch, dass das Experiment aufgeht: Die Motivation derer, die diese Chance erhalten, ist ebenso enorm wie die Bereitschaft ihrer Hochschulen, sie mit zusätzlichem Aufwand zu fördern.

Im Rahmen seiner Berlinreise traf der ägyptische Hochschulminister Prof. Ashraf El Shihy auch DAAD-Präsidentin Prof. Margret Wintermantel (links).

DIES Conference: Für den Praxisbezug von Hochschulbildung gilt Deutschland als Vorbild.



Auf der ägyptischen Germanistikkonferenz bildete sich der Nachwuchs in Didaktik weiter.



Beim Falling Walls Lab Cairo 2016 wurden wieder zahlreiche Innovationen vorgestellt (unten links).

Informationstag in der Außenstelle Kairo: Kontakte zu deutschen Hochschulen sind heiß begehrt (rechts).

denn auch der bis vor Kurzem amtierende ägyptische Hochschulminister, Prof. Ashraf El Shihy, auf seiner vom DAAD organisierten Reise durch Berlin und Brandenburg. Neben Kooperationsmöglichkeiten in der Lehre, die er mit seiner brandenburgischen Amtskollegin besprach, ging es auch um Erfahrungsaustausch in der Forschungspolitik: Im Science Park Potsdam Golm diskutierte er mit Forschern der Max-Planck- und der Fraunhofer-Gesellschaft über Methoden des Technologietransfers und der Kommerzialisierung von Forschungsergebnissen.

DAAD Arbeit vor Ort

Die Außenstelle Kairo erlebte auch 2016 wieder eine hohe Nachfrage nach Zusammenarbeit mit deutschen Hochschulen und Wissenschaftlern

und kam ihr mit einer Vielzahl von Programmen und Veranstaltungen nach – allein die Angebote der DAAD Kairo Akademie wurden von über 2.500 Teilnehmern wahrgenommen. An den über 200 Bewerbungen auf ein Promotionsstipendium in Deutschland, das der DAAD gemeinsam mit der ägyptischen Regierung finanziert, lässt sich das Interesse in ähnlicher Weise ablesen wie an den rund 300 Bewerbungen um einen Hochschulsommerkurs oder an den rund 100 jungen Akademikern, die jede Woche die Außenstelle zur Beratung aufsuchen – und an der Tatsache, dass es bereits 19 Studiengänge gibt, deren Curriculum gemeinsam mit deutschen Partnern entwickelt wurde beziehungsweise umgesetzt wird. Das Deutsche Wissenschaftszentrum (DWZ), das bis 2016 vom Auswärtigen Amt als Verbund von Kontaktbüros deutscher Wissenschaftsorganisationen in Kairo gefördert wurde und das der DAAD als Konsortialführer leitete, kam mit seinen Auftritten in Internet und sozialen Medien auf über 30.000 Follower. Das DWZ musste für Veranstaltungen zu



Forschungsmöglichkeiten ein strenges Auswahlverfahren einführen, um dem Ansturm allein logistisch Herr werden zu können. Den gelegentlich aufkommenden Verdacht, dass internationale Förderangebote zu Braindrain führen könnten, konnte die Außenstelle in einer Konferenz gemeinsam mit der ägyptischen Akademie der Wissenschaften unter dem Titel „Brain Circulation“ eindrucksvoll relativieren: Im Dialog derjenigen Ägypter, die nach ihrer Promotion in Deutschland geblieben waren, mit denjenigen Alumni, die wieder zurückgekehrt waren, wurde deutlich, wie in der immer mobileren akademischen Welt Grenzen ohnehin verschwimmen und die biografischen Brückenschläge ins Partnerland für das Herkunftsland bestmögliche Zugänge zu Innovationen bedeuten können.

Mit seinen Alumni verfügt der DAAD in Ägypten über ein Netzwerk, das quasi in jeden Fachbereich und an fast jede wissenschaftliche Einrichtung des Landes hineinwirkt. Entsprechend treffsicher konnten mit ihrer Unterstützung 2016 Vorträge und Workshops organisiert werden, etwa in der Reihe „Social Dialogues on Innovation“, die der DAAD gemeinsam mit der FU Berlin und dem Orient Institut Beirut austrägt. Ein Schwerpunkt lag 2016 im Bereich Medizin. Hier fand ein Fachgespräch zu der Frage statt, wie ein staatliches Gesundheitswesen mit rasantem Bevölkerungswachstum einerseits und globalen Ansteckungskrankheiten andererseits effizient umgehen kann. Bei einer Podiumsdiskussion über „Entrepreneurship“ als Thema für Hochschulen zeigte sich noch eine ganz andere Zielgruppe als besonders einschlägig: Ein DAAD-Alumnus, der als Mentor Start-ups fördert, hatte gleich fünf Absolventen deutscher Auslandsschulen aus Ägypten mitgebracht, die in den letzten Jahren erfolgreich kleine Unternehmen gegründet hatten, sowohl im sozialen Bereich für die Vermittlung von Babysittern als auch im technischen Bereich für die ländliche

Tabelle 1 : Daten zum Bildungssystem Ägypten

Bevölkerungsdaten		Ägypten
Bevölkerungszahl absolut		91,51 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige		15,84 Mio.
Ökonomische Daten		
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP		10.891
Wirtschaftswachstum		2,23 %
Inflation		10,14 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten		Rang 44
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland		Rang 49
Knowledge Economy Index (KEI)		Rang 97
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen		
Bildungsausgaben		
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)		3,76 %
Eingeschriebene Studierende		
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)		2,54 Mio.
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)		46,19 %
Immatrikulationsquote		31,67 %
Absolventen nach Abschlussarten		
Bachelor + Master		547.925
PhD		6.877
Forschung (2014)		
Anteil der Forschungsausgaben am BIP		k. A.
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen		14.800
Internationalisierung und Bildungskooperationen		
Anteil ausländischer Studierender		1,78 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland		
1. Malaysia		
2. Kuwait		
3. Indonesien		
4. Thailand		
5. Syrien		
68. Deutschland		
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)		19.744
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)		0,80 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland (WS 2015/16)		2.308
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland		
1. Vereinigte Arabische Emirate		
2. Saudi-Arabien		
3. USA		
4. Deutschland		
5. Frankreich		

Quellen: DAAD, Statistik
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt
 Wissenschaft weltoffen
 The World Bank, Data
 UNESCO, Institute for Statistics

**Deutschlandtage in Ober-
ägypten: Der deutsche Bot-
schafter Julius Georg Luy
(1.v.r.) traf DAAD-Alumni
in Qena.**



**Tabelle 2 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland
nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2016 Ägypten**

A = Geförderte aus dem Ausland
D = Geförderte aus Deutschland

		Ägypten	
I. Individualförderung – gesamt		A	453
		D	56
1. nach Status			
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	95	
	D	13	
Studierende auf Master-Niveau	A	84	
	D	23	
Doktoranden	A	241	
	D	2	
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	33	
	D	18	
2. nach Förderdauer			
< 1 Monat	A	66	
	D	7	
1–6 Monate	A	29	
	D	8	
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	358	
	D	41	
II. Projektförderung – gesamt		A	1.092
		D	309
1. nach Status			
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	153	
	D	49	
Studierende auf Master-Niveau	A	360	
	D	99	
Doktoranden	A	112	
	D	33	
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	339	
	D	120	
andere Geförderte*	A	128	
	D	8	
2. nach Förderdauer			
< 1 Monat	A	686	
	D	240	
1–6 Monate	A	297	
	D	56	
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	109	
	D	13	
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)		A	1.545
		D	365
A und D – gesamt (I + II)		1.910	

* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

Nutzung von Solarenergie. Ihr Rezept für die Rolle der Hochschulen lautete: kritisches Denken fördern.

Deutschland ist einer der ersten Bezugspunkte in Ägypten, wenn es um Wissenschaft und Innovation geht. Das gilt insbesondere auch für die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft. Im Rahmen einer DIES-Konferenz zur Stärkung dieser Zusammenarbeit in der arabischen Welt konnten Politiker, Hochschul-lehrer und Unternehmer zusammengebracht werden, um existierende Modelle praxis-orientierter Hochschulbildung aus Ägypten, Jordanien und den palästinensischen Gebieten kennenzulernen und sich über „best practice“ auszutauschen. Den engsten Deutschlandbezug haben naturgemäß die Germanisten. Hier stand das Jahr 2016 unter dem Eindruck der Gründung von gleich drei neuen Deutschabteilungen an ägyptischen Hochschulen in der Provinz, was die Gesamtzahl auf nunmehr 15 erhöht. Unsere Germanistiktagung im Dezember, die der Vernetzung der 60 Teilnehmer aus Ägypten und Sudan untereinander dienen sollte und von den DAAD-Lektorinnen und -Lektoren maßgeblich mitgestaltet wurde, erfreute sich daher besonders großer Nachfrage. Dank der knapp 50 bestehenden Kooperationsprojekte und des ägyptischen Wafedin-Stipendiums, das deutschen Studierenden bis zu zwei Gastsemestern am Nil ermöglicht, bleiben auch die Zahlen der Besuche aus Deutschland von Wissenschaftlern und Studierenden auf hohem Niveau. Sie sorgen dafür, dass akademischer Austausch nicht nur Mobilität bedeutet, sondern auch Begegnung vor Ort.

Ein Abend in Kairo mit deutschen und jemenitischen DAAD-Stipendiaten brachte es auf den Punkt: Die Vielfalt des Gastlandes überrascht und motiviert über jede bürokratische Hürde hinweg. <<

Nairobi

Der Traum von guter Bildung für alle und die Grenzen des Wachstums



Dr. Helmut Blumbach leitet die Außenstelle Nairobi seit 2014. Die Außenstelle besteht seit 1973 und hat zurzeit zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Populismus made in Africa

Ein „Bulldozer“ auf Staatsbesuch: Ein Jahr nach seinem Amtsantritt absolvierte Tansanias Präsident John Magufuli im Oktober 2016 seinen ersten offiziellen Besuch in Kenia. Den Spitznamen gaben ihm Afrikas Medien und soziale Netzwerke, weil er durch direkte persönliche Intervention und Abstrafung der Verantwortlichen gegen Verschwendung, Inkompetenz und Korruption in Tansania vorgeht. „Was können unsere Politiker von Magufuli lernen?“, fragte die kenianische Presse. Und manch gequälte Journalistenseele, der ewigen Korruptionsskandale überdrüssig, zollte dem populistischen Stil Begeisterung, mit dem Magufuli, scheinbar aufseiten des einfachen Volkes stehend, diverse Missstände persönlich beseitigt. Aber es gibt auch kritische Stimmen. So die „Daily Nation“ (Nic Cheeseman) am 15. Oktober 2016: Längerfristig überwiege der Schaden,

den derartiger präsidentieller Aktionismus anrichte. Er stelle sich über das Gesetz, durchbreche institutionelle Barrieren, missachte die Gewaltenteilung. Die gleiche übergesetzliche Autorität, mit der die Verfehlungen der staatlichen Bürokratie verfolgt würden, wende sich gegen Kritiker in Medien und Zivilgesellschaft und gegen alle, die für eine rechtsstaatliche Ordnung einträten.

„Defekte Demokratien“ ...

Im östlichen und südlichen Afrika sind populistisch-autoritäre Führungsfiguren, die sich bei Bedarf über geltende Regeln hinwegsetzen, eher Normalfall als Ausnahme. Sie haben zum Teil ihre Verdienste um die Stabilisierung und wirtschaftliche Entwicklung ihrer Länder – aber Demokratisierung gehört nicht zu ihren Prioritäten.

Paul Kagame, Präsident Ruandas, wurde zuletzt 2010 mit offiziell 93,08 Prozent der Wählerstimmen im Amt bestätigt. Per Verfassungsreferendum hat er 2015 die Beschränkung auf zwei siebenjährige Amtszeiten aufheben lassen und wird sich aller Voraussicht nach 2017 wieder zur Wahl stellen. Präsident Yoweri Museveni in Uganda hatte bereits rechtzeitig zu den Präsidentschaftswahlen von 2006 eine Verfassungsänderung herbeigeführt, die ihm eine dritte sowie weitere Amtszeiten ermöglichte. Auch 2016 wurde er erneut gewählt, mit 60 Prozent der Stimmen. Beobachter halten diese Wahlen nicht für fair:

Tansanias neuer Präsident John Magufuli bei der Arbeit.





Der DAAD ist unterwegs
in Nairobi.

Notwendige Wahlrechtsreformen wurden verschleppt, Oppositionskandidaten bedrängt und unter Hausarrest gestellt. Kenia bereitet sich auf Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2017 vor. Wie ein Menetekel stehen die gewalttätigen, tribalistisch motivierten Konflikte nach den Wahlen von 2007 vor Augen. Niemand möchte, dass sich das wiederholt. Und dennoch bleibt Politik in öffentlicher Wahrnehmung vor allem das Ränkespiel der Führungsfiguren, die nicht für ein politisches Programm, sondern für ihre Ethnie stehen – und auch entlang ethnischer Linien polarisieren.

Allenthalben also „defekte Demokratien“. Der Terminus ist dem Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) entnommen, der in zweijährigem Turnus weltweit Transformationsprozesse in Richtung Demokratie, guter Regierungsführung und Marktwirtschaft analysiert. Der Bericht von 2016 verzeichnet für Uganda, Tansania und Kenia keinen Demokratisierungsfortschritt. Im Gegenteil: Die Zivilgesellschaften verlieren an Handlungsspielraum: Sie leiden unter Einschränkungen der Versammlungs- und Meinungsfreiheit, behördlicher Einschüchterung und polizeilicher Willkür.

... und weiterhin boomende Wirtschaft

Viel positiver als die politischen Entwicklungen sind auch 2016 die ökonomischen Kennziffern für die Region. Der von der Afrikanischen Entwicklungsbank, der OECD und UNDP herausgegebene African Economic Outlook errechnet

*Ostafrikanisch-Deutsche
Universität für angewandte
Wissenschaften in Planung*

*Teilprivatisierung
der Hochschulen*

*Mangel an promovierten
Hochschullehrern*

Defekte Demokratien

*Anhaltender
wirtschaftlicher Aufschwung*

*Rapides Wachstum
des ostafrikanischen
Hochschulsystems*



Eine grüne Oase mitten in der Metropole bietet die Millionenstadt Nairobi.



Studierende und Mitarbeiter sind stolz auf das Kilimanjaro Christian Medical University College in Tansania.

für 2016 für den Kontinent insgesamt ein Wirtschaftswachstum von 3,7 Prozent. Die Werte für das östliche Afrika liegen höher und reichen von 5,1 Prozent (Uganda) über 6,0 Prozent (Kenia), 6,8 Prozent (Ruanda) 7,2 Prozent (Tansania) bis 8,1 Prozent (Äthiopien). Mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von 1.300 US-Dollar jährlich stieg Kenia laut Weltbank in die Gruppe der „lower middle income countries“ auf. Dies spiegelt den anhaltenden wirtschaftlichen

Aufschwung wider, sagt aber nichts über die Einkommensverteilung in den genannten Ländern aus.

Die sozialen Proteste in Äthiopien und der darauf folgende Ausnahmezustand (siehe Infokasten) sind ein Indiz dafür, dass Wirtschaftswachstum alleine als Legitimationsbasis nicht ausreicht, wenn bedeutende Teile der Bevölkerung sich als Verlierer solchen Fortschritts empfinden.

Bildung – eine umkämpfte Ressource

Der anhaltende Konflikt zwischen Südafrikas Studierenden und der Regierung zeigt die politische Dimension des Themas Zugang zu höherer Bildung. Bei den zum Teil gewaltsamen Auseinandersetzungen geht es nicht mehr nur um die Abschaffung der Studiengebühren, die trotz staatlicher Kredite für die niedrigsten Einkommensgruppen nicht oder nur unter größten Einschränkungen bezahlbar sind. Unter dem Motto „Decolonize the Minds“ fordern die Studierenden die Abschaffung eurozentristischer Lehrpläne, die Diversifizierung des noch immer überwiegend weißen Lehrkörpers, die Tilgung von Reminiszenzen an Kolonial- und Apartheidzeit im Erscheinungsbild der Hochschulen – kurz: einen tiefgreifenden Wandel universitärer Kultur, der eine wirkliche Inklusion traditionell unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen ermöglicht. Südafrikas Universitäten sind jedoch Abbild eines politischen Systems, das weder die Ressourcen für gebührenfreie Studienplätze aufzubringen bereit ist noch glaubwürdig eine allseitige Teilhabe fördert. Dies ist – in Verbindung mit Korruptionsaffären an der Staatsspitze – wohl der Kern der Legitimationskrise des ANC.

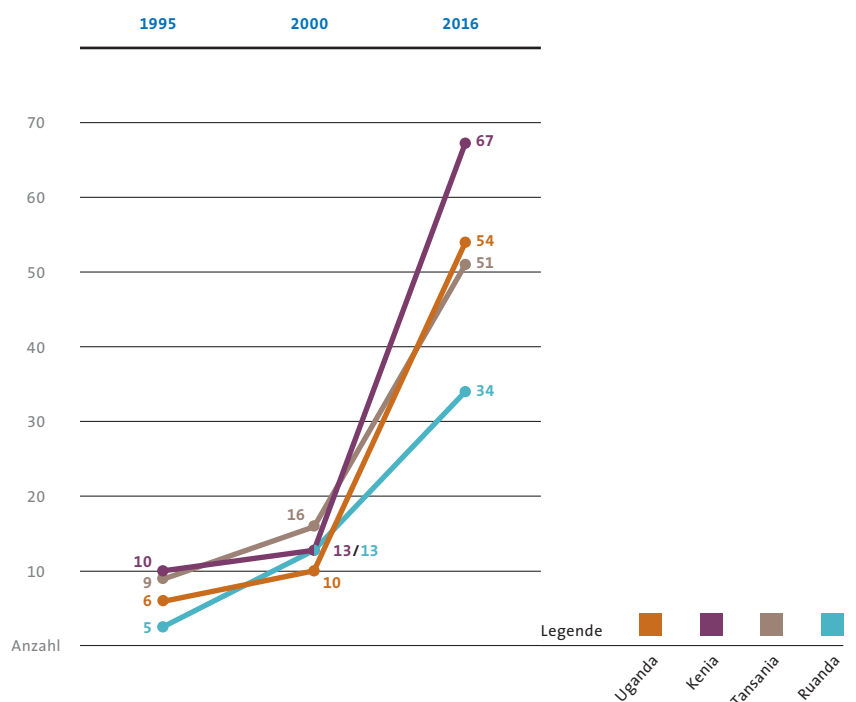
Szenenwechsel nach Nairobi, Oktober 2016: Im gepflegten Park des Präsidentenpalais, des kolonialen „State House“, versammelt sich bei strahlendem Sonnenschein Kenias akademische Führungselite: In ihren bunten Roben erinnern Rektoren und Prorektoren an spätmittelalterliche Musketiere. Die Blaskapelle der Polizei spielt Märsche, Studentenchöre singen patriotische Lieder. Alles wartet auf den Auftritt von Präsident Uhuru Kenyatta, der acht vormalige Colleges in den Stand einer Universität erheben wird. Die Szenerie wirkt nicht sonderlich „decolonized“, aber dennoch kenianisch-entspannt. Der Präsident sorgt in seiner Ansprache für eine echte Überraschung:

Weitere Universitätsneugründungen könne sich das Land nicht leisten, stattdessen sollten sich die bestehenden Hochschulen konsolidieren und ihre Qualitätsdefizite beheben. Ernste Gesichter bei den Würdenträgern!

Auch in Ostafrika gilt: Bildung ist eine knappe Ressource. Trotz verbreiteter Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen ist das Studium – Fachrichtung eher sekundär – der einzige Weg zu besser bezahlten Jobs. Der teils der Demografie, teils dem verbesserten Zugang geschulte Anstieg der Zahlen der Sekundarschulabsolventen schafft einen erheblichen Nachfrage- druck. Die Konsequenz: rapides Wachstum als das hervorstechende Merkmal des ostafrikanischen Hochschulsystems während der vergangenen 20 Jahre (siehe Grafik).

Kenyattas Stopp für weitere Universitäten bedeutet erstmals das Eingeständnis, dass die Ressourcen auch Ostafrikas produktivster Volkswirtschaft für mehr als die nun 30 staatlichen Universitäten nicht ausreichen, und

Grafik 1 : Rasantes Wachstum – steigende Anzahl der Hochschulen in Ostafrika



dass eine Politik, die auf immer mehr neue Hochschulen setzt, ein gravierendes Qualitätsproblem geschaffen hat. Die Diagnose würde in den anderen ostafrikanischen Ländern ähnlich ausfallen. Überall besteht die politische Vorgabe, den Hochschulzugang zu verbreitern; überall besteht die Herausforderung darin, dies mit unzureichender staatlicher Finanzierung und einem gravierenden Mangel an qualifiziertem wissenschaftlichem Personal zu bewerkstelligen. Die Lösung, die die meisten Hochschulen gefunden haben, ist die Teilprivatisierung: in einem Paralleluniversum von Bezahlstudium für Berufstätige und diejenigen, die die Kriterien für staatlich finanzierte Studienplätze nicht erfüllten, von Abend- und Ferienkursen, von zahlreichen, an lukrativen städtischen Standorten miteinander konkurrierenden Zweigstellen der Universitäten und von Dozenten, die wie Handlungsreisende in Sachen Lehre von Hochschule zu Hochschule tingeln, verdienen die Universitäten das Geld, das sie über ihre staatlichen Budgets hinaus benötigen. Dass auch das nicht immer

ausreicht, um beispielsweise die vereinbarten Gehälter zu zahlen, zeigt der aktuelle Konflikt an der altehrwürdigen Makerere-Universität in Kampala, Uganda (siehe Kasten).

Es sei die Prognose gewagt, dass die gesellschaftlichen Konflikte um den Zugang zu tertiärer Bildung, wie sie in Südafrika sichtbar werden, auch anderswo auf dem Kontinent aufflammen werden – wenn die quantitativen, aber auch die qualitativen Defizite von der Bildungspolitik nicht behertzt als bisher angegangen werden. In Kenia immerhin arbeiten Bildungsministerium und die „Commission for University Education“ (CUE) unübersehbar an ihrer Reformagenda: flächendeckende Durchsetzung der von der CUE festgelegten Qualitätskriterien, notfalls auch durch Schließung von Hochschuleinrichtungen; Gründung eines National Research Fund als Einstieg in eine universitäre Forschungsförderung; regelmäßige Erhebung von Kerndaten des Hochschulsystems; Initiativen zur Verbesserung der Kooperation von Hochschulen und Wirtschaft.

OSTAFRIKAS ÄLTESTE UNIVERSITÄT: LEUCHTTURM ODER SANIERUNGSFALL?

Die Makerere University in Ugandas Hauptstadt Kampala leidet unter chronischer Unterfinanzierung und einer starken Politisierung. Regelmäßige Streiks in Folge ausbleibender Gehaltszahlungen und gewalttätige Proteste der Studierenden bringen den Lehrbetrieb immer wieder zum Erliegen. Vorläufiger Höhepunkt der Eskalation war die Schließung der Universität im November/Dezember 2016 – die dritte nach 2007 und 2011. Die Universität ist eine staatliche Einrichtung, muss aber den überwiegenden Teil ihrer Einnahmen über private Mittel erwirtschaften. Der Anteil des Bruttosozialprodukts, den Uganda für seine staatlichen Hochschulen ausgibt, belief sich in den letzten Jahren auf gerade einmal 0,35 Prozent – auch im Vergleich zu den Ausgaben seiner Nachbarländer Kenia (1 Prozent) und Tansania (0,9 Prozent) ist das sehr wenig. Da Studiengebühren nicht unbegrenzt erhöht werden können, gibt die Universität de facto mehr Geld pro Student aus, als sie von der Regierung und über die Gebühren erhält. Die finanziellen Engpässe sind durch kurzfristige Eingriffe nicht nachhaltig zu beseitigen.

Dennoch ist die älteste und renommierteste Universität Ostafrikas mit mehr als 40.000 Studierenden immer noch das Aushängeschild der stetig wachsenden Universitätslandschaft in Uganda und Anziehungspunkt für internationale Kooperationen. So ist ein grundsätzliches Nachdenken über die Rolle der Makerere University innerhalb des ugandischen Bildungssystems nötig: Soll ihr Kernbereich die postgraduale Ausbildung und die Forschung sein, dann müsste die Anzahl der mittelmäßig qualifizierten Studienanfänger begrenzt werden. Zugleich muss die Regierung sich fragen, wie viel Geld ihr dieser Leuchtturm mit internationaler Ausstrahlung wert ist.



Regionale Standards für eine gute Doktoranden- ausbildung: Darum ging es unter anderem bei der PhD-Konferenz in Nairobi im Rahmen des DIES-Programms.

Beim Falling Walls Lab – einem 2011 von der Falling Walls Foundation erstmals initiierten wissenschaftlichen Nachwuchswettbewerb, bei dem die Teilnehmer innerhalb von drei Minuten erklären müssen, wie ihre Projekte die Welt von morgen verändern können – bewertet die Jury die besten Forschungsideen (unten links).



DAAD-Außenstellenleiter Dr. Helmut Blumbach überreicht Justin Tiringa Nyasimba seine Stipendien- urkunde (unten rechts).

Aus der Arbeit des DAAD

Lässt man die Besucherliste 2016 des DAAD in Nairobi Revue passieren, so fällt der wachsende Anteil von Vertretern deutscher Hochschulen auf. Viele treibt die Frage um, welchen Platz sie Ostafrika in ihren Internationalisierungsstrategien einräumen sollen. Das große wirtschaftliche und wissenschaftliche Potenzial der Region spricht sich herum. Und es erscheint lohnend, in der Kooperation mit ostafrikanischen Partnerhochschulen die Hindernisse aus dem Weg zu räumen, derentwegen diese zur Zeit noch unterhalb ihrer Möglichkeiten bleiben.

Neben der „Partnervermittlung“ orientierte sich die Arbeit des Regionalbüros in Nairobi

auch 2016 im Rahmen der Afrika-Strategie des DAAD an den zuvor beschriebenen Herausforderungen, vor denen die Hochschulen in der Region stehen.

Mehr Doktoranden schneller und besser ausbilden

Eine davon ist der extreme Mangel an promovierten Hochschullehrern. Beispielhaft seien Zahlen aus Kenia genannt: Laut Statistik der Hochschulkommission gab es 2015 rund 15.000 Hochschullehrer, von denen nur 5.600 promoviert waren. Die gleiche Kommission hat festgelegt, dass ab 2018 niemand mehr ohne Promotion an Hochschulen unterrichten darf. Nötig wären also innerhalb von drei Jahren alleine 10.000 „nachgeholt“ Promotionen. >

DAAD-Alumni in Äthiopiens neuem Kabinett

Äthiopien erlebte 2016 den Gipfelpunkt einer bereits länger andauernden innenpolitischen Krise, die unter anderem durch Pläne für den Ausbau der Hauptstadt und der zusätzlichen Schaffung von Flächen für agrarindustrielle Entwicklungsprojekte begründet war. Verschiedene Regionen waren von gewaltsamen Unruhen mit Toten und Verletzten betroffen. Ausländische Investitionen, aber auch Hochschulen wurden Ziele von Übergriffen und Zerstörung. Anfang Oktober rief die Regierung einen sechsmonatigen Ausnahmezustand aus, der unter anderem leichtere und schnellere Implementierungen von Einschränkung von Persönlichkeitsrechten sowie der Informations- und Bewegungsfreiheit ermöglicht. Eine weitere einschneidende Reaktion war die massive Umbildung des Kabinetts im November. Als Richtgröße bei den Neuberufen galten nach Aussage der Regierung fachliche Exzellenz, Erfahrung, Durchsetzungskraft und Führungsstärke sowie eine

bessere ethno-linguistische Balance.

Unter den 21 neuen Ministern befinden sich fünf DAAD-Alumni, die an deutschen Universitäten promoviert haben und in ihren Ressorts als Experten gelten: Die Linguistin Hirut Woldemariam (Culture and Tourism) ist eine von insgesamt vier Frauen im 30-köpfigen Regierungskabinett. Neben internationalen Aktivitäten in Forschung und Lehre hat sie auf der administrativen Ebene nachhaltig zur Entwicklung ihrer äthiopischen Alma Mater, der Addis Abeba University, beigetragen. Getahun Mekuria ist Fachmann für intelligente Energienetze und wurde zum Wissenschafts- und Technologieminister berufen. Vor seiner Ernennung war er Stellvertretender Direktor des Addis Abeba Institute of Technology sowie Direktor und später Staatsminister mit dem Portfolio „Höhere Bildung“ in dem Ministerium, welchem er nun vorsteht. Sileshi Bekele (Water, Irrigation and Electricity) arbeitete zuvor als Senior Interregional Advisor für Water, Energy and Capacity

Development beim United Nations Department of Economic and Social Affairs (UNDESA) in New York. Der Wasser- und Klimaexperte entwickelte das Africa Climate Policy Center (ACPC) in Addis Abeba mit und baute die Arbeitsbereiche Wasser, Klimaforschung und Information, Landwirtschaft, Energie sowie CO₂-arme Entwicklung mit auf. Der Biologe Gemedo Dalle (Environment, Forest and Climate Change) lehrte und forschte an äthiopischen Universitäten zum Management natürlicher Ressourcen und war zuletzt Generaldirektor des Ethiopian Biodiversity Institute. Girma Amente (Public Enterprise) ist sowohl ein renommierter Forstwirtschaftler als auch ein erfahrener Manager. Als durchsetzungsstarke und innovative Führungskraft hat er sich in Äthiopien einen Namen gemacht, unter anderem als Präsident der Haramaya University und Direktor der Oromia State Forest Enterprise.

Eine unrealistische Perspektive, wenn man bedenkt, dass es insgesamt im Lande nur etwa 7.000 Doktoranden gibt und dass eine Promotion in Kenia durchaus fünf Jahre dauern kann.

Für Ostafrika stehen jedes Jahr etwa 15 DAAD-Doktorandenstipendien nach Deutschland zur Verfügung, die von einer in Nairobi tagenden deutsch-afrikanischen Gutachterkommission vergeben werden. Angesichts des Bedarfs ist das nicht viel. Die Bewerberlage (80 Anträge 2016) würde die Vergabe weiterer Stipendien zulassen.

Ergänzt wurde und wird das DAAD-Angebot durch Stipendien, die auf der Basis von Vereinbarungen mit den Regierungen der Partnerländer anteilig von diesen und dem DAAD finanziert werden. Die bisherigen Erfahrungen mit dieser Kooperationsform mit Kenia und Tansania sind gemischt: Es gab ausgezeichnete Bewerberinnen und Bewerber, die nach ihrer Rückkehr als Hochschuldozenten arbeiten. Es kam aber immer wieder zu Verzögerungen bei den Stipendenzahlungen, die über die jeweilige Botschaft in Berlin abgewickelt wurden.

Das Programm mit Tansania wurde 2016 nicht mehr fortgesetzt, da kein neuer Vertrag zustande kam, der die nötige Finanzierungssicherheit geboten hätte. Der Vertrag mit Kenia wird 2017 neu verhandelt, nachdem die Zuständigkeit auf kenianischer Seite an den National Research Fund übergegangen ist. Mit Ruanda wurde ein Programm vereinbart, das mit bis zu 20 Doktorandenstipendien 2017 beginnen wird.

Einen substanziellen Beitrag zur Ausbildung auf Master- und PhD-Ebene leistet das Sur-place/Drittland-Stipendienprogramm, das der DAAD weltweit in Entwicklungsländern zur Qualifizierung von Hochschullehrernachwuchs an ausgewählten Universitäten und Forschungseinrichtungen im Heimat- oder Drittland anbietet. Durch vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zusätzlich bereitgestellte Mittel konnten 2016 im östlichen Afrika erneut fast 300 Neustipendien zum Studium an 36 qualitätsgeprüften Hochschulen und Forschungszentren vergeben werden.

Die langjährige Zusammenarbeit mit dem Inter-University Council for East Africa (IUCEA) im Rahmen des DIES-Programms (DAAD/HRK) wurde auf der Basis einer 2016 neu geschlossenen Vereinbarung fortgesetzt. Im Fokus der nächsten Phase der Zusammenarbeit steht die Verbesserung der Qualität von Doktorandenprogrammen und Doktorandenbetreuung. Ergebnis einer internationalen Auftaktkonferenz im September in Nairobi ist ein zweigleisiges Vorgehen: Es werden regionale Standards für eine gute forschungsbasierte Doktorandenausbildung erarbeitet, die innerhalb der ostafrikanischen Gemeinschaft verbindliche Geltung erhalten sollen; und es wird überregional ein Trainingsprogramm für Betreuer von Master- und PhD-Kandidaten als Fernlehrgang entwickelt und mit verschiedenen regionalen Partnern in ganz Afrika angeboten. >

Tabelle 3 : Daten zum Bildungssystem Kenia

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	46,05 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	8,96 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	3.082
Wirtschaftswachstum	5,33 %
Inflation	6,88 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 90
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 91
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 110
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	5,51 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	539.749
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	41,2 %
Immatrikulationsquote	4,05 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	k. A.
PhD	k. A.
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	k. A.
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	2.215
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	k. A.
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. k. A.	
2. k. A.	
3. k. A.	
4. k. A.	
5. k. A.	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	12.132
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	8,23 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland (WS 2015/16)	635
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. USA	
2. Vereinigtes Königreich	
3. Australien	
4. Südafrika	
5. Saudi-Arabien	
11. Deutschland	

Quellen: DAAD, Statistik
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt
 Wissenschaft weltoffen
 The World Bank, Data
 UNESCO, Institute for Statistics

Die „Ostafrikanisch-Deutsche Universität für angewandte Wissenschaften“

In den boomenden Volkswirtschaften Ostafrikas steht paradoxerweise der hohen Jugendarbeitslosigkeit ein zunehmender Fachkräftemangel, insbesondere von Technikern und Ingenieuren, gegenüber: „Absolventen ohne Jobs – Jobs ohne Absolventen“ so das Dilemma eines Ausbildungssystems, das am Bedarf der

Industrie vorbeigeht. Ein praxisorientiertes und mit der Industrie koordiniertes Ausbildungsangebot für Ingenieure wird in der Region dringend benötigt.

In Kenia sieht man in den deutschen Fachhochschulen das Referenzmodell für eine derartige anwendungsorientierte Hochschulausbildung. Für das Jahr 2015 konnte an dieser Stelle berichtet werden, dass im Rahmen des DAAD-Programms „Fachzentren Afrika“ ein Projekt der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Dresden mit der Universität Taita Taveta ausgewählt wurde, um im Bereich Bergbau und Ressourcenmanagement Studiengänge nach dem Fachhochschulmodell aufzubauen. Diese Arbeit hat 2016 planmäßig begonnen. Zugleich ging die deutsch-kenianische Diskussion einen großen Schritt weiter und entwickelte die Vision einer „Ostafrikanisch-Deutschen Universität für angewandte Wissenschaften“, für die interessierte deutsche Hochschulen als Kooperationspartner gewonnen werden sollen. In enger Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt erarbeitete der DAAD in Kooperation mit der kenianischen Hochschulkommission und internationalen Experten eine Machbarkeitsstudie. Zwischenergebnis: Am Standort Kenia bestehen für diese Initiative geeignete Rahmenbedingungen und Interesse in Politik, Wirtschaft und Hochschulen. Das kenianische Bildungsministerium ebenso wie das Auswärtige Amt haben eine finanzielle Beteiligung angekündigt. Deutsche Fachhochschulen haben bereits Interesse signalisiert. Ihr Beitrag soll vor allem im Transfer von Know-how bestehen: Curriculumentwicklung, Industriekooperation, Entsendung von Gastprofessoren, Fortbildung für Lehrende und Administratoren, Aufbau von Gründerzentren. 2017 sollen die notwendigen zwischenstaatlichen Vereinbarungen geschlossen, konkrete Aufbaupläne erarbeitet und deutsche Partnerhochschulen über eine entsprechende Ausschreibung für das Projekt gewonnen werden. <<

Tabelle 4 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2016 Kenia

	A	D	Kenia
A = Geförderte aus dem Ausland			
D = Geförderte aus Deutschland			
I. Individualförderung – gesamt	A		387
	D		34
1. nach Status			
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	18	
	D	24	
Studierende auf Master-Niveau	A	127	
	D	1	
Doktoranden	A	237	
	D	4	
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	5	
	D	5	
2. nach Förderdauer			
< 1 Monat	A	5	
	D	2	
1–6 Monate	A	24	
	D	28	
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	358	
	D	4	
II. Projektförderung – gesamt	A		356
	D		110
1. nach Status			
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	27	
	D	42	
Studierende auf Master-Niveau	A	49	
	D	26	
Doktoranden	A	46	
	D	3	
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	187	
	D	34	
andere Geförderte*	A	47	
	D	5	
2. nach Förderdauer			
< 1 Monat	A	256	
	D	61	
1–6 Monate	A	47	
	D	49	
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	53	
	D		
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	A		743
	D		144
A und D – gesamt (I + II)			887

* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

Mexiko-Stadt

Zwischen Aufschwung und Trump – Mexikos Weg in die Zukunft



Dr. Alexander Au leitet die Außenstelle Mexiko-Stadt seit März 2014. Die Außenstelle besteht seit 2001 und hat zurzeit fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Vereinigten Staaten von Mexiko – wie der offizielle Name lautet – präsentierten sich 2016 einmal mehr als facettenreiches Land. Mexiko, Deutschlands wichtigster lateinamerikanischer Handelspartner, ist die zweitgrößte Volkswirtschaft Lateinamerikas und schon seit Jahren durch ein stabiles, wenn auch nicht dynamisches Wirtschaftswachstum gekennzeichnet. Das Land steht inzwischen an 15. Stelle der größten Volkswirtschaften der Erde und belegt den 12. Platz unter den wichtigsten Exportnationen. Neben Energiewirtschaft, Telekommunikation und dem Bankensektor ist der Automobilssektor der Motor der Wirtschaft.

Die mexikanische Automobilindustrie produzierte 2016 mit 3,46 Millionen Fahrzeugen erneut 2 Prozent mehr als im Vorjahr und verteidigte damit ihren Platz als viertgrößter Automobilexporteur der Welt. Besonders groß ist das Interesse deutscher Pkw-Bauer am Industriestandort Mexiko. Das wird deutlich, wenn man zum Beispiel die Neuinvestition von Audi von rund einer Mrd. Euro in das in diesem Jahr eröffnete Werk in der Nähe von Puebla betrachtet. Dort bieten 460 Hektar viel Platz und es sollen rund 20.000 neue Arbeitsplätze entstehen.

Mexiko benötigt allerdings zum Erhalt seiner Wirtschaftsleistung auch zukünftig ein weiterhin gutes Klima ausländischer Direktinvestitionen, die 2016 mit knapp 30 Mrd. US-Dollar erneut über 17 Prozent höher als

2015 lagen. Die ausländischen Gelder sind ein wesentlicher Treiber der wirtschaftlichen Stabilität des Schwellenlandes, in dem der Anteil des informellen Sektors am Arbeitsmarkt immer noch 55 Prozent beträgt und rund 50 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben.

Die Reaktion der mexikanischen Presse

Im ersten Halbjahr standen besonders die umstrittene Energiereform sowie die Gouverneurswahlen im Juni monatelang im Zentrum der medialen Berichterstattung und der öffentlichen Diskussionen in Mexiko: Insgesamt wurden zwölf neue Gouverneure und zahlreiche lokale Abgeordnete und Bürgermeister gewählt. Nach der Sommerpause rückte die Presse ihr Augenmerk dann zunehmend auf die Präsidentschaftswahl in den USA. Fast konnte man meinen, dass die einheimische Presse Berichte über die nationale Politik den Wahlereignissen im nördlichen Nachbarland unterordnete. Kein Wunder, denn die Tiraden und Drohszenarien des Präsidentschaftskandidaten Trump – gerade gegen Mexiko – trafen die Mexikaner ins Herz.

Was man in Mexiko für undenkbar hielt, bewahrheitete sich dann mit dem Wahlsieg Trumps im November. Der Spiegel resümierte die Stimmung in Mexiko kurz nach der Wahl Trumps so: „Das Land ist wie kein anderes von den USA abhängig – und nach der Wahl



Gemeinsam durchs Studium, gemeinsam durch die Nacht: Eine deutsche Austauschstudentin feiert mit ihrer mexikanischen Kommilitonin den Unabhängigkeitstag Mexikos.

Donald Trumps zutiefst verstört.“ Tatsächlich glich die Stimmung in Mexiko an den Tagen nach der US-Wahl einer landesweiten Schockstarre, weil die Maßnahmenpakete, die Trump angekündigt hatte, Mexiko hart, wenn nicht sogar sehr hart treffen können und vermutlich auch werden. Angedroht wurden hohe Zölle auf bisher zollfreie Exportwaren aus Mexiko – und somit die Aufkündigung des Freihandelsabkommens NAFTA – eine Besteuerung von Auslandsrücküberweisungen nach Mexiko und die Deportation von Millionen illegaler Latinos.

Auf welchem Fundament die aktuelle Entwicklung in Mexiko beruht, wurde 2016 einmal mehr deutlich, denn gerade dieses Freihandelsabkommen mit den USA ist eine der Hauptsäulen, auf die sich die Stabilität Mexikos stützt: >

Deutschlandjahr in Mexiko

Deutsch-mexikanische Hochschulkooperation

Erschütterung nach Trumps Wahlsieg

Defizitäres Schulsystem

Anhaltendes Wachstum der (Auto-) Industrie

Studium wird praxisorientierter

Einrichtung bilingualer Universitäten



Mexiko hat auch abseits der kolonialen Städte und langen Sandstrände viel zu bieten. Einer der vielen Anziehungspunkte für Touristen sind die Wasserfälle Agua Azul im Bundesstaat Chiapas.

2015 lieferte Mexiko quasi zollfrei Waren im Wert von über 320 Mrd. US-Dollar in die USA. Das sind fast 80 Prozent der mexikanischen Exporte überhaupt, die wiederum über 30 Prozent der mexikanischen Arbeitsplätze sichern. Aber mindestens ebenso gravierend: Die mexikanische Währung Peso verlor 2016 – auch bedingt durch den Dauerniedrigpreis beim Rohöl – gegenüber dem US-Dollar fast 20 Prozent ihres Wertes. Gift für die Wirtschaft Mexikos, die ebenso stark von Importen aus den USA abhängig ist. Der Trump-Effekt hat jedenfalls schon vor dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten am 20. Januar 2017 dazu geführt, dass der Autobauer Ford im Dezember Investitionen von 1,6 Mrd. Dollar in Mexiko strich.

Ein Ausfall von ausländischen Investitionen, ein Ausbremsen der Exporte durch angedrohte Zölle, dazu ein schwacher Peso und ein nach

Die Verkleidungen am mexikanischen Totentag, dem Día de los Muertos, sind für Kinder der Höhepunkt des Jahres.



wie vor niedriger Erdölpreis sind ein Mix, der darauf hindeutet, dass in Mexiko harte Zeiten anbrechen und sich das dortige Investitionsklima langsam eintrüben könnte.

Der Bildungsmotor läuft besser, stottert aber immer noch

Nach wie vor identifiziert die mexikanische Regierung die schlechte Ausbildung auf Schulniveau als eines der Haupthindernisse für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Auch wenn die 2013 beschlossene Bildungsreform im Schulbereich, die allgemein von der Bevölkerung Unterstützung erhält, erste Früchte zeigt, so werden durch die Reform auch die Hintergründe der mangelnden Bildungsqualität deutlich. Bei den in der Bildungsreform erstmalig eingeführten Lehrerevaluationen zeigte sich beispielsweise, dass die Hälfte aller evaluierten Englischlehrer selbst nur ungenügende Englischkenntnisse hatte und bei Lehrkräften weiterer Fachrichtungen im Grundschul- und teilweise auch im Gymnasialbereich ebenso große Kenntnisdefizite bestehen.

Die allgemeine Schulbildung bleibt weiterhin eine Achillesferse des Landes. Dies verdeutlicht auch die immer noch hohe Anzahl von

Schulabbrechern: Nach Aussage des mexikanischen Bildungsministeriums erhalten von 100 eingeschriebenen Grundschulern lediglich 35 einen gymnasialen Abschluss und insgesamt brechen bei den 12- bis 18-Jährigen rund 54 Prozent ihre laufende Schulausbildung ab.

Nachsitzen für Berufsanfänger

Auf der Suche nach guten Fachkräften und Talenten führen daher immer mehr Großunternehmen, gewissermaßen als Brücke für die fehlende Ausbildung, firmeneigene Bildungs-

kurse ein, um einerseits die defizitäre Schulausbildung ihrer Berufsanfänger auszugleichen und andererseits notwendige Kernkompetenzen zu schulen. Zahlreiche Unternehmen, darunter die Großbank Banamex, das Kaufhausimperium Liverpool und der Versicherungsriese Qualitas, haben erkannt, dass auf diese Weise der Mangel an gut ausgebildeten Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt zwar nicht behoben, aber abgeschwächt werden kann. Insbesondere dann, wenn die Firmen selbst Inhalte, Lehrpersonal und Arbeitsweisen ihrer unternehmensinternen Bildungskurse bestimmen können.



DAAD-Vierklang zum Auftakt des Deutschlandjahres

Präsenz auf der Industriemesse „Made in Germany“

Im Rahmen der Eröffnung des Deutschlandjahres in Mexiko im Juni 2016 organisierte der DAAD erstmalig in Mexiko einen Gemeinschaftsstand deutscher Forschungsinstitutionen, die sich auf der großen deutschen Industriemesse „Made in Germany“ präsentierten: Max-Planck-Gesellschaft (MPG), Fraunhofer-Gesellschaft und der DAAD mit Unterstützung der Kampagne „Research in Germany“ boten Hunderten von wissenschaftlich interessierten Messebesuchern Ansprechpartner, die fächerübergreifend und für die verschiedenen Karrierestufen Auskunft über Forschungs- und Karrieremöglichkeiten in Deutschland gaben. Die Beratung wurde

ergänzt durch allgemeine Informationen zur Forschungslandschaft in Deutschland, zu Fördermöglichkeiten und Forschungsschwerpunkten. Auf der Messe stellten über 60 Unternehmen die neuesten Spitzenenergieerzeugnisse deutscher Technik vor, die insgesamt von über 95.000 Besuchern bestaunt wurden. Zudem wurde der spektakuläre Science Tunnel der MPG präsentiert. Der DAAD war auf der Industriemesse darüber hinaus durch einen „Study in Germany“-Stand mit Beteiligung der Universität Göttingen sowie der Ausstellung „NanoArt“ des Centers für Nanointegration der Universität Duisburg-Essen vertreten. Parallel dazu fand – thematisch mit der Messe verbunden – ein großes DAAD-Alumnitreffen mit 250 Teilnehmern statt. Ein gelungener Wissenschaftsauftritt im Deutschlandjahr für den DAAD.



Mit über 95.000 Besuchern war die Industriemesse „Made in Germany“ das erste große Highlight des Deutschlandjahres in Mexiko.



„Allianz für die Zukunft“ – so lautet das Motto des Deutschlandjahres in Mexiko 2016/2017.

Der DAAD als Partner der mexikanischen Hochschulpolitik

In den deutsch-mexikanischen Panelkonferenzen diskutierten (v.l.n.r.):

Maria Fernanda López Olivio, Mexikanische Agentur für internationale Kooperation und Entwicklung (AMEXCID), Alexander Au, Leiter der DAAD-Außenstelle Mexiko, Kathrin Winkler, Direktorin der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Büro Lateinamerika, Manuel Molina, Strategiemanager des Fraunhofer-Zentrums IMW, und Thomas Hesse, stellv. Generalsekretär der Alexander von Humboldt-Stiftung.

Deutsch-Mexikanisches Forum der Wissenschaft, Technik und Innovation

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und der mexikanische nationale Wissenschafts- und Technologierat Conacyt organisierten Mitte November ein Ideen-Forum in Mexiko-Stadt. Der DAAD war maßgeblich an der inhaltlichen und organisatorischen Planung mehrerer Module des Forums beteiligt und erörterte mit deutschen und mexikanischen Partnern in den Panelkonferenzen des Forums „Emerging Priorities and Opportunities for Cooperation“ und „Dual Higher Education“

richtungsweisende Perspektiven für die mexikanische Hochschulpolitik und die binationale Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung. Auf deutscher Seite waren Repräsentanten des DAAD, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Alexander von Humboldt-Stiftung und der Fraunhofer-Gesellschaft vertreten, auf mexikanischer Seite Vertreter von Conacyt und der Mexikanischen Agentur

für internationale Kooperation und Entwicklung (AMEXCID) sowie Vertreter zahlreicher deutscher und mexikanischer Hochschulen.

Auch der Senat der Autonomen Universität Nuevo León im wirtschaftlich stärksten Bundesstaat Mexikos ließ sich vom DAAD bei seinen zukünftigen Aktivitäten im Bereich der Hochschulpolitik beraten.



Auch deutsche und andere internationale Automobilhersteller in Mexiko verlassen sich immer mehr auf hausinterne Bildungsprogramme, denn wie in anderen Kernsektoren

der mexikanischen Wirtschaft sind auch im Automobilsektor Fachkräfte mit guter Schulausbildung nicht leicht zu finden. Eine zunehmend hohe Industriedichte und Nachfrage im produzierenden Gewerbe machen kompetente Fachkräfte zusätzlich zur Mangelware. Gerade dieser Mangel an Fachkräften könnte aber die Hochkonjunktur dieser Branche nach Einschätzung zahlreicher Experten stark abbremsen.

MEXIKO BRAUCHT MEHR FORSCHER

Mexiko hat ein hohes Defizit an Forschern. Im mexikanischen Forschungsnetz SNI (Sistema Nacional de Investigadores) sind derzeit lediglich rund 25.000 Wissenschaftler registriert. Zu erwarten wären aber – berücksichtigt man die Zahl der Hochschulen, Studierenden und die Wirtschaftskraft Mexikos – weit über 100.000 eingetragene qualifizierte Akademiker. Gründe für dieses Defizit sind unter anderem die gemessen an der Gesamtzahl der Hochschulabschlüsse mit 1,3 Prozent nach wie vor niedrige Quote an jährlichen Promotionen sowie geringe Karrierechancen an den Hochschulen.

Angesichts der Präsenz von fast 2.000 Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung in Mexiko mit einem geschätzten akkumulierten Kapital von 25 Mrd. US-Dollar ist dies einer der Gründe, warum Deutschland über die Außenhandelskammer, das Bundesinstitut für Berufsbildung und die GIZ die mexikanische Regierung bei der Einführung und Implementierung eines mexikanischen Modells der dualen Berufsausbildung unterstützt.

Aktuelles aus der Hochschullandschaft

Auch auf Ebene der Hochschulen setzt sich der Trend der vergangenen Jahre hin zu einer arbeitsmarkt- und praxisorientierteren Studienausbildung dynamisch fort. Gerade in den technischen Fächern suchen die mexikanischen Hochschulen zunehmend innovative Formen der Zusammenarbeit mit Unternehmen, um Studieninhalte und von den Unternehmen geforderte Kompetenzen aufeinander abzustimmen. In Mexiko geschieht dies meist noch in einzelnen Pilotprojekten oder Praktika in Unternehmen, wobei für mexikanische Hochschulen – aber auch für das Bildungsministerium – als Zielgröße unternehmensintegrierte Studiengänge wie an deutschen Fachhochschulen oder dualen Hochschulen gelten. Nicht ohne Grund unternahmen gleich mehrere mexikanische Hochschulen Delegationsreisen nach Deutschland – unter anderem die renommierte Autonome Universität von San Luis Potosí –, um sich vor Ort über die institutionelle Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Unternehmen zu informieren.

Das Interesse sowohl bei Hochschulen als auch bei deren Studierenden an der Kombination von praxisorientiertem Studium und Praktika bei Unternehmen ist also enorm groß. Dementsprechend erfolgreich war in diesem Jahr der Start der vom BMBF geförderten Mexikanisch-Deutschen Hochschulkooperation (MDHK), die mit ihren 26 deutschen Mitgliedshochschulen mit der Privathochschule Tecnológico de Monterrey kooperiert. Die Programme der MDHK bieten Studierenden beider Länder ein studienintegriertes Austauschstudium an der Partnerhochschule mit Unternehmenspraktikum. Durch die besondere Dichte deutscher Unternehmen in Mexiko existieren attraktive Praktikummöglichkeiten für deutsche Studierende während ihres Studienaufenthalts in Mexiko. Zukünftig geplant

ZWISCHEN CHIHUAHUA UND CHIAPAS

Virtuelle Werbung für den Studienstandort Deutschland

Mit einer Nord-Süd-Ausdehnung von über 3.000 Kilometern ist Mexiko flächenmäßig fünfmal so groß wie Deutschland. Das wird umso deutlicher, wenn es darum geht, landesweit Interessierte über die Möglichkeiten eines Studiums oder eines Forschungsaufenthalts an deutschen Hochschulen zu informieren und zu beraten. Die Vertreter des DAAD in Mexiko nehmen zwar an Informationsveranstaltungen und Bildungsmessen im ganzen Land teil – im Jahr 2016 waren es über 50 Auftritte in 14 Städten – doch mit Blick auf die zahlreichen Anfragen aus der ganzen Republik wird schnell klar: Allein mit Präsenzveranstaltungen wäre die Beratungsarbeit des DAAD in einem Flächenstaat wie Mexiko schlichtweg unzureichend.

Weiterreichende Informationswege für die Beratung ermöglichen der Außenstelle digitale Kommunikationswege – ob über die neu gestaltete Website oder Auftritte in den sozialen Netzwerken. Neu hinzugekommen zum digitalen Portfolio sind Webinare, die die Außenstelle des DAAD regelmäßig und gemeinsam mit deutschen Hochschulen anbietet. Die Online-Vorträge informieren die Interessierten nicht nur

landesweit über spezifische Studienangebote, sondern laden gleichzeitig auch zum direkten Austausch mit Vertretern der jeweiligen Einrichtung ein.



Erinnerungsfoto: Teilnehmer des DAAD-Programms für mexikanische Studierende der Ingenieurwissenschaften besuchen das Brandenburger Tor.

sind zudem Doppelabschluss-Programme und gemeinsame Forschungsaktivitäten.

Verstärkte Zusammenarbeit mit Unternehmen auch im Bereich Forschung

Ein weiteres aktuelles Aktionsfeld im Hochschulbereich, das auch von der mexikanischen Hochschulrektorenkonferenz ANUIES vorangetrieben wird, ist der Technologietransfer. Nach wie vor sind die Kooperationsformen zwischen Universitäten und der Privatwirtschaft im Bereich der Grundlagen- und angewandten Forschung stark ausbaufähig. >



Das Gewinnerfoto des DAAD-Fotowettbewerbs „Deutsch-Mexikanische Hochschulkooperation“ zeigt die Zusammenarbeit in der Medizin: Ein mexikanischer Arzt diskutiert mit einem deutschen Austauschstudenten eine Patientendiagnose im staatlichen Krankenhaus in Guadalajara.

In diesem Sinne forderte auch Mexikos Bildungsminister Aurelio Nuño Mayer bei einem Diskussionsforum mit den wichtigsten Hochschulen und Wissenschaftsorganisationen Mexikos, dass sich die Finanzierungsmechanismen des mexikanischen Universitätssystems dringend ändern müssten. In Zukunft sollte ein großer Teil des universitären Budgets selbst erwirtschaftet werden – zum Beispiel durch die Annahme und Durchführung von industriellen Forschungsaufträgen. Diese Forderung ist bei Kenntnis des mexikanischen Hochschulsystems, das sich bisher nahezu komplett aus Mitteln des Bundes und der Bundesländer finanzieren lässt, geradezu revolutionär.

Internationalisierung wird in Mexiko immer wichtiger

Trotz des bereits hohen Niveaus der Internationalisierung des mexikanischen Wissenschaftssystems gewinnen Internationalisierungsstrategien in Mexiko für alle Akteure im Hochschulsystem weiterhin an Bedeutung. Während in den vergangenen Jahren besonders die

leistungsstärksten staatlichen und privaten Universitäten die Internationalisierung ihrer Einrichtungen dynamisch vorangetrieben haben, sind es inzwischen auch deutlich mehr technische und polytechnische Hochschulen, die sich aktiv um Internationalisierung bemühen. Das Bildungsministerium SEP unterstützt diese beiden Hochschultypen besonders bei ihren Bestrebungen durch die Einrichtung sogenannter BIS-Universitäten (Bilingual – International – Nachhaltig), an denen Englisch ab dem zweiten Studienjahr als Arbeitssprache etabliert wird und insbesondere Auslandsaufenthalte an Partnerhochschulen gefördert werden. Derzeit gibt es vier BIS-Hochschulen, weitere sind für 2017 geplant.

Als immer größeres Hindernis für die Internationalisierungsbemühungen mexikanischer Hochschulen und im Besonderen für die staatlichen Förder- und Stipendienprogramme erweist sich allerdings der kontinuierliche Wertverlust der mexikanischen Währung. Allein in den letzten beiden Jahren büßte der mexikanische Peso dem US-Dollar und dem Euro gegenüber mehr als 25 Prozent seines Wertes ein. Gerade für die Finanzierung von Auslandsaufenthalten bedeutet die Währungsabwertung enorme Kostensteigerungen. Der nationale Wissenschafts- und Technologierat Conacyt, größter nationaler und internationaler Stipendienggeber Mexikos, kündigte bereits an, dass 2017 – trotz stabilen Gesamtbudgets – mit

MIGRATIONSPROBLEMATIK AUCH THEMA DES HUMBOLDT-LEHRSTUHL

Migration, Flüchtlinge und Asyl sind nicht nur in Deutschland ein prominentes Thema der gesellschaftlichen Debatte. Der an der mexikanischen Elitehochschule Colegio de México (Colmex) angesiedelte und vom DAAD finanzierte Wilhelm und Alexander von Humboldt-Lehrstuhl ist aktuell mit dem deutschen Soziologen Prof. Ludger Pries, der sich thematisch intensiv mit der Migrationsproblematik auseinandersetzt. In mehreren vom Humboldt-Lehrstuhl organisierten internationalen Symposien und Konferenzen beschäftigten sich renommierte Wissenschaftler multiperspektivisch mit der Migrationsproblematik. In Mexiko befinden sich nach derzeitiger Schätzung über 1,2 Millionen Migranten, die größtenteils auf ihrem Weg in die USA dort „gestrandet“ sind.

einer Kürzung der Stipendienquote zu rechnen sei. Derzeit finanziert der Conacyt jährlich circa 1.800 Auslandsstipendien, davon 188 für Studienaufenthalte in Deutschland.

DAAD-Aktivitäten im Zeichen des Deutschlandjahres in Mexiko

Am 6. Juni 2016 eröffnete Außenminister Steinmeier in Mexiko-Stadt offiziell das Deutschlandjahr in Mexiko. Unter dem Motto „Allianz für die Zukunft“ stehen im Deutschlandjahr noch bis Mitte 2017 mehr als 1.000 Veranstaltungen zu Wissenschaft, Bildung, Innovation, Mobilität, Kultur und Nachhaltigkeit auf dem Programm.

Auch im Wissenschaftsbereich – Mexiko ist schließlich gemessen an den Austauschzahlen Deutschlands zweitwichtigster Partner in Lateinamerika – sorgt der DAAD gezielt mit abwechslungsreichen Veranstaltungsformaten, unterschiedlichen Partnern und Projekten in diversen wissenschaftlichen Themenfeldern dafür, dass während des Deutschlandjahres in Mexiko die intensive Beziehung beider Länder in diesem Bereich noch weiter vertieft wird.

Das Deutschlandjahr bietet zudem einen einmaligen Rahmen, um den mexikanischen Kooperationspartnern die Vielfalt der deutschen Förderlandschaft im Wissenschaftsbereich zu zeigen. Die mit der Alexander von

Tabelle 5 : Daten zum Bildungssystem Mexiko

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	127,02 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	23,28 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	17.276
Wirtschaftswachstum	2,25 %
Inflation	4,02 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 23
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 36
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 72
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	5,15 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	3.419.391
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	49,35 %
Immatrikulationsquote	29,94 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	533.867
PhD	5.119
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	0,54 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	18.417
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	0,24 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. k. A.	
2. k. A.	
3. k. A.	
4. k. A.	
5. k. A.	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	27.118
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	0,82 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland (WS 2015/16)	2.647
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. USA	
2. Spanien	
3. Deutschland	
4. Frankreich	
5. Vereinigtes Königreich	

Quellen: DAAD, Statistik
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt
 Wissenschaft weltoffen
 The World Bank, Data
 UNESCO, Institute for Statistics



Damaliger Bundesaußenminister
 Frank-Walter Steinmeier
 eröffnet im Juni 2016 das
 Deutschlandjahr in Mexiko.



Starker Andrang beim CareerDay 2016: Rund 1.500 Interessierte informierten sich am Stand des DAAD über Studienmöglichkeiten in Deutschland.

Hochkarätig besetzt: Politiker, Diplomaten, Vertreter aus Hochschule und Forschung besuchten das Alumnitreffen zum Thema „Innovation durch Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft“.



Humboldt-Stiftung gemeinsam finanzierte Konferenz „Sentidos – Sinne“ brachte im Oktober 2016 mehr als 30 internationale Wissenschaftler aus den Fächern Biochemie, Medizin, Psychologie, Neurowissenschaften, Literaturwissenschaft, Sprachwissenschaft, Philosophie und Tanzwissenschaft zusammen, welche die neuesten Erkenntnisse zur Sinneswahrnehmung interdisziplinär diskutierten. Darüber hinaus ermöglichte es das Symposium der Alexander von Humboldt-Stiftung, die durch ihren Generalsekretär vertreten war, und dem DAAD, sich in diesem Projekt gemeinsam als Wissenschaftsförderer zu präsentieren.

Tabelle 6 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2016 Mexiko

		Mexiko
A = Geförderte aus dem Ausland		
D = Geförderte aus Deutschland		
I. Individualförderung – gesamt		753
	D	92
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	360
	D	38
Studierende auf Master-Niveau	A	242
	D	11
Doktoranden	A	142
	D	14
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	9
	D	29
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	19
	D	24
1–6 Monate	A	9
	D	36
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	725
	D	32
II. Projektförderung – gesamt		309
	D	354
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	88
	D	190
Studierende auf Master-Niveau	A	63
	D	104
Doktoranden	A	11
	D	13
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	63
	D	45
andere Geförderte*	A	84
	D	2
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	178
	D	73
1–6 Monate	A	108
	D	252
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	23
	D	29
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)		1.062
	D	446
A und D – gesamt (I + II)		1.508

Neben zahlreichen rein wissenschaftlichen Veranstaltungen im Deutschlandjahr lud der DAAD auch zusammen mit dem Goethe-Institut, deutschen Schulen und der Außenhandelskammer zum „CareerDay 2016“ ein. Die Veranstaltung richtete sich an ein breites Publikum mit Interesse an Studien-, Forschungs- und Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland und ermöglichte zudem eine persönliche Berufsberatung bei in Mexiko ansässigen deutschen Firmen. Ein voller Erfolg für alle Beteiligten und die rund 1.500 Besucher.

Mexiko ist und bleibt für Deutschland ein wichtiger Partner im Wissenschaftsbereich. 359 Hochschulkooperationen belegen eine dynamische Vielfalt in gemeinsamen Forschungsprojekten und im Austausch von Studierenden und Wissenschaftlern. Aber auch im Bereich der Rekrutierung von Studierenden bieten sich für deutsche Hochschulen vielfältige Möglichkeiten. Der Anteil mexikanischer Studierender in Deutschland ist in den vergangenen zehn Jahren auch durch die zahlreichen DAAD-Programme und Marketingaktivitäten um 135 Prozent auf über 2.700 Studierende gestiegen. <<

* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

New York

The Divided States of America



Dr. Nina Lemmens leitet die Außenstelle New York seit 2014. Die Außenstelle besteht seit 1971 und hat zurzeit zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Gesellschaft, Politik und Hochschulen in den USA vor einer ungewissen Zukunft

Die zweifellos wichtigste Nachricht des Jahres 2016 verbreitete sich in der Nacht zum 9. November wie ein Lauffeuer von den US-amerikanischen Wahllokalen aus in die ganze Welt: Allen Umfragen und Vorhersagen zum Trotz wurde Donald J. Trump – der 70-jährige schillernde Immobilienmogul aus dem New Yorker Stadtteil Queens, Reality-TV-Berühmtheit, Twitter-König und selbsternannter Garant für die Umsetzung seines Wahlspruchs „Make America Great Again“, ein Mann ohne jegliche Erfahrung in einem öffentlichen Amt, der mit immer markigen, oft politisch völlig inkorrekten und/oder falschen Aussagen einen in

diesem Jahrhundert noch nie da gewesenen Wahlkampf voll ätzender Rhetorik geführt hatte –, „DJT“ also wurde zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt. Gegen 2.30 Uhr Ostküstenzeit, als die Hochrechnungen den Sieg eindeutig belegten, schienen alle, die zu diesem Zeitpunkt noch wach waren, für einen Moment in ungläubige Starre zu verfallen. Selbst der gerade gewählte „President elect“ wirkte überrascht, hatte doch wirklich niemand mit diesem Ausgang der anderthalbjährigen Wahlschlacht gerechnet. Dann jedoch teilte sich das Land: in eine jubelnde Hälfte, die nun auf einmal den Weg in eine – wie auch immer geartete – bessere Zukunft geebnet sah, und in eine andere – nach Wählerstimmen um fast drei Millionen Menschen größere – Hälfte, deren Schockstarre noch lange nach dieser denkwürdigen Nacht anhielt.

Was genau die Präsidentschaft von Donald Trump für sein Land und den Rest der Welt bedeuten wird, kann man zum Zeitpunkt, an dem dieser Bericht geschrieben wird (Februar 2017), kaum voraussagen. In gewisser Weise kann man das Bild, das die Wahlprognosen geliefert haben, jedoch auf die Präsidentschaft übertragen: Die Dinge können so ausgehen – oder auch ganz anders. Denn gewiss ist bei Präsident Trump nur, dass nichts gewiss ist.

Auf jeden Fall ist viel zu tun in einem Land, das gerade nach den Ereignissen des letzten Jahres gespaltenener scheint denn je – und zwar

Donald Trump wird Präsident der USA

Wissenschaftsförderung auf dem Prüfstand

Stelle des wissenschaftlichen Beraters in Kanada wieder eingerichtet

Studierendenschaft wird immer diverser

Roadshow für den Wissenschaftsstandort Deutschland



Typisch New York:
Manhattan Bridge, Yellow
Cab und im Hintergrund
das Empire State Building



Donald Trump spaltet das Land: Im Oktober sprach er vor begeisterten Anhängern in Phoenix (oben) ...

... aber auch nach seiner Wahl zum 45. Präsidenten der USA reißen die Proteste nicht ab (unten).

nicht nur bezogen auf den unerbittlichen Wahlkampf, der jegliche Grenzen der bislang üblichen Umgangsformen überschritt.

Ein paar Schlagworte zur Illustration: der „Iran Nuclear Deal“ und der damit verbundene Austausch politischer Gefangener sowie die Übergabe bis dato eingefrorenen iranischen Vermögens durch US-Behörden; zahlreiche Übergriffe lokaler Polizeikräfte gegenüber oft schwarzen, männlichen Bürgern – und die zunehmend aggressiven Reaktionen darauf; die endlosen Untersuchungen wegen Hillary Clintons Gebrauchs eines privaten E-Mail-Servers in ihrer Zeit als Außenministerin; die Diskussionen um russische Hackerangriffe auf amerikanische Server – und damit einhergehende Vermutungen, Russland habe Einfluss auf den Ausgang der Wahl nehmen wollen; immer wieder Schießereien mit tödlichem

Ausgang, in Einkaufszentren, in Schulen, in Hochschulen – und ein ablehnendes Votum für strengere Schusswaffengesetze im Senat; der erste Besuch eines amerikanischen Präsidenten in Kuba – nach 88 Jahren; der Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) im Irak und in Syrien; Bomben- und Messerattacken im Namen des IS, darunter das schlimmste Schusswaffenmassaker in der US-amerikanischen Geschichte in einem Nachtclub in Orlando, Florida, mit 49 Toten und 53 Verwundeten. Aber auch dies: Das wichtigste innenpolitische Projekt des 44. Präsidenten, die erste allgemeine Krankenversicherung – auch „Obamacare“ genannt – erreichte noch kurz vor der Präsidentenwahl eine Rekordhöhe von 20 Millionen Versicherungsnehmern. Und auch immer weniger Arbeitslose und steigende Beschäftigungszahlen verbuchte Obama für sich auf der Habenseite.

Wie genau der 45. Präsident Trump und sein in weiten Teilen unkonventionelles Kabinett die vor ihnen liegenden Herausforderungen annehmen werden, wie sie – wie stets versprochen – Einigkeit in einem Land geprägt von Uneinigkeit schaffen, die Wirtschaft zu ungeahnten Höhenflügen animieren, und welche Rolle sie im Konzert der Weltgemeinschaft spielen wollen, wird die Welt in den nächsten Monaten erfahren – vermutlich in Häppchen à 140 Zeichen.

Hochschulen und Wissenschaft: Was bleibt von Obama, was kommt danach?

Angesichts einer Zeitenwende lohnt ein Blick zurück auf die achtjährige Amtszeit von Präsident Obama. Welche wichtigen Wegmarken verbinden die Hochschulen mit seiner Regierung? Grundsätzlich nahm „Higher Ed“ einen wichtigen Platz auf der Agenda des ehemaligen Juraprofessors ein. Besonders am Herzen lag ihm zum Beispiel die Steigerung des Anteils

von Hochschulabsolventen unter den 25- bis 34-Jährigen – eminent wichtig in einem Land, das außerhalb der akademischen Welt über kein geregeltes System der Berufsausbildung verfügt. Erreicht hat Obama sein hochgestecktes Ziel – nämlich die Nummer eins in der Welt zu werden – zwar nicht, aber bei der Amtsübergabe hatten sich die USA mit einer Quote von 48 Prozent an Abschlüssen von Platz 12 auf Platz 10 vorgearbeitet.

Ein weiteres großes Thema: die Umstellung des Studienkreditsystems und Auflagen für Geldflüsse aus staatlichen Quellen. Wurden die Kredite zuvor von gewinnorientierten Banken ausgegeben, tritt nun der Staat als Kreditor ein – was für die Schuldner eine größere Sicherheit bei der Rückzahlung der oft immensen Studienschulden und der auflaufenden Zinsen bedeutet. Zudem stellt der Bund mehr Mittel für die staatliche Studienförderung in Form von „Pell Grants“ – mit dem deutschen Bafög vergleichbar – zur Verfügung. Auch gegen die profitorientierten Colleges, die ihren Kunden häufig hohe Studiengebühren für eine Ausbildung mit fraglichem Nutzen und vor allem zweifelhaften Berufschancen anbieten, ging die Regierung Obama konsequent vor. Die sogenannte „Gainful Employment Rule“ zwingt Hochschulen dazu zu belegen, dass ihre Absolventen in ihrem späteren Arbeitsleben so viel verdienen werden, dass sie die Studienschulden auch zurückzahlen können. Gelingt einer Hochschule dies nicht, können ihre Studenten keine staatlichen Darlehen beantragen – was de facto die Kundenbasis für die in diesem Sinne wenig erfolgreichen Hochschulen beschneidet. Ganz entschieden nahm Obama die Hochschulen auch bei der Aufgabe in die Pflicht, jegliche Art von sexueller Diskriminierung oder sexuellen Übergriffen auf dem Campus sofort zu untersuchen und gegebenenfalls zu ahnden. Auch hier drohen bei Missachtung der Vorschriften Einschnitte in die finanzielle Förderung aus Bundesmitteln.

Das alles sind Regulierungen, die Hochschulen an einer empfindlichen Stelle treffen können. Denn Budgetengpässe in der Akademia sind hier wie vielerorts ein Dauerthema. Auch wenn die Bundesstaaten nach den Jahren der Rezession mittlerweile wieder etwas mehr Geld in die Wissenschaft pumpen, reicht das Geld gerade bei den großen staatlichen Forschungsuniversitäten nicht aus. Die Folgen: steigende Studiengebühren und die Geburt eines neuen Typs von Hochschulangehörigen, den sogenannten „Permadoocs“. Gemeint sind hier diejenigen hochqualifizierten Wissenschaftler, die einen Großteil der universitären Lehre und Forschung stemmen, sich dabei aber von einem befristeten Anstellungsverhältnis zum nächsten hangeln müssen. Die Aussicht auf Besserung ist gering: Momentan sind beispielsweise 64,5 Prozent der gesamten Fakultätsmitglieder (in Voll- und Teilzeit beschäftigt) an den großen privaten Non-Profit-Universitäten weder „tenured“ noch auf einem „tenure track“, so der Almanac of Higher Education 2016–2017. Wissenschaftliches Prekariat wird in den USA also immer mehr zum Massenphänomen. Und wenn man schon vom Geld spricht, darf man auch die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen nicht unerwähnt lassen: Ganz abgesehen davon, dass immer noch weitaus mehr Männer als Professoren und Dozenten an den amerikanischen Hochschulen tätig sind – teilweise in einem Verhältnis von 3:1 –, werden Frauen auf diesen Positionen auch deutlich schlechter bezahlt. Für jeden Dollar, den ein männlicher Kollege verdient, erhalten Frauen lediglich 90 Cent. Außerdem sind nur 37 Prozent der Chief Executive Officers (CEOs) von universitären Einrichtungen Frauen.

So einheitlich die Professorenschaft also aussieht, so bunt ist die Gesamtbevölkerung der Hochschulen. Diese Vielfalt wird allen Prognosen nach noch größer werden. Zunächst ein Blick auf die inneramerikanische Zukunft: Wie die 2016 erschienene Studie „Knocking at the

Sogenannte „Permadoocs“ stemmen das Hochschulsystem: Sie übernehmen einen Großteil der Lehre und Forschung, haben aber dennoch meist nur befristete Verträge.



Diversität an amerikanischen Hochschulen steigt – viele der Studierenden sind die Ersten ihrer Familie an der Universität.

College Door“ der Western Interstate Commission for Higher Education (WICHE) zeigt, wird die Anzahl der Studierenden mit hispanischem Hintergrund von 2014 bis 2025 um fast 50 Prozent steigen; die Zahl der Weißen an den Hochschulen wird dagegen kontinuierlich sinken. Die Veränderungen sind schon jetzt spürbar und stellen die Gesellschaft, vor allem aber auch die Hochschulen, vor neue Herausforderungen. Denn viele der neuen Studierenden sind die Ersten in ihrer Familie, die eine Hochschulausbildung anstreben. Sie sehen sich oft mit hohen finanziellen Hürden konfrontiert, vor allem aber mit fehlenden Vorbildern, Auffangnetzen und manchmal auch Verständnis im privaten Umfeld – all jenen Komponenten also, die den Kindern eines mittelständischen Bildungsbürgertums das Studium leichter machen. Eine andere Gruppe junger Menschen hat noch größere Sorgen: Die sogenannten „Dreamers“, die meist als Kinder zusammen mit ihren Eltern illegal aus Lateinamerika in die USA eingereist sind und hier gleichwohl aufgrund der „Deferred Action for Childhood Arrivals“ (DACA) studieren können, sehen ihren unsicheren Status durch die neue Regierung gefährdet. Präsident Trump hat angekündigt, das DACA-Programm zu beenden – was für die Betroffenen einem Abrutschen von einem geduldeten in einen endgültig illegalen Status gleichkommen würde.

Blicken wir auf den Zustrom internationaler Studierender in die USA, so war das Jahr 2016 einsame Spitze: Zum ersten Mal kamen

im akademischen Jahr 2015/2016 mehr als eine Million junger Menschen zum Studium an eine US-Hochschule, so der Open Doors Report des Institute of International Education 2016. Damit sind die USA nach wie vor mit Abstand auf Platz 1 als Gastland aller weltweit mobilen jungen Bildungshungrigen. Rund 5 Prozent der 20 Millionen Studierenden an US-Hochschulen kommen aus dem Ausland. Das größte Wachstum verzeichnet im zweiten Jahr in Folge die Zahl der indischen Studierenden mit nunmehr fast 166.000. Zwar nehmen die mehr als 328.000 Chinesen mit Abstand den Spitzenplatz ein, aber ihre Zahl wuchs nur um rund 8 Prozent. Aus Deutschland stammten im vergangenen Studienjahr rund 10.000 junge Menschen, was Deutschland auf dem 15. Rang der Entsendeländer platziert. Als Gastland für amerikanische Studierende liegt Deutschland auf dem 6. Platz, wobei die Zahl der Amerikaner, die es an deutsche Hochschulen zieht, um 6 Prozent auf über 11.000 gestiegen ist. Wie sich die Politik der neuen US-Regierung auf die studentische Mobilität auswirken wird, kann man bislang nur vermuten. Angesichts des rasanten Anstiegs an Anfragen aus dem Ausland, die alle kanadischen Universitäten gleich nach der Wahl erhielten, wird jedoch deutlich, dass sich die internationale Kundschaft nach Alternativen zum bisherigen gelobten Land der Hochschulbildung umsieht.

Und wie geht es sonst weiter? Man kann wohl sagen, dass der Ausgang der Präsidentenwahl auf praktisch allen Campus zwischen Ost- und Westküste wie eine Bombe einschlug. Vielerorts wurde berichtet, dass die Studierenden – die häufig zum ersten Mal in ihrem Leben gewählt hatten – völlig verunsichert reagierten. Von Tränen wurde berichtet, von Verzweiflung, von Angst – nicht nur bei denjenigen, die von der aggressiven Rhetorik des neuen Präsidenten ins Kreuzfeuer genommen werden wie Muslime, Einwanderer und Mitglieder der LGBT-Gemeinde. Auch die Wissenschaftler landauf, >

Millionen für die Wissenschaft: Vom Ende des „War on Science“ in Kanada

Von **Alexandra Gerstner**,
Leiterin des Informations-
zentrums Toronto

Im Oktober 2015 machten die kanadischen Wähler den Weg frei für entscheidende Veränderungen im Hochschul- und Wissenschaftssektor. Die liberale Partei löste die konservative Regierung unter Stephen Harper ab. Spitzenkandidat Justin Trudeau war unter anderem mit einer umfangreichen Forschungs- und Wissenschaftsagenda in den Wahlkampf gegangen. Erstes Zeichen des Wandels war die Ernennung der promovierten Geografin Kirsty Duncan zur Wissenschaftsministerin, ein Posten, den es im alten Kabinett bezeichnenderweise nicht gegeben hatte. Im Dezember 2016 wurde schließlich die seit 2008 vakante Position des Chief Science Advisor ausgeschrieben, um eine kompetente Beratung des Premierministers und der Wissenschaftsministerin sicherzustellen.

Mit dem im März 2016 präsentierten Budgetplan bewies die Regierung Trudeau, dass sie den Kurswechsel in der Wissenschaftspolitik ernst nimmt. Finanziell macht das „strategische Investitionsprogramm“ den

größten Anteil aus. Für Bau- und Infrastrukturmaßnahmen konnten Hochschulen und Colleges in Kanada insgesamt 2 Mrd. kanadische Dollar beantragen. Diese Investitionen sollen nicht nur die Hochschuleinrichtungen stärken, sondern auch Arbeitsplätze schaffen und das Wirtschaftswachstum ankurbeln.

Forschung und Wissenschaft profitieren aber auch direkt: Die drei nationalen Forschungsförderorganisationen Natural Sciences and Engineering Research Council (NSERC), Social Sciences and Humanities Research Council (SSHRC) und Canada Institutes of Health Research (CIHR) sowie der National Research Council erhalten insgesamt 113,5 Mio. kanadische Dollar als zusätzliche Mittel, die unter anderem zum Ausbau der Grundlagenforschung vorgesehen sind. Das im Jahr 2000 eingeführte Canada Research Chair Programm zählt weiterhin zu den Flaggschiffprogrammen, mit denen die kanadische Regierung die Hochschulen unterstützt. Aktuell gibt es 1.700 Canada Research Chairs im Land, das Budget dafür beläuft sich auf 260 Mio. kanadische Dollar jährlich. Das Programm dient sowohl dazu, hervorragende kanadische Wissenschaftler im Land zu halten beziehungsweise aus dem Ausland zurückzuholen, als auch zur Anwerbung internationaler

Spitzenforscher. Auch die Studierenden gehen nicht leer aus: Die Fördersummen für den Canada Student Grant wurden ab dem Studienjahr 2016/2017 um 50 Prozent angehoben. Allerdings werden im Gegenzug Steuererleichterungen gestrichen.

Mit all diesen Maßnahmen hebt sich die liberale Regierung wohlthuend von der Regierung Harper ab, unter welcher die Mittel für Grundlagenforschung auf ein Minimum reduziert und zahlreiche Bundesforschungsprogramme und -einrichtungen geschlossen worden waren. Nach der Veröffentlichung des ersten Haushalts der neuen Regierung riefen daher einige Zeitungen gar ein „Ende des Krieges gegen die Wissenschaft“ aus.

Kanadas Premierminister Justin Trudeau (rechts), besuchte kurz nach Amtsantritt die University of Toronto und unterstrich damit sein Anliegen, die Wissenschaft des Landes zu stärken.





Das Team des DAAD in New York (oben links) richtete 2016 vielseitige Veranstaltungen aus: Von der hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion zum Thema „The Refugee Crisis and Higher Education“ (oben rechts) über die gemeinsam mit der Georgetown University organisierte Konferenz aller DAAD-Zentren für Deutschland- und Europa-studien in Washington, D.C., (unten links) bis zur ersten komplett virtuellen „Study in Europe“-Messe (unten rechts).



landab sind besorgt, und zwar um die wissenschaftliche Freiheit und um die Kriterien, die ab jetzt bei der Vergabe von Forschungsgeldern angelegt werden. Sehr beunruhigt ist die amerikanische Bildungsschicht auch darüber, dass wissenschaftliche Ergebnisse und akademisches Expertentum von vielen konservativen Kreisen pauschal als unwichtig, falsch oder vernachlässigenswert abgetan werden. Es bleibt abzuwarten, wie sich ganz allgemein das Verhältnis von Regierung und Wissenschaft entwickelt. Die ersten Amtshandlungen des neuen Präsidenten – Stichworte seien hier zum Beispiel der Einreisestop für sieben überwiegend muslimische Länder, die Abschaltung von Webseiten, deren Inhalte nicht zur neuen Regierungsagenda passen, die Berufung von Betsy DeVos zur neuen Bildungsministerin sowie die ange-drohte Kürzung der Budgets für die Geistes- und Sozialwissenschaften – lassen nichts Gutes erwarten. Und in den Hochschulen sind auch schon erste Auswirkungen zu spüren, nicht zuletzt durch die sinkende Zahl von Studien-bewerbern aus dem Ausland.



Aus der Arbeit des DAAD: Im Westen viel Neues

Das New Yorker DAAD-Büro, die beiden DAAD-Informationszentren in San Francisco und Toronto, das Büro der Initiative GAIN sowie das Deutsche Haus der Wissenschaft und Innovation (DWIH) laufen praktisch das ganze Jahr über auf Hochtouren. Es gilt, große und kleinere Auswahlrunden zu den Stipendienprogrammen durchzuführen. Bei Netzwerk- und Messerveranstaltungen werden die Entwicklungen in der deutschen Hochschul-landschaft mit Vorträgen und auf Podien dar-gestellt sowie durch Beratung am Stand prä-sentiert. Die Teammitglieder reisen durch ganz Nordamerika, um Marketing für den Studien- und Wissenschaftsstandort Deutschland an Hochschulen und auf großen Fachkonferenzen zu betreiben. Anlässe wie das jährliche „Sound Understanding“-Konzert in der Carnegie Hall – das 2016 zum 15. Mal stattfand – bringen uns mit unseren Stipendiaten und Alumni zusammen. Alleine das DWIH führt rund

20 Veranstaltungen im Jahr durch, von Panel-diskussionen über Vortragsabende bis zu Workshops. Die Außenstelle ist im ständigen Gespräch mit ihren Partnern an Hochschulen, Fördereinrichtungen und wissenschaftlichen Instituten, um den Finger am Puls der Zeit zu haben und herauszufinden, wie sie ihr Programm- und Informationsangebot am besten auf die Bedürfnisse ihrer „Kunden“ ausrichten kann. Ganz besonders wichtig ist hier der Kontakt zu den Büros deutscher Hochschulen, die gemeinsam mit der DAAD-Außenstelle im Deutschen Haus am East River untergebracht sind. Erfreulicherweise konnte deren Kreis im April mit einer Niederlassung der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg gemeinsam mit EUCOR – The European Campus um ein neues Mitglied erweitert werden.

Zusätzlich zu diesem an sich schon vielfältigen „Routinegeschäft“ entwickelt der DAAD in Nordamerika zudem jedes Jahr neue Ideen und Formate. Für das Jahr 2016 sollen drei Aktivitäten herausgehoben werden, die jede für sich ein Novum darstellen.

Zum ersten Mal fand im Oktober in Nordamerika eine virtuelle Messe im Rahmen der Kampagne „Study in Europe“ statt. Insgesamt waren 66 Aussteller aus 19 europäischen Ländern vertreten. Auch wenn die Teilnehmerzahl ein wenig hinter den Erwartungen zurückblieb, war es ein großer Gewinn, dieses neuartige Format auszuprobieren. Im virtuellen Messegelände konnten die Aussteller gleichzeitig ihre Angebote präsentieren und mit den Teilnehmern chatten; die Besucher ihrerseits hatten darüber hinaus die Gelegenheit, sich Vorträge per Video anzuhören oder Informationsmaterial herunterzuladen.

Zum ersten Mal war Nordamerika, genauer gesagt: die Georgetown University in Washington, D.C., Ausrichtungsort der internationalen Konferenz aller vom DAAD

Tabelle 7 : Daten zum Bildungssystem USA

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	321,77 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	44,01 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	55.836
Wirtschaftswachstum	2,43 %
Inflation	1,62 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 1
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 4
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 12
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	5,22 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	19,7 Mio.
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	56,30 %
Immatrikulationsquote	86,66 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	3.813.956
PhD	67.449
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	2,74 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	567.007
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	3,93 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. China	
2. Indien	
3. Korea	
4. Saudi-Arabien	
5. Kanada	
20. Deutschland	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	60.292
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	0,30 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland (WS 2015/16)	4.728
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. Vereinigtes Königreich	
2. Kanada	
3. Deutschland	
4. Frankreich	
5. Australien	

Quellen: DAAD, Statistik
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt
 Wissenschaft weltoffen
 The World Bank, Data
 UNESCO, Institute for Statistics

geförderten Zentren für Deutschland- und Europastudien. Anlass war die Gründung der ersten drei Zentren dieser Art vor 25 Jahren: in Georgetown, in Harvard und an der University of California in Berkeley. Über 110 Wissenschaftler aus 14 Ländern trafen im Dezember am BMW Center for German

and European Studies zusammen, um unter dem Titel „Coalescence or Collapse: Challenges for German and European Studies in the 21st Century“ zweieinhalb Tage lang zu diskutieren, Forschungsergebnisse auszutauschen und gemeinsame Projekte für die Zukunft zu definieren.

Zum ersten Mal organisierte der DAAD eine Veranstaltung zum Thema „The Refugee Crisis

and Higher Education – Educating for the Future“ in Zusammenarbeit mit der Deutschen UN-Vertretung und dem Institute of International Education (IIE). Ziel war es, die interessierte Öffentlichkeit aus dem Umfeld der Vereinten Nationen, der akademischen Welt und der Non-Governmental Organizations (NGOs) über wichtige Hochschulprojekte auf dem Gebiet der Flüchtlingshilfe zu informieren. Bildung wurde von allen Teilnehmern als Basis für erfolgreiche Integration hervorgehoben. Gleichzeitig wurde aber auch darauf hingewiesen, dass Bildungsaspekten im Bereich der humanitären Hilfe noch zu wenig Aufmerksamkeit zuteilwird und weltweit nur circa ein Prozent der Flüchtlinge Zugang zu höherer Bildung hat. DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüländ stellte auf dem mit drei UN-Botschaftern, dem Präsidenten des IIE, Allan Goodman, und der Sonderberaterin des UN-Generalsekretärs, Karen AbuZayd, hochrangig besetzten Podium die Aktivitäten des DAAD und der deutschen Hochschulen für akademische Flüchtlinge in Deutschland dar. Im Herbst schloss sich eine weitere Veranstaltung im Rahmen des großen UN-Flüchtlingsgipfels an, bei der der DAAD noch einmal die Position Deutschlands vertreten konnte.

Die Außenstelle wird auch 2017 an diesem Thema hier vor Ort in den USA und Kanada weiterarbeiten. Ihr auf Austausch, gegenseitiges Kennenlernen und gemeinsame Arbeit ausgerichtetes Aufgabenfeld ist in diesem Bereich, aber auch ganz allgemein, heute wichtiger denn je. <<

Tabelle 08 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2016 USA

	A	D	USA
A = Geförderte aus dem Ausland			
D = Geförderte aus Deutschland			
I. Individualförderung – gesamt	675	1.562	
1. nach Status			
Studierende auf Bachelor-Niveau	331	249	
Studierende auf Master-Niveau	140	235	
Doktoranden	112	487	
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	92	591	
2. nach Förderdauer			
< 1 Monat	80	816	
1–6 Monate	366	271	
> 6 Monate (Langzeitförderung)	229	475	
II. Projektförderung – gesamt	861	2.683	
1. nach Status			
Studierende auf Bachelor-Niveau	275	1.394	
Studierende auf Master-Niveau	131	774	
Doktoranden	145	283	
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	274	192	
andere Geförderte*	36	40	
2. nach Förderdauer			
< 1 Monat	604	1.015	
1–6 Monate	204	1.416	
> 6 Monate (Langzeitförderung)	53	252	
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	1.536	4.245	
A und D – gesamt (I + II)	5.781		

* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

Rio de Janeiro

Brasilien 2016: Kollaps eines mächtigen Schwellenlandes



Dr. Martina Schulze leitet die Außenstelle in Rio de Janeiro seit 2014. Die Außenstelle besteht seit dem Jahr 1972 und hat zurzeit sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Martina Schulze ist auch für das Deutsche Haus für Wissenschaft und Innovation in São Paulo (DWIH-SP) verantwortlich.

Eine Krise jagt die andere

2016 durchlebte Brasilien die größte politische Herausforderung und die schwerste wirtschaftliche Krise seit Wiedererlangung der Demokratie. Die ersten neun Monate des Jahres 2016 waren geprägt von der Unsicherheit, ob der Antrag auf Amtsenthebung („Impeachment“) gegen Präsidentin Dilma Rousseff (Arbeiterpartei, PT), erfolgreich sein würde. Diese Frage und die Rezession, die das Land voll im Griff hatte, führten dazu, dass viele Amtsgeschäfte der Bundesinstitutionen entweder zum Erliegen kamen oder auf die Zeit nach dem Impeachment vertagt wurden. Nach der vorläufigen Suspendierung der Präsidentin im April erfolgte am 31. August 2016 dann die abschließende Entscheidung im Senat. Vizepräsident Michel Temer (Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewegung, PMDB) übernahm offiziell, wie vom Gesetz vorgesehen, das Präsidentenamt für die verbliebene Mandatszeit. Sein Kabinett hatte er schon zuvor auf der Grundlage einer aus elf Parteien bestehenden Regierungskoalition zusammengestellt. Man könnte

es als Ironie des Schicksals bezeichnen, dass fast gleichzeitig mit Rousseff auch ihr großer Widersacher, der ehemalige Parlamentspräsident, Eduardo Cunha, seinen Platz räumen musste. Er wartet nun samt Ehefrau in Haft auf ein Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung und Veruntreuung.

Neue Machtverhältnisse in Brasilia

Der Oberste Gerichtshof (TSF) ist durch beide Verfahren 2016 zur entscheidenden Machtinstantanz in Brasilia geworden. Bis Ende des Jahres sollte die Regierung Temer fünf Minister verloren haben, die meisten von ihnen wegen Korruption oder Übervorteilung. Ein weiterer, im Ausland kaum bemerkter Machtfaktor ist die sogenannte Evangelikale Fraktion (FPE), der 85 Abgeordnete angehören, die sich zum Teil offen zum Kreationismus bekennen. Der Einfluss der PT, die auch bei den Kommunalwahlen im Herbst 2016 keinen Fuß mehr auf den Boden bekam, ist hingegen komplett weggebrochen.

*„Wissenschaft ohne Grenzen“:
Stipendiaten können bleiben*

*Erste Woche der
deutschen Sprache*

*Weniger Geld für
die Wissenschaft*

*Politische und wirtschaftliche
Herausforderungen*

Droht der Braindrain?



Neue Köpfe in den Ministerien

Als Erstes reduzierte Temer die 32 Ministerien auf 22 Ressorts. Er berief ausschließlich Männer in sein Kabinett. Als Bildungsminister wurde José de Mendonça Bezerra Filho von den Demokraten (DEM), der auf eine Erfahrung als Vizegouverneur und Gouverneur des Bundesstaates Pernambuco zurückblicken kann, ins Amt berufen. Von dem Eindampfen der Ressorts war besonders schwer das Wissenschaftsministerium (MCTI) betroffen, das mit dem Kommunikationsministerium zum MCTIC verschmolzen wurde. Das Doppelressort Wissenschaft und Kommunikation (MCTIC) ging an Gilberto Kassab, den Gründer der Sozialdemokratischen Partei (PSD). Die Nominierung eines evangelikalen Bischofs für das Doppelministerium konnte aufgrund des öffentlichen Drucks noch gerade verhindert werden.

Sparen, Sparen, Sparen und Proteste

Bereits Ende Mai hatte Temer angekündigt, wo er als Präsident den Rotstift besonders ansetzen wollte: bei Wissenschaft, Bildung, Gesundheit und sozialem Wohnungsbau. Nicht zufällig trifft er damit die Bereiche, die in der fast 15-jährigen Regierung der PT die größten Zuwächse zu verzeichnen hatten. Als Präsident Temer dann auch noch Ende des Jahres dem Bundeshaushalt eine Ausgabenbremse für 20 Jahre verordnete, setzte, wie



Dunkle Zeiten in Brasilien: 2016 war das Jahr mit den größten politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen seit Wiedererlangung der Demokratie.

Leere Kassen, leere Teller? Nach dem Skandal um die Schulspeisungen in São Paulo besetzten Schülerinnen und Schüler im ganzen Land Schulen.



Die Olympischen Spiele sorgten nicht nur für herausragende sportliche Leistungen, sondern auch für den Ausbau der Infrastruktur in Rio de Janeiro.

nicht anders zu erwarten, eine besonders von den Universitäten getragene Streikwelle in den öffentlichen Institutionen ein.

Ausgelöst von einem Skandal um die Schulspeisungen in São Paulo, hatten Schüler schon viel früher im Jahr Schulen im ganzen Land besetzt, um auf den desolaten Zustand des öffentlichen Bildungswesens aufmerksam zu machen. Da die Kassen der Bundesstaaten leer waren, wurden Gehälter und Renten der öffentlichen Bediensteten über mehrere Monate nicht oder nur teilweise ausbezahlt. Das sorgte für weitere große und zum Teil gewalttätige Unruhen in den Ballungszentren.

Im Oktober erreichte die Einsparungs- und Entlassungswelle mit Macht auch die Stadt Rio de Janeiro, die im Taumel der Olympischen Spiele weniger als andere Städte von der Rezession

betroffen war. Besonders die Paralympischen Spiele wurden mit Begeisterung aufgenommen. Noch mehr freute sich die Bevölkerung Rios, die „Cariocas“, aber über die Revitalisierung der Hafenzonen, die neue Straßenbahn (VLT) im Zentrum, die Flaniermeile „Boulevard Olímpico“ und natürlich auch die neue U-Bahn, die nun das entlegene wirtschaftsstarke Stadtviertel Barra direkt anbindet. Im November reihten sich dann aber zusätzliche 120.000 Cariocas unter die zwölf Millionen Arbeitslosen im Land. Mit Ende der Spiele verschlechterte sich auch die Sicherheitslage in der Stadt dramatisch.

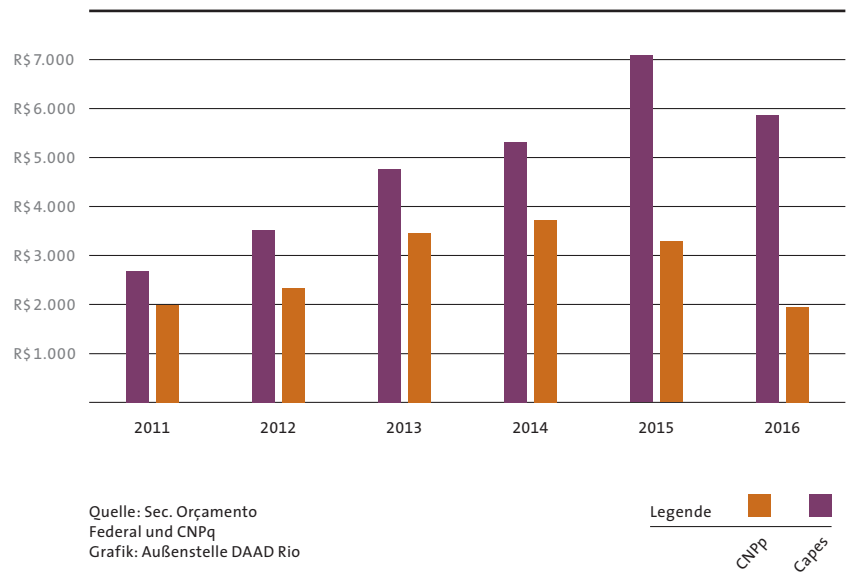
Schwere Zeiten für Forschung und Wissenschaft

Noch unter der PT-Regierung war Anfang Januar ein neues Wissenschafts- und Innovationsgesetz in Kraft getreten, das die

STRATEGISCHE FORSCHUNG

Die Strategie für Wissenschaft, Technologie und Innovation 2016–2019 (ENCTI) schreibt unter anderem die elf strategischen Forschungsfelder fest (Luft- und Raumfahrt und Verteidigung, Wasser, Lebensmittel, Biosphären und Bioökonomie, Sozialwissenschaften und soziale Technologien, Klima, Ökonomie und digitale Gesellschaft, Energie, Kernforschung, Gesundheit, übergreifende Technologien – verstanden als Schnittstelle zwischen Nano-, Bio-, Informations- und Kommunikationstechnologie mit Neurowissenschaften –) sowie das Thema „Industrie 4.0“, die für Brasilien Priorität haben sollen. ENCTI bestimmt auch die Großprojekte, die Brasilien besonders vorantreiben will. Hierzu gehört insbesondere der neue Teilchenbeschleuniger Sirius in Campinas (São Paulo), der ursprünglich 2018 eingeweiht werden sollte und mit dem sich Brasilien an die Spitze der internationalen Teilchenforschung katapultieren will. Wann das modernste Synchrotron der Welt seine Arbeit aufnehmen kann, steht unter der neuen Regierung in den Sternen.

Grafik 02: Haushaltsentwicklung bei CAPES und CNPq in Millionen R\$



Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Industrie regelt und erleichtert sowie wissenschaftlichen Einrichtungen, aber auch dem einzelnen Forscher, eine größere Freiheit in Bezug auf Drittmittelforschung gibt. Grund zur Freude sahen die Wissenschaftsorganisationen des Landes auch in der im März veröffentlichten „Strategie für Wissenschaft, Technologie und Innovation 2016–2019“ (ENCTI). Die Freude über das neue Rahmengesetz und ENCTI wurde aber sehr bald von den finsternen Prognosen über den Fortbestand der Wissenschaft in Brasilien getrübt.

Nach der Zusammenlegung der Ressorts Wissenschaft und Kommunikation kritisierten 13 Wissenschaftsverbände des Landes in einem offenen Brief, dass das Wachstum einer wissensbasierten Wirtschaft, das gerade in Zeiten der wirtschaftlichen Krise wichtig sei, von der Regierung Temer ausgebremst werde. Kurz darauf traf die Haushaltskrise den wichtigsten Forschungsmittelgeber des Landes, den Nationalen Rat für die Wissenschaftliche und Technologische Entwicklung (CNPq), mit voller Wucht. Die jährliche Ausschreibung und damit die Finanzierung des Mittelbaus in der Forschung wurde ausgesetzt. Für Forschung durfte das MCTI 2016 gerade einmal 4,6 Mrd. Real (1,4 Mrd. Euro, Stand 20. Februar 2017) verausgaben, 52 Prozent weniger als 2011; für den CNPq gab es im Endeffekt gar nur 1,4 Mrd. Real (425 Mio. Euro, Stand 20. Februar 2017).

Ab April 2016 protestierten viele Nachwuchswissenschaftler in den sozialen Medien: „Wir sind in Brasilien in Labors gefangen, ohne das nötige Geld, um die Forschung fortzusetzen.“ Die Präsidentin der renommierten Brasilianischen Gesellschaft für den Fortschritt der Wissenschaft (SBPC), Helena Nader, kritisierte, dass die Einschnitte bei der Forschung unverhältnismäßig seien. Nachdem die Regierung auch noch ein Einfrieren der Haushaltsmittel bis 2036 auf dem Stand von 2016 durchsetzen

konnte, protestierte die gesamte Wissenschaftsszene. Die brasilianische Akademie der Wissenschaften (ABC) hatte ermittelt, dass die entsprechenden Einschnitte bei Forschung und Bildung unglaubliche 89,24 Prozent betragen würden (Presseerklärung der ABC vom 30. Dezember 2016). „Wenn die aktuelle Situation für 20 Jahre fortgeschrieben wird, wäre das tödlich. Wir werden auf den Stand einer Rohstoff liefernden Kolonie zurückfallen“, äußerte sich der Präsident der ABC, Luiz Davidovich, am gleichen Tag gegenüber der Zeitung Estadão.

Sorge vor einem Exodus der wissenschaftlichen Elite

Angesichts der desolaten Situation an den Hochschulen wurde 2016 immer wieder Besorgnis vor einem neuen Braindrain thematisiert. Ausgelöst wurde die Furcht vor dem Exodus brillanter Köpfe durch das freie Bekenntnis der angesehenen Neurowissenschaftlerin Suzanaerculano-Houzel – die es mit ihrer Forschung 2016 sogar in den Spiegel (23/2016, S. 120–121) geschafft hatte –, sie werde die Bundesuniversität Rio de Janeiro (UFRJ) verlassen, um in den USA ihr Heil und ein besser ausgestattetes Laboratorium zu suchen. >

Bis 2036 sollen die Ausgaben für Forschung auf dem Stand von 2016 eingefroren werden. Die brasilianische Wissenschaftsszene protestiert.



Drei Millionen Brasilianer demonstrierten Mitte März für die Absetzung von Regierungschefin Dilma Rousseff.

Streiks und Finanznotstand

Im Mai liefen an Bundes- und Landesuniversitäten die Streiks gegen Etatkürzungen und den Verlust an Lehrqualität an, die bis Ende des Jahres andauern sollten. Das änderte allerdings nichts daran, dass verschiedene Bundesländer, allen voran Rio Grande do Sul, den Finanznotstand ausriefen, Forschungsförderungsagenturen schlossen und die Mittel für Wissenschaft radikal zusammenstrichen oder wie in Rio de Janeiro sogar auf null setzten.

Hoffnungsschimmer für CAPES

Der CNPq, der im Zuge der Reform des MCTI in der ministerialen Hierarchie nach unten gerutscht war, durchlief eines der schwierigsten

Jahre seit seiner Gründung 1951, woran auch die Berufung von Mário Neto Borges, einem versierten Wissenschaftsmanager und vormaligem Präsidenten der bedeutenden Landesforschungsstiftung von Minas Gerais (FAPEMIG), im Oktober an die Spitze nichts ändern konnte. Dagegen erholte sich die Koordinierungsstelle für die Personalförderung im Hochschulwesen (CAPES), recht schnell ab Mitte des Jahres. Am 7. Juni 2016 übernahm Abílio Baeta Neves, ein DAAD-Alumnus, die Präsidentschaft, die er schon einmal, von 1995 bis 2002, innegehabt hatte. Nur eine Woche später kam die gute Nachricht, dass CAPES die knapp 10.000 bereits im Ausland befindlichen Stipendiaten des Programms „Wissenschaft ohne Grenzen“ (CsF) 2016 weiter finanzieren könne. Zum ersten Mal seit 2014 konnte CAPES auch wieder Auslandsforschungsstipendien ausschreiben.

Aus der Arbeit der Außenstelle

Ein neues Netzwerk stärkt die deutsch-brasilianischen Hochschulbeziehungen

Wichtigstes Ereignis an der Außenstelle Rio de Janeiro war die Alumni-Veranstaltung zum neuen „Deutsch-Brasilianischen Netzwerk für die Internationalisierung der Hochschulbildung“ (REBRALINTES), dem Alumni und Freunde des DAAD der wichtigsten brasilianischen Hochschulen mit deutsch-brasilianischer Kooperationserfahrung, Lektoren und einige Ortslektoren sowie deutsche Hochschulvertreter in Brasilien angehören. Das Netzwerk soll den Zugang zu Austauschprogrammen erleichtern und den in deutsch-brasilianischen Kooperationen engagierten Wissenschaftlern eine Stimme verleihen. Die Schirmherrschaft für REBRALINTES übernahm Prof. Abílio Baeta Neves, Präsident der CAPES. Beim ersten Treffen im Oktober wurden den über 50 Teilnehmern die Internationalisierungsstrategien der RWTH Aachen, der Humboldt-Universität



DAAD-Alumni, Lektoren und deutsche Hochschulvertreter in Brasilien bilden das Netzwerk REBRALINTES.

zu Berlin und der Bundesuniversität Minas Gerais (UFMG) vorgestellt. Außerdem wurde über die Bedeutung von Individualstipendien und Projektförderung für die deutsch-brasilianischen Hochschulbeziehungen diskutiert. Am Ende der Tagung einigte man sich auf die Gründung eines brasilianischen Vereins und eine regionale Struktur von REBRALINTES.

Der DAAD beteiligt sich an der ersten Woche der deutschen Sprache

Im Rahmen der ersten Woche der deutschen Sprache in Brasilien luden deutsche Mittlerorganisationen und zahlreiche brasilianische

Sprachen ohne Grenzen – Deutsch

Das Sprachlernprogramm „Sprachen ohne Grenzen – Deutsch“ des brasilianischen Bildungsministeriums (MEC) startete im Oktober 2016 nach knapp einjähriger Vorbereitungszeit an zehn brasilianischen Hochschulen. Mithilfe des Programms sollen brasilianische Studierende sprachlich auf einen Aufenthalt an einer deutschen Hochschule vorbereitet werden. Der DAAD stellt im Rahmen der Initiative sowohl Spracheinstufungstests als

auch Lizenzen für Online-Sprachkurse zur Verfügung. Fast 6.900 Studierende bewarben sich im September um einen der 400 Zugänge zu 21 Online-Kursen. Anfänger erhielten auf Initiative des DAAD zusätzliche Präsenztutorien an den Hochschulen. Schon im April hatte die Außenstelle begonnen, die Vertreter der brasilianischen Hochschulen, die ausgewählten brasilianischen Tutoren und deutschen Lehrassistenten gezielt auf das neue universitäre Sprachlernangebot vorzubereiten. An dem zentralen Kick-off-



Seminar Ende April in Brasilia im Rahmen der Woche der deutschen Sprache nahm auch der Geschäftsführer des TestDaF-Instituts, Dr. Joachim Althaus, teil. Die Außenstelle und der deutsche Partner Deutsch Uni Online (DUO) boten außerdem regelmäßige Schulungen im virtuellen Klassenraum an.

Das Programm „Sprachen ohne Grenzen – Deutsch“ bereitet brasilianische Studierende auf ihren Aufenthalt an deutschen Hochschulen vor.



Start-ups, Chancen in der Industrie 4.0, Kompetenzen für die Zukunft – das sind nur einige der Themen, denen sich die Karrieremesse widmete.

Karrieremesse für Deutschland-Alumni

Im September 2016 lud die Außenstelle zum zweiten Mal 120 Hochschulabsolventen, die während des Studiums mindestens ein Austauschjahr in Deutschland verbracht hatten, zur Teilnahme an einer Karrieremesse ein. Wie im Vorjahr wurde die Veranstaltung, mit der die hochqualifizierten jungen Menschen bei ihrem

Eintritt in den Arbeitsmarkt unterstützt werden sollen, in Zusammenarbeit mit der Außenhandelskammer São Paulo organisiert. Nach erprobtem Muster gliederte sich die Veranstaltung in Wortbeiträge zu den Themen „Start-ups“, „Chancen in der Industrie 4.0“ und „Kompetenzen für die Zukunft“. Renommierte Vertreter der deutschen Wirtschaft in Brasilien sprachen zu aktuellen Themen, berichteten von ihren Berufserfahrungen und gaben Bewerbungstipps. Zu Beginn referierte der ehemalige Stipendiat Lucas Becker, wie die letzte Karrieremesse seine Perspektiven und Vorstellungen von einer erfolgreichen Karriere verändert habe, und ermunterte seine Kollegen und Kolleginnen, die Veranstaltung vor allem

dafür zu nutzen, mit den anwesenden Wirtschaftsvertretern in Kontakt zu treten. Parallel zu den Sektionen gab es für die Teilnehmer die Möglichkeit, Informations- und Bewerbungsgespräche mit Vertretern der Personalabteilungen der eingeladenen deutsch-brasilianischen Firmen zu führen. Insgesamt fanden 158 Gespräche statt. Der deutsche Botschafter, Dr. Georg Witschel, begrüßte die Teilnehmer und rief die Wirtschaftsvertreter auf, sich auch im eigenen Interesse mehr für die Zukunft dieser jungen, gut ausgebildeten und deutsch-landerfahrenen Brasilianer zu interessieren. Im Anschluss an die Karrieremesse lud die Außenhandelskammer São Paulo zur Vergabe ihres Innovationspreises 2016 ein.

Partner und Akteure Ende April zu über 280 Veranstaltungen rund um die deutsche Sprache und Kultur ein. Die Außenstelle und die DAAD-Lektorate beteiligten sich mit insgesamt 29 Veranstaltungen.

Ein Zentrum für Deutschland- und Europa-Studien in Brasilien

Im Rahmen einer landesweiten Ausschreibung wurde der gemeinsame Antrag der Bundesuniversität Rio Grande do Sul (UFRGS) und der Katholischen Universität Rio Grande do Sul (PUCRS) ausgewählt, ab 2017 die Gründung eines Zentrums für Deutsche und Europäische Studien in Brasilien voranzutreiben. Die Außenstelle beriet die Antragsteller und organisierte die Gutachterreise. Praktisch gleichzeitig mit der Entscheidung zugunsten

des Standorts Porto Alegre wurde bekannt, dass eines der beiden vom BMBF geförderten geistes- und sozialwissenschaftlichen Merian-Zentren in Lateinamerika an der Universität São Paulo (USP) aufgebaut werden soll. Beide Entscheidungen werden dem guten Ruf der Sozial- und Geisteswissenschaft in Brasilien gerecht.

Run auf DAAD-Stipendien

Bei den Stipendienprogrammen konnte die Außenstelle der Bewerberflut aufgrund der schwierigen Situation für junge Wissenschaftler und des Rückgangs an nationalen Stipendien im Land kaum Herr werden. So bewarben sich 277 Doktoranden auf 15 Forschungstipendien, und bei den Hochschulwinterkursen stieg die Zahl auf über 460 Bewerbungen.

Die Außenstelle auf Tour ...

Zusammen mit Campus France und Nuffic organisierte die Außenstelle im April die „Study in Europe Road Show“, bei der mehr als 4.000 Studierende in acht Städten im Land beraten wurden. Mit von der Partie waren verschiedene europäische Hochschulen, das Innovation Centre Denmark, Education Ireland und die spanische Botschaft. Im September ließen sich 300 Studierende bei der Bildungsmesse EDUEXPO in São Paulo am DAAD-Stand beraten. Im Rahmen des Forschungsmarketings trat die Außenstelle bei vier Fachkongressen auf.

... und zu Hause

2016 öffnete die Außenstelle zweimal die Türen für Studierende und Nachwuchswissenschaftler. Insgesamt nahmen 220 Interessierte das Angebot wahr, sich durch Vorträge zu informieren und individuell beraten zu lassen. Wieder waren verschiedene deutsche Hochschulen sowie das Goethe-Institut und das Generalkonsulat mit Ständen vertreten. Im April hieß die Außenstelle erneut die Lektoren im Land willkommen. ➤



Tabelle 9 : Daten zum Bildungssystem **Brasilien**

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	207,85 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	34,13 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	15.359
Wirtschaftswachstum	0,10 %
Inflation	6,33 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 26
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 24
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 60
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	5,91 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	7.541.112
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	57,00 %
Immatrikulationsquote	46,45 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	1.097.494
PhD	16.745
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	k. A.
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	61.122
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	0,21 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. Angola	
2. Kolumbien	
3. Peru	
4. Argentinien	
5. Paraguay	
15. Deutschland	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	32.051
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	0,44 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland (WS 2015/16)	4.507
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. USA	
2. Portugal	
3. Frankreich	
4. Vereinigtes Königreich	
5. Deutschland	

Quellen: DAAD, Statistik
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt
 Wissenschaft weltoffen
 The World Bank, Data
 UNESCO, Institute for Statistics

Gut besucht: 220 Interessierte zog es zum Tag der offenen Tür in der Außenstelle (oben).

Im April kamen die DAAD-Lektoren in Brasilien in der Außenstelle zusammen.

Beim Brasiliertag im bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst warb Außenstellenleiterin Dr. Martina Schulze (3.v.l.) dafür, weiter mit Brasilien zusammenzuarbeiten.



Tabelle 10 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2016 **Brasilien**

A = Geförderte aus dem Ausland
D = Geförderte aus Deutschland

	Brasilien	
I. Individualförderung – gesamt	A	2.578
	D	269
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	1.923
	D	137
Studierende auf Master-Niveau	A	128
	D	21
Doktoranden	A	496
	D	27
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	31
	D	84
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	36
	D	53
1–6 Monate	A	205
	D	141
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	2.337
	D	75
II. Projektförderung – gesamt	A	459
	D	496
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	91
	D	162
Studierende auf Master-Niveau	A	103
	D	167
Doktoranden	A	50
	D	46
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	117
	D	117
andere Geförderte*	A	98
	D	4
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	338
	D	266
1–6 Monate	A	102
	D	205
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	19
	D	25
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	A	3.037
	D	765
A und D – gesamt (I + II)		3.802

* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

Der DAAD bringt das Thema Integration von Flüchtlingen zur FAUBAI

Wie jedes Jahr war die Außenstelle bei dem Kongress des Verbandes für internationale Bildung, FAUBAI, vertreten. Diesmal ging es vor allem um „Social Responsibility in the Internationalization of Higher Education“. Mehr als 560 Teilnehmer aus 29 Ländern waren nach Fortaleza gereist. Christian Müller, Direktor der Strategieabteilung des DAAD, sprach über die Integrationsleistungen deutscher Universitäten für Flüchtlinge. Wie verabredet, hatten auch verschiedene deutsche Hochschulvertreter dieses Thema gewählt.

Brasilien in Bayern

Im Oktober organisierten das Bayerische Hochschulzentrum für Lateinamerika (BAYLAT) und das bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst einen Brasiliertag, zu dem 70 Teilnehmer aus bayerischen Hochschulen erschienen. Den Hauptvortrag hielt die Außenstellenleiterin. Sie warb dafür, auch in schwierigen Zeiten weiter mit Brasilien zusammenzuarbeiten. Die durch das Programm CsF eingeleitete Internationalisierung der brasilianischen Hochschulen wird fortschreiten. Die Weichen für die Zusammenarbeit sind durch das klare Bekenntnis von CAPES und CNPq zu den europäischen Partnern, insbesondere Deutschland, gestellt. <<

Hanoi

Vietnam – strategischer Partner in Südostasien



Anke Stahl leitet die Außenstelle Hanoi am Vietnamesisch-Deutschen Zentrum der TU Hanoi seit August 2013 mit derzeit fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Außenstelle ist außerdem für Laos, Kambodscha und Myanmar zuständig.

Der Jahresbeginn 2016 stand in Vietnam im Zeichen des 12. Parteitags der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV), und hinter den Kulissen tobte ein kurzer, aber heftiger Machtkampf um die Führung der Partei und des Landes. Am Ende gewannen, entgegen allen Prognosen, die Gegner des bisherigen wirtschaftsliberalen Premiers Nguyen Tan Dung. Der neue Premier Nguyen Xuan Phuc setzt politisch auf eine Fortsetzung des bisherigen Kurses der vorsichtigen Reformen und des Balancierens zwischen Chinas aggressiver Einflussnahme in der Region und der weiteren Annäherung an die USA. Die wachsende Zahl von Beamten aus dem Ministerium für innere Sicherheit im Staats- und Parteiapparat sowie signifikant steigende Militärausgaben sind Ausdruck der Sorge um innere und äußere Sicherheit. „Mit Handy und Sichel“ titelte die FAZ treffend am 20. Januar 2016 ihren Beitrag zu Vietnams Parteitag, der vorläufig den Kampf um die Vorherrschaft innerhalb der Parteiflügel entschied und die künftige Politik bestimmen wird. Große demokratische Änderungen wurden nicht erwartet – und traten auch nicht ein.

Außen- und innenpolitische Spannungen

Zwei Ereignisse prägen seit Frühjahr 2016 die außen- und innenpolitische Diskussion: der anhaltende Konflikt mit China um den Einfluss im Südchinesischen (vietnamesisch: Ost-) Meer und das große Fischsterben in Zentralvietnam.

Das Südchinesische Meer mit reichhaltigen Fischgründen und Öl- und Gasfeldern ist als wichtige maritime Verbindung für den Weltmarkt von strategisch zentraler Bedeutung. China beansprucht mehr als 80 Prozent des drei Millionen Quadratkilometer großen Gebietes für sich. Die Entscheidung des Internationalen Schiedsgerichtshofs in Den Haag, dass China keine Hoheitsansprüche auf Inseln im Südchinesischen Meer hat, führt bereits zu neuen Spannungen in der Region, denn China erkennt das Urteil nicht an. Es ist damit zu rechnen, dass China seine militärische Macht noch stärker präsentieren wird, um seine Souveränität in dem umstrittenen Gebiet zu demonstrieren. Für Vietnam und die Anrainerstaaten bleibt in jedem Fall zu hoffen, dass die Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln beigelegt werden und die politische und militärische Balance in der Region erhalten bleibt.

Vor diesem Hintergrund war auch der Besuch des US-Präsidenten Obama im Mai des Jahres zu sehen. Viel beachtet war die Aufhebung des jahrzehntelangen Waffenembargos der USA gegen Vietnam, das den Weg für eine künftig stärkere militärische Kooperation zwischen beiden Ländern ebnet sollte. Die Wahl Trumps zum neuen Präsidenten der USA hat in Vietnam jedoch große Unsicherheiten im Hinblick auf das künftige Verhältnis mit den USA verursacht. Die Aufkündigung des Trans-Pacific-Partnership-Abkommens (TPP) wird Vietnams Wirtschaft hart treffen, wenn es die erwarteten Handelserleichterungen nicht geben wird.

Globale Herausforderungen, lokale Lösungen

Dies kann sich wiederum nachteilig auf Vietnams Verhandlungsposition gegenüber China im Seekonflikt auswirken. Vietnams Führung ist deshalb sicher gut beraten, sich schon frühzeitig andere wirtschaftliche und strategische Partner in ASEAN, Japan und vor allem in Europa zu suchen.

Wachstum auf Kosten der Umwelt

2016 wurde Vietnam von zahlreichen Umweltkatastrophen heimgesucht: Heftige Fröste im Norden, Dürren im zentralen Hochland, Taifune und Überflutungen in Zentral- und Südvietnam sind nicht nur auf den Bau von Staudämmen durch China im Oberlauf des Mekong zurückzuführen, sondern auch Vorboten des Klimawandels. Sie haben erheblichen finanziellen

Wirtschaftliche Entwicklung: Entscheidend ist, alle Bürger im Kampf gegen Korruption mitzunehmen.

Mehr Englischlehrer für Vietnam

Umweltverschmutzung: Lösungen nahen

Schaden verursacht, der schon zu Jahresbeginn 2016 auf 440 Mio. US-Dollar anwuchs (im Vergleich zum Vorjahr: 404 Mio. US-Dollar).

Die Verschmutzung von Wasser, Luft und Boden nimmt weiter zu. Sie hat im April im Südchinesischen Meer an der zentralvietnamesischen Küste Hunderte Tonnen von totem

*VGU: Vorbild der
deutsch-vietnamesischen
Wissenschaftskooperation*

*Qualitätssicherung an
Hochschulen auf dem Vormarsch*



Fisch beschert. Die Empörung der Bevölkerung richtet sich gegen den ausländischen Verursacher, die taiwanesishe Stahlfirma Formosa, die ihre Abwässer ungeklärt ins Meer leitete, und gegen das schleppende Krisenmanagement der Regierung. Bis heute halten die Proteste der betroffenen Bevölkerung an, die ihrer Existenzgrundlage beraubt ist und nur unzureichend staatliche Unterstützung erfährt.

Die Verschmutzung von Wasser, Luft und Boden nimmt weiter zu – die rapide Urbanisierung muss grünen Wachstumsprinzipien folgen.

Laut Weltbankbericht vom November 2016 werden Naturkatastrophen in den nächsten 50 Jahren in Vietnam voraussichtlich einen Gesamtschaden von 6,7 Mrd. US-Dollar anrichten. Die dadurch erwartete Belastung des Staatshaushalts erfordert ein langfristiges Finanzmanagement im Umgang mit den zu erwartenden Schäden. „Environment more important than growth“, zitierte Vietnam News am 25. August 2016 den Premierminister. Weil der Verschmutzungsgrad in Wasser, Luft und Boden weiter zunimmt, muss die rapide Urbanisierung grünen Wachstumsprinzipien folgen.

Eine Frage der guten Regierungsführung

Die Inflation ist im Griff, die Auslandsverschuldung liegt unter der politisch festgelegten Obergrenze (65 Prozent vom BIP), die Devisenreserven sind leicht gestiegen und das Wirtschaftswachstum wird im laufenden Jahr wahrscheinlich die vorhergesagten 6 Prozent erreichen. Jedoch fällt, zehn Jahre nach WTO-Beitritt und trotz der anstehenden Umsetzung des Freihandelsabkommens mit der EU, die ökonomische Bilanz Vietnams im Vergleich mit dem großen Nachbarn China verhalten aus. Verantwortlich dafür werden zahlreiche Hindernisse in allen Bereichen des öffentlichen Lebens gemacht: abhängige Justiz, Ineffizienz des Verwaltungsapparates, natürliche und von Menschen gemachte Katastrophen, Unterfinanzierung und mangelnde Reformen im Bildungsbereich.

Korruption in allen Bereichen des öffentlichen Lebens bleibt weiterhin das größte Entwicklungshemmnis. Ein UNDP-Bericht vom August 2016, der auf einer Befragung von circa 75.000 Bürgern aus 63 Städten und Provinzen in einem Zeitraum von sieben Jahren basiert, konstatiert einen klaren Negativtrend: Die Toleranz für Korruption und Bestechung ist trotz zehn Jahre Anti-Korruptionsgesetz, besonders im Norden, in Hanoi, gestiegen. Der durch Korruption verursachte gesamtgesellschaftliche Schaden in den letzten zehn Jahren wird auf 2,7 Mrd. US-Dollar beziffert.

Letztlich ist für die Entwicklung des Landes nicht entscheidend, wie viele Freihandelsabkommen Vietnam unterzeichnet, sondern ob es gelingt, eine gute Regierungsführung zu entwickeln und das nötige Unrechtsbewusstsein bei Verantwortlichen und Bürgern zu wecken.

Zu den positiven Meldungen 2016 gehörte im Oktober die Entscheidung des vietnamesischen Parlaments, keine neuen Kohle- und Kernkraftwerke zu bauen. Stattdessen will man künftig mehr auf alternative Energien setzen und ratifizierte damit bereits vor dem Klimagipfel in Marrakesch im November 2016 als eines von insgesamt 112 Ländern das Pariser Klimaabkommen von 2015. Bis 2020 will Vietnam 7 Prozent, bis 2030 über 10 Prozent seines Energieverbrauchs aus regenerativen Energien speisen. Damit sichert sich das Land auch weiterhin internationale Unterstützung in Sachen Klimaschutz. Vietnam verfügt über exzellente Ressourcen für die Energiegewinnung aus Sonne, Wind und Gezeiten. Einer sauberen Energiestrategie stehen derzeit aber noch fehlende Anreize für Investoren und ein niedriger Stand an Anwendungstechnologien gegenüber. Die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) unterstützt die positiven Ansätze seit 2014 mit einem Energieprogramm mit Schwerpunkt im Windkraftsektor.



Vietnamese-German University (VGU)

Im Jahr 2016 konnte die VGU wieder einige entscheidende Schritte in ihrer weiteren Entwicklung machen. Gegründet im Jahr 2007, geht das Leuchtturmprojekt in der strategischen Partnerschaft zwischen Deutschland und Vietnam nun in das zehnte Jahr seines Bestehens. Die auf die Schwerpunkte Ingenieurwissenschaften, Informationstechnologie sowie Wirtschaftswissenschaften ausgerichtete Universität hat mittlerweile circa 1.200 Studenten in elf Studienprogrammen, davon fünf Bachelor- und sechs Masterprogramme.

Auch die finanzielle Unterstützung der Studierenden konnte entscheidend ausgebaut werden. Im Rahmen der „Opening and Graduation Ceremony“ am 7. Oktober 2016 wurden

Stipendien von verschiedensten Organisationen und Industriepartnern wie dem World University Service, der VGU Friendship Association, dem DAAD, adidas, Zwilling J. A. Henckels und Pepperl & Fuchs, verliehen. Für das akademische Jahr 2016/2017 wurden insgesamt 387 Stipendien in einer Gesamthöhe von rund 750.000 US-Dollar verliehen, der DAAD ist daran mit einer Gesamtfördersumme von circa 140.000 Euro beteiligt.

Der Höhepunkt des Jahres war unbestritten der erste Spatenstich für das neue Campusgelände am 6. Oktober 2016. Unter Beteiligung zahlreicher Gäste und Delegationen wurde der erste Bauabschnitt damit feierlich eingeläutet. Die VGU konnte unter anderem Nguyen Thien Nhan, Politbüromitglied und Vorsitzender der Vietnamesischen Vaterländischen Front, Phung Xuan Nha, Minister für



Erziehung und Training, und Boris Rhein, Hessischer Minister für Wissenschaft und Kunst, begrüßen. Die Fertigstellung des neuen Campus wird für 2019 erwartet. Insgesamt stehen den Studierenden, Lehrenden, Forschern und Mitarbeitern dann 135.000 Quadratmeter Fläche auf über 50 Hektar Grund zur Verfügung. Das moderne und funktionale Campus-Design wird eine exzellente Lernumgebung bieten und damit die Lehr- und Forschungstätigkeiten der VGU optimal unterstützen.

Der deutsche Botschafter Christian Berger (4. v. r.) feierte mit den Studierenden die Stipendienübergabe und die Eröffnung des Studienjahres an der Vietnamesisch-Deutschen Universität im Oktober 2016 (oben).

Der Universitätsrat der VGU tagte im Oktober 2016 mit dem vietnamesischen Bildungsminister Prof. Phung Xuan Nha (hinten Mitte rechts).

Mittelfristig wird sich hier ein neues Ausbildungs- und Forschungsfeld für deutsch-vietnamesische Hochschulkooperationen entwickeln.

Arbeitsmarktgerechte Ausbildung bleibt Kernaufgabe

Der Bildungsbereich in Vietnam steht stark in der öffentlichen Kritik. Der neue Bildungsminister Phung Xuan Nha will sich vor allem für eine arbeitsmarktgerechtere Ausbildung einsetzen. Knapp 200.000 Hochschulabsolventen (ca. 35.000 mehr als 2015) blieben 2016 ohne Arbeit und stellen mittlerweile die größte

Arbeitslosengruppe in Vietnam. Prognosen besagen, dass diese Zahl bis 2020 noch auf 300.000 anwachsen kann. Eine stärkere Kooperation zwischen Hochschulen und Wirtschaft steht deshalb ganz oben auf der bildungspolitischen Agenda. Die Vietnamesisch-Deutsche Universität (VGU) (siehe Infokasten) kann hier mit ihrer Kooperation mit der German Business Association Vietnam als Vorbild gelten. Der Berufsbildungssektor, in Vietnam wie auch in Laos und Myanmar ein GIZ-Schwerpunkt, steht vor ähnlichen Herausforderungen. Jetzt, wo Hochschulbildung kein Jobgarant mehr ist, kann und muss Berufsbildung weiter an Reputation gewinnen. >



Stipendien und Partnerschaften

Auch 2016 nahmen wieder über 30 DAAD- und Regierungsstipendiaten ihr Studium bzw. ihre Promotion in Deutschland auf. Sie erhielten ihre sprachliche und landeskundliche Vorbereitung am Vietnamesisch-Deutschen Zentrum (VDZ) der TU Hanoi, in dem auch die DAAD-Außenstelle ihren Sitz hat. Zum zweiten Mal lud das VDZ aus diesem Anlass zum Tag der offenen Tür, an dem Wissenschaftler der TU Hanoi sowie Vertreter des deutschen Unternehmens Messer Industrie interessante Einblicke in Forschung, Entwicklung und Anwendung gewährten. Beschlossen wurde der ereignisreiche Tag mit einem ersten DAAD-Science-Slam. Die Siegerpreise wurden von deutschen und vietnamesischen Unternehmen gesponsert.

Im Rahmen des 2015 abgeschlossenen Wissenschaftler-austauschprogramms mit der TU Hanoi reisten die ersten ausgewählten Wissenschaftler

in beide Richtungen zu kurzen Forschungsaufenthalten in den Bereichen Maschinenbau und Chemieingenieurwesen.

Die Chemieingenieure der TU Hanoi hatten im Herbst ein großes Ereignis zu feiern. Sie konnten im Beisein aller beteiligten Partneruniversitäten, der Deutschen Botschaft Hanoi und des MdB Dr. Thomas Feist die „DAAD SDG School Rostock – Hanoi – RoHan. Catalysis as Key towards Sustainable Resource Management“ in Hanoi eröffnen. Die vier Hochschulpartner sind: Universität Rostock, Leibniz-Institut für Katalyse, Rostock (LIKAT), Hanoi University of Science and Technology (HUST) und Nationaluniversität Hanoi – University of Science (VNU-US). Das LIKAT steht dabei für anwendungsorientierte Forschung, die nun im Projektverlauf durch Ausbildung von Nachwuchswissenschaftlern und durch gemeinsame Ausbildung und Forschung an beiden vietnamesischen Partneruniversitäten verstärkt werden soll. RoHan ist die einzige SDG

Graduate School in Asien, die sich im gleichnamigen DAAD-Programm in kompetitiver Auswahl durchgesetzt hat, und wird zunächst bis 2020 aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert. Im Rahmen dieser Eröffnungsfeier wurde auch das seit 1997 bestehende Memorandum of Understanding zwischen der TU Hanoi und dem DAAD erneuert.

Damaliger Außenminister Steinmeier besucht Vietnam

Ein Höhepunkt des Jahres war im Oktober der Besuch vom damaligen Außenminister Steinmeier in Vietnam. Der Minister warb für die intensive Fortsetzung der strategischen Partnerschaft Vietnam – Deutschland, für die baldige Umsetzung des Freihandelsabkommens mit der EU, für einen wachsenden Wirtschaftshandel, der bis 2020 einen Umsatz von 20 Mrd. US-Dollar erreichen soll, und kündigte die Fortführung der ODA-Hilfen an, die vor allem in erneuerbare Energien, Umweltschutzprojekte und friedliche Konfliktlösungen investiert werden sollen. In Hanoi traf er nicht nur mit Alumni deutscher Hochschulen zu einem angeregten Gespräch zusammen, sondern eröffnete auch den neu entwickelten Studiengang „Deutsches und europäisches Recht“ an der Hanoi

Rechtshochschule mit einer Grundsatzrede und diskutierte anschließend in einem Gespräch mit 15 Studierenden die akademischen und beruflichen Perspektiven, die ihnen der neue Studiengang eröffnet. Der Studiengang wird vom Zentrum für deutsches Recht koordiniert, das der DAAD seit 2008 im Rahmen des Deutsch-

Vietnamesischen Rechtsstaatsdialogs unterstützt, unter anderem mit einer Dozentur und künftig auch mit einer Sprachassistentin. In Ho-Chi-Minh-Stadt nahm der Außenminister am Richtfest des Deutschen Hauses teil: Künftiges Symbol der wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Präsenz Deutschlands in Vietnam.



DAAD-Außenstellenleiterin Anke Stahl und Prof. Huynh Quyet Thang, Vizepräsident der Hanoi University of Science and Technology (HUST), erneuern das Memorandum of Understanding zwischen dem DAAD und der HUST.

Der Tag der offenen Tür im Vietnamesisch-Deutschen Zentrum wird mit einer feierlichen Stipendienübergabe (linke Seite und oben links), wissenschaftlichen Experimenten (oben rechts) und Science Slam (Mitte links) begangen.



Die DAAD SDG Graduate School Rostock-Hanoi wird eröffnet (unten links).



Damaliger Außenminister Frank-Walter Steinmeier besucht Vietnam.



REGIONALE MOBILITÄT IN ASEAN

Qualitätsoffensiven und die Einrichtung englischsprachiger Studienangebote an vietnamesischen Hochschulen werden zum Gebot der Stunde, um auch attraktiver für ausländische Studierende zu werden. Noch sind Studierendenmobilitäten, vor allem innerhalb der ASEAN-Staaten, Einbahnstraßen. Das soll sich bald ändern, wenn Vietnam seinen nationalen Qualifikationsrahmen den regionalen ASEAN-Standards angepasst hat. Mit dem EU-SHARE Project (2015–2019), in dem der DAAD neben British Council, Campus France und Nuffic Konsortialpartner ist, werden genau diese Bestrebungen unterstützt: regionale Kooperation zu stärken, Qualität zu verbessern, Wettbewerbsfähigkeit und Internationalisierung der Hochschulen und Studierenden in ASEAN zu steigern. Dabei stehen die enge Zusammenarbeit zwischen der EU und dem ASEAN-Wirtschaftsraum (ASEAN Economic Community, AEC) und die Harmonisierung der Hochschulbildung in ASEAN im Mittelpunkt der Aktivitäten.

Qualität und Internationalisierung der Ausbildung

Seit 2008 bemüht sich Vietnam mit einem Fremdsprachenmasterplan um eine deutliche Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse, insbesondere Englisch, in Schulen und Hochschulen. Die bisherige Investition von über 200 Mio. US-Dollar in dieses Programm hat sich noch nicht ausgezahlt, wenn man die vergleichsweise schlechten Englischergebnisse aus der Abiturprüfung 2015 zugrunde legt. Das Bildungsministerium plant deshalb eine Reform dieses Masterplans und will vor allem die Zahl der Englischlehrer erhöhen. Der Druck zur Reform bestehender Lehrpläne und Lehrmethoden wächst weiter. Neu ist,

dass die Hochschulen zunehmend autonom agieren können. Das betrifft nicht nur die Gestaltung der Lehrpläne, sondern auch die Einstellung und Bezahlung von Lehrkräften, die Festlegung der jährlichen Einschreiberaten und der Studiengebühren. Wachsende Autonomie hat freilich ihren Preis. Hochschulen, die sich für mehr Eigenständigkeit entscheiden, werden deutlich weniger staatliche Finanzierung erhalten. Ob sich allerdings die geforderte Qualitätssteigerung der Ausbildung allein über höhere Studiengebühren regeln lässt, darf bezweifelt werden. Immerhin bescheinigt ein Weltbankreport von 2015 zur Umsetzung von Vietnams Higher Education Reform Agenda (HERA) bis 2020 dem Land erhebliche Fortschritte. Demnach hat Vietnam nicht nur gute Erfolge in der Qualifizierung der Lehrkräfte auf Master- und PhD-Niveau, sondern auch hinsichtlich institutioneller Qualität erzielt: So haben die Hochschulen inzwischen mehrheitlich interne Qualitätssicherungseinheiten implementiert, und für die Zukunft ist der Ausbau an externen Akkreditierungsagenturen geplant. Als wichtige Komponente der HERA gilt das vietnamesische Regierungsstipendienprogramm, das dazu beitragen soll, dass bis 2020 60 Prozent aller Hochschullehrer einen Masterabschluss und 35 Prozent eine Promotion vorweisen können.

„Mit den Deutschcamps möchten wir allen Teilnehmern den Gedanken vermitteln, dass uns im Leben vieles verbindet, in erster Linie die deutsche Sprache, wo auch immer wir sind“, sagt Dr. Le Tuyet Nga, Organisatorin und Initiatorin der Deutschcamps seit 2013 und Präsidentin des vietnamesischen Deutschlehrerverbandes (vdlv).



Der DAAD kooperiert mit dem Bildungsministerium seit 2003 im Rahmen dieses Regierungsstipendienprogramms für die Aus- und Fortbildung von Masterstudierenden und Doktoranden. Das Bildungsministerium lässt dieses Programm derzeit auf seine Wirkung untersuchen und wird 2017 über die Fortsetzung desselben über 2020 hinaus entscheiden.

Regionaler Austausch wird immer wichtiger

Die Bedeutung des Austauschs innerhalb der Region Südostasien wird von den Hochschulen erkannt. Egal ob Deutschausbildung, Stadt- und Verkehrsplanung oder fachbezogene Alumni-seminare: Über die Hälfte aller DAAD-Veranstaltungen 2016 in Vietnam hatte eine regionale Komponente. So kamen 70 Studierende und Lehrkräfte aus Thailand, Malaysia, Laos und Vietnam zu einem mehrtägigen fachlichen Austausch beim jährlichen Deutschcamp „Deutsch im interkulturellen Kontext“ zusammen. Dies festigte den Ruf des noch jungen vietnamesischen Deutschlehrerverbands als Vorreiter der regionalen Vernetzung weiter.

Rapides Städte- und Verkehrswachstum in Asien bildete den Hintergrund für die Konferenz „Smart Mobility for Smarter Cities“, die die VGU mit Unterstützung des DAAD ausrichtete. Experten aus Vietnam, Deutschland, Japan, Thailand, Taiwan, Sri Lanka, Singapur, Nepal und Neuseeland diskutierten in Ho-Chi-Minh-Stadt umweltfreundliche und lebenswerte Lösungen für Smarter Cities und stellten klar: Es bedarf eines interdisziplinären Ansatzes, der stetigen Kommunikation und des Verhandels zwischen den beteiligten Akteuren und Behörden, der nachhaltigen Umsetzung von Plänen, der konsequenten Kontrolle und letztlich der Verhaltensänderung.

Wie wichtig ein berufliches Netzwerk ist, das über Ländergrenzen hinausreicht, wissen besonders Alumni der entwicklungsbezogenen

Tabelle 11 : Daten zum Bildungssystem Vietnam

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	93,45 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	16,88 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	6.022
Wirtschaftswachstum	5,98 %
Inflation	4,09 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 52
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 26
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 103
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	6,3 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	2.692.124
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	50,14 %
Immatrikulationsquote	30,48 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	420.607
PhD	826
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	k. A.
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	4.092
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	0,16 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. Laos	
2. Kambodscha	
3. China	
4. Korea	
5. Mongolei	
130. Deutschland	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	53.546
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	2,38 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland (WS 2015/16)	3.200
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. USA	
2. Australien	
3. Japan	
4. Frankreich	
5. Vereinigtes Königreich	
7. Deutschland	

Quellen: DAAD, Statistik
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt
 Wissenschaft weltweit
 The World Bank, Data
 UNESCO, Institute for Statistics

Postgraduiertenstudiengänge, die sich im September zum regionalen Rückkehrerseminar „Reintegration into domestic job markets“ in Hanoi trafen, das sich den Herausforderungen widmete, mit denen unsere Stipendiaten bei ihrer Rückkehr ins Heimatland auf der Suche nach einem adäquaten Job konfrontiert sind. >

Kapazitäten entwickeln – nachhaltige Kooperationen mit Erasmus+ in Südostasien aufbauen

Vor diesem Hintergrund erwies sich das erstmals in Hanoi von der Nationalen EU-Agentur DAAD in Kooperation mit der Außenstelle Hanoi durchgeführte Erasmus+ Networking Forum „EU-Higher Education Cooperation between Germany and South-East Asia“ als echter

Publikumsmagnet. Hier konnten sich Anfang November 21 ausgewählte deutsche Hochschulvertreter mit 120 Kollegen aus Vietnam, Thailand, Laos, Myanmar und Kambodscha austauschen und gemeinsame Projektideen entwickeln. Für die Arbeit der DAAD-Außenstelle bot das Netzwerkforum eine exzellente Plattform, über welche sich die Teilnehmer kennenlernen und zum Teil schon recht konkret vernetzen konnten. Dies ist für die weitere regionale Hochschulzusammenarbeit enorm wichtig, wenn es darum geht, einen gemeinsamen ASEAN-Hochschulraum zu schaffen und akademische Mobilitäten und Kooperationen deutlich zu erhöhen. Erasmus+ Kapazitätsaufbauprojekte stellen außerdem eine sehr gute Ergänzung zum vorhandenen DAAD-Programmportfolio für die Region Südostasien dar.

Die Europäische Delegation hat mit der Organisation von EU Scholarship Days sowie kleineren Hochschulfestivals und Roadshows in Vietnam und Laos zur Sichtbarkeit der europäischen Hochschulen in Südostasien beigetragen. Der DAAD-Stand gehörte auf allen Veranstaltungen immer zu den meistbesuchten.

Vietnam, als strategischer Partner Deutschlands in Südostasien, baut innerhalb der Region politisch, wirtschaftlich und bildungspolitisch seine Position weiter aus. Deshalb werden auch 2017 Regionalität und interdisziplinäre Ausbildungs- und Forschungsansätze für die Arbeit der Außenstelle wichtig bleiben. Vor allem die Alumni müssen hier vorangehen, wenn sie sich zu einem großen regionalen fachbezogenen Alumniseminar unter dem Thema „Umwelt und Gesundheit“ in Hanoi mit den aktuellen Herausforderungen und Lösungen auseinandersetzen werden. <<

Tabelle 12 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2016 Vietnam

A = Geförderte aus dem Ausland
D = Geförderte aus Deutschland

		Vietnam	
		A	D
I. Individualförderung – gesamt		383	83
1. nach Status			
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	84	D 10
Studierende auf Master-Niveau	A	67	D 3
Doktoranden	A	86	D 2
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	146	D 68
2. nach Förderdauer			
< 1 Monat	A	227	D 56
1–6 Monate	A	6	D 15
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	150	D 12
II. Projektförderung – gesamt		519	212
1. nach Status			
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	70	D 67
Studierende auf Master-Niveau	A	141	D 13
Doktoranden	A	41	D 18
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	155	D 113
andere Geförderte*	A	112	D 1
2. nach Förderdauer			
< 1 Monat	A	282	D 161
1–6 Monate	A	168	D 51
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	69	D
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)		902	295
A und D – gesamt (I + II)		1.197	

* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

Bhinneka Tunggal Ika – Einheit in der Vielfalt



Dr. Irene Jansen leitet die Außenstelle Jakarta seit Februar 2012. Die Außenstelle besteht seit 1990 und hat zurzeit zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Fünf Prinzipien sollten die friedliche Koexistenz im gerade unabhängig gewordenen Vielvölkerstaat Indonesien mit seiner mehrheitlich islamischen Bevölkerung sichern: Nationalismus, Internationalismus, repräsentative Demokratie, Sozialstaatlichkeit und Religiosität in einem monotheistischen Glauben. Auf diesen Grundsätzen, „Pancasila“ genannt, so hoffte Präsident Sukarno im Gründungsjahr der Republik 1945, könne sein Postulat der Einheit in der Vielfalt verwirklicht werden. Im Laufe der Zeit wurden diese Prinzipien vielfach neu interpretiert und priorisiert, aber bis heute haben sie ihre Geltung für den politischen Diskurs nicht verloren. In den vergangenen Monaten dienten sie vor allem einer liberalen, pluralistisch gesinnten Zivilgesellschaft zur Verteidigung ihrer demokratischen Werte gegen populistische, autoritäre und radikalislamische

Gruppen, die 2016 erhebliche Unruhe stifteten und Angst verbreiteten. Eine Bombe aus dem Al-Quaida- oder IS-Umfeld erschütterte Jakartas Innenstadt gleich zu Beginn des Jahres. Am 1. Februar wurde eine Diskussionsveranstaltung an der Gadjah-Mada-Universität zum Militärputsch von 1965 mit der Begründung untersagt, sie könne potenziell Unruhe stiften und gegen das Kommunismus-Verbot verstoßen. Bereits Ende 2015 hatten Nachrichten über die Verfolgung von sexuellen Minderheiten Schlagzeilen gemacht. Aber erst als Hochschul- und Forschungsminister Muhammad Nasir der Kündigung von homosexuellen Dozenten und Zwangsexmatrikulationen von Studierenden der LGBT-Gemeinden zustimmte, wie sie der Rektor der Universität Lampung angekündigt hatte, ging ein Schrei der Empörung durch die Hochschulen. Nasir sah sich genötigt, seine Unterstützung zurückzunehmen. Aber Diskriminierung und Verbote hörten nicht auf. Am 15. Februar 2016 brachte die Jakarta Post einen Artikel mit der Überschrift: „Akademische Freiheit in der Post-Suharto-Ära: Nicht viel besser“. Am 4. November 2016 legte eine Massendemonstration, zu der die „islamische Verteidigungsfront“ (FPI) aufgerufen hatte, die 30-Millionen-Metropole Jakarta lahm. Die Demonstration richtete sich gegen den amtierenden Gouverneur von Jakarta, Basuki Ahok Tjahaja Purnama, ein der ethnischen Minderheit der indonesischen Chinesen angehöriger Katholik. Ahok, wie er genannt wird, ein enger Vertrauter des amtierenden Staatspräsidenten, sah sich unmittelbar vor dem

*Massendemonstration
in Jakarta*

*Stipendien bleiben
ungenutzt*

*Praxisnahe Bildung durch
Kooperation mit Wirtschaft*

*Qualitätsmanagement im
ASEAN-Hochschulraum*



Freundliche Begrüßung:
Das Willkommen-Denkmal befindet sich im Zentrum Jakartas.

Beginn seines Wahlkampfes um die Wiederwahl dem Vorwurf der Blasphemie ausgesetzt, der inzwischen tatsächlich in eine Anklage mündete. Zwischen Mai und Dezember 2016 fiel die Popularitätsrate von Gouverneur Ahok von 38 Prozent auf 19,4 Prozent. In den sozialen Medien tobt ein heftiger Streit um Moral und Gesetz, Religion und Staat, der die Wahlen entscheiden könnte. Viele fragen sich besorgt, wer hinter solchen finanziell aufwendigen, perfekt inszenierten öffentlichen Aktionen, Medienkampagnen und Einschüchterungsversuchen steckt, wer am meisten von ihnen profitiert und ob solche in hohem Maße verunsichernden Aktionen in der Lage sein werden,

die erst 1998 gewonnene demokratische Freiheit zugunsten der alten, von Militärs dominierten Oligarchen-Regime mit Steigbügelhaltern aus islamistischen Kreisen wieder zu zerstören. Währenddessen gibt Präsident Joko Widodo sich in der Öffentlichkeit gelassen. Die Demonstrationen seien ein Preis, den er bereit sei, für die politische Freiheit zu zahlen, sie seien nichts als „Lärm der Demokratie“ („the noise of democracy“); so äußerte er sich gegenüber dem niederländischen Premier Rutte bei dessen Besuch im November. Hinter den Kulissen ist die Besorgnis aber sichtbar größer. Bei der zweiten Massendemonstration gegen Ahok, als öffentliches Freitagsgebet ausgerufen, nahm



Mopeds über Mopeds:
Der Blick aus dem Fenster
der DAAD-Außenstelle
zeigt ein beliebtes
Fortbewegungsmittel
in Indonesien.

**Auch dieser Anblick ist
in der indonesischen
Hauptstadt alltäglich.**



der Präsident persönlich teil, offenbar um zur Deeskalierung beizutragen, indem er zu einem Gebet für die Einheit des Landes aufrief. In der Tat käme Jokowi, wie der Präsident genannt wird, der Ruf, sein Land sei politisch instabil, denkbar ungelegen. Der ehemalige Unternehmer ist der erste demokratisch gewählte Präsident Indonesiens, der nicht aus den Reihen der alten Regierungs- und Militäreliten kommt. Seine politische Agenda ist in erster Linie eine pragmatische, wirtschaftspolitische. Nach dem Verfall der Rohstoffpreise und dem damit verbundenen Rückgang von lukrativen Exporten, die den Aufstieg Indonesiens

zu einem G-20-Staat ermöglicht hatten, setzt die Jokowi-Administration auf Wachstum im Binnenmarkt. Dazu muss aber die Infrastruktur maßgeblich verbessert und eine verarbeitende Industrie aufgebaut werden. Deshalb versucht der Präsident mit Subventionskürzungen und Steuerreformen den Haushalt zu konsolidieren und für ausländische Direktinvestitionen zu werben – nicht ganz ohne Erfolg. Indonesien steht inzwischen nach Brasilien und Mexiko auf Platz 9 der investitionsfreundlichsten Länder, vor Malaysia (Deutschland steht auf Platz 5). Aber Indonesiens Wirtschaftswachstum ist gering. Die von der Weltbank für 2016 prognostizierten

Forschungslandschaft

„Ist für Indonesien der Zeitpunkt für Forschung gekommen?“, fragte die größte englischsprachige Tageszeitung Indonesiens im Oktober. Minister Nasir hatte angekündigt, den notorisch unterfinanzierten Forschungshaushalt wenigstens auf ein Prozent des Brutto sozialproduktes aufzustocken. Forschung, das haben die Verantwortlichen erkannt, ist unerlässlich, um das Innovationspotenzial dieses Landes, das reich an Rohstoffen und biologischer Vielfalt ist, zu nutzen und so die Wertschöpfung zu vergrößern. Hoffnung hatte bereits im Frühjahr die Nachricht von der Gründung des „DIPI Fund“ geweckt, eines indonesischen Forschungsfonds für Grundlagen- und Exzellenzforschung. DIPI soll als selbstverwaltete Forschungsförderorganisation Strukturen schaffen, die Wissenschaftlern die nötigen Freiräume geben, sich in wettbewerblichen Auswahlen um Finanzierung von auch langfristig angelegter Grundlagenforschung zu bewerben. Offenbar lagen nach der ersten Bewerbungsrunde im August 467 Anträge vor. Aber aufgrund von Budgetkürzungen ist das DIPI-Projekt zum Jahresende ins Stocken geraten, und es steht weiterhin zu befürchten, dass Indonesien nicht rasch genug aufholen kann; denn, obwohl zum Beispiel



Indonesiens Publikationsrate im akademischen Bereich zwischen 1996 und 2014 um beachtliche 15 Prozent gestiegen ist, machten wissenschaftliche Veröffentlichungen aus dem mit Abstand bevölkerungsreichsten Land ASEANs 2014 nur 0,65 Prozent der ASEAN-weiten Publikationen aus.

Stipendien

Während die unterdurchschnittliche Forschungsbilanz nicht zuletzt mit schleppenden Investitionen und mangelnden Forschungsstrukturen zusammenhängt, scheint es in manchen Stipendienprogrammen mehr Gelder als Nachfrage zu geben. Für die DAAD-Doktorandenstipendien bewerben sich schon seit einigen Jahren kaum mehr als 30 Personen pro Jahr. Auch der Indonesia Endowment Fund for Education (LPDP) verfügt über Stipendienmittel für etwa 5.000 bis 7.000 Stipendien pro

Jahr; abgeflissen waren aber bis Oktober 2016 offenbar lediglich Mittel für 1.200 bis 1.600 Stipendien. Daneben wurde 2016 auch vom Religionsministerium ein Stipendienprogramm zur Weiterqualifizierung von Dozenten an islamischen Universitäten initiiert; von „5.000 PhDs“ war die Rede. In der Presse spricht man jedenfalls von umgerechnet 2 Mrd. Euro für Stipendien allein aus indonesischen Quellen, die nicht abgeflissen seien. Da mag es nicht verwundern, dass es auch für das gemeinsam mit dem DAAD administrierte Indonesian German Scholarship Program (IGSP) pro Jahr kaum mehr als zehn Bewerber gibt. Fragt man Mitarbeiter des Ministeriums nach möglichen Ursachen, wird immer wieder angeführt, dass junge Indonesier zwar alle recht fließend Englisch sprächen, das Niveau aber unterhalb der für das Auslandsstudium benötigten Qualitätsstufen bleibe.

Junge Studentinnen besuchen die European Higher Education Fair in Jakarta.



Das erste Falling Walls Lab in Indonesien stieß auf große Begeisterung. 122 Bewerbungen gingen ein.

5,3 Prozent werden wohl nicht erreicht. Dabei setzt die ganze Region auf den weiteren Aufschwung des Landes, das die größte Wirtschaftsmacht innerhalb der ASEAN Economic Community (AEC) ist. AEC, ein südostasiatischer Verbund von zehn Nationen mit mehr als 620 Millionen Menschen – davon 40 Prozent Indonesier – soll ASEAN bis 2030 zur viertgrößten Wirtschaft der Erde machen. Dr. Lili Yan Ing vom Präsidentsamt in Jakarta hält diese Prognose für realistisch. Mit durchschnittlich 5,2 Prozent Wirtschaftswachstum über die letzten 20 Jahre habe ASEAN alle anderen Weltregionen bislang überflügelt. Allerdings, so Ing, müsse ASEAN im Schulterschluss mit asiatischen Partnerländern des ASEAN+3-Verbundes, ASEAN plus China, Japan und Korea, agieren, denn kein ASEAN-Staat verfüge bislang über vergleichbare wissenschaftliche und technologische Voraussetzungen, die der Motor für das anvisierte Wachstum sein könnten. Angesichts der Konflikte im südchinesischen Meer und Chinas wachsendem Einfluss in der Region besteht allerdings die Gefahr, dass diese unerlässliche interregionale Zusammenarbeit von geopolitischen Machtkämpfen aufgerieben wird. Diese Spannungen aufzulösen wird eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben ASEANS sein.

Durch bessere Bildung zu höherer Produktivität

Wettbewerbsfähig wird ASEAN erst dann, wenn die Arbeitsproduktivität deutlich gesteigert werden kann. Derzeit ist sie circa 40 Prozent geringer als die Chinas. Ein Grund sei, so heißt es in Wirtschaftskreisen, dass ASEANS Arbeitskräfte weder angemessen noch ausreichend ausgebildet seien. 40 Prozent der weltweit operierenden Firmen in ASEAN gaben 2016 an, keine passend qualifizierten Nachwuchskräfte in der Region finden zu können. Dabei ist die Arbeitslosigkeit in ASEAN hoch, vor allem die unter jungen Leuten; 50 Prozent der Arbeitslosen in Indonesien sind zwischen 15 und 24 Jahre alt. Auch gut ausgebildete Leute finden oft keine Beschäftigung. Im Nachbarland Malaysia zum Beispiel haben 40 Prozent der Arbeitslosen einen Hochschulabschluss. Während bereits 16 Prozent der Malaysier im Alter zwischen 15 und 74 Jahren eine Universität besucht haben, 6 Prozent mehr als durchschnittlich in der ASEAN Region, sind es in Indonesien bislang nur 3 Prozent.

Der Bildungssektor in fast allen Ländern ASEANS setzt daher auf eine stärkere Teilhabe an tertiärer Ausbildung und auf eine Verbesserung der Aus- und Fortbildungsangebote durch eine enge Verzahnung mit der Industrie. In berufsbildenden Schulen, so schlug der indonesische Industrieminister Airlangga Hartanto vor, solle zukünftig 60 Prozent des Unterrichts praxisorientiert außerhalb des Klassenzimmers erteilt werden. Zwölf staatliche „Politeknik“, Institutionen, die berufsqualifizierende Hochschulabschlüsse vergeben, sollen 2017 umstrukturiert und spezialisiert werden, zum Beispiel für den Bergbaubereich. Lehrkräfte sollen auch aus der Industrie rekrutiert und bei Bedarf auf Masterniveau nachqualifiziert werden. Dabei sollen Deutschland, die Niederlande, Taiwan, Kanada und die Schweiz helfen. Konkretere Pläne sind noch



Auf der DAAD-Delegationsreise widmeten sich Teilnehmer aus Ministerien, Forschungsinstituten und Universitäten Indonesiens dem Thema „Produktentwicklung und Kommerzialisierung von Forschungs- und Technologieergebnissen.“

nicht bekannt. Bei seinem Staatsbesuch in Deutschland hat Präsident Jokowi das Thema Berufsbildung und Professionalisierung jedenfalls prominent auf die Tagesordnung setzen lassen.

Die indonesische Hochschullandschaft

Mit über 4.500 Hochschulen hat Indonesien bereits einen der größten Hochschulsektoren der Welt, aber er reicht nicht aus für das Land mit der viertgrößten Bevölkerung der Erde. Der Sektor wächst stetig, wird liberalisiert und umstrukturiert. Trotz eines im Jahr 2016 abgeschmolzenen Budgets wurden fast 80 neue tertiäre Institutionen gegründet. 26 der sehr guten Universitäten sind als Institutionen mit A akkreditiert, darunter auch die elf vom Ministerium als beste Universitäten eingestuft. Sie können weitgehend autonom agieren, was die Verwaltung und Priorisierung ihrer Finanzen angeht. Diese Hochschulen gelten als herausragend, gemessen am Ausbildungsgrad ihrer Hochschullehrer (siehe Infokasten), an der Qualität ihrer Verwaltungsstrukturen, studentischen Aktivitäten und Forschungsleistungen. Eine dieser Universitäten, die Universitas

Indonesia, ist im QA University Ranking 2016 unter den besten 400 Universitäten weltweit gelistet. Im statusbewussten Indonesien sind alle Universitäten bemüht, ihre Ranking-Positionen zu verbessern, nicht zuletzt durch internationale Kooperationen. So hat die

DOZENTEN IN INDONESIEN

Ein Überblick

Von den 262.689 indonesischen Dozenten haben nur 30.195 einen Doktorgrad. 163.947 Dozenten verfügen über einen Mastertitel; alle anderen unterrichten mit Bachelor-Niveau oder einem Diploma-Abschluss, der an sogenannten Akademien und Politechnik, berufsqualifizierenden Schulen, erworben wird; man unterscheidet die Diploma-Niveaus D1 bis D4. Der höchste D-Abschluss, das Diploma4, kann in Indonesien dem Bachelor (S1) gleichgestellt werden, allerdings versehen mit dem Zusatz „Bachelor of Applied Science“. Die Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Weiterbildung von Hochschullehrern haben für die Regierung hohe Priorität.

Gadjah-Mada-Universität umgerechnet 770.000 US-Dollar investiert, um mit der medizinischen Fakultät der National University of Singapore zu kooperieren, die im oben genannten Ranking auf Platz 12 der Welt rangiert.

Die bereits oben beschriebenen Restrukturierungen gehen einher mit Curriculumreformen und der Formulierung von nationalen Qualifikationsrahmen, nicht zuletzt im Interesse einer Harmonisierung des ASEAN-Hochschulraums. Eine wichtige Weiche dazu wurde 2015 bereits mit der Verabschiedung eines regionalen Qualifikationsrahmens gestellt und 2016 mit der Anerkennung des ASEAN Quality Assurance Agency Network (AQAN) als einer ASEAN-Körperschaft. Ein gemeinsam von der EU und dem ASEAN-Sekretariat in Jakarta aufgelegtes Förderprogramm, SHARE, unterstützt seit 2015 den Vereinheitlichungsprozess des Hochschulraums ASEAN. Der DAAD setzt das Projekt gemeinsam mit dem British Council, Campus France, der European University Association (EUA), der European Association for Quality Assurance in Higher Education (ENQA) und Nuffic um.

Die DAAD Arbeit vor Ort

Im Unterschied zu Doktorandenprogrammen sind DAAD-Stipendien für Masterprogramme, Studienaufenthalte und Wiedereinladungen stark nachgefragt. Im Schwerpunktprogramm der bilateralen Forschung zwischen Deutschland und Indonesien zum Thema „Biodiversity and Health“ begannen 2016 neun Doktoranden aus der ersten Auswahlrunde ihren Forschungsaufenthalt in Deutschland. Ein mit einer Erfolgsquote von 93 Prozent sehr erfreuliches Regierungsstipendienprogramm mit der Provinz Aceh (DAAD-ACEH Scholarship of Excellence) hat in den Jahren 2009 bis 2016 insgesamt 129 Graduierte für ein Studium in Deutschland gefördert. Besonders das international angelegte Fortbildungsprogramm für Hochschulmanager, Dekane und andere Entscheidungsträger an Universitäten, das von DAAD und Hochschulrektorenkonferenz gemeinsam durchgeführte Programm „Dialogue on Innovative Higher Education Strategies“ (DIES), erfreut sich anhaltender Beliebtheit. Aus der höheren indonesischen

Das Team der DAAD-Außenstelle Jakarta feiert den 71. Unabhängigkeitstag Indonesiens.



Tabelle 13 : Daten zum Bildungssystem Indonesien

Verwaltungsebene haben bereits über 350 Personen an solchen Kursen teilgenommen. Nach wie vor gehören die Lektoren- und Dozentenprogramme zu den wichtigsten Förderinstrumenten des DAAD, denn diese in die Universitäten integrierten Hochschullehrer vertreten den DAAD und geben Projekten und Initiativen der bilateralen Zusammenarbeit wichtige Impulse über ihren Lehrauftrag und über ihre Hochschulen hinaus.

An drei der 14 akademischen Deutschabteilungen im Land unterrichten vier DAAD-Lektoren Literatur, Deutsch als Fremdsprache und Linguistik. Die meisten der etwa 150.000 Deutschlerner in Indonesien geben an, die Sprache wegen eines geplanten Studiums in Deutschland lernen zu wollen. Australien, USA, Malaysia und Japan sind die gefragtesten außereuropäischen Zielländer; die Bundesrepublik ist für indonesische Studierende und Forscher nach wie vor das wichtigste europäische Gastland. Die von deutscher und indonesischer Seite am häufigsten gestellte Frage in diesen Zeiten ist zwar die nach der Sicherheit im jeweils

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	257,56 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	43,94 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	11.035
Wirtschaftswachstum	5,02 %
Inflation	6,39 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 47
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 38
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 107
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	3,3 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	6,46 Mio.
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	52,17 %
Immatrikulationsquote	31,01 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	948.638
PhD	3.591
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	k. A.
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	6.280
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	0,12 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. k. A.	
2. k. A.	
3. k. A.	
4. k. A.	
5. k. A.	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	39.098
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	k. A.
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland (WS 2015/16)	3.626
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. Australien	
2. USA	
3. Malaysia	
4. Japan	
5. Ägypten	
7. Deutschland	

Quellen: DAAD, Statistik
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt
 Wissenschaft weltoffen
 The World Bank, Data
 UNESCO, Institute for Statistics



„Science talks in DAAD“: Dr. Signe Preuschhoff, DAAD Alumna und Head of Competence Centre Apes – VIER PFOTEN International spricht in der Deutschen Botschaft zum Thema „Family Matters – of Orangutans and Humans“.

anderen Land. Indonesische Eltern und Studierende fragen, ob noch mehr Ausländer und Muslime in Deutschland überhaupt willkommen seien. Die Deutschen haben umgekehrt die Sorge, dass der Pluralismus, die viel gepriesene „Einheit in der Vielfalt“ Indonesiens, bedroht sei. Trotz dieser Unsicherheit ist die Anzahl der in Deutschland studierenden indonesischen Bildungsausländer zwischen 2014 und 2015 um 13 Prozent auf 3.626 gestiegen. <<

Tabelle 14 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2016 Indonesien

	Indonesien	
	A	D
I. Individualförderung – gesamt	247	40
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	34	17
Studierende auf Master-Niveau	84	
Doktoranden	109	4
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	20	19
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	38	7
1–6 Monate	6	16
> 6 Monate (Langzeitförderung)	203	17
II. Projektförderung – gesamt	491	215
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	109	145
Studierende auf Master-Niveau	62	49
Doktoranden	24	5
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	144	13
andere Geförderte*	152	3
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	400	75
1–6 Monate	78	139
> 6 Monate (Langzeitförderung)	13	1
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	738	255
A und D – gesamt (I + II)	993	

* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

Neu Delhi

Indien in unruhigen Zeiten



Heike Mock leitet die Außenstelle Neu Delhi seit 2014. Die Außenstelle besteht seit dem Jahr 1960 und hat zurzeit 13 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Indien hat ein bewegtes Jahr hinter sich. Schwere Studierendenunruhen an einigen Hochschulen zu Beginn des Jahres, der wieder eskalierte Streit mit Pakistan, monatelange gewaltsame Unruhen in Kaschmir sowie am Ende des Jahres die völlig überraschende Entwertung der beiden größten indischen Banknoten haben das Land in Atem gehalten.

Mit der Entwertung von rund 86 Prozent des Bargeldbestands binnen weniger Stunden hat Premierminister Narendra Modi seinen Ruf als Macher und furchtloser politischer Führer, der zum Wohl der Nation auch vor drastischen Entscheidungen nicht zurückschreckt, gestärkt. Trotz der großen Entbehrungen, die jeder Einzelne in den Wochen danach auf sich nehmen musste, steht die Mehrheit der Bevölkerung hinter dieser Entscheidung mit dem Ziel der Eindämmung von Korruption und Schwarzgeld.

JNU-Studierende festgenommen

Konfliktschauplatz Bollywood: Indisch-pakistanische Auseinandersetzung

Neuer Wind im Ministerium für Bildung

Arbeitslosigkeit trotz Fachkräftemangel

Neues Programm: Deutsch-indische Hochschulpartnerschaften

Wirtschaftspolitische Erfolge und innenpolitischer Druck

Auch die Einführung einer landesweiten Mehrwertsteuer, um die seit zehn Jahren im Parlament gerungen wurde, kann die Regierung Modi als großen politischen Erfolg für sich verbuchen. Damit steht Indien vor der größten Steuerreform seit seiner Unabhängigkeit. Bisher gibt es einen Flickenteppich aus regionalen Steuern der einzelnen Bundesstaaten, der unter anderem zu langen Wartezeiten des Güterverkehrs an den Grenzen der Bundesländer führt und viel Raum für Korruption und Steuerhinterziehung lässt. Auch wenn es bis zur Umsetzung der Reform noch dauern wird und Kritiker bemängeln, dass die Reform nicht weit genug gehe und eine generelle Steuerreform, vor allem auch der Einkommenssteuer, notwendig sei, ist dieser Schritt ein Meilenstein auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung der Wirtschaft und zu mehr Wachstum.

Der erneut eskalierte Konflikt mit Pakistan war für Premierminister Modi nicht nur eine außen-, sondern auch eine innenpolitische Herausforderung. Seit seinem Amtsantritt hatte Modi versucht, die Beziehungen zu Pakistan zu verbessern. So lud er Ministerpräsident Sharif zu seiner Amtseinführung 2014 ein und besuchte ihn im Dezember 2015 sogar in seinem Haus in Lahore. Während Ende 2015 noch von Friedensgesprächen die Rede war, sind ein Jahr später die Beziehungen nahezu eingefroren und von Kriegsrhetorik dominiert.



Der permanente Bruch der Waffenruhe durch das pakistanische Militär entlang der sogenannten Line of Control im geteilten Kaschmir, vor allem aber mehrere terroristische Angriffe mit jeweils vielen Toten auf indische Soldaten im pakistanisch-indischen Grenzgebiet sowie vermutlich auf zivile Ziele, darunter Eisenbahnstrecken, setzten Modi innenpolitisch unter Druck. Vor allem aus den eigenen Parteikreisen gab es Forderungen nach Vergeltung. Anders als seine direkten Vorgänger, die angesichts der drohenden Gefahr eines Atomkonflikts stets militärisch zurückhaltend agierten, entschied Modi sich für einen Vergeltungsschlag durch die Luftwaffe auf ein „terroristisches Camp“ im pakistanisch verwalteten Teil Kaschmirs. Außerdem drohte er Pakistan damit, den seit 1960 bestehenden Vertrag über die gemeinsame Nutzung des Flusses Indus zu überdenken. Damit konnte Modi zumindest teilweise die lauten nationalistischen Stimmen aus seiner Stammwählerschaft befrieden, was vor allem mit Blick auf die anstehenden Wahlen in mehreren großen Bundesstaaten wichtig war.

Wie groß der innenpolitische Druck war, zeigt sich auch daran, dass selbst die riesige

Unterhaltungsindustrie um Bollywood, die normalerweise außerhalb jeder politischen Diskussion steht, in den Konflikt hineingezogen wurde. So entfachte sich eine scharfe Kontroverse um einen neuen Film eines beliebten indischen Regisseurs, in dem ein pakistanischer Schauspieler in einer Nebenrolle auftritt. Extremistische Kräfte verlangten vehement das Verbot des Films und drohten offen damit, Kinos und Besucher anzugreifen. Sie forderten zudem alle pakistanischen Schauspieler in Indien unter Androhung von Gewalt auf, das Land sofort zu verlassen. Dem indischen Regisseur wurde Antinationalismus vorgeworfen und er musste öffentlich versprechen, „nicht mehr mit Talenten aus dem Nachbarland“ zusammenzuarbeiten. Beliebte indische Schauspieler, die sich gegen die antipakistanischen Ressentiments aussprachen, wurden von den Medien massiv angegriffen. Die öffentliche Meinung hierzu war auch bei den liberaleren Eliten durchaus zweigeteilt. Die fortwährenden Bedrohungen aus Pakistan und die Frustration darüber, dass die indische Seite offenbar keine adäquate Antwort findet, um sie zu stoppen, finden auch hier zunehmend ihren Niederschlag in einer latenten antipakistanischen Haltung. >

Ebbe in den Kassen nach der überraschenden Geldentwertung, aber eine Flut von Herausforderungen: So war 2016 in Indien.



**Nach der überraschen-
den Geldentwertung
bildeten sich über
Wochen lange Schlan-
gen vor den Banken.**

Geldentwertung über Nacht

Als die Welt am Abend des 8. November 2016 gebannt auf die USA blickte und die dortigen Präsidentschaftswahlen verfolgte, teilte der indische Premierminister Modi in einer unangekündigten Fernsehansprache mit, dass die beiden höchsten im Umlauf befindlichen Geldscheine über 500 und 1.000 Rupien ab Mitternacht desselben Tages ihre Gültigkeit als Zahlungsmittel verlieren. Als Grund für diesen drastischen Schritt führte er den Kampf gegen Korruption und Schwarzgeld an, mit dem unter anderem Terrorismus und kriminelle Machenschaften finanziert würden. Auch der große Anteil der Schattenwirtschaft und der damit einhergehende Verlust von Steuereinnahmen würden damit eingedämmt. Experten gehen davon aus, dass 80 Prozent der gesamten Beschäftigung in Indien im sogenannten informellen Sektor stattfinden und die dortige Wertschöpfung bis zu 45 Prozent des indischen BIP ausmacht.

Laut indischer Zentralbank verloren mit der Geldentwertung 86 Prozent des im Umlauf befindlichen Bargelds in einer Höhe von 224 Mrd. US-Dollar binnen vier Stunden ihren Wert. Dieser radikale Schritt traf die indische Gesellschaft völlig überraschend. Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu 98 Prozent aller Transaktionen bislang mit Bargeld abgewickelt wurden. Nur 60 Prozent aller Inder haben überhaupt ein Bankkonto.

Die enorme Geldmenge, die über Nacht aus dem Verkehr gezogen wurde, konnte nicht so schnell ersetzt werden und es herrschte wochenlang erheblicher Bargeldmangel. Täglich bildeten sich lange Schlangen vor den Banken. Meist warteten die Menschen jedoch vergeblich darauf, dass sie die limitierte Menge von 10.000 Rupien pro Woche ausgezahlt bekamen, da die Versorgung der Banken mit der notwendigen Geldmenge logistisch nicht klappte. Wer einen der neuen 2.000 Rupien-scheine ergatterte, hatte das Problem, dass niemand Wechselgeld hatte. Kleinere Geschäfte mussten tagelang schließen, die Markthändler und Straßenrestaurants blieben auf ihren Waren sitzen und konnten keine neuen erwerben. Baustellen und Fabriken wurden stillgelegt, weil die Arbeitgeber kein Geld für die übliche tägliche oder wöchentliche Lohnauszahlung

hatten oder auch schlicht weil die Arbeiter nicht zur Arbeit erschienen, da sie tagelang an den Banken anstanden. Und dennoch ertrug die Mehrheit der Inder die Auswirkungen dieser drastischen Maßnahme mit erstaunlicher Gelassenheit und Geduld.

Die wertlosen Geldscheine konnten innerhalb weniger Wochen auf der Bank auf ein Konto eingezahlt werden. Jede Einzahlung über 250.000 Rupien wurde von den Behörden zunächst eingefroren, bis der Einzahler die Rechtmäßigkeit des Geldes bewiesen hatte. Außerdem wurden die Steuern einbehalten. Ob die Geldentwertung tatsächlich dazu führt, Korruption und Schwarzgeld zu bekämpfen, ist umstritten. Es wird geschätzt, dass lediglich 6 Prozent der illegal angehäuften Werte in Bargeld vorhanden sind, das meiste ist in Gold und Immobilien investiert.

Politisch hat sich dieser Schritt jedoch für Premier Modi ausgezahlt. Er hat sein Image als starker politischer Führer, der sich auch vor schwierigen Entscheidungen zum Wohle der Nation nicht scheut, wieder aufgefrischt. Die Bekämpfung der Korruption ist indienweit ein wichtiges Wahlkampfthema, und so könnte die Partei Modis in den kommenden Landeswahlen 2017 hiervon profitieren.

Nationalistische Tendenzen auch im Bildungsbereich

Das Thema (Anti-)Nationalismus erschütterte Anfang des Jahres auch mehrere indische Universitäten, insbesondere die Jawaharlal Nehru University (JNU) in Neu Delhi. An dieser traditionell stark links orientierten Universität mit einer sehr aktiven politisch engagierten Studierendenschaft kam es über mehrere Monate zu Demonstrationen und Streiks. Auslöser der Unruhen war die Verhaftung von drei Vertretern der linken Studierendenschaft auf dem Campus der Universität wegen antinationaler Aktivitäten und „Aufruhrs“. Die Entscheidung des neu ernannten Rektors, die Angelegenheit nicht wie üblich intern zu regeln, sondern die Polizei zu involvieren, hat massiv an den Grundfesten der JNU gerüttelt. Zudem hat die Härte, mit der die Polizei mit Billigung der Hochschulleitung auf eine kleine interne Veranstaltung der Studierenden reagierte, nicht nur die Studierenden und die Professorenschaft der JNU erschüttert, sondern auch international

starke Proteste hervorgerufen. Viele Partnerhochschulen forderten in offenen Briefen, die Autonomie der Hochschule zu wahren und die Universität als Ort des kritischen Lernens und der Meinungsfreiheit zu achten.

Die Einflussnahme der hindu-nationalistischen Gruppierungen, die entweder an der Modi-Regierung beteiligt sind oder dieser nahestehen, sind vor allem im Bildungsbereich überall spürbar. So wurde die Einführung einer täglichen 45-minütigen Yoga-Einheit an allen Schulen beschlossen, die nicht als Sport, sondern als meditative Einheit inklusive des Zitierens einschlägiger Veden angedacht ist. Auch neue Studienfächer wie vedische Mathematik und Astrologie wurden vorgeschlagen und Universitäten aufgefordert, diese umgehend ins Programm aufzunehmen. Im Februar wurden alle der Zentralregierung unterstellten Universitäten angewiesen, eine riesige Nationalflagge am Eingang zu platzieren, um Nationalismus und Stolz bei den Studierenden zu wecken. Die erste wurde an der JNU installiert, auf dem



SRI LANKA IM AUFBRUCH

Nach fast 30 Jahren Bürgerkrieg befindet sich Sri Lanka im Aufbruch. Die Wirtschaft wächst und die Regierung versucht nicht nur ein wirtschaftsfreundliches Klima zu schaffen, sondern ist auch sehr daran interessiert, ausländische Investoren ins Land zu holen. Der Tourismus zeigt zweistellige Zuwachsraten.



Die Universitäten, allen voran die University of Colombo, bemühen sich um internationale Partnerschaften.

Auch an den Universitäten ist die Dynamik zu spüren. Befanden sich die 13 Hochschulen des Landes in den letzten Jahren eher im Dornröschenschlaf, so hat das akademische Leben inzwischen deutlich an Schwung gewonnen. Das Interesse an internationaler Kooperation wächst spürbar, vor allem die Nachfrage nach gemeinsamer Forschung und nach der Ausbildung von Doktoranden. Unterstützt werden die Hochschulen von staatlicher Seite. So hat das Bildungsministerium sehr ambitionierte Ziele für die Entwicklung des Hochschulbereichs in den nächsten Jahren formuliert und die National Science Foundation sowie die University Grants Commission (UGC) sind bereit, die internationale Zusammenarbeit auch finanziell zu unterstützen. Der DAAD hat 2016 mit der UGC ein Memorandum of Understanding (MoU) über verstärkte Zusammenarbeit unterzeichnet und eine Delegation von Vertretern der besten Hochschulen nach Deutschland eingeladen.



DAAD-Stipendiaten aus dem Süden (links) und Norden Indiens (rechts) treffen sich vor ihrer Ausreise im Informationszentrum Chennai und in der Außenstelle Neu Delhi.

Mobilität indischer Studierender ins Ausland wächst

Die Zahl der Studierenden aus Indien, die für ein Studium ins Ausland gehen, wächst in den letzten Jahren immer schneller. Die Zuwachsraten haben inzwischen die für chinesische Studierende überholt. Allein die USA, traditionell die Top-Destination für indische Studierende, verzeichneten 2015 einen Zuwachs von 30 Prozent. Auch Deutschland profitiert vom gestiegenen Drang ins Ausland. Die Zahl indischer Studierender an deutschen Universitäten hat sich in den letzten vier Jahren mehr als verdoppelt und liegt inzwischen bei knapp 14.000.

Während in den vergangenen Jahren hauptsächlich Graduierte für ein Studium ins Ausland gingen, wächst inzwischen auch die Zahl derjenigen, die an einem Bachelorstudium interessiert sind. Ein Grund hierfür ist, dass in Indien insgesamt, vor allem aber an qualitativ hochwertigen Institutionen nicht genügend Studienplätze zur Verfügung stehen. Der Zugang zu den guten Hochschulen



ist durch hochkompetitive Aufnahmeprüfungen reglementiert, an deren Ende die besten 2 bis 5 Prozent der Teilnehmenden auf die Institute und Studienplätze verteilt werden. Viele gute Schüler und Schülerinnen, die dann nur die Wahl haben, an einer schlechteren oder an einer privaten Institution zu studieren, wählen dann lieber den Schritt ins Ausland. Hinzu kommt, dass vor allem die privaten Institutionen hohe Studiengebühren verlangen. Außerdem ist zu beobachten, dass die jungen Studierwilligen wählerischer werden. Wurde früher jeder Studienplatz an einer guten Hochschule, egal an welcher Institution oder in welchem Studiengang angenommen, so kommt das für viele nun nicht mehr infrage.

Der indischen Regierung ist die Abwanderung ihrer jungen, gut ausgebildeten Bevölkerung ein Dorn im Auge. Erfolgreiche Gegenmaßnahmen sind jedoch kaum in Sicht. So wird zwar versucht, die Zahl der Studienplätze zu erhöhen, allein der Mangel an akademischem Personal und der notwendigen Finanzierung

lässt dies nicht sehr erfolgreich erscheinen.

Im Gegenzug wird versucht, mit Blick auf die Verbesserung der Positionen indischer Hochschulen in internationalen Rankings mehr ausländische Studierende nach Indien zu holen. Die absoluten Zahlen sind hier sehr gering. Das liegt unter anderem an den Zulassungsverfahren, die für ausländische Studierende bislang oft nicht geregelt sind. Vor allem Studierende aus westlichen Ländern kommen fast ausschließlich im Rahmen von Austauschprogrammen.

Ab 2017 sollen nun erstmals der Eingangstest für die Indian Institutes of Technology (IIT) in acht Ländern außerhalb Indiens, vorrangig in der Region, durchgeführt und Studierende sowohl für Bachelor- als auch für Masterprogramme darüber zugelassen werden. Die hierfür notwendigen Studienplätze sollen ebenfalls zusätzlich geschaffen werden, so dass das Kontingent für die indischen Bewerber nicht verringert wird.

Höhepunkt der dortigen Unruhen. Außerdem trat Ministerin Irani an die weltweit renommierten, auf ingenieur- und naturwissenschaftliche Studiengänge spezialisierten Indian Institutes of Technology mit dem ausdrücklichen Wunsch heran, die klassische Sprache Sanskrit als Studienfach einzuführen. Die Studierenden müssten befähigt werden, die alten Schriften in Bezug auf darin enthaltene, bahnbrechende wissenschaftliche Erkenntnisse zu lesen und auszuwerten. Die Überzeugung ist, dass Indien vor Jahrtausenden bereits über zahlreiche Erfindungen und wissenschaftliche Erkenntnisse verfügte, die jedoch aufgrund der mangelnden Kenntnisse des Sanskrits verloren gegangen seien.

Angesichts dieser Tendenzen scheint es nicht verwunderlich, dass der private Sektor im Bildungsbereich sehr stark wächst. Wer immer es sich leisten kann, schickt seine Kinder auf private Schulen, die nicht unter die Ägide des Ministeriums fallen. Der Kaskadeneffekt ist in Indien bei Bildung enorm stark ausgeprägt. Schon mit der Wahl des Kindergartens wird im Prinzip der weitere Bildungsweg festgelegt, denn die Grundschulen wählen ebenso wie alle nachfolgenden Institutionen ihre Schüler sehr selektiv aus.

Wichtige hochschulpolitische Entwicklungen

Im für Hochschulbildung zuständigen Ministry for Human Resource Development gab es zur Mitte des Jahres einen Wechsel an der Spitze. Premierminister Modi löste die umstrittene Smriti Irani, die keinerlei akademischen Abschluss hat und sich durch einen aggressiven und autoritären Stil auszeichnete, durch Prakash Javadekar ab, der zuvor den Bereich Umwelt und Klimawandel als Staatsminister verantwortete. Während Frau Irani permanent in den Medien präsent war, trat Minister Javadekar bislang kaum öffentlich



in Erscheinung. Als erste Amtshandlung veröffentlichte er den lang erwarteten Entwurf der neuen National Education Policy auf der Webseite des Ministeriums und lud zu Kommentaren aus der Öffentlichkeit ein.

Das umfangreiche Dokument, das nach fast 30 Jahren die Vorgängerfassung ersetzen und den Rahmen für die künftige Entwicklung des Bildungssektors in Indien bilden soll, sieht vor allem die Verbesserung der Qualität als Schlüsselfaktor. Für den Bereich Hochschulbildung werden sehr deutlich einige der bestehenden Defizite benannt. Dazu gehören die unterschiedliche Qualität der Institutionen, der Mangel an qualifizierten Lehrkräften und die

Prof. Schmachtenberg (Rektor RWTH Aachen) und Prof. Bhaskar Ramamurthi (Direktor IIT Madras) feiern das fünfjährige Bestehen ihres gemeinsamen Forschungszentrums für Nachhaltigkeit (IGCS).

Studierende der FH Osnabrück besuchen die Außenstelle Neu Delhi.



Langjährige Kontakte und neue Schritte: Ehemalige Geförderte des DAAD-Programms „A New Passage to India“ und Mitglieder des IndiAlumni Clubs besuchten die Außenstelle Neu Delhi (oben). Zum ersten Mal wurde 2016 das Falling Walls Lab in Indien durchgeführt.

Unterfinanzierung der Hochschulen ebenso wie die unübersichtliche Zuständigkeit unterschiedlicher Regulierungsbehörden und die politisch beeinflusste Besetzung von Hochschulleitungen. Auch werden schonungslos Ursachen für den schlechten Zustand des Hochschulsystems benannt, unter anderem die allgegenwärtige Korruption, durch die nicht nur Rektorenposten erkaufte werden, sondern auch Lizenzen für private Hochschulen, die gegen teils hohe Gebühren schlechte Ausbildung und wertlose Abschlüsse offerieren. Ein sehr kurzes Kapitel wird auch dem Thema Internationalisierung gewidmet, das jedoch stark vom Thema Brain Drain geleitet ist und im Wesentlichen empfiehlt, Indien attraktiv für indische und ausländische Studierende zu machen. Konkrete

Vorschläge, wie das gelingen kann, gibt es allerdings nicht.

Andere Themen, die nur am Rand oder gar nicht erwähnt werden, aber in der Diskussion um die Qualität der Institutionen eine sehr große Rolle spielen, sind die geringe Bedeutung von Forschung an indischen Universitäten sowie die geringe Arbeitsmarktfähigkeit der Absolventen. So ist nach neuen Studien die Mehrzahl der jährlich sechs Millionen Hochschulabsolventen nicht für eine direkte Beschäftigung geeignet, weil ihnen wichtige Fähigkeiten und Fertigkeiten fehlen. In manchen Fachbereichen soll dies bis zu 97 Prozent der Absolventen betreffen. Von den 1,5 Millionen Ingenieuren, die jährlich die Hochschulen verlassen, werden 80 Prozent als nicht beschäftigungsfähig betrachtet. Tatsächlich herrscht unter Hochschulabsolventen eine hohe Arbeitslosigkeit, während die Wirtschaft Fachkräfte jeder Art benötigt.

Im letzten Jahr hat das Bildungsministerium mit einem ersten Versuch eines nationalen Rankings, an dem sich die Institutionen freiwillig beteiligen konnten, einen ersten wichtigen Schritt zur Qualitätssicherung getan. Im Ergebnis, das im Frühjahr 2016 veröffentlicht wurde, dominierten insbesondere die Universitäten aus Südindien in den unterschiedlichen Kategorien. Das Indian Institute of Sciences in Bangalore ist demnach die beste Universität Indiens, das Indian Institute of Technology Madras in Chennai das beste ingenieurwissenschaftliche Institut und das Indian Institute of Management Bangalore die beste Managementinstitution. Im Bereich Pharmazie hat sich mit dem Manipal College of Pharmaceutical Sciences eine private Institution durchgesetzt. In den kommenden Rankings sollen weitere Kategorien wie Medizin, Jura und Architektur, die jeweils an spezialisierten Institutionen unterrichtet werden, hinzukommen. Die Beteiligung ist künftig für alle Hochschulen verpflichtend.

Aus der Arbeit der DAAD-Außenstelle

Neben dem umfangreichen Tagesgeschäft mit etablierten Programmen und intensiver Marketingarbeit für den Studien- und Forschungsstandort Deutschland war ein Höhepunkt 2016 die Ausschreibung, Auswahl und der Förderbeginn des neuen Programms „Deutsch-Indische Hochschulpartnerschaften“. Das Besondere an diesem Programm ist die komplementäre Finanzierung der Projekte durch die deutsche und die indische Regierung, die hierfür jeweils 3,5 Mio. Euro für vier Jahre zur Verfügung gestellt haben. Die Förderung erfolgt für die deutschen Projektpartner über den DAAD mit Mitteln des BMBF und für die indischen Partnerhochschulen durch die University Grants Commission (UGC) aus Mitteln des indischen Bildungsministeriums.

Nach einer ersten Ausschreibung wurden von einer deutsch-indischen Auswahlkommission sieben Projekte zur Förderung ausgewählt. Überzeugen konnten dabei nicht nur Anträge, die auf bereits bestehenden Partnerschaften aufbauen, sondern auch einige Kooperationen, die ganz neu etabliert werden.

Das zweite besondere Ereignis 2016 war für die DAAD-Außenstelle die Übernahme der Verantwortung für das Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus (DWIH) Neu Delhi. Das DWIH Neu Delhi ist eines von fünf



Tabelle 15 : Daten zum Bildungssystem Indien

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	1.311,05 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	241,54 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	6.088
Wirtschaftswachstum	7,24 %
Inflation	6,35 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 27
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 28
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 109
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	3,83 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	28.175.135
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	45,94 %
Immatrikulationsquote	23,89 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	8.846.030
PhD	24.300
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	k. A.
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	123.206
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	0,10 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. Nepal	
2. Afghanistan	
3. Buthan	
4. Malaysia	
5. Irak	
48. Deutschland	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	181.872
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	0,64 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland (WS 2015/16)	11.655
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. USA	
2. Australien	
3. Vereinigtes Königreich	
4. Kanada	
5. Vereinigte Arabische Emirate	
7. Deutschland	

Quellen: DAAD, Statistik
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt
 Wissenschaft weltweit
 The World Bank, Data
 UNESCO, Institute for Statistics

Der stellvertretende deutsche Botschafter Dr. Martin Hanz überreicht den neu ernannten DAAD Young Ambassadors Urkunden.

Speed-Networking: Die neuen DAAD Young Ambassadors lernen die engsten Partner des DAAD kennen.



Tabelle 16 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2016 Indien

A = Geförderte aus dem Ausland
D = Geförderte aus Deutschland

		Indien
I. Individualförderung – gesamt		635
		D 79
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A 215	
	D 45	
Studierende auf Master-Niveau	A 214	
	D 3	
Doktoranden	A 177	
	D 8	
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A 29	
	D 23	
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A 41	
	D 16	
1–6 Monate	A 223	
	D 47	
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A 371	
	D 16	
II. Projektförderung – gesamt		883
		D 498
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A 63	
	D 148	
Studierende auf Master-Niveau	A 414	
	D 185	
Doktoranden	A 163	
	D 66	
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A 185	
	D 95	
andere Geförderte*	A 58	
	D 4	
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A 454	
	D 236	
1–6 Monate	A 399	
	D 250	
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A 30	
	D 12	
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)		1.518
		D 577
A und D – gesamt (I + II)		2.095

Wissenschaftshäusern weltweit und besteht aus einem Konsortium von 15 Mitgliedern, darunter DAAD, Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH). Mit der Übernahme der Konsortialführerschaft für die zweite Jahreshälfte fiel auch die Verantwortung für einige große Veranstaltungen an den DAAD so etwa für die erstmalige Durchführung des Falling Walls Lab in Indien, einer Vorrunde für den gleichnamigen Wissenschaftswettbewerb für Nachwuchswissenschaftler in Berlin, die dreitägige Konferenz zum Thema „CityScapes“ und den dritten Indo-German Dialogue on Excellence in Higher Education, der dem Thema Zusammenarbeit zwischen Industrie und Hochschulen gewidmet war. <<

* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

Peking

Die laute Stimme der Partei



Dr. Thomas Schmidt-Dörr leitet die Außenstelle Peking seit 2012. Die Außenstelle besteht seit 1994 und hat zurzeit zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die letzten Jahre waren in China durch eine stärker werdende politische Kontrolle vieler Bereiche des öffentlichen Lebens geprägt. Das gilt insbesondere auch für „sensible Bereiche“ wie Bildung, Medien und Kultur. Bei diesen Maßnahmen handelt es sich erkennbar nicht nur um eine von vielen politischen Kampagnen, die irgendwann zu Ende sind und nach denen es in der Regel wieder zu einer gewissen (Re-)Normalisierung kommt. Der Anspruch der Parteiführung ist vielmehr, die politische Kontrolle durch die Partei wieder dauerhaft zu etablieren. Eine zunehmende Zahl von Chinesen fühlt sich in mancher Hinsicht an die Kulturrevolution erinnert.

Überall soll die Stimme der Partei als erste und am lautesten vernommen werden. Parteimitglieder werden in die Pflicht genommen, die offizielle Linie aktiv und offensiv zu vertreten. Mit dem Zwang zur offiziellen Parteilinie geht auch eine Verringerung des Spielraums einher, was politisch noch als akzeptabel gilt – die Toleranz für abweichende Meinungen nimmt ab, wer sich nicht daran hält, riskiert Sanktionen.

Über die Vorgänger von Xi Jinping als Partei- und Staatschef kann man rückblickend sagen, dass das Duo Jiang Zemin und Regierungschef Zhu Rongji (Amtszeit 1993–2002) für eine vergleichsweise liberale Politik standen. In der Ära Hu Jintao und Regierungschef Wen Jiabao (Amtszeit 2003–2012) wurde Mannschaftsgeist großgeschrieben. Beides kann man Xi Jinping nicht nachsagen. In dem Gespann Xi Jinping und Premierminister Li Keqiang ist Xi ganz überwiegend tonangebend. Er vereint in seiner Person eine Machtfülle, wie es sie mindestens seit Deng Xiaoping, vielleicht sogar seit Mao Zedong nicht mehr gegeben hat. Passend hierzu hat er sich 2016 zum „Kernführer“ der KP küren lassen und nimmt damit im Olymp der KP jetzt die gleiche Position ein wie Mao Zedong und Deng Xiaoping.

Der Titel oder die Bezeichnung „Kernführer“ hat dabei lediglich symbolische Bedeutung. Er bezeichnet den herausragenden Führer, um den sich die übrige Parteiführung schart und an dem sie sich orientiert. Hierzu passt der Personenkult, der in den letzten Jahren gezielt um die Person Xi Jinping entwickelt wurde, >

*Deutsche und chinesische
Wirtschaft eng verflochten*

*Aufbau von
Weltklasse-Universitäten*

*Steigende Ausgaben
für Forschung
und Technologie*

*„Design Thinking“-Workshop
mit Studierenden*

*Verschärfte Parteikontrolle
an den Hochschulen*

Das Phoenix International
Media Center in Peking
ist das Wahrzeichen des
Geschäftsdistrikts.



Das Denkmal der Helden des Volkes auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking erinnert an die revolutionäre Vergangenheit.



um ihn zu einer Identifikationsfigur für das Volk aufzubauen.

Die von Xi begonnene Antikorruptionskampagne wird unverändert und unvermindert weitergeführt. Mittlerweile ist offensichtlich, dass es sich um ein zweischneidiges Schwert handelt, das nicht nur dazu dient, die Korruption in Partei und Staat zu bekämpfen, sondern das auf der anderen Seite gezielt zur Ausschaltung innerparteilicher Gegner eingesetzt wird.

IDEOLOGISCHER EINFLUSS

Kommunistische Partei kontrolliert Hochschulbetrieb

Politische Kontrolle an Universitäten hat zwei Dimensionen: Direkt durch die Untergliederungen der Parteiorganisation in der Hochschule, die auf allen Ebenen parallel zu den akademischen Gremien existiert und diesen vorgesetzt ist – die Nummer eins der Universität ist der Parteisekretär, der dem Präsidenten als höchstem akademischen Repräsentanten vorgesetzt ist; auf Abteilungsebene ist der Parteisekretär dem Dekan vorgesetzt etc.

Die zweite Dimension ist der Politikunterricht, der zum Studium generale zählt und ein obligatorischer Bestandteil aller Curricula sämtlicher chinesischer Studiengänge ist. Typische Titel von Politikveranstaltungen lauten: „Grundlagen des Mao-Zedong-Denkens“, „Kultivierung von Ideologie und Moral“, „Prinzipien des Marxismus“. Hinzu kommen Veranstaltungen zur chinesischen Geschichte sowie zu Literatur und Kultur, bei denen in China damit zu rechnen ist, dass sich die Inhalte ebenfalls an der Parteilinie orientieren.

Die Folge ist eine zunehmende Verunsicherung, die sich in Staat und Partei ausbreitet, die Verwaltungsabläufe verlangsamt oder zum Stillstand bringt – sei es auf zentraler, regionaler oder kommunaler Ebene. Lieber keine Entscheidung treffen als eine falsche, lieber kein Risiko eingehen, sich nicht exponieren, als zur Verantwortung gezogen zu werden, lieber keine Eigeninitiative zeigen.

In diesem Klima ängstlichen Verharrens liegt ein großes Problem der Regierung: Viele der großen Reformen, die sie beschlossen hat, stocken. Das gilt sowohl für den Umbau der Wirtschaft, für den Umweltschutz wie für andere Bereiche. Zu der Verunsicherung kommt, insbesondere auf und unterhalb der Provinzebene, passiver Widerstand von Kadern hinzu, die ihr „gewinnbringendes Geschäftsmodell“ durch die Reformen der Zentralregierung gefährdet sehen.

Hochschulen: Arenen der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Westen

Die chinesischen Hochschulen gelten der Regierung als besonders sensibler Bereich; sie konnten sich in den letzten Jahren wiederholt der hohen Aufmerksamkeit der Partei und Regierung vergewissern. So hat der

seinerzeitige Bildungsminister Yuan Guiren vor zwei Jahren die Hochschulen des Landes mit einer Kampagne gegen westliche Werte überzogen. Und Präsident Xi persönlich trat Anfang Dezember 2016 bei einer „Nationalen Tagung zur ideologischen und politischen Arbeit im Hochschulbereich“ auf.

Die Hochschulen – so die Kernthese, die Xi bei dieser Tagung ausführte – trügen die Hauptverantwortung für die Ausbildung zukünftiger parteitreuer Eliten und müssten daher von der Partei mit starker Hand geführt werden. Um die rechte Gesinnung zu gewährleisten, müsse die „ideologische Arbeit“ in den gesamten Ausbildungsprozess integriert werden (siehe Infokasten).

Ein erstklassiger Absolvent einer chinesischen Universität soll eben nicht nur fachlich hervorragend qualifiziert sein, sondern daneben über die richtige sozialistische Gesinnung verfügen und ideologisch gestählt sein (und gegen westliche Ideen immun). Dies wird mit Nachdruck von allen Hochschulen in China und quer durch alle Fachrichtungen eingefordert.

In den letzten zwei Jahrzehnten galt in China die Priorität aber eher der fachlich-akademischen Entwicklung der Hochschulen. Der Parteiapparat an den Universitäten trat dabei graduell etwas in den Hintergrund und der Politikunterricht wurde zwar pflichtbewusst durchgeführt, hatte aber im Bewusstsein von Lehrenden und Lernenden an Aufmerksamkeit und Bedeutung verloren.

Unter Xi Jinping geht die Reise wieder zurück. An den Hochschulen ist eine erhebliche Zunahme politischer Schulungen auf allen Ebenen zu verzeichnen. Parteimitglieder werden in die Pflicht genommen; stärker als in der Vergangenheit sollen sie die Parteilinie in interne Debatten und Entscheidungsprozesse



einbringen und vertreten. Schulungen finden häufig im wöchentlichen Rhythmus zu einem festen Termin statt; meist geht es um das Studium der Reden von Parteichef Xi.

Aus westlicher Sicht hat man den Eindruck, dass sich im Hochschulbereich der Widerspruch zwischen dem Streben nach Innovation und akademischer Erstklassigkeit auf der einen Seite und der politischen Kontrolle durch die Partei auf der anderen Seite weiter verschärft. Ein die Kreativität förderndes Umfeld sieht anders aus.

Ziele in Wissenschaft und Technologie

In China begann 2016 ein neuer Fünfjahresplan, der 13. der Volksrepublik China, dessen Laufzeit bis 2020 reicht. Diese Fünfjahrespläne legen nicht nur die Schwerpunkte der Regierungspolitik und ihre Ziele fest, sondern auch den finanziellen Rahmen, den die Regierung für die Erreichung ihrer Ziele bereitstellt.

Wissenschaft und Technologie zählen zu den Schwerpunkten des neuen Plans. Dabei werden die Mittel, die in diesen Bereich fließen, erhöht. Außerdem soll das Wissenschaftssystem „entschlackt“ und effizienter gemacht werden (siehe Infokasten). >

Hochgeschwindigkeitszüge unterschiedlicher Bauart symbolisieren die Innovationsfähigkeit Chinas.



**Design Thinking:
Deutsche und chine-
sische Studierende
tauschen sich im
Workshop zu innova-
tiven Methoden der
Problemlösung aus.**

Deutsche und chine- sische Studierende üben Design Thinking

Chinesische Studierende mit Deutschland-erfahrung – deutsche Studierende mit China-erfahrung – drei Workshops an zwei Tagen im spätherbstlichen Peking – zusammen arbeiten und Spaß haben im Austauschjahr: Dies ist die Kurzfassung einer Veranstaltung, die die DAAD-Außenstelle gemeinsam mit der Beijing Foreign Studies University vom 9. bis 10. Dezember 2016 als Beitrag zum Deutsch-Chinesischen Jahr für Schüler- und Jugendaustausch veranstaltete.

**Diese Piktogramme
für ein Fitness-Studio
entwickelten die Stu-
dierenden gemeinsam.**



Die Grundidee der Veranstaltung, die aus Sondermitteln des Auswärtigen Amtes gefördert wurde, war eine Begegnung von chinesischen Studierenden, die bereits in Deutschland studiert haben, und deutschen Studierenden, die gerade an einer chinesischen Hochschule sind. Die Begegnung bestand inhaltlich aus drei Workshops zu unterschiedlichen Themen.

Das Kernstück des Programms bildete ein halbtägiger „Design Thinking“-Workshop, der dank der Zusammenarbeit mit SAP Labs China angeboten werden konnte. Der Begriff Design Thinking steht für eine Methodik, die eine Gruppe dabei anleitet, neue und innovative praktische Lösungen für ein gegebenes Problem zu finden. Es geht – leicht verkürzt ausgedrückt – um Kreativität in der Gruppe.

70 Studierende nahmen an der Veranstaltung teil, je zur Hälfte Chinesen und Deutsche.

Die Stimmung war prächtig, die Teilnehmer waren sich am Ende

einig, dass dies eine besondere Veranstaltung war, auch in Bezug auf den Einsatz sozialer Medien, die bei der Organisation und Durchführung der Tagung eine wichtige Rolle spielten. Die Veranstalter machten sich die hohe Affinität der deutschen und chinesischen Studierenden zu sozialen Medien zunutze. Alle – Chinesen wie Deutsche – nutzen in China fortlaufend Weixin/WeChat, die größte und wichtigste chinesische Plattform, die Ähnlichkeiten mit WhatsApp aufweist. Für die deutschen Studierenden zählt Weixin mit seinen zahllosen Nutzungsmöglichkeiten, die weit über alles hinausgehen, was man aus Deutschland kennt, zu den positiven Überraschungen in China.

**2016 war das Deutsch-
Chinesische Jahr für Schüler-
und Jugendaustausch.**



Bis 2020 sollen die Ausgaben für Forschung und Technologie auf 2,5 Prozent des Bruttosozialprodukts steigen; gegenwärtig beträgt ihr Anteil gut 2 Prozent. Mit dieser großen Investition sind hohe Erwartungen verbunden. Wissenschaft und Technologie werden als Schlüsselfaktor zur Erhöhung der Innovationskraft Chinas betrachtet. Sie sollen die Grundlage für ein neues Modell der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas legen, weg von einem Produktionsstandort, hin zu einem Innovationstreiber.

Die großen wissenschaftlichen Themengebiete, die mit dem neuen Fünfjahresplan vorangebracht werden sollen, reichen vom Aufbau einer heimischen Produktion von Gasturbinen und Flugzeugen, den Lebens- und insbesondere den Neurowissenschaften über den Bereich der nationalen Cyberspace Security bis zur Polar- und Tiefseeforschung und der Fortführung des chinesischen Weltraumprogramms. Weitere Schwerpunkte liegen im Bereich Umweltschutz und Energieforschung.

Investitionen in die Grundlagenforschung sollen in den nächsten fünf Jahren verdreifacht werden; bisher fließen lediglich 5 Prozent der Forschungsinvestitionen in die Grundlagenforschung – ein Anteil, der sich in den letzten zwei Jahrzehnten praktisch nicht verändert hat; verglichen mit den großen Wissenschaftsnationen der Welt hat China hier einen deutlichen Nachholbedarf.

Warten auf neues Doppel-Exzellenz-Programm

Um diese ehrgeizigen Ziele zu erreichen, bedarf es nicht nur der Investitionsbereitschaft der Regierung, sondern langfristig angelegter struktureller Veränderungen in unterschiedlichen Bereichen. Im Forschungsbereich erleben die staatliche Forschungsförderlandschaft und die hierfür zuständigen Organisationen gegenwärtig eine Neuordnung.

WISSENSCHAFTS- UND FORSCHUNGSPOLITIK

Grundsatzrede Xi Jinpings zu mittel- und langfristigen Zielen

Ende Mai 2016 fand in der Großen Halle des Volkes in Peking eine nationale Wissenschafts- und Technologietagung statt, an der die Crème de la Crème der chinesischen Hochschul-, Wissenschafts- und Forschungsvertreter teilnahm. Das richtige Auditorium für eine Grundsatzrede von Staats- und Parteichef Xi Jinping zu den mittel- und langfristigen Zielen der Wissenschafts- und Forschungspolitik. Nach den Worten Xi Jinpings will China bis zum Jahr 2020 – also dem Ende des gerade begonnenen 13. Fünfjahresplans – einen Platz unter den innovativsten Ländern der Welt einnehmen. Bis 2030 will China zu einem der weltweit führenden innovativen Länder werden und bis zum Jahr 2049 – also pünktlich zum 100. Geburtstag der Volksrepublik China – schließlich eine Innovationssupermacht, was man getrost als Synonym für den Anspruch lesen kann, die Nummer eins werden zu wollen.

Mit der Feststellung, das Land benötige die strategische Unterstützung durch Wissenschaft und Technologie so dringend wie niemals zuvor, forderte er die anwesenden leitenden Vertreter der chinesischen Wissenschaft und Forschung zu erhöhten Anstrengungen auf, China von ausländischem Know-how unabhängig zu machen. Das Fundament von Chinas Wissenschaft und Technologie sei noch immer schwach und in Bezug auf wichtige Technologien und Schlüsselfelder sei China von anderen Staaten abhängig.

Im Hochschulbereich geht es (nur) um das nationale Spitzensegment international konkurrenzfähiger Universitäten, dessen Ausbau und Förderung bereits während der letzten Jahrzehnte in den Händen der Zentralregierung lag (während circa 95 Prozent der chinesischen Hochschulen finanziell in die Verantwortung der Provinzen und zum Teil auch Kommunen fallen).

Das neue Schlagwort heißt Doppel-Exzellenz-Projekt (Chinesisch: 双一流 – Shuang Yi Liu, in den Medien auch als „Doppel-Weltklasse-Projekt“ übersetzt). Die vollständige Bezeichnung lautet „Aufbau von Weltklasse-Universitäten und erstklassigen Fachrichtungen“. Das Doppel-Exzellenz-Projekt ist sowohl eine Richtlinie für die Hochschulpolitik der nächsten



DOPPEL-EXZELLENZ-PROJEKT

Unterschiedliche Strategien in Deutschland und China

Als Förderprogramm weist das chinesische Doppel-Exzellenz-Projekt Parallelen zur neuen deutschen Exzellenzstrategie auf. Auch Deutschland setzt auf die Förderung einer relativ kleinen Gruppe von Exzellenzuniversitäten sowie einer größeren Zahl von thematischen Forschungsclustern; Letztere sind dabei konzeptionell mit der Förderung „erstklassiger Fachrichtungen“ auf chinesischer Seite verwandt. Der grundlegende Unterschied zwischen den beiden Ansätzen liegt in der Art ihrer Implementierung: Während in Deutschland in einem zweistufigen offenen Bewerbungsverfahren nach dem Bottom-up-Prinzip entschieden wird und die Regierung das Verfahren im Wesentlichen an die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und den Wissenschaftsrat delegiert hat, entscheidet in China die Regierung in einem Top-down-Verfahren, welche Hochschulen in den Genuss einer Förderung kommen.

Im Bereich der Hochschulpolitik ist „Shuang Yi Liu“ in aller Munde. Es vergeht kaum ein Tag, an dem auf den einschlägigen Plattformen im Internet nicht von Versammlungen auf Provinzebene oder auch an einzelnen Hochschulen über das Studium der neuen Richtlinie und ihre Implementierung berichtet wird.

Im Fall des Doppel-Exzellenz-Programms lassen die Entscheidungen der chinesischen Regierung Anfang 2017 überraschenderweise noch immer auf sich warten. Obwohl das Programm 2016 beginnen sollte und im neuen Fünfjahresplan Mittel dafür vorgesehen waren, ist noch immer unklar, wie viele und welche Universitäten künftig als Exzellenzuniversitäten gelten und gefördert werden sollen und welche Fachrichtungen an welchen Universitäten als „Erste-Klasse-Fachrichtungen“ gelten und finanziell unterstützt werden sollen.

Vieles spricht dafür, dass noch kein Konsens über die konkrete Ausgestaltung des neuen Exzellenzprogramms erzielt werden konnte. Denn auch in einem Top-down-Verfahren muss zunächst ein tragfähiger Konsens unter den beteiligten Stakeholdern erzielt werden, bevor dieser verkündet und top-down umgesetzt werden kann.

Jahre als auch ein neues Hochschulstrukturprogramm, das ältere Hochschulförderprogramme ablöst (siehe Infokasten).

Die Tongji-Universität, 1907 als Deutsche Medizinschule gegründet, hat bis heute die meisten Partnerschaften mit deutschen Hochschulen.



Hierbei dürfte insbesondere die Frage, wie viele Universitäten unter dem neuen Programm als zukünftige Weltklasse-Universitäten gefördert werden und damit in den Genuss üppiger Zuwendungen der Zentralregierung kommen sollen, für Sprengstoff sorgen. In der Vergangenheit konnten sich die 39 Universitäten der Eliteförderung der Regierung im Namen des 985-Projekts und des Rufs als chinesische Exzellenzuniversität erfreuen.

Die kürzeste Liste künftiger Exzellenzuniversitäten, die bisher im Internet kursierte und die prompt als Spekulation dementiert wurde, umfasste lediglich acht Namen. Im Vergleich zu der Liste der 985-Universitäten würde dies 31 Verlierer bedeuten – bekannte Hochschulen, die sich auf einmal in der zweiten Liga wiederfinden. Da kann man sich schon vorstellen, wie zäh und ausdauernd hinter den Kulissen auf allen Ebenen um die Ausgestaltung des neuen Exzellenzprogramms gerungen wird. Man darf gespannt sein!

Wichtiger denn je – DAAD-Programm „Sprache und Praxis in China“

Seit 20 Jahren qualifiziert das DAAD-Sonderprogramm „Sprache und Praxis in China“ deutsche Hochschulabsolventen durch eine Kombination aus einem zehnmonatigen intensiven Sprachstudium und einer sich anschließenden halbjährigen Praxisphase zu Fach- und Führungskräften mit Chinabezug.

230 Ehemalige hat das Programm bisher hervor gebracht, die in China und in Deutschland in verschiedenen Branchen und Firmen wichtige Positionen einnehmen und für den Erfolg des Programms stehen.

Der 20. Geburtstag war für den DAAD Anlass für eine externe Evaluation des Programms und für die Außenstelle, im Oktober 2016 in Peking

Tabelle 17 : Daten zum Bildungssystem VR China

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	1.376.05 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	185,07 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	14.238
Wirtschaftswachstum	7,27 %
Inflation	2,00 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 5
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 1
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 84
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	4,26
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	41,92 Mio.
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufe)	51,11 %
Immatrikulationsquote	39,39 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	11.380.503
PhD	54.218
Forschung (2014)	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	2,05
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	416.409
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	0,28 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. Korea	
2. USA	
3. Thailand	
4. Russland	
5. Japan	
k. A. Deutschland	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	712.157
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	2,09 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland (WS 2015/16)	30.259
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. USA	
2. Australien	
3. Vereinigtes Königreich	
4. Japan	
5. Kanada	
9. Deutschland	

Quellen: DAAD, Statistik
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt
 Wissenschaft weltweit
 The World Bank, Data
 UNESCO, Institute for Statistics

eine zweitägige Tagung für Stakeholder, Ehemalige und die derzeitigen Stipendiaten des Programms auszurichten.



Erfahrungen weitergeben – starkes Netzwerk: Das sind wichtige Anliegen sowohl für die Stipendiaten des „Sprache und Praxis“-Programms (links) als auch für dessen Unterstützer und Koordinatoren (rechts).



„Noch nie waren die deutsche und die chinesische Wirtschaft so eng verflochten wie heute“, stellte Dr. Frank Rückert, Leiter der Wirtschaftsabteilung der Deutschen Botschaft Peking, in



seiner Begrüßung der knapp 100 Teilnehmer im Europasaal der Deutschen Botschaft fest. Trotzdem gebe es große Gegensätze, die enorme Herausforderungen mit sich bringen. Hier setze das Programm „Sprache und Praxis“ an, um „kulturell sensible, fachlich geschulte und sprachlich versierte Fachkräfte“ auszubilden.

Tabelle 18 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2016 China

A = Geförderte aus dem Ausland
D = Geförderte aus Deutschland

		China
I. Individualförderung – gesamt		A 343
		D 220
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	77
	D	55
Studierende auf Master-Niveau	A	48
	D	32
Doktoranden	A	79
	D	44
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	139
	D	89
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	98
	D	75
1–6 Monate	A	43
	D	30
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	202
	D	115
II. Projektförderung – gesamt		A 1.419
		D 1.290
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	541
	D	384
Studierende auf Master-Niveau	A	461
	D	492
Doktoranden	A	157
	D	117
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	198
	D	277
andere Geförderte*	A	62
	D	20
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	534
	D	612
1–6 Monate	A	668
	D	545
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	217
	D	133
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)		A 1.762
		D 1.510
A und D – gesamt (I + II)		3.272

Die Delegierte der deutschen Wirtschaft und Geschäftsführerin der Handelskammer in Peking, Alexandra Voss, wünschte sich für die deutsche Wirtschaft noch viele weitere erfolgreiche Programmjahrgänge. Die deutschen Unternehmen in China suchten regelmäßig nach Mitarbeitern mit einem vertieften Verständnis der chinesischen Kultur und einer Anpassungsfähigkeit an die Arbeits- und Lebensbedingungen in China.

Die Veranstaltung war auch eine Demonstration der Stärke des Netzwerks der ehemaligen Stipendiaten des Programms, von denen einige extra anlässlich der Tagung aus Deutschland angereist waren. Die Identifikation der Ehemaligen mit dem Programm ist groß; viele sind dazu bereit, sich für das Programm und nachfolgende Stipendiaten einzusetzen. Um die Sichtbarkeit des Netzwerks nach außen zu erhöhen, wurde die Gründung eines Vereins ehemaliger Stipendiaten des „Sprache und Praxis in China“-Programms beschlossen, der jetzt von einer kleinen Taskforce vorangetrieben wird. <<

* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

Tokio

Von hohen Gipfeln und wechselnden Landschaften



Dr. Ursula Toyka-Fuong leitete die Außenstelle von 2014 bis 2016. Die Außenstelle besteht seit dem Jahr 1978 und hat zurzeit sechs Mitarbeiterinnen.

Die Regierungschefs aus Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, den USA und dem Vereinigten Königreich versammelten sich beim Gipfeltreffen in Ise.

Trotz neuerlicher Bedrohung aus den Bergen Nordkoreas und Provokationen Chinas im südchinesischen Meer begrüßten die Kirschblüten 2016 ein Jahr mit politischen Höhepunkten und Glanzleistungen in der Forschung. Der G-7-Gipfel unter Präsidentschaft Japans begann am 15. Mai 2016 mit dem Treffen der Wissenschaftsminister aus den USA, Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada und England. Beschlossen wurden verstärkte Forschungsanstrengungen im Kampf um Gesundheit, Frauenförderung, Energie- und Ökosysteme. Japan betonte die zentrale Rolle von Wissenschaft, Technologie und Innovation auf Grundlage von „Inclusive Innovation“ und „Open Science“. Es folgte der Gipfel der sieben Staatschefs vom 26. bis 27. Mai 2016 vor der malerischen Kulisse der Inselflandschaft von Ise, wobei für Japan die Sicherheitsallianz mit den USA, seine Partnerschaft mit der NATO, eine stärkere Rolle in der Entwicklungspolitik – vorrangig in Afrika – sowie die von vielen gewünschten militärischen Auslandseinsätze der japanischen Armee im Zentrum



standen. Premierminister Shinzo Abe erhoffte gemeinsame Schritte zur Belebung der Weltwirtschaft durch Konjunkturanreize – somit Rückenwind für seine Politik der großzügigen Staatsausgaben („Abenomics“). Die Mehrheit der Staatschefs bekannte sich aber zu einem „Dreiklang aus Investitionen, Strukturreformen und solider Haushaltspolitik“. Ihre „G7 Ise-Shima Economic Initiative“ umfasst Bemühungen um die weltweite Ankurbelung von Wirtschaft und Handel, um Infrastruktur, Gesundheit, Gleichberechtigung der Geschlechter, Cybertechnologie sowie gegen Korruption und Steuerhinterziehung. Japan kündigte in den „G7 Ise-Shima Principles for Promoting Quality Infrastructure“ an, bis 2020 circa 5.000 weibliche Verwaltungsangestellte auszubilden, circa 5.000 Studentinnen der MINT-Fächer zu fördern sowie zur Bewältigung der Flüchtlingskrise im Nahen Osten mit 6 Mrd. US-Dollar 20.000 Personen auszubilden. Außerdem werden mit 1,1 Mrd. US-Dollar die öffentlichen Gesundheitssysteme im Katastrophenmanagement gestärkt. Wie Japan auch beim „7th Asian Business Summit“ am 16. Juli 2016 in Singapur betonte, will es in der asiatisch-pazifischen Region zum Erhalt von Stabilität und Wohlstand über die nächsten fünf Jahre 200 Mrd. US-Dollar in Infrastrukturpartnerschaften für regionale ökonomische Integration, Infrastrukturentwicklung, Umwelt und Energieeffizienz sowie Innovation und Technologie investieren. Wenngleich das Gipfeltreffen von Ise-Shima auf japanischer Seite nicht alle Erwartungen erfüllte, so fand doch

der Hiroshima-Besuch von Präsident Barack Obama zum Gedenken an den Atombombenabwurf am 6. August 1945 weithin ungeteilte Zustimmung. Im Friedenspark gedachte er als erster US-Präsident der über 100.000 Opfer und bewegte mit seiner Rede und der Begegnung mit Überlebenden die Öffentlichkeit zutiefst. Daran anknüpfend reiste Premierminister Abe am 7. Dezember 2016 – genau 75 Jahre nach Japans Überfall auf die amerikanische



„Postdoc-Problem“ – zu wenige Stellen für Doktoren

Ranking: Japan hat die besten Universitäten Asiens

Netzwerkveranstaltungen für Stipendiaten und Alumni

G-7-Gipfel unter der Präsidentschaft Japans

Amerikanisch-japanische Versöhnungspolitik



Die japanischen Alpen an der Talsperre bei Kurobe sind ein beliebtes Fotomotiv.

**Rot in Rot: Der Tempel-
aufstieg durch viele Tore
bis zum Fushimi Inari
Taisha in Kyoto
verheißt Glück.**



Pazifikflotte in Pearl Harbour – nach Hawaii, um als erster japanischer Staatschef zusammen mit seinem amerikanischen Amtskollegen an der Gedenkstätte sein Beileid für die über 2.400 dort Gefallenen auszudrücken. In beiden Spitzentreffen kulminierte trotz des Verzichtes auf gegenseitige Entschuldigungen die amerikanisch-japanische Versöhnungspolitik der Nachkriegszeit und bestärkte das Bündnis im Angesicht unsicheren Fahrwassers unter einem neuen US-Präsidenten Donald Trump.

Aus Wissenschaft und Forschung

Die Bilanz der Hochschul- und Forschungslandschaft ist im internationalen Vergleich beeindruckend: Das Center for World University Rankings führt weiter die University of Tokyo



**Potenzielle japanische
Auslandsstudierende
informieren sich bei der
DAAD-Veranstaltung
an der Universität
Kanagawa.**

vor der Kyoto University an der Spitze der fünf besten Universitäten Asiens. Unter den besten 1.000 Universitäten weltweit liegt Japan hinter den USA und China an dritter Stelle mit 74 Universitäten. Sie sollen die Wissenschaftler ausbilden, um mit den digitalen Strukturen des Internet of Things (IoT), mit innovativer Informations- und Kommunikationstechnologie und künstlicher Intelligenz zukünftig vorrangig regenerative Medizin, Energieeffizienz und Ökosysteme zu erforschen. 2016 fanden Japans Spitzenforscher wieder besondere internationale Anerkennung, so zu Jahresanfang Wissenschaftler des RIKEN-Instituts für ihre Entdeckung des 113. Elementes (Gruppe 13 periodische Tabelle) durch die International Union of Pure and Applied Chemistry. Den Nobelpreis für Physiologie oder Medizin erhielt speziell für die Entdeckung autophagischer Zellmechanismen mit Prof. Dr. Yoshinori Osumi im dritten Jahr in Folge ein Japaner. Das Land steht nun im 21. Jahrhundert mit 17 Nobelpreisen in den Naturwissenschaften gefolgt von England (11) und Deutschland (8) an zweiter Stelle hinter den USA, und dies auf der Grundlage hoch entwickelter Grundlagenforschung. Deren äußere Bedingungen verschlechtern sich jedoch in bedenklicher Weise. Osumi kündigte an, sein Preisgeld für Stipendien der wachsenden Zahl

Wissenschaftliche Glanzleistungen

Im Jahresverlauf durfte sich auch der DAAD mit Glanzleistungen zieren. So verlieh Bundespräsident Gauck am 17. November 2016 in Kyoto den alljährlich von der Alexander von Humboldt-Stiftung ausgelobten Philipp Franz von Siebold-Preis an den Politologen Prof. Dr. Takeshi Kawasaki. Dieser hatte von 1993 bis 1995 als DAAD-Stipendiat an der Universität Bonn seine Promotion über das deutsche Wahlsystem vorbereitet und wurde für seine grundlegenden Forschungsergebnisse und Beiträge zum deutsch-japanischen Kulturaustausch ausgezeichnet.

Felix von Drigalski, Stipendiat eines gemeinsamen



Förderprogramms von DAAD und MEXT, gewann als Student der Robotik mit seinem Team vom Nara Institute of Science and Technology den ersten Preis beim Robotik-Wettbewerb „Airbus Shopfloor Challenge“.

Die drei Preisträger des German Innovation Awards 2016 des Deutschen Wissenschafts- und Innovationshauses (DWIH) Tokio erhielten ein Preisgeld, das deutsche Industrieunternehmen ausgelobt hatten. Zudem verlieh ihnen Dr. Wieland Eins, der kommissarische Leiter der



Politologe ausgezeichnet (links): Bundespräsident Joachim Gauck (m.) und AvH-Präsident Prof. Dr. Helmut Schwarz (l.) gratulieren dem Siebold-Preisträger und DAAD-Alumnus Prof. Dr. Takeshi Kawasaki.



Außenstelle Tokio seit Oktober 2016, Urkunden über einen vom DAAD geförderten Forschungsaufenthalt an deutschen Universitäten und Forschungsinstituten ihrer Wahl.

Den 1. Platz im Robotik-Wettbewerb erzielten DAAD/MEXT-Stipendiat Felix von Drigalski und sein Team mit dem selbstgebaute Roboter (oben rechts).

Dr. Wieland Eins, kommissarischer Leiter der DAAD-Außenstelle, überreicht die Urkunde an den Preisträger des German Innovation Award, Dr. Han Zhang (unten).

arbeitsloser junger Naturwissenschaftler zu stiften, da sich die zunehmende Fokussierung auf anwendungsbezogene Forschung negativ auf das Stellenangebot für langfristig angelegte Grundlagenforschung in Universitäten und Unternehmen auswirke. Bisher folgten auf eine Promotion ein bis zwei zeitlich begrenzte Forschungsprojekte und bis zum Alter von 35 eine Junior-Professur. Für Ältere war es immer schon schwierig, eine feste Stelle zu bekommen – aber heute ist es auch für Jüngere so gut wie unmöglich. Obgleich eine im April 2016 gestartete Initiative des Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology (MEXT) unter 40-jährige Forscherinnen und Forscher dabei unterstützt, in Firmen, Universitäten und Forschungsinstituten Stellen zu finden, spricht man weiterhin vom „Postdoc-Problem“

(siehe Infokasten) und meint damit zu viele Nachwuchswissenschaftler für zu wenige feste Stellen. Dies gilt schon lange für die Geisteswissenschaften, deren Existenz immer häufiger verbunden wird mit der Frage nach ihrer gesellschaftsrelevanten Nützlichkeit und bei denen jetzt schon die meisten Stellen halbtags von Lektoren besetzt sind. So gehen immer mehr hoch qualifizierte Postdocs ins Ausland, weil sie zu Hause keine Perspektive sehen. Die Zahl der Abbrecher von Promotionsvorhaben steigt, obwohl die Regierung seit 2014 im „Top Global University Project“ 37 ausgesuchten Universitäten Fördermittel bietet. Damit will die Regierung die Zahl japanischer Nachwuchsforscher mit ausländischen Abschlüssen erhöhen und ausländische Postdocs für Japan gewinnen, was für die geplanten

PFLEGE DER GERMANISTIK, DER DEUTSCHEN SPRACHE UND LANDESKUNDE

Die Außenstelle unterstützte die Arbeit der Dozenten für Deutsch als Fremdsprache (DaF) durch die Förderung und Organisation von Fortbildungsveranstaltungen in Osaka und Saitama, durch ein dreitägiges Seminar in Fukuoka sowie durch die Förderung fachlicher Aktivitäten etwa einer Lektoren-AG. Der Pflege des Netzwerks aus derzeit 220 in Japan registrierten Ortslektoren dienen auch meist wöchentlich versandte Newsletter sowie der mit einer Gruppe von Ortslektoren herausgegebene Lektorenrundbrief. Die Betreuung des Netzwerks oblag auch 2016 dem DAAD-Lektor, derzeit Dr. Wieland Eins. Für die japanischen und deutschen Germanisten in Japan wurden einschlägige Vorträge meist in Zusammenarbeit mit Universitäten in die Wege geleitet und Fremdsprachenseminare für Studierende unterstützt. Zusammen mit der Japanischen Gesellschaft für Germanistik (JGG) wurden Karrieretage für Studierende deutschbezogener Studiengänge in Nagoya und Tokio organisiert. Im Rahmen der beiden germanistischen Jahrestagungen und der drei Seminare der JGG, an deren Vorbereitung und Durchführung der Lektor beteiligt war, beriet Dr. Wieland Eins deutsche und japanische Germanisten bei der Realisierung ihrer Projekte. Die Seminare zur Linguistik, zu Deutsch als Fremdsprache und zur Literaturwissenschaft (2016 in Tono, Hayama, Tateshina) wurden finanziell durch den DAAD bezuschusst, der damit maßgeblich zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses im Bereich Germanistik beitrug.

Der neue „Fifth Science and Technology Basic Plan 2016–2020“ fördert die Internationalisierung der Universitäten und die Zusammenarbeit mit der Industrie.

Exzellenzzentren zur Erforschung der Gesundheit, des demografischem Wandels und des viel beachteten Konzeptes Industrie 4.0 wichtig wäre. Die Internationalisierung der Universitäten soll insgesamt konsequenter umgesetzt und die Zusammenarbeit mit der Industrie verbessert werden. So will es der neue „Fifth Science and Technology Basic Plan 2016–2020“ mit dem Ziel einer inklusiven, prosperierenden Gesellschaft, deren Bürger im Zentrum der wissenschaftlich-technologischen Entwicklung stehen. Industrie, Hochschulen, Ministerien und Behörden sollen eng kooperieren, um eine „Super Smart Society 5.0“ zu entwickeln, in der Dienstleistungen, Geschäfte und Produktionsverfahren auf einer gemeinsamen Service-Plattform systematisch koordiniert werden. Für den Bereich Forschung und Entwicklung, in dem Japans Leistungen seit 2006 rückläufig sind, ist ein Budget von 211 Mrd. Euro vorgesehen. Im Zuge dessen sollen die Universitäten entsprechend ihrem jeweiligen Beitrag zum Wohle der Gesellschaft durch Erziehung und Forschung eine Reform durchlaufen. Zuvor aber veröffentlichte das MEXT Ende 2016 die Kriterien für das lange erwartete erste kreditfreie staatliche

Fördersystem. Damit finanziell schlechter gestellte Studierende nicht mehr wie bisher ihr Studium wegen hoher Studiengebühren häufig abbrechen müssen, sollen ab 2018 Stipendien in Höhe von umgerechnet circa 248 Euro monatlich zur Verfügung stehen.

Wirtschaft im Aufwind

Trotz wissenschaftlich-technologischer Glanzleistungen leidet die reichste Volkswirtschaft Asiens an einer stagnierenden Wirtschaftsleistung, und der Kampf um einen nachhaltigen Aufschwung hält an. Zwar konnte der Exporteinbruch aufgrund anhaltenden Höhenfluges des Yen durch einen Außenhandelsüberschuss aufgefangen werden, aber die angestrebte Deflation lässt auf sich warten. Die Konsumausgaben privater Haushalte lagen Ende 2015 um 4,4 Prozent niedriger als im Vorjahr, und 2016 brachte einen nie dagewesenen Rückgang in privaten Einkommen. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander, auch wenn man in der Glitzerwelt von Tokios Innenstadt wenig davon ahnt. Obwohl ein Durchbruch der „Abenomics“

bislang ausblieb, brachten die Oberhauswahlen im Juli 2016 der regierenden Liberal Democratic Party (LDP) den Gipfel ihrer Beliebtheit und eine komfortable Mehrheit. Nach der vierten Umbildung des Kabinetts am 2. August 2016 erschien der jährliche Japan-Report des Internationalen Währungsfonds (IWF), der die „Abenomics“ nach anfänglichen Erfolgen an einem Scheideweg angekommen sieht. Daraufhin legte die Regierung noch am selben Tage unter dem Slogan „Investing in the Future“ ein neues Konjunkturprogramm mit dem Titel „Inländische Projekte des 21. Jahrhunderts“ vor, das weitere öffentliche Verschuldung zur Verbesserung der Infrastruktur und Anreize von Konsum und Investitionen vorsieht – vor allem zugunsten der Land- und Fischereiwirtschaft. Das Maßnahmenpaket in Höhe von 232 Mrd. Euro zielt mit flexibler Steuerpolitik und Finanzwirtschaft auf nachhaltiges Wachstum. Die Bank of Japan soll mit negativer Zinspolitik mehr Staatsanleihen ausgeben und mehr Geld in Umlauf bringen, um das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 1,3 Prozent zu steigern. Der Schlüsselbegriff zur Ankurbelung der Wirtschaft ist Innovation. Diese findet in Japan aus eher konservativ geprägter Weltsicht weniger Akzeptanz, aber laut Analysen des „Japanese National Innovation Survey 2016“ braucht es in einzelnen Bereichen neue Impulse. Ein neu eingerichteter „Council of Industry-Academia-Government Dialogues for the Promotion of Innovation“ des Ministry of Economy, Trade and Industry (METI) und des MEXTs soll gemäß der am 2. Juni 2016 veröffentlichten Japan Revitalisation Strategy 2016 die Ziele und Umsetzungsmaßnahmen zur Innovation in Wirtschaft und Industrie definieren.

Die Regierungserklärung vom 4. August 2016 präsentierte ermutigende Zahlen wie ein 21-Jahres-Tief der Arbeitslosenquote von 3 Prozent. Die Rekordbeschäftigung basiert jedoch auf befristeten Verträgen oder Teilzeitjobs von fast 40 Prozent der Beschäftigten. Von den



diesjährigen MA-Graduierten hatten ab Mai 2016 schon 2,1 Prozent mehr als im Vorjahr Arbeitsverträge, davon nur 3,4 Prozent befristet. Derzeit setzen 12,1 Prozent der BA-Graduierten ihr Studium in einer Graduate School fort, 1,8 Prozent gaben ihr Studium für einen Parttime-Job auf. Hinsichtlich des Außenhandels verbreitete sich im späteren Jahresverlauf eine gedrückte Stimmung: Nach Donald Trumps Aufkündigung des Transpazifischen Freihandelsabkommens (TTP), um dessen Unterzeichnung in Neuseeland Anfang 2016 die Regierung Abe seit Jahren gerungen hatte, wurden Turbulenzen für die Außenwirtschaftspolitik befürchtet. Zum Jahresende 2016 schien mit dem verhaltenen Anstieg des BIP um 0,5 Prozent das Schiff wieder ruhigere Gewässer anzusteuern: Dank zunehmender Stabilisierung überseeischer Volkswirtschaften und eines fallenden Yen verzeichnen Japans inländische Nachfrage und die Industrie-Exporte seit 21 Monaten laut Wirtschaftsreport des NIKKEI vom 28. Dezember 2016 erstmals wieder eine moderate Erholung. ➤

Alumni von DAAD und Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) trafen sich auf Hokkaido wieder (oben).

Fächerübergreifend: Ehemalige Stipendiaten von DAAD und AvH kamen beim Alumnitreffen auf Kyushu zusammen.

JAPANS „POSTDOC-PROBLEM“

In Hochschulen und Privatwirtschaft Japans fehlen langfristige Stellenangebote für Postdocs. 1991 gab es 6.201 Promotionen, und nachdem staatliche Universitäten aufgerufen wurden, die Zahl der PhD-Abschlüsse zu erhöhen, stieg sie bis 2013 auf 16.446. In derselben Zeit sank die Zahl derjenigen, die im Alter zwischen 25 und 35 Jahren eine Junior-Professur (Assistant Professor) erhielten, laut Prof. Dr. Takehiko Kobayashi, Leiter der Forschungsgruppe „Postdoc-Problem“, von 5.428 auf 4.982. Obwohl es ähnliche Probleme in den USA und anderswo gibt, ist die Situation in Japan insofern schlimmer, als private Firmen noch weniger gern Promovierte einstellen. In einer MEXT-finanzierten Studie des National Institute of Science and Technology Policy 2013 heißt es, dass 57,2 Prozent der Unternehmen in einem PhD keinen großen Nutzen für ihr Haus sehen. 2009 hatten nur 4 Prozent der Forscher in japanischen Privatunternehmen einen PhD – in den USA hingegen 10 Prozent. Seit 2014 zeigen die Statistiken etwa zur Hälfte Einschreibungen in Medizin, 25 Prozent in den Ingenieurwissenschaften, 15 Prozent in den Geistes- und Sozialwissenschaften, 10 Prozent in Naturwissenschaften. Die Zahl der neu eingeschriebenen Doktoranden zeigt einen Rückgang (2003: 18.000 gegenüber 2014: 15.000) und es gibt deutlich mehr ältere Promovenden bei Beurlaubung durch den Arbeitgeber (2003: 21,7 Prozent gegenüber 2014: 37,7 Prozent).

Aktivitäten des DAAD

Informationsveranstaltungen und Messen für potenzielle japanische Auslandsstudierende sowie Netzwerkveranstaltungen für Stipendiaten und Alumni standen im Zentrum der Aktivitäten der Außenstelle. Von dort aus wurden erstmals Roadshows an mehreren Universitäten der Südinsel Kyushu sowie auf der Nordinsel Hokkaido durchgeführt. Der DAAD nutzte die Gelegenheit, um seine Alumni und andere Deutschland-Alumni mit vor Ort forschenden deutschen Wissenschaftlern und Studierenden zum Gedankenaustausch einzuladen. Auf Kyushu fand dieses erste Treffen in Fukuoka statt, auf Hokkaido in Sapporo. An beiden Orten erwies sich das mit den Hochschulverwaltungen erarbeitete fakultäts- und fächerübergreifende Veranstaltungsformat als sinnvoll und effektiv. Das erste Treffen in

Bundestags-Vizepräsidentin Claudia Roth besucht die Außenstelle in Tokio.

Kanazawa stärkte ebenfalls die Anbindung von Alumni Westjapans an die Arbeit der Außenstelle und schuf Grundlagen für die zukünftige Kooperation. Zum fünften Mal fand in Tokio und Kyoto die European Higher Education Fair (EHEF) statt, organisiert von der EU-Delegation gemeinsam mit Campus France und der DAAD-Außenstelle. Der große Andrang an den Ständen der deutschen Hochschulen und des DAAD nicht zuletzt dank der erstmals breit eingesetzten Social Media zeigte sichtlichen Erfolg.

Nach einem inspirierenden Besuch der Bundestags-Vizepräsidentin Claudia Roth gipfelte das Jahresprogramm in einem in Tokio durchgeführten Symposium mit dem 2012 in Seoul gegründeten Ostasiatischen Fachnetzwerk Medizin/Life Science. Die daran teilhabenden Deutschland-Alumni aus China, Taiwan, Korea und deutsche Fachkollegen tagten zum ersten Mal in Japan, wo die Veranstaltung mit Mitteln des DAAD und japanischer Sponsoren gemeinsam von der Außenstelle, DAAD-Alumni und Humboldt Fellows zum Thema „Lifecycle Management“ geplant und durchgeführt wurde.



Gedankenaustausch stand auch im Zentrum des 2015 etablierten Formates „Dialog Wissenschaft – Wirtschaft“, bei dem die Außenstelle unter Einbeziehung des Goethe-Instituts deutsche Unternehmensvertreter an japanischen Universitäten mit Dozenten und Studierenden Deutschland- und Europa-bezogener Studiengänge zum Gespräch über Praktika und Berufseinstieg in deutschen Unternehmen zusammenbringt. Die Veranstaltungen an der Waseda-Universität und an der Nagoya-Universität zeigten rege Beteiligung und sollen auf Nachfrage weiterer Universitäten fortgesetzt werden.

Die alljährlichen Einladungen zu „Butterbrot und Bier“ im Frühling und Herbst boten Stipendiaten und Alumni des DAAD ein Forum, um besondere Projekte aus Wissenschaft und Kunst vorzustellen und den Kreis der japanischen und deutschen Freunde der Außenstelle kennenzulernen. Den deutschen Stipendiaten des seit 33 Jahren bestehenden Förderprogramms „Sprache und Praxis in Japan“ wurde neben Studien-Exkursionen zu



Tabelle 19 : Daten zum Bildungssystem Japan

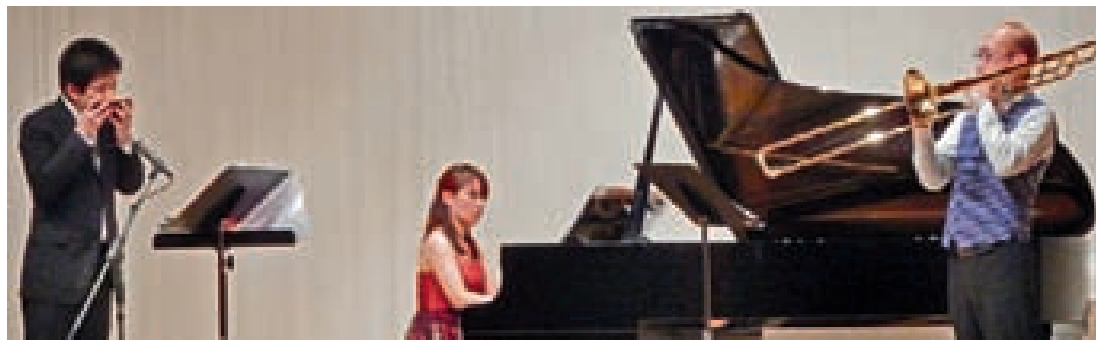
Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	126,57 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	12,07 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	37.321
Wirtschaftswachstum	- 0,03 %
Inflation	2,75 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 19
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 15
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 22
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	3,76 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	3,86 Mio.
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	46,56 %
Immatrikulationsquote	62,41 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	980.726
PhD	16.039
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	3,59 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	109.305
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	3,88 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. China	
2. Korea	
3. Vietnam	
4. Nepal	
5. Indonesien	
14. Deutschland	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	32.332
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	0,86 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland (WS 2015/16)	1.984
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. USA	
2. Vereinigtes Königreich	
3. Australien	
4. Deutschland	
5. Frankreich	

Quellen: DAAD, Statistik
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt
 Wissenschaft weltoffen
 The World Bank, Data
 UNESCO, Institute for Statistics

Geduld gefragt – der Stand des DAAD bei der European Higher Education Fair 2016 war gut besucht (oben).

„Sprache und Praxis in Japan“: Aktuelle Stipendiaten und Alumni kamen beim Jahrestreffen in Tokio zusammen.

Über 180 Gäste lauschten dem Weihnachtskonzert des Trios Aura Three mit den DAAD-Alumni Kosei Murata (Posaune), Aya Tsurumi (Piano) und Takamoto Mizuno (Mundharmonika).



Produktionsstätten japanischer Wirtschaft und Kultur auch ein japanisch-deutscher Architekturworkshop und Begegnungen mit japanischen Industrievertretern ermöglicht. Die Tagungen für ausreisende japanische und

ankommende deutsche Stipendiaten, wissenschaftliche Gesprächskreise sowie viele andere Veranstaltungen der Außenstelle fanden ihren krönenden Abschluss in einem mitreißenden Weihnachtskonzert mit Musikern des DAAD-Alumni-Verbandes „Tomo no kai“. Die politischen Beziehungen zwischen Japan und Deutschland kulminierten im Besuch von Bundespräsident Joachim Gauck, der vom 13. bis 18. November 2016 erstmals Japan besuchte und nach Tokio, Kyoto und Nagasaki reiste. Neben politischen Gesprächspartnern traf er japanische Wissenschaftler und Studierende und sprach mit ihnen über Entwicklungen in der deutschen und japanischen Gesellschaft. In einer Rede an der Waseda-Universität nahm Gauck die Adaptionsprobleme einer Gesellschaft bei fortschreitender Modernisierung und die sozialen Folgen der Digitalisierung in den Blick: Industrie 4.0 brauche auch eine Gesellschaft 4.0 – ein indirekter Bezug auf Japans Konzept der „Super Smart Society 5.0“, das entsprechende Fragestellungen oder gar Lösungsmodelle unter Einbeziehung der relevanten wissenschaftlichen Fachrichtungen einstweilen vermissen lässt. Bleibt zu hoffen, dass viele der japanischen Studierenden der Einladung, nach Deutschland und Europa zu kommen, folgen, die Gauck mit den Worten „von solchem Austausch kann es nie genug geben“ aussprach – ganz im Sinne der vom Bundespräsidenten zitierten Worte des Philosophen Hermann Graf Keyserling „Der kürzeste Weg zu sich selbst führt um die Welt herum!“



Tabelle 20 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2016 Japan

A = Geförderte aus dem Ausland
D = Geförderte aus Deutschland

	Japan	
I. Individualförderung – gesamt	A	154
	D	310
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	26
	D	61
Studierende auf Master-Niveau	A	24
	D	69
Doktoranden	A	31
	D	88
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	73
	D	92
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	88
	D	143
1–6 Monate	A	17
	D	44
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	49
	D	123
II. Projektförderung – gesamt	A	259
	D	588
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	125
	D	263
Studierende auf Master-Niveau	A	66
	D	179
Doktoranden	A	14
	D	64
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	48
	D	82
andere Geförderte*	A	6
	D	
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	147
	D	249
1–6 Monate	A	82
	D	259
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	30
	D	80
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	A	413
	D	898
A und D – gesamt (I + II)		1.311

* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

Brüssel

Ein Schock für Europa



Nina Salden leitet die Außenstelle Brüssel seit 2012. Seit 2007 unterhält der DAAD ein Büro in Brüssel, das die Zusammenarbeit mit den Institutionen der Europäischen Union fördert. Die Außenstelle hat derzeit drei Mitarbeiterinnen.

Donald Tusk (links), Präsident des Europäischen Rates, mahnt zur Geschlossenheit der EU angesichts des britischen Brexit-Votums.

Die britische Premierministerin Theresa May spricht mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker (rechts).

Das britische Volk entscheidet sich für den Austritt aus der Europäischen Union (EU); Donald Trump wird zum amerikanischen Präsidenten gewählt und schürt so die Angst vor Populismus auch in Europa; die Türkei entfernt sich immer weiter von den europäischen Grundwerten und der Terror erreicht die europäische Hauptstadt. 2016 war ein aufwühlendes Jahr, das man nicht wieder erleben möchte.

Brexit – EU zeigt Willen zur Geschlossenheit

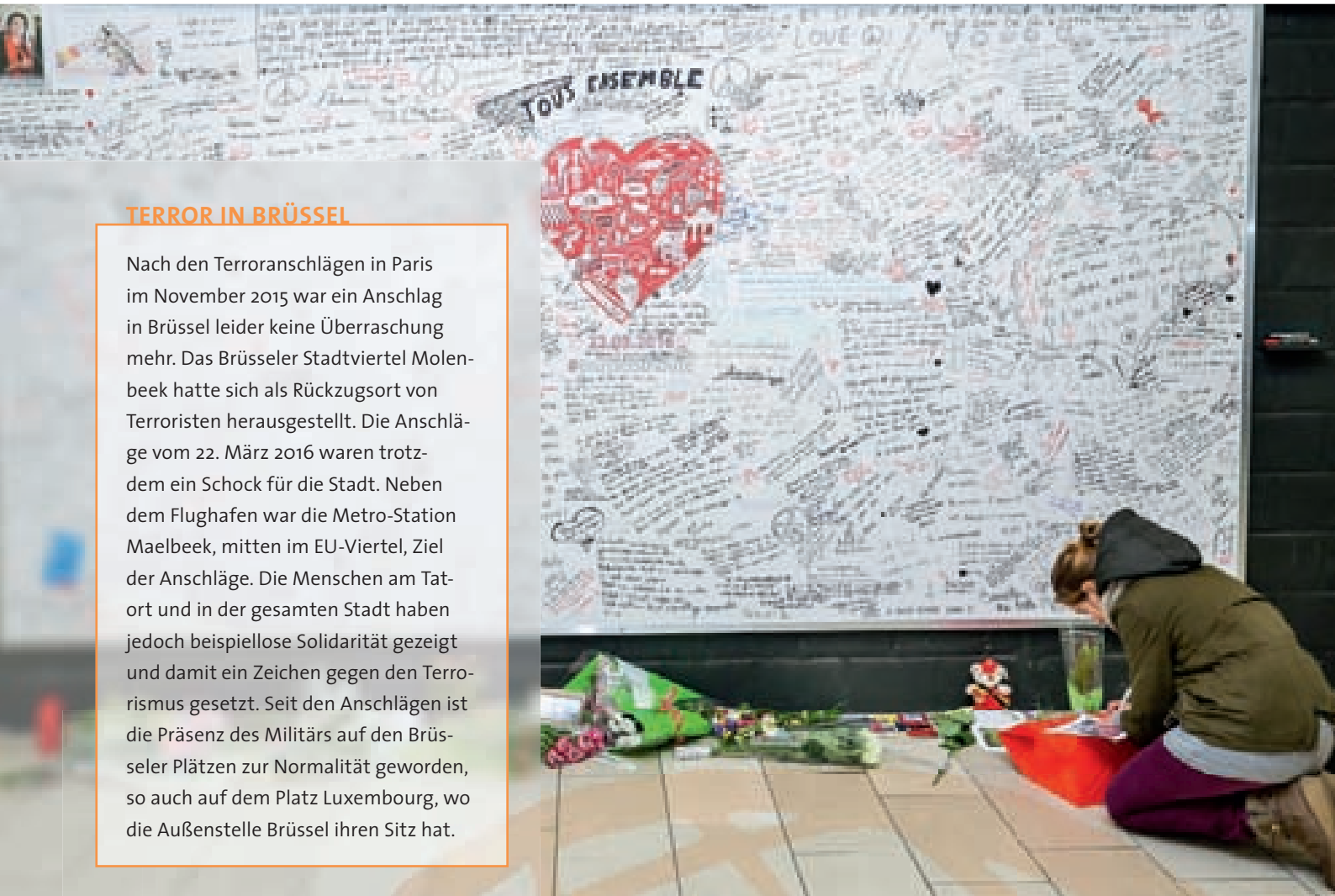
„The B-word“ sagen die Briten in Brüssel. Ganz so, als ob man damit, dass man das Wort nicht ausspricht, die Entscheidung ungeschehen machen könne. Doch vergeblich: In etwas mehr als zwei Jahren wird Großbritannien aller Voraussicht nach nicht mehr Mitglied der EU sein. Der Brexit ist ein Schock für die Europäische Union; die Trennung war weder gewollt noch erwartet. Erstmals wird ein Land aus dem Bündnis austreten. Der europäische Integrationsprozess wird sich damit rückwärts bewegen. In die Reaktion aus Brüssel mischte sich jedoch



auch schnell ein gewisser Trotz. „What doesn't kill you, makes you stronger“, sagte EU-Ratspräsident Donald Tusk in einer Pressekonferenz am Tag nach dem Votum. Die Staats- und Regierungschefs der verbleibenden EU-27 demonstrierten in ihrem ersten Statement nach dem Brexit Geschlossenheit und bemühten sich zu zeigen, dass mit einem Austritt Großbritanniens weder das Projekt Europa noch seine Integrität infrage gestellt werden kann. Die Briten waren schon immer ein schwieriges EU-Mitglied und bei vielen Gemeinschaftsprojekten Bremser der Integration.

In der Brexit-Kampagne hatte die britische Regierung jedoch für einen Verbleib in der EU geworben. Es waren die Bürger des Landes, die sich mehrheitlich für den Austritt entschieden haben. Hier muss sich die EU „an die eigene Nase fassen“. Die Entfremdung vieler Bürger von der EU, insbesondere in den ländlichen Regionen, in denen man sich von der Globalisierung abgehängt fühlt, ist ein ernsthaftes Problem – und das nicht nur in Großbritannien. Bereits seit 2014 haben die europakritischen





TERROR IN BRÜSSEL

Nach den Terroranschlägen in Paris im November 2015 war ein Anschlag in Brüssel leider keine Überraschung mehr. Das Brüsseler Stadtviertel Molenbeek hatte sich als Rückzugsort von Terroristen herausgestellt. Die Anschläge vom 22. März 2016 waren trotzdem ein Schock für die Stadt. Neben dem Flughafen war die Metro-Station Maelbeek, mitten im EU-Viertel, Ziel der Anschläge. Die Menschen am Tatort und in der gesamten Stadt haben jedoch beispiellose Solidarität gezeigt und damit ein Zeichen gegen den Terrorismus gesetzt. Seit den Anschlägen ist die Präsenz des Militärs auf den Brüsseler Plätzen zur Normalität geworden, so auch auf dem Platz Luxembourg, wo die Außenstelle Brüssel ihren Sitz hat.

Trauer um die Opfer: Eine Gedenktafel erinnert an den Terroranschlag in der Metrostation Maelbeek.

Parteien in Frankreich und den Niederlanden, aber auch in einigen osteuropäischen Ländern wie Tschechien und Polen, an Zulauf gewonnen. „Auf den Brexit folgt der Frexit“, frohlockte die französische rechtsnationale Parteichefin Marine Le Pen nach dem Votum der Briten. So weit ist es noch nicht! Doch der zweite Schock im Jahr 2016 – die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika – lässt einen Aufwind der Populisten auch in Europa fürchten und schürt die Nervosität vor den Wahlen in den Niederlanden und in Frankreich im Jahr 2017. EU-Parlamentspräsident Schulz sieht die Wahl Trumps als „Welle des Protestes gegen die etablierte Politik. Trump setzt auf einen Politikstil der Emotionen, nicht der Fakten“. Für Fakten steht jedoch die Wissenschaft. Dies macht es für die wissenschaftliche Gemeinschaft besonders schwer, mit den Ereignissen des Jahres 2016 umzugehen. >

*Brexit erfordert
europäische Geschlossenheit*

*Europäische Kommission fordert
hochwertige Bildung für alle*

*Das Europäische Parlament
unterstützt Erasmus+*

*Integrationsplan für
Europas Flüchtlinge*

*EU-Projekt HOPES
bietet Bildung für syrische
Flüchtlinge*

Personenfreizügigkeit: Knackpunkt für britische Beteiligung an EU-Bildungs- und Forschungsprogrammen

Die Frage, ob britische Einrichtungen auch nach dem Austritt ihres Landes an den EU-Bildungs- und Forschungsprogrammen teilnehmen können, ist für die Hochschulen im Land von zentraler Bedeutung, denn Großbritannien ist ein aktives Mitglied sowohl bei Erasmus+ als auch bei Horizont 2020 und hat von beiden Programmen in der Vergangenheit in hohem Maße profitiert (siehe Highlight „Großbritannien“). Der Status eines assoziierten Landes, wie ihn zum Beispiel die Länder der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) in den EU-Programmen innehaben, wäre eine Möglichkeit. Doch der Knackpunkt wird die Personenfreizügigkeit für EU-Bürger sein, die die britische Regierung nach dem Austritt aus der EU nicht mehr gewähren möchte und die so eng mit der Bildungs- und Forschungszusammenarbeit verbunden ist. An der Schweiz hat die EU in den letzten Jahren ein Exempel

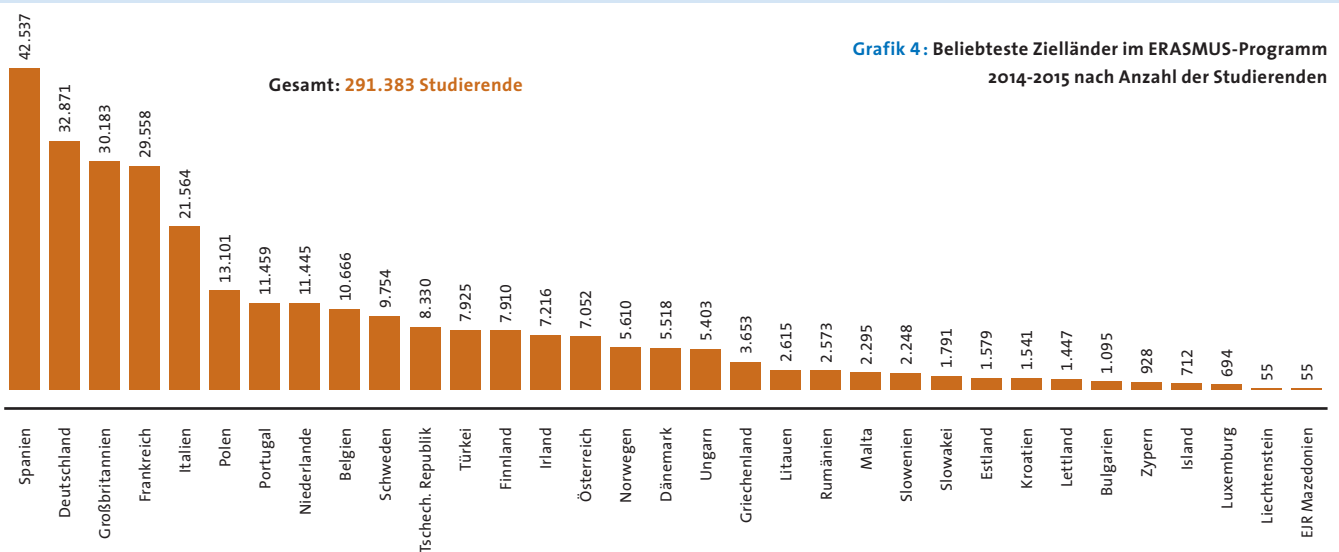
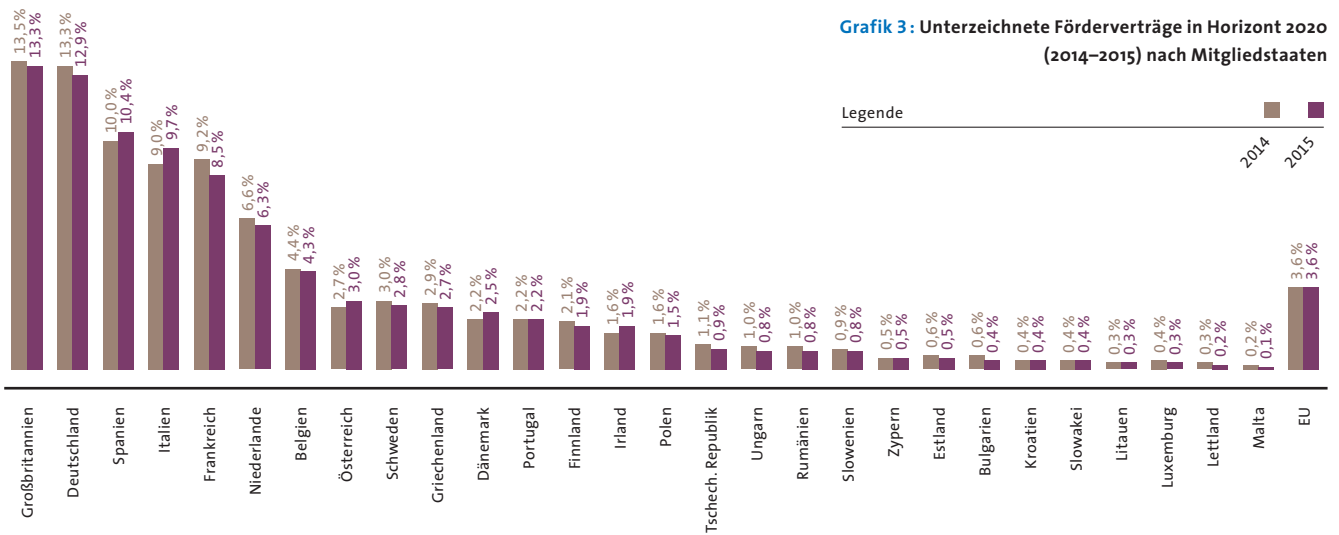
statuiert. Nach dem Votum zur „Masseneinwanderung“ hatte die Schweiz 2014 den Status als assoziiertes Land in Horizont 2020 und Erasmus+ verloren und diesen erst im Januar 2017 für das Forschungsprogramm wiedererlangen können, nachdem die Freizügigkeit auch für das neue EU-Mitglied Kroatien gewährleistet worden war. Überlegungen, eine separate Freizügigkeitsregelung für Wissenschaftler einzuführen, um so den Zugang britischer Einrichtungen zu Horizont 2020 und Erasmus+ zu sichern, hat Brüssel postwendend eine Absage erteilt. Noch sind die Fronten verhärtet und erst im Laufe der Verhandlungen wird sich zeigen, ob eine Lösung gefunden werden kann. Zu befürchten ist, dass am Ende die Studierenden und Forscher die Leidtragenden sein könnten. Dabei ist es gerade das Programm Erasmus+, das der jungen Generation die Möglichkeit bietet, Europa zu erleben und schätzen zu lernen, und britische Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind wichtige Partner für einen wettbewerbsfähigen europäischen Forschungsraum. >

MARTIN SCHULZ VERLÄSST BRÜSSEL

Fünf Jahre war der deutsche Sozialdemokrat Martin Schulz Präsident des Europäischen Parlaments. Er hat nicht nur das Parlament, sondern auch die europäische Politik in den letzten Jahren entscheidend geprägt. Schulz war ein charismatischer Präsident, der sich, ob gefragt oder nicht, eingemischt und das Parlament als Vertretung der europäischen Bürger gestärkt hat. Es gibt aber auch Kritik an seiner Amtszeit. So hat er den „Deal“ der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Fraktion der Europäischen Sozialisten und Demokraten (S&D) aus dem Jahr 2014 initiiert – ursprünglich, um den Einfluss der europakritischen Parteien im Parlament einzugrenzen. Diese Abmachung hat aber auch dazu geführt, dass viele Entscheidungen im



Parlament zwischen den großen Fraktionen hinter verschlossenen Türen ausgeklüngelt wurden, bevor sie im Parlament überhaupt zur Debatte standen. Teil dieser Vereinbarung war auch, dass Schulz nach zwei Jahren den Posten des Parlamentspräsidenten räumt, um einem Kandidaten der EVP Platz zu machen. In seiner Abschiedsrede im Plenum warnte Schulz vor dem aufkommenden Populismus in Europa: „Überall auf unserem Kontinent machen sich die Spalter und die Ultrationalisten wieder breit, diejenigen, die Menschen gegeneinander hetzen und die das liberale, das soziale und das ökologische Gesellschaftsmodell Europas abwickeln wollen. Damit gefährden sie eine der größten zivilisatorischen Errungenschaften, die auf unserem Kontinent je gelungen ist.“



Großbritanniens Rolle in Bildungs- und Forschungsprogrammen der EU

Großbritannien verzeichnet mit 13,4 Prozent den größten Anteil der EU-Mitgliedstaaten an den Förderverträgen des laufenden EU-Forschungsprogramms **Horizont 2020**. In den ersten beiden Jahren des Programms (2014 und 2015) haben britische Einrichtungen 4.977 Projekte koordiniert (zum Vergleich Deutschland 4.870). Damit ist das Programm eine wichtige Einnahmequelle für britische Institutionen. Es bietet darüber hinaus eine Plattform der

Vernetzung für gemeinsame Forschung in Europa.

Aus dem Vorgängerprogramm von Horizont 2020, dem siebten Forschungsrahmenprogramm, konnten britische Einrichtungen von 2007 bis 2013 Projektfinanzierung in Höhe von nahezu 7 Mrd. Euro akquirieren. Damit erhielt Großbritannien nach Deutschland den zweitgrößten Budgetanteil am Programm (vgl. 7. Monitoring-Bericht zum FP7 Programm, Europäische Kommission 2013).

Im EU-Bildungsprogramm **Erasmus+** ist Großbritannien ebenfalls ein gefragtes Partnerland.

30.183 europäische Studierende haben im Hochschuljahr 2014/2015 einen Erasmus-Studienaufenthalt an einer britischen Hochschule absolviert. Damit ist Großbritannien das drittbeliebteste Zielland europäischer Erasmus-Studierender nach Spanien und Deutschland. 14.801 britische Studierende sind 2014/2015 mit finanzieller Unterstützung des Erasmus-Programms nach Europa gekommen. Besonders beliebt bei den Briten sind die Zielländer Frankreich, Spanien und Deutschland (vgl. Jahresbericht Erasmus+ 2015, Europäische Kommission).

HOCHSCHULEN IM INTERNATIONALEN WETTBEWERB – EINE EUROPÄISCHE PERSPEKTIVE

Hochschulen stehen im internationalen Wettbewerb um das beste Renommee und die klügsten Köpfe; zunehmende Internationalisierung ist Voraussetzung, um in globalen Wissensgesellschaften zu bestehen. In einem von der Nationalen Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit im DAAD und der Außenstelle Brüssel ausgerichteten Fortbildungsseminar wurden die strategische Internationalisierung über Erasmus+ sowie bisherige Programmfahrungen und -erwartungen vor dem Hintergrund der im Jahr 2017 anstehenden Halbzeitevaluierung diskutiert. Darüber hinaus ging es um die Einbettung der Hochschulen in einen neuen soziokulturellen Kontext. Im Fokus stand dabei die Frage nach einer effizienten Programmumsetzung, auch im Hinblick auf zwei bedeutende Jubiläen im Jahr 2017: 30 Jahre Erasmus und 60 Jahre Gründung der Europäischen Gemeinschaft.

Insgesamt nahmen 15 Hochschulrektoren und Vizepräsidenten sowie Leiter für internationale Angelegenheiten an der Fortbildungsveranstaltung teil. Das Seminar bot neben dem direkten Dialog mit Vertretern der Europäischen Kommission die Möglichkeit zum Erfahrungs- und Gedankenaustausch zwischen den Teilnehmern sowie mit dem DAAD.

Erfahrungsaustausch und Diskussion: Im Fortbildungsseminar an der Außenstelle Brüssel ging es um die Internationalisierung durch Erasmus+.



Türkei – ein wichtiger Partner in der Flüchtlingskrise

Außenpolitisch machte der EU im Jahr 2016 insbesondere ihr Beitrittskandidat Türkei zu schaffen. Nach dem gescheiterten Putschversuch im Juli ist das Land dabei, sich immer weiter von den europäischen Grundwerten zu entfernen. Dies müsste eigentlich Konsequenzen für den Beitrittsprozess haben und so forderte das Europäische Parlament in einer Resolution im November, die Verhandlungen auszusetzen. Dieser Forderung kamen die Staats- und Regierungschefs jedoch nicht nach.

Die Türkei ist ein wichtiger Partner der EU in der Flüchtlingskrise. Im März 2016 wurde mit dem Land ein Abkommen ausgehandelt, das die irreguläre Migration aus der Türkei in die EU eindämmen und durch legale Wege der Neuansiedlung von Flüchtlingen in der EU ersetzen soll. Zusätzlich wird die EU die Türkei

mit 3 Mrd. Euro in der Versorgung der Flüchtlinge im Land unterstützen.

Im Jahr 2016 sind die Zahlen der neuankommenden Flüchtlinge in Europa zurückgegangen. Damit ist das Thema auch in der Öffentlichkeit weniger präsent; die Problematik besteht jedoch weiterhin: Es leben derzeit geschätzt 20 Millionen Migranten in der EU. Ihre Integration ist eine zentrale Aufgabe, der sich Europa stellen muss. Die Europäische Kommission hat im Juni 2016 einen Aktionsplan zur Integration von Migranten vorgelegt, der die EU-Mitgliedstaaten bei der Weiterentwicklung ihrer Integrationspolitik unterstützen will. Dabei erachtet die EU-Kommission Bildung als eines der wirkungsvollsten Instrumente. Sie will die Mitgliedstaaten beim Aufbau von Willkommensklassen und Online-Sprachkursen finanziell unterstützen. Diese und weitere europäische Maßnahmen wurden auf einem DAAD-Seminar im Mai vorgestellt.

Hochwertige Bildung für sozialen Zusammenhalt, Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltiges Wachstum

Bildungspolitik ist eigentlich Aufgabe der Mitgliedstaaten; sie liegt nicht im Kompetenzbereich der EU. In einer Mitteilung vom Dezember hat die Europäische Kommission jedoch angekündigt, der Modernisierung der Bildung „oberste Priorität auf der EU-Agenda“ einzuräumen, da Bildung das Fundament für den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Entwicklung in Europa sei. Die Mitgliedstaaten sollen bei ihren Reformbemühungen unterstützt werden. Hierbei wird insbesondere die Notwendigkeit hervorgehoben, digitale Technologien für die Bildung zu nutzen und die digitalen Kompetenzen von Lehrenden zu erweitern. Bereits im Juni hatte die Kommission in ihrer Kompetenzagenda eine stärkere Verbindung zwischen Arbeitsmarkt, Gesellschaft und Bildung gefordert. Was bedeutet dies nun für die europäischen Hochschulen? Im Jahr 2017 will die Europäische Kommission einen Maßnahmenkatalog zur Modernisierung der Hochschulbildung vorlegen. 2016 hat sie die Meinungen der Stakeholder hierzu eingeholt. Es kristallisieren sich drei Kernbereiche heraus: die Kompetenzen der Hochschulabsolventen müssen besser an die gesellschaftlichen Bedürfnisse angepasst, die Hochschulen sollen stärker in ihr lokales Umfeld integriert und Bildung und Forschung enger zusammengeführt werden.

Alle diese Strategien bleiben jedoch ohne Wirkung, wenn sie nicht von den Mitgliedstaaten umgesetzt sowie auf europäischer Ebene durch die relevanten EU-Förderprogramme Erasmus+ und Horizont 2020 unterstützt werden. Die Zwischenevaluierung dieser Programme, die bis Ende 2017 vorliegen muss, bietet einen Anlass, deren Wirksamkeit zu überprüfen und sie gegebenenfalls an geänderte Rahmenbedingungen anzupassen. Die Zwischenbewertung wird nahtlos in den Diskussionsprozess zur neuen

EU-Programmgeneration ab 2021 übergehen. Mit diesem Zeitrahmen im Blick haben sich einige zentrale Akteure bereits im Jahr 2016 zu den Programmen geäußert.

Europäisches Parlament unterstützt Erasmus+ Programm

Der Ausschuss für Bildung und Kultur des Europäischen Parlaments hat im November einen Zwischenbericht zur Umsetzung von Erasmus+ vorgelegt. In diesem wird die Bedeutung des Programms für die europäische Einigung betont und der Vorschlag der EU-Kommission, für den verbleibenden Programmzeitraum zusätzliche Finanzierung zur Verfügung zu stellen, nachdrücklich unterstützt. Der Bericht führt jedoch auch einige Verbesserungsvorschläge auf: Erasmus+ soll sein Potenzial der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit besser nutzen und die Umsetzung benutzerfreundlicher gestalten. >



Das EU-Programm Erasmus+ fördert Mobilität und Zusammenarbeit im Bildungsbereich.



Pressekonferenz zu HOPES: Das EU-geförderte Projekt wurde im Rahmen eines Seminars zur Integration von Flüchtlingen in das Hochschulsystem in Brüssel bekannt gegeben. DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüländ (oben, 3.v.r.) war beim Programmstart mit dabei.



Neues EU-Projekt HOPES – Hoffnung durch Bildung

Vor Ausbruch des Krieges in Syrien haben mehr als 20 Prozent der jungen Syrer studiert; heute haben nicht einmal fünf Prozent der Flüchtlinge Zugang zur Hochschulbildung (vgl. „Further

and Higher Education Programme for vulnerable Syrian Youth“, Action Document for EU Trust Fund, European Commission). Die Zahlen zeigen den Bedarf an tertiärer Bildung. Das Projekt HOPES „Higher and Further Education Opportunities and Perspectives for Syrians“, das der DAAD gemeinsam mit seinen Partnerorganisationen British Council, Campus France und EP-Nuffic durchführt, leistet einen Beitrag zur Verbesserung dieser Situation. HOPES bietet syrischen Flüchtlingen in der Türkei, dem Libanon, Jordanien, Ägypten und dem Irak Information und Beratung zu tertiären Bildungsangeboten und stellt Stipendien zur Verfügung: Mindestens 300 Vollstipendien werden an Hochschulen der Region vergeben. Vorgeesehen sind darüber hinaus bis zu 4.000 vorbereitende Englisch- und Studienkurse sowie innovative Lernangebote und Hochschulseminare für circa 3.500 Personen. Auch bedürftige Personen aus den Aufnahmegemeinschaften können von den Maßnahmen des Projekts profitieren. Hierdurch soll die

Akzeptanz und Integration der Flüchtlinge in ihren Aufnahmegemeinschaften gefördert werden. Das Projekt will jungen Syrern durch Bildung eine Perspektive eröffnen und mit deren Ausbildung einen Beitrag zu einem zukünftig friedlichen Syrien leisten.

Das Projekt wird mit 12 Mio. Euro von der EU unter dem regionalen Treuhandfonds in Antwort auf die syrische Krise, dem „Madad-Fund“, finanziert. Das vom DAAD geführte Projektkonsortium hatte sich nach mehrmonatigen Verhandlungen mit der Europäischen Kommission mit seinem Projektvorschlag durchgesetzt. Der DAAD leitet das Projekt von seinem Büro in Amman aus. Weitere Projektbüros befinden sich im Libanon, der Türkei, Ägypten und dem Nordirak.

Das Europäische Parlament ist seit jeher ein verlässlicher Unterstützer des Erasmus+ Programms. Das Votum des Parlamentes reicht jedoch nicht aus, um das Budget des Programms zu erhöhen. Der Rat, die Vertretung der EU-Mitgliedstaaten, muss zustimmen. 2016 halbierte der Rat die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene deutliche Erhöhung für die zweite Programmphase. Die Diskussion um das Budget für Erasmus+ nach 2020, die erst in den kommenden Jahren so richtig anlaufen wird, verspricht nicht einfach zu werden. Es darf nicht vergessen werden, dass 2021, wenn die nächste EU-Finanzperiode beginnt, Großbritannien voraussichtlich kein Mitglied der EU mehr sein wird. Damit wird ein nicht unbedeutender Netto-Beitragszahler für den EU-Haushalt fehlen.

DAAD-Seminar: Bildung schafft Perspektiven und fördert die Integration von Flüchtlingen

Jungen Menschen darf das Recht auf Bildung nicht verwehrt werden, insbesondere nicht den jungen Menschen, die aufgrund von Krieg und Vertreibung ihr Heimatland verlassen mussten. Der DAAD als zentraler Akteur in der Hochschulbildung leistet seinen Beitrag dazu, dieses Recht in die Praxis umzusetzen – sowohl für Flüchtlinge in Deutschland als auch für die zahlreichen Flüchtlinge, die in Nachbarländern ihres Heimatstaates leben. Mit Unterstützung der deutschen Ministerien hat der DAAD 2015 eine Reihe von Programmen hierzu aufgelegt.



Diese diskutierten rund 120 Teilnehmer in einem von der DAAD-Außenstelle Brüssel am 11. und 12. Mai ausgerichteten Seminar an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU. Im Fokus stand der Austausch mit Initiativen in anderen Mitgliedstaaten und ein Brainstorming über mögliche Maßnahmen auf europäischer Ebene, um Flüchtlinge in das Hochschulsystem Europas und das ihrer Aufnahmestaaten in der Herkunftsregion zu integrieren.

Die Europäische Kommission stellte im Rahmen des Seminars ihre Initiativen vor: In den kommenden drei Jahren sollen 100.000 zusätzliche Lizenzen des Erasmus+ Sprachentools Online Linguistic Support (OLS) für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden, die über die Nationalen Agenturen in Europa an Hochschulen und Flüchtlinge verteilt werden. Die Teilnehmer des Seminars unterstützten auch weitergehende europäische Maßnahmen wie den Austausch bewährter Verfahren, Zusammenarbeit in der Frage der Anerkennung von Qualifikationen und die Koordination von Maßnahmen und Akteuren. In Europa wurde in den letzten Jahren eine Reihe von Instrumenten zur Mobilität und Integration internationaler Studierender entwickelt. Diese können angepasst und für die spezifischen Herausforderungen in der Flüchtlingsintegration genutzt werden.

In den Ländern des globalen Südens leben weit mehr Flüchtlinge als in Europa; auch diesen gilt es durch zielgerichtete Programme eine Perspektive zu schaffen. Das Projekt HOPES (siehe Highlight „HOPES“) wurde offiziell am Seminartag bekannt gegeben und den Teilnehmern vorgestellt. Es wird über den EU-Treuhandfonds, den „Madad Fund“, finanziert. Die Europäische Kommission hat im Kontext der Flüchtlingskrise noch weitere Finanzierungsprogramme aufgesetzt: die sogenannte Flüchtlingsfazilität für die Türkei und den EU-Nothilfe-Treuhandfonds zur Unterstützung

Laura Corrado leitet das Referat für Migration und Integration in der Generaldirektion für Migration und Inneres der EU-Kommission.

Tabelle 21 : Statistischer Überblick Europäische Union 2016

Daten	
Mitgliedstaaten	28
Bevölkerungszahl absolut	510 Mio.
Fläche (in km ²)	4,46 Mio.
BIP der EU-28 (2016, in EUR)	14,82 Bill.
Mehrfähriger EU-Haushalt 2014–2020 (in EUR und für 2017 angepasst)	1,08 Bill.
hiervon für das EU-Bildungsprogramm Erasmus+ (in EUR)	14,7 Mrd.
EU-Haushalt (2016, in EUR)	155 Mrd.
Haushalt für Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung (2016) (Bildung, Forschung, Innovation, in EUR)	19,01 Mrd.
in % des Gesamthaushalts	12,26
Ausgaben für Bildung in der EU-28 (2015, in % des BIP)	Ø 4,9
Tertiäre Bildung (in % des BIP)	0,7
Hochschulen	ca. 4.000
Studierende im Tertiärbereich (2014)	19,56 Mio.
Erasmus-geförderte Studierende (2014/15)	291.383
seit 1987	> 3 Mio.
Hochschulabsolventen 2015 (Prozentsatz der 30- bis 34-Jährigen)	38,7
Erwerbsquote bei Hochschulabsolventen im Alter von 20 bis 34 Jahren 2015 (in %)	76,9

Die drei wichtigsten EU-Institutionen	
Rat der Europäischen Union Vertretung der EU-Mitgliedstaaten Gesetzgebendes Organ (in den meisten Politikbereichen gemeinsam mit dem Europäischen Parlament)	Minister der EU-Mitgliedsstaaten
Europäisches Parlament Vertretung der Bürger / Gesetzgebendes Organ (Zustimmung oder Mitentscheidung mit Rat)	1 Präsident 751 Mitglieder
Europäische Kommission Exekutive- / Ausführende Behörde Vorschlagsrecht für EU-Gesetzgebung	1 Präsident 1 Hohe Vertreterin 6 Vize-Präsidenten 20 Kommissare 32.546 Mitarbeiter 33 Generaldirektionen

Quellen:
 Eurostat – Statistisches Amt der Europäischen Union (► <http://ec.europa.eu/eurostat/>)
 Europäisches Parlament (► <http://www.europarl.europa.eu/>)
 Europäische Kommission (► <http://ec.europa.eu/>)
 Europäischer Rat (► <http://www.consilium.europa.eu/>)
 Generaldirektion für Finanzen (► http://ec.europa.eu/budget/mff/figures/index_de.cfm#COM_2015_320)
 Generaldirektion für Bildung und Kultur (► https://ec.europa.eu/education/sites/education/files/monitor2016_en.pdf)
 Monitor für allgemeine und berufliche Bildung 2016 (► http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/repository/education/library/statistics/erasmus-plus-facts-figures_en.pdf)

der Stabilität und zur Bekämpfung der Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibungen in Afrika, die im Rahmen des Seminars erläutert wurden.

Europäische Kooperationen stärken

Brüssel als Sitz der EU-Institutionen ist für die europäische wissenschaftliche Gemeinschaft ein wichtiger Ort zum Netzwerken, Diskutieren und zur Akquise von Fördermitteln. Um die zehn europäische Universitätsverbände gibt es bereits mit Sitz in Brüssel; 2016 haben zwei weitere Verbände ein Büro eröffnet: die „UAS4“, ein Zusammenschluss europäischer Fachhochschulen, und die „Guild of European Research-Intensive Universities“. Auch der DAAD engagiert sich in europäischen Netzwerken, wie der Academic Cooperation Association (ACA) und der Gruppe der vier großen Partnerorganisationen mit dem British Council, Campus France und EP-Nuffic. Gleich zweimal war die Gruppe der „Big4“ 2016 zu Gast in Brüssel, um Gespräche mit hochrangigen Vertretern der EU-Institutionen zu führen. Die vier Organisationen arbeiten in mehreren EU-finanzierten Projekten zusammen; hierunter sind neben dem HOPES-Projekt auch das EU-SHARE-Projekt in der ASEAN-Region und eine von der Generaldirektion Bildung und Kultur unterstützte Initiative zur Förderung der Attraktivität des Europäischen Hochschulraums zu nennen.



London

„Brexit means Brexit“ – aber was bedeutet das?



Dr. Georg Krawietz leitet die Außenstelle London seit 2014. Die Vertretung des DAAD in Großbritannien besteht seit dem Jahr 1952 und hat zurzeit sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wird das Jahr 2016 nach 1992 im Vereinigten Königreich (UK) erneut als „annus horribilis“ in Erinnerung bleiben? Für knapp die Hälfte der Bevölkerung mag das zutreffen.

Der schlimmste Tag des furchtbaren Jahres war demnach der 24. Juni 2016, als das Ergebnis des Referendums zum Verbleib (48,1 Prozent) oder Austritt (51,9 Prozent) aus der Europäischen Union (EU) feststand. Ein knappes Resultat war erwartet worden, allerdings in umgekehrter Gewichtung. Je höher das Lebensalter, desto mehr der zuvor registrierten Referendumsberechtigten beteiligten sich und stimmten gegen den weiteren Verbleib. Diese Unwucht war mitentscheidend. Von den 18- bis 24-Jährigen gaben 64 Prozent ihre Stimme ab und knapp drei Viertel sahen ihre Zukunft innerhalb der EU. Die Alterskohorte der über 65-Jährigen hingegen ging zu 90 Prozent an die Abstimmungsurne, und von den über 60-Jährigen wollten sich und ihr Land nur noch 40 Prozent innerhalb, 60 Prozent hingegen außerhalb des Staatenbundes sehen, dem man seit 1973 angehört.

Premierminister David Cameron hatte für den Verbleib gekämpft und erklärte noch am Morgen seinen Rücktritt. Im September legte er auch das Parlamentsmandat nieder. Nach sechs Jahren als Regierungschef ist er wieder Privatperson und hinterlässt seiner Nachfolgerin Theresa May die wohl größte politische Herausforderung seit Jahrzehnten. Cameron hatte sie im Januar 2013 mit der Referendumsankündigung heraufbeschworen. Die Rechnung, den

notorisch EU-kritischen Flügel der konservativen Partei und weiter rechts stehende politische Kräfte nachhaltig und langfristig ruhigzustellen, ging wie einige andere im Politikbetrieb des Jahres 2016 nicht auf.

Britische Hochschulen und Wissenschaft haben, institutionell und von namhaften Einzelpersonlichkeiten wie etwa den Astrophysikern Brian Cox und Stephen Hawking getragen, ein Jahr lang engagiert unter der Flagge „Universities for Europe“ für den Verbleib in der EU gekämpft. Das erklärte Ziel lautete: Wir wollen auch in Zukunft mit unseren Partnern in Europa kooperieren und uns den Zugang zu europäischen Forschungseinrichtungen und Förderprogrammen wie Horizon 2020 und Stipendien des Europäischen Forschungsrates (ERC) sichern. In beiden Programmen sind britische Institutionen überdurchschnittlich erfolgreich. Das Bemühen war vergeblich. Chris Patten (Lord Patten of Barnes), Kanzler der Universität Oxford und letzter Gouverneur von Hongkong, kommentierte den Referendumsausgang mit Worten Winston Churchills: „Das Problem bei politischem Selbstmord besteht darin, dass man weiterlebt, um ihn zu bereuen.“

Der faire und faktenorientierte Kampf der britischen Hochschulen hatte in weiten Teilen des konservativen und rechtspopulistischen Establishments (United Kingdom Independence Party, UKIP) keine Entsprechung – ganz im Gegenteil. Bis in höchste Ämter hinein (sogar Kabinettsmitgliedern) war freigestellt, gegen die Position



Die Tower Bridge befindet sich im Herzen Londons.

der Regierung öffentlich Stellung zu beziehen) wurde mit harten Bandagen gegen die weitere Mitgliedschaft agiert. Vor allem die dramatischen Bilder der Flüchtlingsströme aus dem Nahen und Mittleren Osten, von UKIP-Chef Nigel Farage auf Plakaten als in Calais sich zur Überquerung des Kanals anschickende Eroberungsarmee dargestellt, lieferten der Anti-EU-Seite willkommene Hintergründe. Zweifelhaft behauptungen (die Aufnahme der Türkei in die EU stehe bevor), Dreiviertelunwahrheiten, bewusst fehlinterpretierte Zahlen und persönliche Anfeindungen vergifteten über Monate



Disunited Kingdom?

Die Briten haben entschieden

*Deutsch-britischer
Wissenschaftsaustausch
soll weitergehen*

*„Single market“ –
aus und vorbei?*

*Britische Unis auf
europäischem Festland*



Auf Londoner Straßen herrscht quirliges Leben.

das öffentliche Klima. Diese hoch emotionalisierte Agitation stachelte die – vorsichtig formuliert – EU-kritische Presse kräftig an, vorneweg die Boulevardblätter Sun, Daily Mail, Daily Express sowie die sich seriöser gebende Tageszeitung Daily Telegraph mit einer Tagesauflage von zusammen gut vier Millionen Exemplaren.

Und die Wirkung blieb nicht aus. Die Rate an xenophoben Entgleisungen, verbalen wie physischen, hat deutlich zugenommen. Tragischer Höhepunkt der aufgeheizten Atmosphäre war der auf offener Straße verübte Mord an der Labour-Parlamentsabgeordneten Jo Cox in Leeds, begangen von einem Rechtsradikalen, der bei der Tat „Britain first!“ ausrief. Unter normalen Vorzeichen hätte dieses Ereignis einen Stimmungsumschwung bringen müssen, denn man reagiert in einer ansonsten auf Distanz Wert legenden Gesellschaft ebenso spontan wie aus einem starken inneren Impuls heraus mitfühlend. Dazu kam es aber trotz

eines kurzzeitigen Moratoriums der Referendumskampagne nicht, und das ist vielleicht bezeichnend für ein verhärtetes gesellschaftliches Klima. Nach dem Referendum werden nun auch Dinge ausgesprochen, die bisher nur gedacht werden konnten, und aus der Deckung sozialer Netzwerke heraus wird hier wie andernorts viel Asoziales verbreitet.

Verbleib im Binnenmarkt?

Wie ist das zu erklären? Zur emotionalen Grundausstattung der Nation gehören der Fortbestand von Monarchie und britischem Pfund, der Stolz auf die eigene Geschichte mit Commonwealth und Empire, in der, wenn überhaupt, kaum Bedenkliches gesehen wird, und die uneingeschränkte nationale Souveränität. Außerhalb des Landes, zumal auf dem Kontinent angesiedelte exekutive oder legislative Mitbestimmungsmöglichkeiten wurden von vielen schon lange nur widerwillig

akzeptiert. Das Ganze sei „undemokratisch“ und – ganz im Gegensatz zu den vorbildlichen Verhältnissen im eigenen Land – ineffizient, bürokratisch und zu teuer. In Kauf genommen wurde es lange, weil die EU-Mitgliedschaft vor allem die Eintrittskarte zum Binnenmarkt mit 27 weiteren Mitgliedstaaten und insgesamt 500 Millionen konsumierenden Bürgern ist.

Um einen Zugang zu diesem großen Markt wird es bei den anstehenden Verhandlungen primär gehen. Auf der anderen Seite steht der mit der EU-Mitgliedschaft verbundene freie Austausch von Personen. Er ist in den zurückliegenden gut zehn Jahren für viele im Land zu einem Problem geworden. Ausländische Arbeitnehmer, gerade aus Mittel- und Osteuropa, werden in einer von Globalisierung und massiven öffentlichen Einsparungen in Folge der Finanzkrise bedrückten Bevölkerung als Konkurrenz, ja mitunter als bedrohlich empfunden. Ein „Zuviel“ an Zuwanderung (zuletzt etwa hälftig aus der EU und anderen Herkunftsregionen) mit ihren Auswirkungen, zum Beispiel auf das schon lange unter Überlastung ächzende staatliche Gesundheitssystem (NHS) bleibt das schlagkräftigste Argument für den Austritt. Zudem bekommt die Rückgewinnung der Hoheit über die vermeintlich außer Kontrolle geratenen Grenzen aus der Inselperspektive gesehen eine zusätzliche Bedeutungsdimension.

Das Referendumsergebnis zeigte aber noch etwas anderes: Vor allem in den nördlichen, deindustrialisierten Landesteilen Englands fühlen sich viele Menschen mit ihren Alltagsorgen von einer in der Metropole London ansässigen „Elite“ vernachlässigt und stimmten für den Austritt. Regional problembehaftet ist wiederum, dass Schottland deutlich für einen Verbleib in der EU votierte und das historisch starke Unabhängigkeitsempfinden der Schotten nun erneut Auftrieb erhält. Jenseits der Irischen See wiederum entsteht nach dem Austritt

zwischen dem Landesteil Nordirland und der Republik Irland eine EU-Außengrenze. Droht an dieser politisch sensiblen Linie, die seit dem sogenannten Karfreitagsfrieden von 1998 befriedet ist, neues Ungemach?

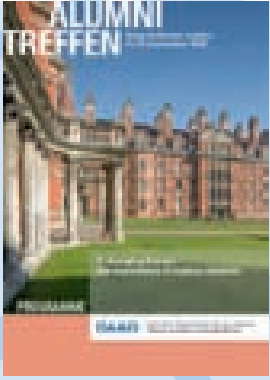
70 Jahre Frieden in Europa und der Beitrag der EU hierzu? Das war kaum einer offiziellen politischen Stimme der Erwähnung wert. Man sei besser beraten, jenseits der ohnehin schon für das UK geltenden zahlreichen Sonderregelungen von innen heraus an Verbesserungen zu arbeiten als von außen zuzusehen, sagten viele Befürworter eines Verbleibs. Dieses abwägende Argument fand ebenso wenig Gehör wie diverse Prognosen, die vor wirtschaftlichen Nachteilen eines Austritts warnten. All das sei bloße Panikmache und hat sich, kurzfristig zumindest, auch nicht bewahrheitet. Selbst die Immobilienpreise, die im Rang einer Zweitwährung stehen, sind nicht eingebrochen. Das UK brauche keine EU mit all ihren Regularien. Außerhalb Europas warte man nur darauf, wirtschaftlich zu kooperieren, etwa in China und den Commonwealth-Staaten Australien, Kanada und Neuseeland.

Zäsur für Hochschulen

Das im November veröffentlichte Regierungsgutachten zu den wirtschaftlichen Zukunftsaussichten bestätigte nicht ganz die Euphorie vieler „Brexiteers“. Für den Hochschulbereich erfreulich ist, dass der Schatzkanzler bereits im August zugesichert hatte, Mittel aus dem EU-Forschungsprogramm Horizon 2020, die noch während einer EU-Zugehörigkeit an britische Hochschulen vergeben werden, für eine Förderdauer, die über das Ende der EU-Mitgliedschaft eventuell hinausgeht, zu garantieren.

Dennoch kann das Jahr 2016 für Hochschulen und Wissenschaft eine an Furchtbares grenzende Zäsur bedeuten. Die Gründe dafür gehen über den möglichen Verlust von europäischen

Das Verhältnis zur EU war bereits vor dem Referendum angespannt. Während die Briten die Vorzüge des Binnenmarktes zu schätzen wissen, wird der freie Personenverkehr sehr kritisch betrachtet.



Das Alumniseminar „A Changing Europe – the Importance of Lasting Relations“ fand kurz nach dem Referendum statt.

Europa im Blick der DAAD-Alumni

„A Changing Europe – the Importance of Lasting Relations“ lautete der Titel eines Alumniseminars für ehemalige britische und irische Geförderte des DAAD und der Alexander von Humboldt-Stiftung. Es fand vom 11. bis 13. September an Royal Holloway, University of London, statt. „Eigentlich brauchen wir in Großbritannien jetzt eine

Organisation wie den DAAD“, resümierte der britische Germanist und Alumnus Prof. Colin Riordan, Vice-Chancellor der Universität Cardiff und Vizepräsident von „Universities UK“. Riordan betonte, wie sehr Wissenschaft und Hochschulen weiterhin an EU-Programmen interessiert seien und dass der Wissenschaftsraum Europa als Ganzes ohne sie verliere. Die politische Antwort auf die Frage der Personenfreizügigkeit

– eine der Hauptkriterien für die Teilnahme an europäischen Maßnahmen – sei eine Herausforderung, denn niemand könne Wissenschaftler aus anderen EU-Staaten ersetzen oder wolle auf Studierende aus der EU verzichten. Ebenso wenig erstrebenswert sei ein erneuter Einbruch bei der zuletzt erfreulich gestiegenen Zahl britischer Studierender im Programm Erasmus+.

Fördergeldern und Kooperationsmöglichkeiten sowie einen befürchteten Studierendenschwund aus der EU (zuletzt 125.000 oder knapp 30 Prozent aller „internationals“) hinaus. Er steht im Raum, falls sie zukünftig die wesentlich höheren Gebühren der „non-EU-internationals“ zahlen müssen. Auch die Zukunft von Erasmus+ war – trotz diverser wohlmeinender Absichtsbekundungen vonseiten der Politik – bis zum Jahresende nicht geklärt. Das Programm ist nicht an die Mitgliedschaft in der EU gekoppelt, gehört aber in den Kontext des europaweiten akademischen Austauschs. Das Interesse an geförderten Auslandsaufenthalten hatte sich dem British Council zufolge innerhalb der letzten zehn Jahre mehr als verdoppelt. Wird das UK noch an Erasmus+ partizipieren können, wenn die Austrittskonditionen die bisherige Personenfreizügigkeit einschränken? Immerhin: Laut Regierungsmitteilung vom Oktober haben antragsberechtigte EU-Bürger auch ab dem akademischen Jahr 2017/2018 Zugriff auf Studienkredite der regierungsseitigen Student Loans Company (SLC). Diese Regelung gilt für die gesamte Dauer des Kurses und selbst für den Fall, dass man zwischenzeitlich die Staatengemeinschaft verlassen haben sollte. Im Regelfall eines dreijährigen Bachelorstudiums gilt der Anspruch mithin bis Sommer 2020 und damit ein Jahr länger als der aktuell diskutierte Austrittstermin im Frühjahr 2019.

Im Dezember berichtete die Universität Cambridge von einem 17-prozentigen Bewerberrückgang aus EU-Staaten für grundständige Studiengänge ab Herbst 2017. Mittelfristig gehe man sogar von einem Schwund von bis zu zwei Dritteln gegenüber dem Stand vor dem Referendum aus. Dem Universities and Colleges Admissions Service (UCAS) zufolge verzeichnete der gesamte britische Hochschulsektor ebenfalls Mitte Dezember einen neunprozentigen Rückgang der Bewerberzahlen aus der EU, zumindest für den kleineren Teil von Kursen mit dem sehr frühen Bewerbungstermin 15. Oktober.

Es geht aber nicht allein um Studierende, denn im Durchschnitt besitzen auch rund 17 Prozent der Lehrenden und Forschenden an britischen Hochschulen einen EU-Pass. An forschungsstarken Institutionen und in bestimmten Fächern geht der Anteil mitunter deutlich über 20 Prozent hinaus. Wie viele Betroffene ernsthaft an eine Rückkehr in die Heimat oder den Wechsel in ein Drittland denken, ist schwer zu ermessen. Die Frage stellt sich indes manchen, die sich nicht mehr willkommen fühlen, und es gibt die Gruppe derjenigen, die erst gar nicht den Weg auf die Insel finden mögen. Über beide wurde in der Presse berichtet. Die Londoner DAAD-Außenstelle erhielt ebenfalls Anfragen, wie es wohl um die arbeits- und aufenthaltsrechtliche Zukunft deutscher Wissenschaftler im Land bestellt sein wird.

Neben Bankern und Kaufleuten geht auch britischen Hochschulen ein kreativer Geschäftssinn keineswegs ab. Beleg dafür ist, dass man nach dem Referendum begonnen hat, an Ausgründungen auf dem europäischen Festland zu denken. Das Magazin Times Higher Education (THE) und The Guardian berichteten im August und September ausführlich darüber. Demnach sehen gerade forschungsstarke Universitäten in Ausgründungen potenziell einen Ausweg, um weiterhin an EU-Programmen partizipieren und einen drohenden Schwund von EU-Studierenden abfedern zu können. Man prüfe, welche Länder eher (Deutschland, die Niederlande) oder weniger (etwa Frankreich) in Betracht kommen, hieß es. Welchen Rechtsstatus britische Dependancen auf EU-Territorium haben müssen, um nach einem Austritt an EU-Programmen beteiligt zu sein, ist eine von zahlreichen juristisch kniffligen Fragen, die sich stellen werden.

Internationale Studierende

Das Sorgenregister britischer Einrichtungen ist damit aber noch nicht am Ende, und es geht mit internationalen Studierenden weiter. Mit ihnen hat die britische Regierung ein prinzipielles Problem, denn sie werden sehr zum Verdruss der Hochschulen bislang in die offizielle Zuwanderungsbilanz eingerechnet. Diese lag 2016 zum wiederholten Mal gut dreimal höher, als es das erklärte Ziel der konservativen Regierung ist. Die Zuwanderung soll – seit dem Referendum mehr denn je – auf 100.000 Personen insgesamt pro Jahr beschränkt werden. Argumente der Hochschulen, internationale Studierende seien finanziell wie intellektuell ein Gewinn, sie bereicherten die „internationalisation at home“, von der auch weniger mobile britische Studierende profitierten, und eine deutliche Mehrheit in der Bevölkerung betrachtete internationale Studierende nicht als Migranten etc. hatte bereits die Innenministerin der Jahre 2010 bis 2016 nicht überzeugt. Sie hieß

Theresa May. Bis zum Jahresende gab es keine Anzeichen dafür, dass sie – nun als Premierministerin – den Sachverhalt anders sehen könnte.

Ein kreativer Problemlösungsvorschlag wurde im Herbst auf dem Parteitag der Konservativen in Birmingham diskutiert. Demnach könnte eine zukünftig restriktivere Visavergabe an akademische Qualität gekoppelt werden. Dies würde etwa die forschungsstarken Russell-Group-Universitäten vor einem intellektuellen Verlust durch das Ausbleiben internationaler Studierender schützen. Sie machen allerdings nur 24 von den knapp 140 Institutionen insgesamt aus. Will man die anderen prinzipiell ausnehmen oder nur bestimmte hier angebotene Kurse und Studiengänge visatechnisch privilegieren, obwohl wegen des Rückgangs der öffentlichen Finanzierung nahezu alle Institutionen auf gebührend zahlende Studierende angewiesen sind?

Die Premierministerin gibt vor zu wissen, was der Austritt aus der EU für das Land bedeutet, und ihr Ausspruch „Brexit means Brexit“ ist geradezu legendär. Den in Politik und Medien erwogenen Varianten eines „hard“ versus „soft“ Brexit stellte sie Anfang Dezember den auf die Bedürfnisse des United Kingdom zugeschnittenen „red, white and blue Brexit“ an die Seite. Wie hart, weich oder bunt der Ausstieg aussehen wird, interessiert besonders die Abgeordneten des Parlamentes, deren Rolle im weiteren

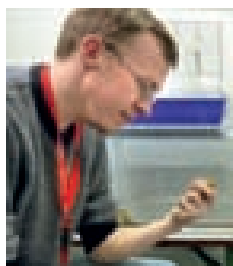
Der Brexit stellt die Hochschulen vor Probleme. Um auch in Zukunft von EU-Programmen profitieren zu können, wird vermehrt über Ausgründungen nachgedacht.

Die Universität Cambridge genießt weltweites Ansehen.



FORSCHEN IN DEUTSCHLAND

Wie wird man vom DAAD-Stipendiaten zum Nachwuchsforscher in Deutschland? Eine Antwort gab im Sommer 2016 der junge Biologe Sam Hardman. Der 29-Jährige hat in seiner Promotion an der Universität Aberystwyth (Wales) den Einfluss städtischen Lärms auf den Gesang von Vögeln untersucht und für einen Teil seiner Forschung 2015 ein DAAD-Stipendium erhalten. Es führte ihn zehn Monate lang an das Max-Planck-Institut für Ornithologie (MPIO) in Seewiesen nahe dem Bodensee. Kaum ein anderes Institut könne mit dem MPIO und seiner



experimentellen Einrichtung mithalten, sagte Hardman. Offenbar wertschätzen beide Seiten einander, denn seit Herbst 2016 ist Hardman offizieller Mitarbeiter am MPIO und setzt seine Forschungsarbeit nun dort fort.

Sam Hardman arbeitet am Max-Planck-Institut für Ornithologie.

Verfahren des Vollzugs (Aktivierung Artikel 50 des EU-Vertrags) bis zum Jahresende unklar blieb. In erster Instanz hatten im November drei Richter des High Court einstimmig einer Klage stattgegeben, dass beide Parlamentskammern ein Mitentscheidungsrecht darüber haben, nicht ob, sondern wie die EU verlassen wird. Die Boulevardpresse schäumte, und aus drei unabhängigen Richtern des High Court wurden auf der Daily-Mail-Titelseite „Feinde des Volkes“, die den im Referendum geäußerten Mehrheitswillen zu verraten drohten. Die Regierung legte gegen das Urteil pflichtschuldig Widerspruch ein. Anfang Dezember hörte das höchste britische Gericht, der Supreme Court, die vorschlagenden Parteien mit allen elf Richtern, die ihm angehören, an. Am 24. Januar 2017 bestätigte er die Entscheidung der Vorinstanz mit acht gegen drei Richterstimmen. Die Regierung zeigte sich „enttäuscht“ und muss nun das Parlament in den Austrittsprozess einbinden.

Das Institute for German Studies der Universität Birmingham widmet sich seit 2015 dem Thema „Imagining Germany from the Outside“. Das 20-jährige Jubiläum feierte das Institut zusammen mit der DAAD-Außenstelle London (links).

Dr. Toby Wilkinson, Anne McElvoy, Prof. Christopher Clark, Prof. Christopher Young, Ingrid Hobbis, Prof. Margret Wintermantel, Dr. Georg Krawietz und Dr. Jörg Schneider (v.l.n.r.) bilden das Cambridge Hub Advisory Board (rechts).



DAAD als langjähriger Partner

Der DAAD hatte die Kampagne „Universities for Europe“ unterstützt, unter anderem dadurch, dass er sie prominent auf seiner Londoner Webseite platzierte. Bereits wenige Stunden nach Bekanntwerden des Referendumsergebnisses erreichten das Londoner Büro besorgte Anfragen britischer Partner zum Fortbestand der akademischen Austausch- und Programmaktivitäten. In einer offiziellen Stellungnahme betonte DAAD-Präsidentin Prof. Dr. Margret Wintermantel noch am selben Tag, wie wichtig bestehende Verbindungen und Netzwerke im UK sind, und drückte ihre Hoffnung aus, dass der seit vielen Jahren bestehende Austausch zwischen Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen ungehindert fortgesetzt werden kann. Diese Maßgabe gilt weiterhin.

Zu Jahresbeginn setzte der DAAD an den Universitäten Oxford und Cambridge akademische Zeichen

In einer Kooperation mit der VolkswagenStiftung, den Universitäten Oxford und Freiburg sowie dem Freiburg Institute for Advanced Studies (FRIAS) wurde für die Laufzeit von zunächst zehn Jahren eine Professur für Germanistische Mediävistik eingerichtet – die einzige im UK. Prof. Henrike Lähnemann, zuvor an der Universität Newcastle tätig, hielt am 21. Januar in Oxford ihre Antrittsvorlesung.

Die vielfältige Breite potenziell aller Fächer der beiden geistes- und sozialwissenschaftlich



ausgerichteten Fakultäten an der Universität Cambridge nimmt wiederum das seit Januar 2016 operierende „DAAD – University of Cambridge Forschungszentrum für Deutschland-Studien“ in den Blick. Es ist das zweite im Land, neben dem Institute for German Studies (IGS) an der Universität Birmingham, das im Mai 2016 sein 20-jähriges Jubiläum feierte. Zwei Höhepunkte des neuen Zentrums in Cambridge waren Anfang März in Anwesenheit des deutschen Botschafters der Vortrag des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden des Axel-Springer-Konzerns, Christoph Keese, zur Zukunft der Medien im digitalen Zeitalter („Disruption in Business: The Crisis of Legacy Companies in Germany and Europe“) sowie im Oktober eine Rede des Präsidenten der TU München, Prof. Wolfgang Herrmann. Darüber hinaus fanden zahlreiche Seminare, Konferenzen, Gastaufenthalte und Kooperationen statt, an denen im ersten Jahr knapp 300 Personen, von graduierten Studierenden bis zu Lehrstuhlinhabern, partizipierten. Neben dem Austausch im Netzwerk der DAAD-Zentren steht die Kooperation mit Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Deutschland im Fokus des Zentrums.

Promoting German Studies

An irischen Hochschulen steigt das Interesse an der deutschen Sprache. Eine Hauptmotivation sind berufliche Perspektiven, die sich bei deutschen Unternehmen im Land oder auf dem Kontinent ergeben mögen. Die Situation der Fremdsprachen im UK bleibt weiterhin herausfordernd. Dies gilt für Schulen und Hochschulen gleichermaßen, denn an beiden steuert das Gesetz von Angebot und Nachfrage immer stärker den Lehr- und Forschungsbetrieb. Zusammen mit vielen Geisteswissenschaften stehen fremdsprachliche Philologien besonders unter Druck. Positiver ist das Bild an den Sprachlernzentren, die von Hörern aller Fakultäten genutzt werden. Ermutigend

Tabelle 22 : Daten zum Bildungssystem **Vereinigtes Königreich**

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	64,72 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	8,01 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	41.324
Wirtschaftswachstum	2,85 %
Inflation	1,46 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 3
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 9
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 14
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	5,69 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	2.352.932
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	55,96 %
Immatrikulationsquote	56,48 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	772.362
PhD	25.020
Forschung (2013)	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	1,7 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	169.483
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	17,46 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. China	
2. Indien	
3. Nigeria	
4. Malaysia	
5. USA	
7. Deutschland	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	27.377
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	1,15 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland (WS 2015/16)	1.768
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. USA	
2. Frankreich	
3. Deutschland	
4. Irland	
5. Australien	

Quellen: DAAD, Statistik
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt
 Wissenschaft weltweit
 The World Bank, Data
 UNESCO, Institute for Statistics

ist auch, dass das Interesse an Deutschland jenseits des Studiums der Sprache lebhaft ist. Das gilt besonders für Kultur-, Politik- und Geschichtswissenschaft.

Die akademische Förderung entsprechender Forschungsthemen hat das seit 2009 bestehende

Tabelle 23 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2016 Vereinigtes Königreich

		Vereinigtes Königreich	
A = Geförderte aus dem Ausland D = Geförderte aus Deutschland		A	D
I. Individualförderung – gesamt		214	547
1. nach Status			
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	133	D
	D	80	
Studierende auf Master-Niveau	A	24	D
	D	235	
Doktoranden	A	28	D
	D	94	
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	29	D
	D	138	
2. nach Förderdauer			
< 1 Monat	A	121	D
	D	109	
1–6 Monate	A	48	D
	D	75	
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	45	D
	D	363	
II. Projektförderung – gesamt		463	840
1. nach Status			
grundständig Studierende	A	15	D
	D	349	
Studierende mit erstem Abschluss (Graduierte)	A	42	D
	D	178	
davon Doktoranden	A	72	D
	D	103	
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	211	D
	D	157	
andere Geförderte*	A	123	D
	D	53	
2. nach Förderdauer			
< 1 Monat	A	416	D
	D	577	
1–6 Monate	A	25	D
	D	202	
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	22	D
	D	61	
III. EU-Mobilitätsförderung – gesamt**		22	5.812
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A		D
	D	3.327	
2. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandspraktikum)	A		D
	D	1.942	
3. Erasmus-Personalmobilität (Dozenten, sonstiges Personal)	A	22	D
	D	543	
DAAD-Förderung – gesamt (I + II + III)		699	7.199
A und D – gesamt (I + II + III)		7.898	

*Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

**Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD schließlich Fördermittel an deutsche Hochschulen, die insbesondere akademische Mobilität ins europäische Ausland unterstützen (EU-Mobilitätsförderung). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen zu den Geförderten beziehen sich auf das Projekt 2014 und damit auf die Laufzeit 1.6.2014–31.5.2016.

„Promoting German Studies“-Programm (PGS) zum Ziel. Es beendete Ende 2016 die dritte Zweijahresförderrunde. Eines der fünf Projekte wird an der Aston University (Birmingham) in Kooperation mit deutschen Partnern durchgeführt und vergleicht unter dem Titel „Comparing Housing Policy in England and Germany“ die Wohnungsbaupolitik in beiden Ländern. Angesichts von Wohnungsnot, explodierenden Mieten und sehr hohen Immobilienpreisen im Vereinigten Königreich wie in Teilen Deutschlands ist das Thema denkbar aktuell. Im März 2016 fanden dazu in London im Portcullis House, angebunden an die Houses of Parliament, zwei Diskussionsrunden statt. Vertreter von Wohnungswirtschaft, städtischer Verwaltung und Immobilienverbänden nahmen daran teil. Für Januar 2017 wurde ein weiterer Präsentationstermin angesetzt.

Ein weiteres aktuell gefördertes PGS-Vorhaben ist das vom IGS in Birmingham seit 2015 verfolgte Thema „Imagining Germany from the Outside“. Es behandelt in Kooperation mit deutschen und internationalen Partnern die Deutschlandperzeption in verschiedenen europäischen Ländern. Auf Einladung aus dem Umfeld des britischen Parlamentes konnten IGS-Vertreter im September in Zusammenarbeit mit Partnern „Polish Perspectives on Germany“, wiederum im Portcullis House, vorstellen. Zu beiden Anlässen berichtete das Londoner DAAD-Büro auf seiner Webseite, die seit November komplett neu gestaltet ist. <<

Moskau

Die politische Entwicklung in Russland



Dr. Peter Hiller leitet die Außenstelle Moskau seit 2016. Die Außenstelle besteht seit 1992 und hat zurzeit zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die außen- und innenpolitischen Konstellationen haben sich für die Russische Föderation im Jahr 2016 kaum verändert. Die Konzeption einer multipolaren Weltordnung, für die die russische Außenpolitik steht, wurde 2016 weiter umgesetzt. Mit dem strategischen Partner China unterzeichnete Russland im Juni 2016 eine Vielzahl neuer Abkommen. Nachdem der Präsident der Türkei, Recep Erdoğan, sich für den Abschluss einer russischen Militärmaschine über Syrien durch das türkische Militär entschuldigt hatte, nahm die Regierung die abrupt beendeten Beziehungen mit der Türkei wieder auf. Russland unterhält gute Beziehungen zum Iran, an den Rüstungsgüter geliefert wurden und mit dem die russischen Streitkräfte bei der Militärintervention in Syrien eng zusammenarbeiten. Darüber hinaus verstärkt Russland seine Bemühungen um eine Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit. Organisationen wie die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) oder die Eurasische Wirtschaftsunion (Russland, Kasachstan, Belarus, Armenien, Kirgisistan) streben eine Integration der Nachfolgestaaten der Sowjetunion an; in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ; Russland, China, Usbekistan, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan) steht die wirtschaftliche Zusammenarbeit dieser Staaten mit China im Vordergrund. Außerdem bemüht sich Russland um neue Initiativen zur Verstärkung der Kooperation unter den BRICS-Staaten.

Die Konfrontation zwischen Russland einerseits und den USA, der EU und Deutschland

andererseits wegen der Rolle Russlands im Ukraine Konflikt und im Krieg in Syrien konnte 2016 nicht gemildert werden, ja sie hat sich gegen Ende des Jahres sogar verschärft. Die Sanktionspolitik der westlichen Staaten gegenüber Russland wie auch die Gegensanktionen wurden verlängert. Aus russischer Sicht rüstet die NATO in Osteuropa auf, Russland antwortet darauf mit Gegenmaßnahmen. Neuer Konfrontationsstoff sind Vorwürfe westlicher Staaten, dass Russland sich mit Cyberattacken in die Wahlen in den USA eingemischt habe oder dass Russland versuche, die westlichen Demokratien durch gezielte Desinformationspolitik zu destabilisieren. Als eine der Gegenmaßnahmen hat die EU eine russischsprachige Website gestartet, um Falschinformationen russischer Medien zu entkräften. Im Olympiajahr 2016 wurde Russland des „Staatsdopings“ beschuldigt. Russland weist derartige Vorwürfe regelmäßig zurück und bezeichnet sie als antirussische Propaganda. Die Staatsmacht sieht sich bei dieser Einschätzung von der Mehrzahl der Bürger unterstützt, die es als patriotische Pflicht sieht, Anwürfe aus dem Ausland zurückzuweisen.

Deutschland, das 2016 den Vorsitz der OSZE innehatte, unternahm diverse Versuche, eine Umsetzung des Minsker Abkommens voranzutreiben, jedoch ohne Erfolg. Getrübt wurden die deutsch-russischen Beziehungen durch eine massive Desinformationskampagne russischer Medien um eine angebliche Entführung und Vergewaltigung einer Spätaussiedlerin



Die roten Türme der Kremlmauer am Ufer der Moskwa sind ein Wahrzeichen Moskaus.

durch vermeintliche „arabische Flüchtlinge“. In diesem Zusammenhang wurden der Polizei Vertuschung einer Straftratt und Einschränkung der Pressefreiheit vorgeworfen. Die Kampagne führte dazu, dass Spätaussiedler in deutschen Städten gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung auf die Straße gingen, und konnte erst durch eine Aussprache beider Außenminister beendet werden. Trotz erheblicher Spannungen kam es zum ersten Mal seit 2012 wieder zu einer Sitzung des Petersburger Dialogs, bei der sich zivilgesellschaftliche Organisationen aus Deutschland und Russland austauschen konnten. Ein eindeutig positives Signal ist, dass die Regierungen das Jahr 2016/2017 zum Deutsch-Russischen Jahr des Jugendaustausches erklärt haben. ➤

Transformation des Hochschul- und Wissenschaftssystems

Russische Hochschulen in nationalen und internationalen Rankings

Über 900 Kooperationen zwischen deutschen und russischen Hochschulen

German-Russian Institute of Advanced Technologies gegründet

Internationalisierung der Hochschulen „von oben“



Kunstvoll verzierte Häuser in Holzbauweise sind typisch für die Region Sibirien.

Der breite Rückhalt für die Politik der russischen Regierung zeigte sich bei den Wahlen zur Staatsduma im September des Jahres, bei der die Partei des Präsidenten „Edinaja Rossija“ (Einiges Russland) 54,2 Prozent der Stimmen erhielt. Zusammen mit den Direktmandaten entfielen auf diese Partei über zwei Drittel der Duma-Sitze. Die explizit regierungskritischen Parteien sind nicht mehr im Parlament vertreten. Sie haben die Fünfprozenthürde, um ins Parlament zu kommen, nicht nehmen können. Die Wahlbeteiligung lag bei 47,7 Prozent. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die mit mehr als 450 Wahlhelfern die Wahl beobachtet hat, schätzte die Wahlen als „transparent“ ein, konstatierte jedoch, dass insbesondere

beim Zugang zu den öffentlichen Medien die Oppositionsparteien benachteiligt waren. Es war auffällig, welche geringe Aufmerksamkeit die Wahl in den Medien wie auch bei den einzelnen Bürgern gefunden hat.

Ein wichtiges Thema der Innenpolitik ist die Terrorgefahr, die von islamistischen Extremisten ausgeht. Nach Angaben russischer Geheimdienste kämpfen bis zu 5.000 russische Staatsbürger insbesondere aus dem Nordkaukasus (Tschetschenien, Dagestan, Inguschetien) an der Seite der IS-Milizen in Syrien und dem Irak. Die Presse berichtete von mehreren kleineren Terroraktionen in verschiedenen russischen Städten, die Polizei geht landesweit mit Verhaftungen gegen Extremisten vor. Im Zuge der Terrorabwehr wurden Gesetze (zum Beispiel zur Datenspeicherung) verschärft und die Kompetenzen der Sicherheitsorgane ausgeweitet. Die Duma erließ ein Gesetz zur Bildung einer Nationalgarde, die gemeinsam mit dem Innenministerium für die Bekämpfung des Terrorismus zuständig sein soll. Seit dem Anschlag auf eine Schule in Beslan 2004 gehören Polizeiposten und Metalldetektoren an Universitäten, Theatern, Bahnhöfen und Metrostationen zum Alltag.

FÖRDERUNG DER DEUTSCHEN SPRACHE IN RUSSLAND

Mehr als 1,5 Millionen Russen lernen die deutsche Sprache. Diese Zahl findet sich in der Publikation „Die deutsche Sprache in der Welt“, die alle fünf Jahre vom Auswärtigen Amt aktualisiert wird. Damit liegt Russland bei der Zahl der Deutschlernenden weltweit nach Polen an zweiter Stelle.

Der DAAD unterstützt die deutsche Sprache an Hochschulen in Russland durch die Entsendung von 33 Lektoren, die vorwiegend im Bereich Germanistik und Deutsch als Fremdsprache (DaF) tätig sind. An drei russischen Universitäten werden die Lektorate durch DAAD-Sprachassistenten verstärkt. An derzeit acht Standorten in Russland fördert der DAAD Germanistische Institutspartnerschaften (GIP) mit deutschen Hochschulen, außerdem werden mit DAAD-Unterstützung an sieben russischen Universitäten Studiengänge in deutscher Sprache (DSG) durchgeführt. Zur Unterstützung der russischen Germanistik gibt der DAAD die Zeitschrift „Das Wort“ heraus und veranstaltet jährlich eine große Germanistikkonferenz; 2016 fand sie in Moskau statt. Veranstalter war 2016 das vom DAAD eingerichtete Institut für russisch-deutsche Literatur- und Kulturbeziehungen (IRDLK) an der Russischen Geisteswissenschaftlichen Universität (RGGU). Am IRDLK/RGGU ist eine Doktorandenschule angesiedelt, die überregional in Russland germanistische Dissertationen betreut. Das IRDLK ist außerdem Träger des einzigen deutsch-russischen Graduiertenkollegs, das von der DFG gefördert wird.

Das GRIAT

Der 2. September 2014 markiert einen Meilenstein in der hochschulpolitischen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation. An diesem Tag wurde das German-Russian Institute of Advanced Technologies (GRIAT) gegründet. Das GRIAT ist angesiedelt an der KNITU-KAI, der altherwürdigen Kasaner Technischen Tupolev-Universität und soll laut Rektor Prof. Albert Gilmutdinov in Zukunft zu einer „deutschen Hochschule auf russischem Boden“ wachsen.

Der Bildungsstandort Kasan nimmt in der Russischen Föderation eine besondere Rolle ein: Kasan als Hochschulort beherbergt zwei sogenannte Nationale Forschungsuniversitäten und eine Föderale

Universität, an der auch ein DAAD-Informationszentrum angesiedelt ist.

Von deutscher Seite aus agieren am GRIAT die TU Ilmenau als Konsortialführer und die Universität Magdeburg als Gründungsmitglied. Zu Beginn des Wintersemesters konnte die Universität Kaiserslautern als neuer Partner gewonnen werden. Weitere deutsche Hochschulen stehen in Sondierungsgesprächen über eine Beteiligung am GRIAT. Mittlerweile werden am GRIAT sieben ingenieurwissenschaftliche Masterstudiengänge angeboten, die in einem Doppeldiplom münden. Eine Ausweitung auf bis zu 30 Studiengänge wird angestrebt.

Die beteiligten Partner sehen in Zukunft auch ein Doktorandenprogramm vor, wie



sie übereinstimmend bei der ersten Diplomübergabe an die ersten 24 Absolventen des GRIAT in Kasan im September 2016 verkündeten. Der DAAD beteiligt sich seit der Gründung des GRIAT mit einer Anschubfinanzierung an diesem Leuchtturmprojekt im transnationalen Bildungsbereich und finanziert unter anderem eine DAAD-Lektorenstelle und seit 2016 die Stelle des deutschen Kodirektors.

Beim German-Russian Institute of Advanced Technologies fand die Übergabe der ersten Diplome an 24 Absolventen statt.

Rostov Velikij, eine der schönen alten Städte Russlands rund 200 km nordöstlich von Moskau am Nerosee, ist ein touristisches Highlight.

Ein wiederkehrendes Thema in den Medien ist die Korruption. Laut Transparency International liegt Russland in der Rangliste der 168 bewerteten Länder auf Platz 119. Unter Korruptionsverdacht verhaftet wurden Gouverneure, Mitarbeiter der Sicherheitsorgane, Rektoren und andere Staatsbedienstete. Der auch in den westlichen Medien am meisten diskutierte Fall ist die Verhaftung des Wirtschaftsministers Alexei Ulukajew, eines marktwirtschaftlichen Reformers. Inwieweit es sich um Richtungskämpfe innerhalb der herrschenden Elite oder um Korruptionsbekämpfung handelt, blieb unklar. Bei dem Fall Ulukajew handelt es sich um den ranghöchsten Politiker seit 1991, der inhaftiert wurde. Die innenpolitische Atmosphäre ist



Der schlechten Wirtschaftslage begegnet die russische Regierung mit Etatkürzungen der Ministerien. So konnte die Inflation von über 15 auf unter 6 Prozent gesenkt werden.

weiterhin durch den Kampf der Justiz gegen regierungskritische Nichtregierungsorganisationen (NGO) belastet. Dabei geraten auch Organisationen ins Fadenkreuz der Justiz, die sich der Aufklärung gegen die Krankheit AIDS verschrieben haben. Die wachsende Zahl von HIV-Positiven in Russland ist besorgniserregend. Dem Einfluss der russisch-orthodoxen Kirche ist es zuzuschreiben, dass der Staat vorwiegend nur mit Appellen an die Moral der Bürger reagiert.

Die Abwärtsspirale der russischen Ökonomie hat sich in den letzten Monaten verlangsamt. Gründe für die Rezession waren die fallenden Ölpreise und der damit in Zusammenhang stehende Rubelverfall sowie die Sanktionen der USA und der EU. Zusätzlich wurde der Haushalt belastet durch die Aufnahme von circa einer Million Flüchtlingen aus der Ukraine, die Kosten zur Integration der annektierten Krim sowie die Militärintervention in Syrien. Die Regierung reagierte 2016 auf die schlechten Wirtschaftsdaten bereits zum Jahresbeginn: Ein Krisenplan wurde in Kraft gesetzt, der Haushalt wurde für die nächsten drei Jahre eingefroren,

Etatkürzungen für alle Ministerien (auch den Verteidigungsetat) und Stellenabbau folgten. Trotz der Wirtschaftskrise blieb die Zahl der Erwerbslosen relativ niedrig bei circa 6 Prozent, und es gelang, die Inflation, die 2015 noch bei 15,5 Prozent gelegen hatte, auf 5,8 Prozent im November 2016 zu drücken. Deutschland ist nach China und den Niederlanden für Russland der dritt wichtigste Wirtschaftspartner. Für die deutsche Industrie waren insbesondere der Einbruch der Pkw-Verkaufszahlen (Rückgang um fast 50 Prozent seit 2012) und der Rückgang der Anlageninvestitionen schmerzhaft. Trotzdem sind in Russland noch mehr als 5.000 deutsche Firmen vertreten.

Wissenschaft und Hochschulen

Das russische Hochschul- und Wissenschaftssystem befindet sich in einem umfassenden Prozess der Transformation. Hintergrund für die Notwendigkeit von fundamentalen Änderungen ist einerseits das Bedürfnis der Wirtschaft an modern ausgebildeten Fachkräften, die eine Reform der verkrusteten

DAS PROGRAMM „RUSSLAND IN DER PRAXIS“

Mit der Anreise von 24 deutschen Studierenden im September 2016 startete bereits die siebte Runde des Praktikantenprogramms „Russland in der Praxis“. Der DAAD fördert in diesem Programm aus Go-East-Mitteln deutsche Studierende bei einem sechsmonatigen Auslandspraktikum in einem russischen Unternehmen mit deutschem Kapital. Insgesamt zehn Unternehmen stellten 2016 Praktikumsplätze in Moskau, St. Petersburg, Kaluga und Krasnodar zur Verfügung.

2012 haben die Moskauer Higher School of Economics (HSE), die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer (AHK), die Deutsche Botschaft Moskau und der DAAD dieses weltweit einmalige Programm ins Leben gerufen. Es ermöglicht jungen deutschen Studierenden und Hochschulabsolventen, Russland, einen der wichtigsten Handelspartner Deutschlands, im Geschäftsleben und im Universitätsbetrieb hautnah kennenzulernen. Die HSE bietet im Rahmen des Programms Kurse für Studierende an, in denen sie neben der Praktikumsarbeit auch theoretische Kenntnisse über Russland und seine Wirtschaft vermittelt bekommen. Als Abschlussnachweis verleiht die HSE ein Zertifikat und ein Transcript of Records (zwölf ECTS-Punkte). Die Firmen vergeben ein Praktikumszeugnis oder stellen ein Empfehlungsschreiben aus. Seit 2012 wurden mehr als 200 deutsche Studierende gefördert.

Wirtschaftsstrukturen in Angriff nehmen können. Wichtig sind aber auch demografische Entwicklungen (die Zahl der Studierenden ist in den letzten Jahren stark rückläufig) sowie die Einsicht, dass man auf dem internationalen Bildungsmarkt konkurrenzfähig werden muss. Unter der Ägide des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft hat die Regierung eine Reform angestoßen, die vor allem die Steigerung der Qualität von Wissenschaft und Hochschulen zum Ziel hat. Die Zahl der Hochschulen wie auch die Zahl der Lehrenden wird massiv reduziert, der Wettbewerb unter den Hochschulen wird gefördert, Internationalisierung wird an allen Hochschulen eingefordert, Monitoring und Rankinglisten sind der Maßstab aller Dinge. Die verkrustete Russische Akademie der Wissenschaften (RAN), die in Russland Grundlagenforschung betreibt, wurde durch die Gründung einer neuen Organisation, der Föderalen Wissenschaftsagentur (FANO), entmachtet und ihr wurden sämtliche Liegenschaften entzogen.

Der Reformdruck führt in Hochschulen und Forschungsinstituten zu prekären Beschäftigungsverhältnissen. Viele Mitarbeiter haben Angst, gekündigt zu werden, in St. Petersburg hat es gegen die Kürzungspolitik der Universität sogar eine Demonstration der Beschäftigten gegeben.

Die Reform von Wissenschaft und Hochschulen, die an Fahrt aufgenommen hatte, wurde durch die überraschende Ernennung einer neuen Bildungsministerin gebremst. Prof. Olga Vasiljeva ist habilitierte Historikerin und war zuletzt in der Präsidentschaftsadministration tätig, ihre Forschungsinteressen sind die Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Russland. Prof. Vasiljeva hat bereits angekündigt, dass sie die Qualität einer Hochschule nicht nach ihrer Größe bewerte und es keine weiteren Hochschulzusammenlegungen geben werde. >

HOCHSCHULRANKINGS



Staatliche Universität Moskau

Folgende 15 Hochschulen werden in internationalen und nationalen Rankinglisten immer wieder genannt:

Moskau

- Staatliche Universität Moskau „M. Lomonossov“
- Technische Universität Moskau „N. Baumann“
- Staatliche Hochschule für Physik und Technik (TU Moskau) MFTI
- Staatliche Hochschule für Physik und Ingenieurwesen (MIFI)
- Moskauer Staatliche Hochschule für Internationale Beziehungen (MGIMO)
- Staatliche Hochschule für Wirtschaft (Higher School of Economics, HSE)
- Russische Universität der Völkerfreundschaft Moskau (RUDN)
- Russische Akademie für Volkswirtschaft und Öffentlichen Dienst beim Präsidenten der Russischen Föderation Moskau

St. Petersburg

- Staatliche Universität St. Petersburg
- Staatliche Polytechnische Universität St. Petersburg
- Universität für Information, Technologie, Mechanik und Optik St. Petersburg (ITMO)

Tomsk

- Staatliche Universität Tomsk
- Polytechnische Universität Tomsk

Novosibirsk

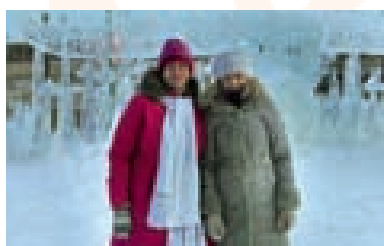
- Staatliche Universität Novosibirsk

Ekaterinburg

- Föderale Universität Ekaterinburg/Ural

DAS DAAD-INFORMATIONSZENTRUM NOVOSIBIRSK STELLT SICH VOR

Der DAAD verfügt in Russland über drei Informationszentren (IC). Das IC Novosibirsk ist für das Territorium östlich des Urals zuständig. Die über 50 Hochschulen, die vom IC Novosibirsk betreut werden, liegen bis zu 4.000 Kilometer voneinander entfernt und verteilen sich auf vier Zeitzonen. Im Jahr 2016 hat das Team des IC auch bei schwierigen klimatischen Verhältnissen – die Temperatur fällt im Winter auf bis zu minus 40 Grad – unter anderem Hochschulen in Chanty-Mansijsk, Zentrum der Öl- und Gasförderindustrie im nördlichen Westsibirien, Gorno-Altaijsk im Süden Sibiriens, und Jakutsk, dem nordöstlichsten Hochschulstandort des IC, besucht. Neben Informationsveranstaltungen, Fortbildungsseminaren und Gesprächen mit Hochschulvertretern konnten Stipendienbewerber dabei auch den OnDaF-Test ablegen.



Das Team des DAAD-Informationszentrums Novosibirsk betreut über 50 Hochschulen.

Novosibirsk ist mit circa 1,5 Millionen Einwohnern die drittgrößte Stadt Russlands und zentraler Verkehrsknotenpunkt in Sibirien. Mit mehr als 30 Hochschulen spielt Novosibirsk für die Tätigkeit des DAAD eine wichtige Rolle. 30 Kilometer südlich von Novosibirsk wurde in den 1950er Jahren die sowjetische Wissenschaftsstadt Akademgorodok gebaut. Heute ist Novosibirsk-Akademgorodok ein Ort mit exzellenten Forschungsinstituten, einer der führenden russischen Hochschulen, der Nationalen Forschungsuniversität Novosibirsk (NGU), und auffallend vielen universitären Ausgründungen, größtenteils im IT-Bereich. Die Staatliche Technische Universität Novosibirsk (NGTU) gehört zu den besten Technischen Hochschulen Russlands und ist die größte Hochschule in Novosibirsk. Im Hauptgebäude der TU Novosibirsk befindet sich auch das IC.

Die Mittel, die der russische Staat für Forschung und Entwicklung (F&E) ausgibt, liegen unter dem Standard westlicher Industriestaaten. Deutschland wendete im Jahr 2014 2,85 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für F&E auf, Russland dagegen nur 1,19 Prozent. In den letzten zwei Jahren sanken die Ausgaben sogar deutlich; nun wurde das Ziel „1,77 Prozent im Jahr 2020“ ausgegeben. Mehr als zwei Drittel der Aufwendungen für F&E kommen vom Staat, die Wirtschaft trägt weniger als 30 Prozent bei, in den westlichen Industriestaaten ist das Verhältnis genau umgekehrt.

Die Internationalisierung der Hochschulen „von oben“ setzt die Hochschulen unter Zugzwang: Mehr ausländische Studierende und Lehrende, mehr englischsprachige Studiengänge, mehr Publikationen in internationalen englischsprachigen Fachzeitschriften werden verlangt. Im Studienjahr 2015/2016 stammten 237.538 Studierende an russischen Hochschulen aus dem Ausland (5 Prozent der Studierenden), doch die Hochschulen bemühen sich, im Internet

(studyinrussia.ru) und auf Bildungsmessen ausländische Studenten zu akquirieren. Fast drei Viertel der immatrikulierten Ausländer kommen aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die meisten aus Kasachstan, Usbekistan und der Ukraine. Unter den nichtsovietischen Ausländern liegen die Chinesen an erster Stelle. Das von ausländischen Studierenden am häufigsten gewählte Fach ist die Medizin.

Die Zusammenarbeit zwischen Deutschland beziehungsweise der EU und Russland funktioniert auf keinem Gebiet so gut wie im Bereich Wissenschaft und Technik (WTZ). Die turnusmäßig in Moskau stattfindenden WTZ-Verhandlungen, zu denen eine Delegation des BMBF angereist war, verliefen harmonisch und im Bewusstsein, dass die langjährigen wissenschaftlichen Kooperationen schwierige politische Phasen überdauern.



Die Arbeit des DAAD in Russland

Im Jahr 2016 hat es in der DAAD-Außenstelle Moskau mehrere Personalwechsel gegeben. Der langjährige Leiter Dr. Gregor Berghorn trat in den Ruhestand, sein Nachfolger wurde Dr. Peter Hiller, der bereits zum zweiten Mal die Geschicke der Außenstelle leitet. Die Mitarbeiterinnen Afsana Giyayi und Tatjana Timoshko traten einen Mutterschaftsurlaub an, ihre Stellen wurden mit Anna Metzler und Denis Kruglov besetzt.

Der DAAD ist in Russland mit einem breiten Netzwerk vertreten. Neben der Außenstelle in Moskau gibt es an den Standorten St. Petersburg, Novosibirsk und Kasan noch drei Informationszentren, außerdem gehören 33 Lektoren und zwei Langzeitdozenten zu diesem Netzwerk.

Die enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland im Bereich Wissenschaft und Hochschulen bezeugen die über

Tabelle 24 : Daten zum Bildungssystem Russische Föderation

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	143,46 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	15,26 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	24.451
Wirtschaftswachstum	0,71 %
Inflation	7,81 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 16
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 12
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 55
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	4,15 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	6.995.732
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	53,38 %
Immatrikulationsquote	78,65 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	1.995.269
PhD	34.403
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	1,19 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	57.881
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	1,84 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. Kasachstan	
2. Belarus	
3. Usbekistan	
4. Turkmenistan	
5. Aserbajdschan	
35. Deutschland	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	50.642
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	0,67 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland (WS 2015/16)	11.534
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. Deutschland	
2. USA	
3. Tschechien	
4. Vereinigtes Königreich	
5. Frankreich	

Quellen: DAAD, Statistik
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt
 Wissenschaft weltoffen
 The World Bank, Data
 UNESCO, Institute for Statistics

Der langjährige Leiter der Außenstelle Moskau Dr. Gregor Berghorn (oben) übergibt das Amt seinem Nachfolger Dr. Peter Hiller (unten).

DAAD-Stipendiaten trafen sich in Moskau.

Das Team der Außenstelle Moskau besteht zurzeit aus zwölf Mitarbeitern (rechts).



Tabelle 25 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2016 Russische Förderung

	Russische Förderung	
	A	D
I. Individualförderung – gesamt	973	419
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	379	287
Studierende auf Master-Niveau	214	26
Doktoranden	221	11
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	159	95
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	289	224
1–6 Monate	193	34
> 6 Monate (Langzeitförderung)	491	161
II. Projektförderung – gesamt	2.863	1.591
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	1.030	667
Studierende auf Master-Niveau	699	322
Doktoranden	234	85
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	631	403
andere Geförderte*	269	114
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	2.005	1.239
1–6 Monate	710	306
> 6 Monate (Langzeitförderung)	148	46
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	3.836	2.010
A und D – gesamt (I + II)	5.846	

* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

900 Hochschulkooperationen, die in einer Vielzahl von Förderprogrammen vom DAAD unterstützt werden. Das Fundament dieser Zusammenarbeit ist die traditionell enge Bindung der russischen Wissenschaft und der Hochschulen an Deutschland und die immer noch große Verbreitung der deutschen Sprache. Für russische Studierende und Wissenschaftler bleibt Deutschland das Zielland Nummer eins. Mit mehr als 11.000 Studierenden an deutschen Hochschulen liegt Russland in der Statistik an dritter Stelle der Bildungsausländer. In der DAAD-Statistik der geförderten Ausländer belegt Russland den zweiten Platz.

Neben den Standardprogrammen führt der DAAD gemeinsam mit russischen Partnern acht Matching-Funds-Programme durch, ein weiteres ist in Vorbereitung: Frau Prof. Wintermantel unterschrieb mit der „Assoziation der führenden Universitäten“ ein Memorandum of Understanding für ein gemeinsames Stipendienprogramm. <<

Was nun? Frankreich am Ende ... der Ära Hollande



Christiane Schmeken leitet das Pariser Büro des DAAD seit 2012. Die Außenstelle wurde 1963, im Jahr der Deutsch-Französischen Elysée-Verträge, gegründet. Das Team besteht aus sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Ein Gespenst geht um in Europa

Wenn es etwas zu lernen gibt aus dem zurückliegenden Jahr, dann ist es die Erkenntnis, dass alle sich getäuscht haben: die Verfasser des Kommunistischen Manifests, die Generation der 68er, die politischen Eliten gleich welchen Lagers, die Intellektuellen, die Gutmenschen und sogar die Umfrageinstitute, die mit ihren Prognosen regelmäßig daneben lagen. Brexit und Trump sind die prominentesten Beispiele, doch die Liste nicht ernsthaft genug befürchteter Ereignisse lässt sich beliebig fortsetzen. Was im toten Winkel unser aller Wahrnehmung aufgetaucht und mit erschreckender Geschwindigkeit angewachsen ist, ist tatsächlich ein Gespenst – das Gespenst des Populismus. In ihrem Bedürfnis nach einfachen, selbstwerttauglichen Antworten auf eine immer komplexere globale Welt sind islamistischer Terror und Rechtspopulismus miteinander eins – eine ebenso unheilige wie unfreiwillige Allianz, der mit rationalen Argumenten und moralischen Appellen nicht beizukommen ist.

Frankreich steht seit zwei Jahren im Bann allgegenwärtiger islamistischer Bedrohung. Der Alltag der Menschen hat sich verändert: Schwer bewaffnete Militärs patrouillieren in den Straßen von Paris, Metrofahrten verzögern sich fast täglich, an Bahnhöfen wird das Gepäck durchleuchtet wie zuvor nur an Flughäfen, und in allen öffentlichen Gebäuden, auch an Universitäten, finden Einlasskontrollen statt. An der Oberfläche bleibt Paris eine Stadt voller

lebendiger Geschäftigkeit, doch die Menschen misstrauen einander stärker, gehen weniger aus, meiden Großevents. In der ersten Jahreshälfte 2016 kamen eine Million weniger Touristen nach Paris als im gleichen Zeitraum im Vorjahr; an erster Stelle standen mit 19 Prozent Rückgang die Deutschen. Dies mag Ausdruck der sprichwörtlichen „German Angst“ sein, hat aber vielleicht auch mit dem immer noch wirkmächtigen Bild von Paris als Sehnsuchtsort zu tun. Wer mag sich schon voller Verlangen einem Ort zuwenden, an dem die Bedrohung allgegenwärtig scheint?

Dabei folgt die Dramaturgie des Terrors einem ausgeklügelten, boshaften Plan. Kaum beginnt sich das Leben zu normalisieren, kaum atmen die Menschen auf, folgt der nächste Schlag. Die Orte und die Zeitpunkte sind strategisch gewählt. Dies galt auch für den Anschlag vom 14. Juli 2016 auf der Promenade des Anglais in Nizza. Ein Lastwagen raste in die Menge, die sich dort am Nationalfeiertag eingefunden hatte. Fast die Hälfte der 86 Opfer stammte aus dem Ausland, viele davon aus dem Maghreb. Der nach den Anschlägen vom 13. November 2015 verhängte Ausnahmezustand wurde mehrfach ausgedehnt, zuletzt bis Juli 2017. Das ansonsten so protestfreudige französische Volk nimmt die Beschneidung seiner Freiheitsrechte mit erstaunlichem Gleichmut hin – ein weiteres Indiz für die tiefe Verunsicherung der Menschen angesichts der terroristischen Bedrohung. >



Seit den Terroranschlägen
2015 ein gewohnter Anblick:
Bewaffnete Militärs patrouil-
lieren vor dem Louvre.

*Jubiläumsveranstaltungen
des DAAD in Paris*

*Umstrukturierung der
Masterstudiengänge*

*Top-Plätze im internationalen
Universitätsranking*

Wahlkampf in Frankreich

*Bedrohung durch
islamistischen Terrorismus*

*Investitionen in
den Hochschulbau*

Das deutsch-französische Paar: Vom Motor Europas zur Schicksalsgemeinschaft?

Staatspräsident und Kanzlerin hatten auch in diesem Jahr mehrfach Gelegenheit, einander ihr Mitgefühl auszudrücken. Der Anschlag auf dem Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz vom 19. Dezember 2016 nahm sich wie eine Antwort auf Nizza aus. Wieder raste ein Lastwagen in die Menge, wieder reklamierte der IS das Attentat für sich. Und erneut stammte fast die Hälfte der Opfer aus dem Ausland. Beide Anschläge zielten auf Anlässe von hoher Symbolkraft für das nationale Selbstverständnis: das stolze Gedenken an den Sturm auf die Bastille in Frankreich, die gemütvolle Adventsstimmung in Deutschland. Deutschland und Frankreich sind, daran besteht kein Zweifel mehr, bevorzugte Zielscheiben des islamistischen Terrors. Angesichts des ungehinderten Passierens des Attentäters Anis Amri durch Europa, vor und nach dem Anschlag, kommt die Vermutung auf, dass der internationale Terror systematischer und effizienter agiert als die europäischen Behörden. Die anhaltende

Krise Europas äußert sich auch darin, dass es nicht gelingt, gemeinsam unseren Kontinent ausreichend zu verteidigen und zu schützen. Dies wiederum ist Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten, die mit Horrorszenarios auf Stimmenfang gehen.

Das Bild vom deutsch-französischen Motor erscheint in dieser Konstellation weniger zutreffend denn je. Eher befinden sich Deutschland und Frankreich derzeit in einer Schicksalsgemeinschaft, die haltlos einer ungewissen Zukunft entgegentreibt. In diese Richtung weisen auch die mahnenden Worte, wie sie Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Hollande nach den amerikanischen Wahlen an Donald Trump richteten. Beide gratulierten sie knapp und erinnerten sodann den neugewählten amerikanischen Präsidenten in gesetzten Worten an die Grundwerte der Demokratie. Dieser wird sich die Worte wohl kaum zu Herzen genommen haben, und so bleibt auch hier ein schales Gefühl von Machtlosigkeit angesichts einer Welt, deren Regeln eher einem Computerspiel zu entstammen scheinen als der „Declaration of Human Rights“.

Das 1977 eröffnete und bis heute überraschend moderne Centre Pompidou zieht Kunstliebhaber und Touristen aus aller Welt an.



Ein Präsident sollte so etwas nicht sagen

Staatspräsident Hollande hat ohnehin wenig Anlass, anderen Politikern Ratschläge zur guten Amtsführung zu erteilen. Wenige Monate vor Ende seiner Regierungszeit ist unverkennbar, dass seine Politik auf ganzer Linie gescheitert ist. Deutlichstes Indiz ist seine Entscheidung, nicht zur Wiederwahl anzutreten – als erster Präsident der V. Republik. Die öffentliche Erklärung dieses Verzichts am 1. Dezember 2016 gehört zu den seltenen Augenblicken, in denen der „normale Präsident“ emotional bewegt vor die Kameras trat. Sein Scheitern ist zuallererst ein persönliches: Nur in Momenten nationaler Bedrohung ist es ihm gelungen, zu der präsidentialen Statur aufzuwachsen, die die Bürger von ihrem Präsidenten erwarten. Im politischen Alltag dagegen wirkte seine Amtsführung meist unentschlossen bis gleichgültig. Besonders erbittert hat die Franzosen seine unübersehbare Verachtung des Wahlvolks. Zwei Bücher illustrieren dies in besonderem Maße: „Merci pour ce moment“ (Danke für diesen Augenblick) aus dem Jahr 2014, in dem seine Ex-Lebensgefährtin Valérie Trierweiler mit François Hollande abrechnet, und „Un président ne devrait pas dire ça“ (Ein Präsident sollte so etwas nicht sagen) aus dem Jahr 2016, in dem der Staatspräsident eine stark persönlich gefärbte Bilanz seiner Amtszeit zieht. Auslöser für das Buch von Valérie Trierweiler war Hollandes Affäre mit der Schauspielerin Julie Gayet; die Bilder des Präsidenten auf Freiersfüßen, der auf dem Motorroller zu seiner Geliebten brauste, sorgten für Furore. Hatte Hollande zuvor als entscheidungsschwacher, aber menschlich anständiger Präsident gegolten, so zeichnete die enttäuschte Ex das Bild eines gefühlskalten Zynikers und Egomane. Einlass in die kollektive Erinnerung fand insbesondere die Rede von den „sans-dents“ (den Zahnlosen). So soll François Hollande im privaten Kreis die sozial Benachteiligten bezeichnet haben. Alle Dementis



änderten nichts daran, dass diese Formel von der Allgemeinheit begierig aufgegriffen wurde. Sein eigenes Grab schaufelte sich François Hollande mit dem Buch „Ein Präsident sollte so etwas nicht sagen“ mit dem sprechenden Untertitel „Die Geheimnisse aus fünf Jahren Regierungszeit“. Das Erscheinen des 672 Seiten starken Bandes schlug am 12. Oktober 2016 ein wie eine Bombe. Frappierend ist zunächst der Narzissmus, den der Psychoanalytiker Michel Schneider in Le Monde vom 31. Oktober 2016 anprangert. Während das Land in schwierigen Zeiten nahezu führungslos dahintreibt, findet sein Präsident Zeit zur Selbstbespiegelung vor willigen Pressevertretern. Es fällt schwer, in diesem Buch, das für alle – Profi-Fußballer, Moslems, politische Gegner, persönliche Freunde und treue politische Weggefährten – eine Ohrfeige bereithält, etwas anderes zu sehen als einen, wenn auch unfreiwilligen, politischen Selbstmord. Besonders schockierend ist die selbstverliebte Geschwätzigkeit, mit der der amtierende Präsident Staatsgeheimnisse ausplaudert. So erklärt er, dass ihm der Ausnahmezustand höchst gelegen gekommen sei, um Demonstrationen von Umweltaktivisten anlässlich der COP21 Ende 2015 zu unterbinden. Sein Geständnis, mindestens vier gezielte Morde von Terroristen durch den französischen Geheimdienst angeordnet zu haben, ließ selbst seinen treuesten Mitstreiter und aktuellen Außenminister Jean-Marc Ayrault sich von ihm distanzieren. >

Gegen Ende seiner Amtszeit reißen die Vergleiche zwischen François Hollande und Napoleon nicht ab.



Luxusgut? Die Lebenshaltungskosten in Paris sind hoch.

Wer gewinnt die Präsidentschaftswahlen 2017?

Staatspräsident François Hollande ist nicht der einzige französische Politiker, der unter einem Verlust an Realitätssinn zu leiden scheint. Für Erheiterung sorgte der republikanische Präsidentschaftskandidat François Copé, als er in einem Interview auf Europe 1 am 24. Oktober den Preis eines „pain au chocolat“ auf 10 bis 15 Cent schätzte – ein Zehntel des tatsächlichen Preises. Wer dächte hier nicht an das berühmte – historisch nicht belegte – Diktum von Marie Antoinette, das Volk möge in Ermangelung von Brot doch einfach Brioche essen? Copés Dünkel wurde allerdings nicht ganz so streng geahndet wie der der Königin: Bei den republikanischen Vorwahlen am 20. November 2016 wurde er mit 0,3 Prozent der Stimmen letzter.

So plätschert der französische Präsidentschaftswahlkampf vor sich hin. Bei den Vorwahlen der Republikaner am 20. November 2016 siegte überraschend deutlich nicht der Favorit Alain Juppé, sondern François Fillon, Premierminister der Regierung Sarkozy. Inzwischen ist sein Stern allerdings wieder gesunken, nachdem ans Licht kam, dass seine Frau – auf deren Rolle als nichtberufstätige Hausfrau und Mutter der fünffache Vater häufig verwiesen hatte – über Jahre ein Gehalt für eine fiktive Tätigkeit in seinem Büro bezogen hatte. Es besteht zudem der Verdacht, dass zwei seiner Kinder für nicht-ausgeübte Tätigkeiten entlohnt wurden. Noch zögert der schwer beschädigte Politiker, seine Kandidatur auf das höchste Amt des Landes zurückzuziehen. Bei den Sozialisten, deren Vorwahlen Ende Januar 2017 stattfanden, siegte überraschend Benoît Hamon vom linken Flügel. Nicht weniger unerwartet ist der Erfolg des als linksliberal einzustufenden Emmanuel Macron. Der außerhalb der Vorwahlen angetretene Bewerber gilt derzeit als Favorit des bürgerlichen Lagers.

Welche Kandidaten auch immer im ersten Wahlgang am 23. April 2017 antreten: Es gilt als ziemlich sicher, dass der Sieger sich am 7. Mai bei der Stichwahl Marine Le Pen gegenübersehen wird, der alles andere als chancenlos Chef des rechtspopulistischen „Front National“. Ihr Wahlprogramm, mit seiner Europa- und Einwanderungsfeindlichkeit und der Fixierung auf Sicherheitsthemen, profitiert von der weltpolitischen Lage. Vor dem Hintergrund befremdet das heitere Politspektakel in den französischen Medien. Noch eins drauf setzt das neue Format „Une ambition intime“ des Privatsenders M6. Die Moderatorin Karine Le Marchand lädt Aspiranten aufs höchste Amt der Republik querbeet auf ihre Couch und entlockt ihnen dort persönliche Geständnisse und mehr oder minder geheuchelte Gefühlsausbrüche. Bisheriger Höhepunkt war das Tête-à-Tête mit Marine Le Pen, bei dem diese ihre Liebe zur Blumenpflege offenbarte und über ihre schwere Kindheit klagte. Was muss noch geschehen, damit die politische Klasse in Frankreich ihre Eifersüchteleien und Ränke zurückstellt, die Unzufriedenheit weiter Teile der Bevölkerung zur Kenntnis nimmt und ernsthafte Vorschläge unterbreitet, die den Wahlsieg von Marine Le Pen verhindern?

Pläne und Projekte im Großraum Paris

Ausländische Studierende zieht es, anders als die Touristen, unvermindert in die französische Hauptstadt. Zum vierten Mal in Folge hat QS Paris zur beliebtesten Studentenstadt der Welt gekürt. Hauptgrund hierfür ist die hohe Dichte international renommierter Hochschulen. Laut QS liegt Paris mit 18 Weltklasse-Hochschulen auf Platz 2 hinter London, das 19 solcher Institutionen aufweist. Die hohen Lebenshaltungskosten würden durch niedrige Studiengebühren aufgewogen, und die Lebensqualität in einer der schönsten Städte mit reichem Kulturangebot und großer Geschichte tue das Ihre.

Die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo möchte, dass diese Attraktivität auch erhalten bleibt. „Paris zeichnet sich durch die starke Integration der Hochschuleinrichtungen in die städtische Struktur aus. Die ganze Stadt ist ein Campus“, so Anne Hidalgo. Zwischen 2015 und 2020 will sie 228 Mio. Euro investieren. Universitätsgebäude und Forschungsinstitute werden saniert oder erweitert und 6.000 Unterkünfte für Studierende und Forscher geschaffen. Derzeit gibt es in Paris 338.000 Studierende, darunter 50.000 aus dem Ausland. Seit 1999 ist diese Zahl um 25 Prozent gestiegen, während die Gesamtbevölkerung nur um 9 Prozent wuchs.

Unter den subventionierten Hochschulen befindet sich auch die renommierte École normale supérieure (ENS) im 6. Arrondissement. Seit Jahren gehört diese zu den drei französischen Hochschulen, die es in die TOP 100 des Shanghai-Rankings schaffen – und das,



obwohl sie klein und fein ist und damit der aktuellen französischen Politik der Mega-Universitäten so gar nicht entspricht. Doch nicht nur die Stadt investiert in die Pariser Unilandschaft. So plant die französische Elitehochschule Sciences Po den Bau eines neuen Campus im 7. Arrondissement. Der Staat hat ihr das Hôtel d'Artillerie, einen Gebäudekomplex aus dem 17. Jahrhundert, für 87 Mio. Euro überlassen. Der neue Campus ist Teil der Zukunftsstrategie der Hochschule. Innovative Lernformen, >

Im Hörsaal Descartes der Sorbonne genießen die Studierenden das Privileg, in historischem Dekor zu lernen.

Außenstelle Paris: Zu Hause in der Sorbonne

Die Außenstelle des DAAD in Paris ist in den über 50 Jahren ihres Bestehens mehrfach umgezogen: Zuletzt war sie seit 2011 zu Gast im Deutschen Historischen Institut im Marais. Zum Jahresanfang 2017 beginnt mit dem Umzug in die Maison de la Recherche der Universität Paris-Sorbonne ein neues Kapitel. Erstmals ist der DAAD im Herzen des Quartier Latin untergebracht – dem traditionellen und nach wie vor pulsierenden Universitätsviertel der Metropole. Den Blick über die Dächer von

Paris im fünften Stock teilt sich der DAAD mit dem Zentrum für Deutschland- und Europastudien CIERA. Für den Präsidenten der Universität Paris-Sorbonne, Prof. Barthélémy Jobert, war es eine strategische Entscheidung, trotz der notorischen Raumknappheit seiner Universität den DAAD, zusätzlich zum CIERA, zu beherbergen. Die Zusammenarbeit mit Deutschland soll in den kommenden Jahren systematisch ausgebaut werden. Der DAAD ist hier als Förderorganisation gefragt, aber auch als Internationalisierungsagentur mit weltweiten Verbindungen. Erstes Highlight war die Verleihung der



Ehrendoktorwürde an Bundespräsident Joachim Gauck am 26. Januar 2017. Um den feierlichen Anlass rankte sich eine deutsche Woche, bei der der DAAD sich und seine Programme den Studierenden und Lehrenden der Sorbonne vorstellen konnte.

Die Maison de la Recherche der Universität Paris-Sorbonne beherbergt unter anderem den Großteil der Graduiertenschulen und den Universitätsverlag.

DREI AUF EINEN STREICH: JUBILÄUMSVERANSTALTUNG DES DAAD IN PARIS

Am 27. September 2016 lud der deutsche Botschafter Dr. Nikolaus Meyer-Landrut in seine Residenz. Mehr als 200 Gäste folgten der Einladung. Die Präsidentin des DAAD, Prof. Margret Wintermantel, eröffnete die Veranstaltung gemeinsam mit dem deutschen Botschafter. Gleich drei freudige Anlässe gab es zu feiern: 50 Jahre ENA-Programm des DAAD, 30 Jahre PROCOPE-Programm und ein brandneues Exzellenzprogramm mit der Université Paris-Sorbonne. Alleine 100 ehemalige Enarchen hatten



Der deutsche Botschafter Dr. Nikolaus Meyer-Landrut feierte mit Gästen in seiner Residenz 50 Jahre ENA-Programm, 30 Jahre PROCOPE und das gemeinsame Exzellenzprogramm mit der Sorbonne.

sich eingefunden; die meisten waren aus Deutschland angereist. Eindrucksvoll sind die Karrieren der deutschen ENA-Absolventen in Diplomatie, Politik, Wirtschaft und Verbänden, aber auch die intensiven Bande, die über die Zeit in der französischen Kaderschmiede weit hinauswirken. Dies ist nicht zuletzt der Gesellschaft der ehemaligen deutschen ENA-Schüler zu verdanken, deren Vorsitzender, Botschafter a.D. Andreas von Mettenheim, sich für die Kontakte untereinander, aber auch den Fortbestand des Programms einsetzt. Mit Matthias Fekl, Staatssekretär für Außenhandel, Tourismusförderung und Auslandsfranzosen beim Außenminister, hielt ein Deutsch-Franzose – Absolvent der ENA und Sohn des ehemaligen DAAD-Lektors Walther Fekl – den Eröffnungsvortrag. Engagiert diskutiert wurde während der Podiumsrunde „Europa neu erfinden: eine Aufgabe für Entscheidungsträger in Deutschland und Frankreich?“. Der anschließende Empfang bot Gelegenheit zum Wiedersehen und zum Knüpfen neuer Kontakte.

der Dialog von Forschung und Lehre und die Öffnung zu Stadt und Gesellschaft sollen hier erprobt werden. Unverkennbar geht es auch Sciences Po darum, zur Weltklasse aufzuschließen: „Es wird ein urbaner Campus entstehen, der in Sachen Funktionalität, Platz sowie Arbeits- und Lebensbedingungen mit denen unserer großen internationalen Partner wie der Columbia University in New York, der London School of Economics oder der Hongkong University vergleichbar sein wird“, erklärt Frédéric Mion, Direktor von Sciences Po. Baubeginn ist 2018; 2021 sollen die ersten Studierenden den neuen Standort nutzen. Die insgesamt 200 Mio. Euro Baukosten will Sciences Po aus eigener Kraft stemmen, in erster Linie durch Einsparungen bei den bisherigen Mietkosten.

Neben Stadt und Region engagiert sich auch der Staat beim Hochschulbau. Mit der schon 2008 gestarteten Opération Campus sollen insgesamt 5 Mrd. Euro in die Entwicklung vielversprechender Hochschulstandorte investiert werden. Pate stand auch hier die Idee, international sichtbare und attraktive Exzellenzstandorte zu schaffen. Eines der zwölf ausgewählten Großprojekte betrifft das Pariser Stadtgebiet und verteilt sich auf mehrere Universitäten.

Zwei weitere Vorhaben befinden sich in den Pariser Vorstädten jenseits der Stadtautobahn, die das historische Zentrum umschließt. Bei den derzeit noch im Entstehen begriffenen Projekten handelt es sich um die künftige Universität Paris Saclay im Süden von Paris und den Campus Condorcet im Nordosten. Die Baumaßnahmen, die von der Vorgängerregierung mit viel Elan gestartet wurden, schreiten nur schleppend voran, und das finanzielle Engagement bleibt bislang noch hinter den Ankündigungen zurück. Kritisiert wird auch, dass es keine Abstimmung zwischen dieser Förderung und der im Zuge der Exzellenzinitiative gebe. Für beide Initiativen gilt, dass der Pariser Raum besonders undurchsichtig ist. Während andernorts in der Regel lokale Universitäten fusionieren und einen gemeinsamen Campus entwickeln, laufen in Paris die Verbindungen und Trennlinien quer durch die Stadt. Hinzu kommt, dass Bündnisse geschlossen und wenig später wieder aufgekündigt werden. Wie intensiv die Zusammenarbeit sein soll, wird nicht von allen Partnern eines Verbunds gleich gesehen. Bestes Beispiel ist Paris-Saclay, nach dem Willen der Politik das künftige Silicon Valley Frankreichs, wo seit Jahren eine Schlamm-schlacht zwischen Vertretern von Universitäten

Die Pariser Hochschulszene boomt. 228 Mio. Euro will die Stadt bis 2020 in die Sanierung von Universitätsgebäuden und Forschungsinstituten investieren.

und Grandes Ecoles im Gange ist. Konventionelle Bauvorhaben sind wohl einfach zu unbeweglich für den Pariser Bienenstock.

Selektion – bald kein Privileg der Grandes Ecoles mehr?

Seit Jahren fordern Universitätsvertreter das Recht, ihre Studierenden zu Beginn des Masterstudiums – und möglichst auch schon nach dem Baccalauréat – auswählen zu dürfen. Bisher hatte man sich damit beholfen, zwischen erstem und zweitem Masterjahr zu selektieren, ein in Bologna-Zeiten völlig obsoletes Überbleibsel des alten Studiensystems. Nachdem Studierende hiergegen verschiedentlich erfolgreich geklagt hatten, wurde zum Studienjahr 2016/2017 eine kuriose Zwischenlösung gewählt: 40 Prozent der Masterprogramme erhielten auf Antrag das Recht, zwischen dem ersten und zweiten Masterjahr (M1 und M2) zu sieben, die restlichen mussten alle Bewerber annehmen. Allen Beteiligten war klar, dass für das folgende Studienjahr eine andere Lösung gefunden werden musste.

Der Durchbruch kam am 4. Oktober 2016, als Universitätspräsidenten, Gewerkschaften der Hochschulmitarbeiter und Studierendenverbände sich auf einen Kompromiss einigten: Künftig dürfen die Verantwortlichen aller Masterstudiengänge ihre Studierenden auswählen. Damit entfällt die Selektion zwischen



Tabelle 26 : Daten zum Bildungssystem Frankreich

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	64,40 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	7,46 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	39.677
Wirtschaftswachstum	0,26 %
Inflation	0,51 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 2
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 3
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 24
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	5,53 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	2.388.880
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	54,52 %
Immatrikulationsquote	64,39 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	741.004
PhD	13.729
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	2,26
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	103.733
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	10,24 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. China	
2. Marocco	
3. Algerien	
4. Tunesien	
5. Senegal	
7. Deutschland	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	84.059
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	10,24 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland (WS 2015/16)	7.305
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. Belgien	
2. Vereinigtes Königreich	
3. Kanada	
4. Schweiz	
5. Deutschland	

Quellen: DAAD, Statistik
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt
 Wissenschaft weltoffen
 The World Bank, Data
 UNESCO, Institute for Statistics

Künftig dürfen alle Hochschulen ihre Masterstudierenden vor dem ersten Masterjahr auswählen, statt wie bisher zwischen erstem und zweitem Jahr.

Tabelle 27 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2016 Frankreich

A = Geförderte aus dem Ausland
D = Geförderte aus Deutschland

		Frankreich	
I. Individualförderung – gesamt		A	209
		D	282
1. nach Status			
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	128	
	D	54	
Studierende auf Master-Niveau	A	22	
	D	63	
Doktoranden	A	35	
	D	37	
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	24	
	D	128	
2. nach Förderdauer			
< 1 Monat	A	54	
	D	74	
1–6 Monate	A	115	
	D	50	
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	40	
	D	158	
II. Projektförderung – gesamt		A	326
		D	451
1. nach Status			
grundständig Studierende	A	51	
	D	129	
Studierende mit erstem Abschluss (Graduierte)	A	111	
	D	87	
davon Doktoranden	A	63	
	D	118	
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	59	
	D	113	
andere Geförderte *	A	42	
	D	4	
2. nach Förderdauer			
< 1 Monat	A	200	
	D	368	
1–6 Monate	A	103	
	D	29	
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	23	
	D	54	
III. EU-Mobilitätsförderung – gesamt **		A	1
		D	6.420
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A		
	D	5.085	
2. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandspraktikum)	A		
	D	920	
3. Erasmus-Personalmobilität (Dozenten, sonstiges Personal)	A	1	
	D	415	
DAAD-Förderung – gesamt (I + II + III)		A	536
		D	7.153
A und D – gesamt (I + II + III)		7.689	

* Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

** Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD schließlich Fördermittel an deutsche Hochschulen, die insbesondere akademische Mobilität ins europäische Ausland unterstützen (EU-Mobilitätsförderung). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen zu den Geförderten beziehen sich auf das Projekt 2014 und damit auf die Laufzeit 1.6.2014–31.5.2016.

erstem und zweitem Masterjahr. Mit ein paar kleinen Ausnahmen: In Psychologie und Jura wird es auch weiterhin eine Selektion für den M2 geben. Grund ist, dass das fünfte Studienjahr Psychologen zur Ausübung eines reglementierten Berufs führt, während Juristen nach dem vierten Studienjahr entscheiden, in welche Richtung sie sich spezialisieren. Der Kompromiss sieht im Gegenzug vor, dass allen Inhabern einer Licence (entspricht dem Bachelor) per Gesetz das Recht auf einen Master-Platz garantiert wird. Erhält ein Kandidat auf seine Bewerbungen kein Studienplatzangebot, kann er sich an den obersten Verwaltungsbeamten des jeweiligen Bildungsverwaltungsbezirks, den sogenannten „recteur d'académie“ wenden, an der er die Licence erworben hat. Dieser ist verpflichtet, ihm drei Studienplätze vorzuschlagen, einen davon an seiner Heimatuniversität. Eine Website soll eingerichtet werden, um die Suche nach geeigneten Programmen zu erleichtern; sie ist allerdings bisher noch nicht im Netz. Dies ist vermutlich nicht der einzige ungedeckte Scheck in dem Verfahren. Die „recteurs d'académie“ sind wahrlich nicht zu beneiden, wenn sie in größerer Zahl Angebote für Studierende aus dem Hut zaubern müssen, die im regulären Verfahren nicht zum Zuge gekommen sind. Schon ohne diese zusätzliche Schleife erweist es sich Jahr für Jahr als äußerst schwierig, alle Studierenden rechtzeitig mit einem Studienplatz zu versorgen. Unklar ist auch, ob die Universitäten es schaffen, bis zum Sommer alle ihre Master in zweijährige Programme umzuwickeln. Am 19. Dezember 2016 hat der Gesetzentwurf die Assemblée Nationale passiert; die Bahn ist also frei für die Vorbereitung der „Rentrée“, des Starts des neuen Studienjahrs im Herbst 2017. <<

Warschau

Polen im „guten Wandel“?



Dr. Klaudia Knabel leitet die Außenstelle Warschau seit 2016. Die Außenstelle besteht seit 1997 und hat zurzeit sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

2016 stand das 25. Jubiläum des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags auf der politischen Agenda. Beide Länder haben sich sicherlich im letzten Vierteljahrhundert stark verändert, in Polen allerdings ist der Kontinuitätsbruch seit mehr als einem Jahr Regierungsprogramm. Schon in ihrem Wahlkampf prägte die nationalkonservative Partei Prawo i Sprawiedliwość (PiS, Recht und Gerechtigkeit) das Schlagwort vom „guten Wandel“. Seit Herbst 2015 ist sie in Regierungsverantwortung und setzt ihre Vorstellungen von der angekündigten Veränderung des Landes zügig um. Wichtige Schwerpunkte sind dabei die Wirtschafts- und Sozialpolitik: Die Partei will dem Wirtschaftsliberalismus Einhalt gebieten und das Einkommen der Bürger steigern. Im Fokus stehen dabei Familien mit Kindern. Vor diesem Hintergrund wurde das Kindergeld deutlich erhöht, der Mindestlohn angehoben und die Einkommenssteuergrenze heraufgesetzt. Auf Kreditbasis startend sollen diese Maßnahmen mittelfristig durch eine Steuerreform finanziert werden, welche die Lasten innerhalb der Gesellschaft gerechter verteilen will.

Beata Szydło, Ministerpräsidentin in der nationalkonservativen Regierung, will den „guten Wandel“.



Die Regierung unter Beata Szydło setzt jedoch nicht nur sozialpolitische Wahlversprechen um, sondern hat auch wichtige innenpolitische Weichenstellungen vorgenommen, um die Macht der Partei zu sichern. Nicht nur Führungs-, sondern auch Expertenpositionen in Ministerien sowie in staatsnahen Institutionen und Betrieben wurden neu besetzt. Ein neues Mediengesetz bringt die Spitzenposten der öffentlich-rechtlichen Medien unter die Kontrolle des Schatzministers und damit unverkennbar auf Regierungskurs. Das Verfassungsgericht wurde gelähmt und marginalisiert. Die daraus resultierende Verfassungskrise rief die Europäische Union auf den Plan, die ein Verfahren zur Überprüfung der Rechtsstaatlichkeit des Mitgliedslandes einleitete – ein bisher einmaliger Vorgang. Der deutlichen Kritik aus Brüssel begegnete Warschau, insbesondere der Partei- und heimliche Regierungschef Jarosław Kaczyński, mit Gelassenheit. Und in der Tat ist der Einfluss der EU gering: Sanktionen gegenüber einem Mitgliedstaat bedürfen der Einstimmigkeit – das ungarische Veto ist der polnischen Regierung sicher.

Geschichts- und Kulturpolitik

Eine Neuausrichtung erfahren auch die Geschichts- und Kulturpolitik, welche in den Dienst eines heroischen und affirmativen Selbstverständnisses der polnischen Nation gestellt werden sollen. Zentrale Ereignisse sind dabei – neben dem Zweiten Weltkrieg – die politische Wende von 1989 sowie der



Europäische Kulturhauptstadt 2016: Breslau präsentiert seine Sonnenseite.

Flugzeugabsturz von Smolensk 2010. So soll das international anerkannte Projekt des Danziger Museums, das die Geschichte des Zweiten Weltkriegs aus globaler Perspektive darstellen wollte, auf eine ausschließlich nationale Linie gebracht werden. Die Partei stellt zudem das Narrativ einer erfolgreichen friedlichen Revolution und ihres Helden, des Arbeiterführers Lech Wałęsa, infrage. In der nationalkonservativen Perspektive der PiS hat der „Kompromiss des runden Tisches“ dazu geführt, postkommunistische Netzwerke in der liberal-demokratischen Gesellschaft der Nachwendezeit zu verankern. Die polnischen Errungenschaften des letzten Vierteljahrhunderts werden auf diese Weise diskreditiert, Wałęsa als nationaler Held entthront. In der Ruhmeshalle jüngster polnischer Geschichte wird somit ein Platz frei für den ▶

*Abgekühlte Beziehungen
zu Deutschland*

Reformen im Schulsystem

*Hintere Positionen im
weltweiten Hochschulranking*

*Ziel: mehr Gaststudierende
in polnische Hörsäle*

*20. Jubiläum der
„Schule Deutschen Rechts“*



Die zweifache Nobel-preisträgerin Maria Skłodowska-Curie ist in ihrer Geburtsstadt sehr präsent – hier auf einer Wandmalerei in der Nähe der Universität Warschau.

einstigen Weggefährten Wałęsas und späteren Staatspräsidenten Lech Kaczyński. Der Bruder des jetzigen Parteichefs – eines der Opfer des Flugzeugabsturzes bei Smolensk, wird nun zum Nationalhelden aufgebaut. Die Regierung vertritt, anderslautenden Untersuchungsberichten zum Trotz, die Verschwörungstheorie eines russischen Attentats und lässt nun die Leichen der Opfer gegen den Widerstand vieler Angehöriger exhumieren. Zum Kult um Lech Kaczyński gehört nicht nur die monatliche Gedenkfeier vor dem Präsidentenpalast, sondern auch der Film „Smolensk“, der die Attentatstheorie illustriert. Die Premiere des Films fand in Anwesenheit des Staatspräsidenten und hoher PiS-Vertreter statt. Mit der Vermittlung polnischer Erinnerungskultur werden nun auch die im Ausland aktiven Polnischen Institute beauftragt. Diese fungierten bisher erfolgreich

als das Schaufenster polnischer Kulturproduktion im Ausland und trugen zum Dialog mit dem jeweiligen Gastland bei. Künftig sollen die Auslandspolen die bevorzugte Zielgruppe sein.

Polnische Außenpolitik

In der Außenpolitik nimmt Polen zwar keine Kurskorrektur vor, setzt jedoch auf eine neue selbstbewusste Rhetorik und die Durchsetzung nationaler Interessen. Im Vordergrund stehen dabei sicherheitspolitische Fragen sowie die Neudefinition der polnischen Rolle innerhalb der EU und in der Welt. So strebt Polen einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an, in dem das Land zuletzt 1997 vertreten war. Ohne ihre EU-Mitgliedschaft infrage zu stellen, will die polnische Regierung stärker als bisher Einfluss auf die Gestaltung der EU nehmen, die derzeit – so die Einschätzung – zu sehr von Deutschland dominiert werde. Der bevorzugte Bündnispartner der polnischen Pläne, die sich gegen eine weitere Vertiefung der Kooperation innerhalb der EU wenden, war bis zum Juni 2016 das Vereinigte Königreich. Deshalb war der Brexit-Schock in Polen besonders groß. Weitere favorisierte Partner innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft sind die Länder der Visegrád-Gruppe, die gemeinsam für eine Stärkung der NATO-Ostflanke eintreten. Eine weitere geopolitische Gruppierung, die Polen

Nach dem verregneten „Schwarzen Montag“ ist der Regenschirm zum Symbol des Frauenprotests in Polen geworden.



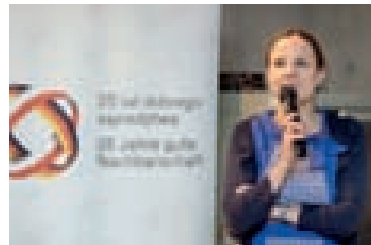
aktivieren möchte, ist das sogenannte Inter-marium. Die angestrebte Allianz ostmitteleuropäischer Staaten, eine polnische Idee aus der Zwischenkriegszeit, könnte ein Gegengewicht zu Russland und Deutschland bilden.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass das Verhältnis zu den deutschen Nachbarn deutlich abgekühlt ist: Die polnische Regierungschefin hat ihren Antrittsbesuch in Berlin ungewöhnlich spät gemacht, erst drei Monate nach Amtsantritt. Einen Konflikt in den bilateralen Beziehungen stellt nicht nur das deutsch-russische Gaspipeline-Projekt North Stream, sondern auch die Frage nach einer adäquaten Antwort auf die Flüchtlingskrise dar. In den Verhandlungen mit der EU wendet sich die regierende PiS strikt gegen Verteilungsquoten innerhalb der EU und favorisiert – in Übereinstimmung mit ihren ungarischen, tschechischen und slowakischen Nachbarn – eine „flexible Solidarität“, die jedem EU-Mitgliedsland die Entscheidung über seinen Beitrag zur Krisenlösung überlässt. Mit dieser Haltung weiß sie eine Mehrheit der polnischen Bevölkerung hinter sich: In dem Land mit der niedrigsten Ausländerquote innerhalb der Europäischen Union (2015: 0,28 Prozent) sprach sich Umfragen zufolge am Jahresanfang eine Mehrheit dagegen aus, Flüchtlinge auch nur vorübergehend aufzunehmen.

In der Flüchtlingsfrage ist die polnische Gesellschaft weitgehend auf Regierungskurs, andere Themen bergen dagegen großes Konfliktpotenzial. Im Mai gingen Tausende in Warschau gegen die Politik der nationalkonservativen Regierung auf die Straße – die größte Demonstration seit dem Fall des Eisernen Vorhangs. Anfang Oktober, am sogenannten Schwarzen Montag, zogen vor allem Polinnen gegen eine Verschärfung des ohnehin sehr restriktiven Abtreibungsrechts zu Felde. Unter dem Eindruck des massenhaften Protests wurde das Vorhaben kurzfristig kassiert. Ähnliche

DEUTSCH-POLNISCHE BEZIEHUNGEN

Die Verbindungen zwischen Polen und Deutschland sind eng und vielfältig: Über zwei Millionen Menschen in Polen lernen Deutsch, mehr als 100 polnische Schulen sind Partnerschulen Deutschlands, 700.000 Menschen aus Polen leben in Deutschland. Das Fundament vieler bilateraler Aktivitäten ist der Nachbarschaftsvertrag, der vor 25 Jahren von beiden Ländern unterzeichnet wurde. 2016 stand im Zeichen seines Jubiläums, das in beiden Ländern unter dem Motto „Świętujemy! – Wir feiern!“ begangen wurde. Die Außenstelle lud deutsche und polnische Studierende zu einem Seminar unter dem Motto „Gemeinsam in Europa – 25 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag“ nach Warschau ein. Die Studierenden hatten dabei nicht nur Gelegenheit, individuelle Kontakte zu knüpfen und ihre „Nachbarn“ bei gemeinsamen Aktivitäten zu erleben. Im Rahmen des Seminars kamen auch Experten zu Wort und diskutierten mit den Teilnehmern den aktuellen Stand der bilateralen Beziehungen. So analysierte der Leiter des ARD-Hörfunkstudios Henryk Jarczyk die Darstellung Polens in deutschen Medien. Die Politikwissenschaftlerin und DAAD-Alumna



Dr. Agnieszka Łada stellte die Ergebnisse des jüngsten „Deutsch-Polnischen Barometers“ vor. Die breit angelegte Umfrage, welche die gegenseitige Wahrnehmung beider Länder im Jubiläumsjahr zum Thema hatte, zeichnet ein differenziertes Bild: Während auf gesellschaftlicher Ebene die Beziehungen gut funktionieren, gibt es im politischen Feld Störungssignale, die sich auf Akzeptanz und Sympathiewerte auswirken.

Der DAAD fördert den deutsch-polnischen Austausch, wie beim Seminar „Gemeinsam in Europa – 25 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag“ mit DAAD-Alumna und Expertin für deutsch-polnische Beziehungen, Dr. Agnieszka Łada (oben). Angeregte Diskussionen folgten.

Reaktionsmechanismen waren bei dem Versuch zu beobachten, die Versammlungsfreiheit und die Presseberichtserstattung aus dem Parlament einzuschränken: Unter öffentlichem Druck nahm die Regierung die Vorhaben zurück oder modifizierte sie. Anders anlässlich der Besetzung des Sejms durch die Opposition zum Jahreswechsel, die der Regierung eine verfassungswidrige Abstimmung des Haushalts 2017 vorwarf. Hier hielt die Regierung bis zur Jahreswende stand und sprach von einem Putschversuch ihrer Gegner. ➤



Der Verfassungsstaat und die Mechanismen seiner Verteidigung – darüber diskutierten bei der Festveranstaltung „Der Verfassungsstaat“ an der Universität Warschau unter anderem (v.l.) Bundesverfassungsrichterin Prof. Susanne Baer, Prof. Mirosław Wyrzykowski (Universität Warschau) und Prof. Marcus Lutter (Universität Bonn).

Die „Schule Deutschen Rechts“ an der Universität Warschau feiert ihren 20. Geburtstag

„Der Verfassungsstaat“, so lautete der Titel der Festveranstaltung, die am 20. Oktober 2016 in der Alten Bibliothek der Warschauer Universität stattfand. Sechs amtierende Verfassungsrichtern und -richter sowie Juristen beider Länder diskutierten unter anderem das Wesen des Verfassungsstaates und die Mechanismen seiner Verteidigung – Fragen, die im heutigen Polen, das eine

tiefgreifende Verfassungskrise durchlebt, hochaktuell sind. Die Präsidenten beider Verfassungsgerichte würdigten die Konferenz ausdrücklich: Prof. Andreas Voßkuhle ließ eine Grußbotschaft verlesen, sein polnischer Kollege, Prof. Andrzej Rzepliński, nahm persönlich an der Konferenz teil. Die hochkarätige Besetzung der drei Podien machte deutlich, welche Bedeutung und Ausstrahlung die Warschauer „Schule des Deutschen Rechts“ in Polen hat und wie gut sie mit der deutschen Rechtswissenschaft und -praxis vernetzt ist.

Die Idee zu einer gemeinsamen Rechtsschule hatten Prof. Markus Lutter von der Universität Bonn und sein Warschauer Kollege Prof. Mirosław Wyrzykowski.

Das Konzept lässt sich auf die folgende einfache Formel bringen: Deutsche Juristen vermitteln polnischen Studierenden Grundzüge deutschen und europäischen Rechts in deutscher Sprache und bereiten sie dadurch auf eine grenzüberschreitende juristische Tätigkeit vor. Der DAAD fördert die Rechtsschule, genauso wie vergleichbare Projekte in Krakau und Lodz. Die polnischen Teilnehmer erhalten ein Zertifikat verbunden mit der Option, die in Warschau erworbenen Credits in ein LL.M.-Studium in Bonn einzubringen. Zwischen 1996/1997 und 2014/2015 hat die Schule insgesamt 565 Absolventen hervorgebracht.

Die Partei, die unter anderem mit Sozialversprechen die Wahl gewonnen hat, muss nun beweisen, dass ihre Politik bezahlbar ist. Nicht nur das Kindergeld, sondern auch das angekündigte Wohnungsbauprogramm und die Absenkung des Rentenalters werden den Staatshaushalt stark belasten. Auch wenn die Arbeitslosigkeit sich mit 8,2 Prozent auf einem historischen Tiefstand befindet und die erwartete Inflation ausgeblieben ist, blieb das Wirtschaftswachstum 2016 mit 2,6 Prozent hinter den Erwartungen und dem Vorjahreswert (3,9 Prozent) zurück. Die Staatsverschuldung könnte schon bald die Drei-Prozent-Grenze überschreiten. Um dies zu verhindern, wird der Finanz- und Wirtschaftsminister umschichten müssen. Es bleibt abzuwarten, wo die Einschnitte erfolgen werden, und wie sie von den polnischen Wählern aufgenommen werden.

Der Hochschulminister Jarosław Gowin spricht bei einer Konferenz zum Thema „Internationalisierung polnischer Hochschulen“ in Rzeszów.

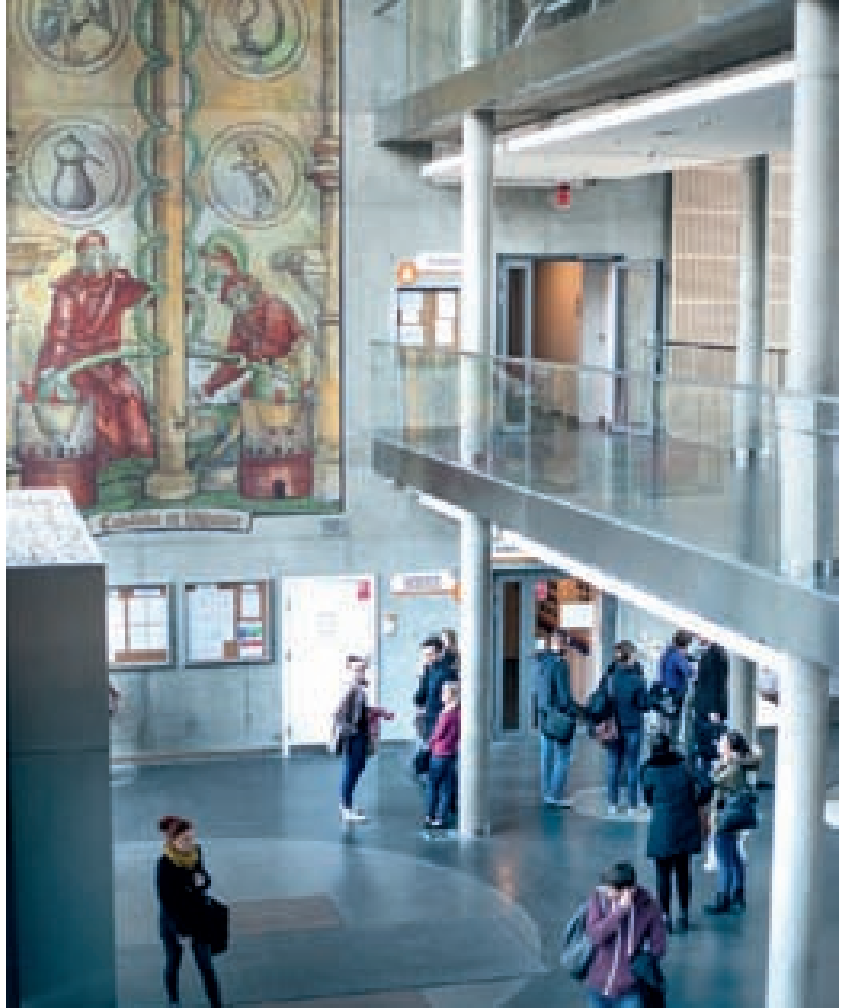
Schulen und Hochschulen auf Reformkurs

2012 erlebte Polen einen positiven PISA-Schock: Lag das Land bei der ersten PISA-Studie zwölf Jahre zuvor noch unter dem OECD-Durchschnitt, erreichen polnische Schüler seit 2012 Spitzenplätze im internationalen Wettbewerb. Die aktuelle Regierung sieht dennoch Reformbedarf und will eine Schulreform schon zum



nächsten Schuljahr durchführen. Das Gymnasium, eine Mittelschule zwischen der sechsjährigen Grundschule und dem dreijährigen Lyzeum, soll zum nächsten Schuljahr abgeschafft werden. Damit kehrt Polen zu dem zweigliedrigen Schulsystem der Volksrepublik zurück, das 1999 reformiert worden ist. Bildungsministerin Zalewska argumentiert, dass die häufigen Schulwechsel die Schüler überforderten und das Lyzeum in der dreijährigen Schulzeit nur unzureichend auf Abitur und Studium vorbereite. Im Land regt sich jedoch vehementer Protest von Lehrern, Schülern und Eltern, die im Vorfeld nicht konsultiert worden sind und nun Chaos an den Schulen und den Abbau Tausender Lehrerstellen befürchten. Viele wenden sich aber auch gegen die geplante Neuausrichtung der Lehrpläne, die stärker patriotischen Werten Rechnung tragen sollen. Streiks an den Schulen und ein Referendum gegen die Reform könnten das Frühjahr prägen.

Anders als seine Kollegin aus dem Schulressort hat Jarosław Gowin, Minister für Wissenschaft

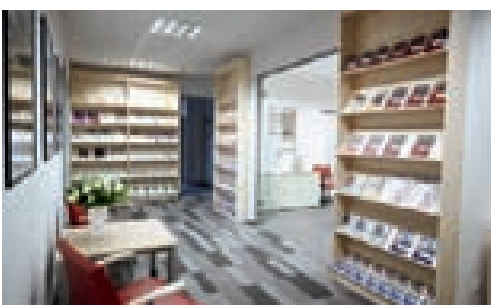
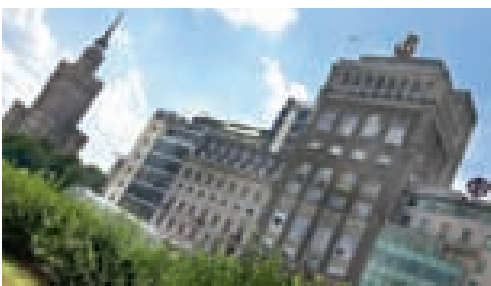


und Hochschulbildung, seine Reformagenda mit einem breit angelegten Konsultationsprozess eingeleitet. Gowin, promovierter Philosoph und Politikwissenschaftler, ehemals Rektor einer privaten Hochschule, hatte bei seinem Amtsantritt schmerzhaft Reformen

Die Universität Danzig ging 1970 aus der Wirtschaftshochschule in Zoppot und der Pädagogischen Hochschule Danzig hervor.



AUSSENSTELLE DES DAAD AN NEUEM STANDORT



Seit dem Sommer hat die Außenstelle des DAAD nicht nur eine neue Leitung, sondern ist im Zentrum der polnischen Hauptstadt untergebracht. Sie liegt nun an einer der Hauptkreuzungen der Stadt, am Schnittpunkt der beiden U-Bahn-Trassen, mit Blick auf den Kulturpalast, das Wahrzeichen der Stadt. Entscheidender Standortvorteil ist die unmittelbare Nähe zu den wichtigsten Hochschulen der Stadt und des Landes – der Universität Warschau, der Technischen Universität sowie der Wirtschaftshochschule. Der DAAD ist Mieter in einem Gebäude der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, die sich seit 25 Jahren um den grenzüberschreitenden Dialog beider Länder kümmert. Die Förderung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit ist einer der Arbeitsschwerpunkte der Stiftung, so dass die neue Nachbarschaft eine höhere Sichtbarkeit und weitere Synergieeffekte für beide Institutionen verspricht. Die Förderung des Alexander-Brückner-Zentrums für Polenstudien in Halle und Jena verbindet beide Institutionen schon heute.

Modern und zentral: Die neuen Räumlichkeiten der DAAD-Außenstelle in Warschau liegen direkt an den wichtigen Hochschulen der Stadt.



Gute Stimmung: Der Berliner Künstler Chefket begeistert Schüler und Studierende bei seiner Tour durch Polen (links).

Der deutsche Botschafter Rolf Nikel (r.) überreicht die Urkunden an DAAD-Stipendiaten.



angekündigt. Als Ziele nannte er Entbürokratisierung, Stärkung der Innovationskraft sowie Schaffung von Leuchtturmhochschulen – ein Programm, das sich schon die Vorgängerregierung auf die Fahnen geschrieben hatte. Als Triebfeder der angestrebten Veränderungen dient dabei unter anderem der internationale Vergleich. Polnische Hochschulen haben im Shanghai-Ranking bislang immer schwach abgeschnitten: Nur die Universitäten von Warschau und Krakau sind in der Liste regelmäßig zu finden, meistens in dem Feld der 301 bis 400 besten Hochschulen weltweit. Im letzten Jahr sind jedoch beide Institutionen, die in Polen hohes Renommee genießen, noch weiter abgestiegen.

Ein weiterer Indikator für die mangelnde Attraktivität polnischer Hochschulen ist die geringe Zahl ausländischer Studierender in ihren Hörsälen: Gemeinsam mit Kroatien war Polen 2015 das Schlusslicht der Liste der beliebten Gastländer in Europa. Allerdings steigt die Zahl der Ausländer an polnischen Hochschulen seit Jahren kontinuierlich an: 2015/2016 waren mehr als 57.000 ausländische Studierende in Polen eingeschrieben, 2005 waren es nur 10.000; ihr Anteil liegt derzeit bei 4,1 Prozent. Der Zuwachs an Hörern aus dem Ausland speist sich vor

allem aus den Nachbarstaaten, allen voran der Ukraine. Sie entsendet mehr als die Hälfte der ausländischen Eingeschriebenen, gefolgt von Weißrussen und Norwegern. Ein Ziel des Ministers ist es deshalb, nicht nur die Zahl der ausländischen Studierenden zu erhöhen, sondern auch ihre Gruppe zu diversifizieren.

Mit dieser Aufgabe beauftragt ist eine neu geschaffene Agentur, die 2017 ihre Arbeit aufnehmen soll. Die Nationale Agentur für Akademische Zusammenarbeit (Narodowa Agencja Współpracy Akademickiej) soll nicht nur ausländische Studierende und Wissenschaftler anwerben, sondern auch polnische Forscher aus dem Ausland zurückgewinnen. Das Ministerium hat bereits eine Verordnung zur Stärkung der Hochschulautonomie und somit zum Abbau der Bürokratie vorgelegt. Die Hochschulfinanzierung soll ab Sommer 2017 einem neuen Algorithmus folgen, der große Institutionen stärkt. In Vorbereitung ist außerdem das sogenannte Gesetz 2.0, ein neues Hochschulgesetz, das so grundlegende Fragen wie Hochschulsystem, Hochschulverwaltung, Evaluation, Finanzierung sowie die Organisation von Studium und Lehre betreffen soll. Ziel ist es unter anderem, innovative Forschung und die Verbindung zur Wirtschaft zu stärken. Vorschläge

dafür werden in einem Wettbewerbsverfahren erarbeitet: Drei Projektgruppen, die sich in einer Auswahl durchgesetzt haben, arbeiten seit dem Sommer letzten Jahres an ihren Ideen für eine neue Funktionsweise des Hochschulsystems. Im Januar 2017 sollen sie Ergebnisse vorlegen, die in den Gesetzesvorschlag einfließen sollen. Parallel dazu lotet das Ministerium in einem Zyklus von Konferenzen, die an jeweils unterschiedlichen Hochschulstandorten durchgeführt werden, die Stimmungslage und Resonanz der betroffenen Akteure aus.

Der Minister kann bei seinen Reformplänen nicht mit enormen Zuwächsen der Finanzmittel rechnen: Waren 2016 die Ausgaben für Wissenschaft (+5,9 Prozent) und Hochschulen (+5,3 Prozent) gestiegen, so liegt die Budgetsteigerung für 2017 in beiden Bereichen bei nur 2 Prozent. Die demografische Entwicklung dürfte dem Minister jedoch in die Hände spielen: Seit 2005 sinkt die Zahl der Studienanfänger – Prognosen zufolge wird sie sich bis 2020 fast halbiert haben. Das Studienjahr 2015/2016 hat diesen Trend bestätigt: Waren im Vorjahr 1,469 Millionen Studierende an polnischen Hochschulen eingeschrieben, so lag ihre Zahl im letzten Jahr bei 1,405 Millionen. Dies stellt erneut einen Rückgang um 4,4 Prozent dar, im Vorjahr betrug er 5,2 Prozent.

Der DAAD in Polen

Die deutschen und die polnischen Hochschulen arbeiten eng zusammen, auch wenn die Zahl der bilateralen Kooperationen im letzten Jahr leicht zurückgegangen ist. Der Hochschulkompass verzeichnet aktuell 1.322 gemeinsame Projekte. Polen steht somit an sechster Stelle der Liste bevorzugter Partner deutscher Hochschulen – nach Frankreich, Spanien, den USA, Italien und Großbritannien. Der DAAD fördert solche Kooperationen im Rahmen einer Vielzahl von Programmen („Ostpartnerschaften“, „Doppelabschlussprogramm“,

Tabelle 28 : Daten zum Bildungssystem Polen

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	38,61 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	4,47 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	26.135
Wirtschaftswachstum	3,28 %
Inflation	0,11 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 8
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 6
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 38
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	4,8
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	1.902.718
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	59,82 %
Immatrikulationsquote	71,16 %
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	557.769
PhD	3.376
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	0,94
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	37.285
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	1,46 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland	
1. Ukraine	
2. Belarus	
3. Norwegen	
4. Schweden	
5. Spanien	
9. Deutschland	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	23.044
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	1,21 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland (WS 2015/16)	6.165
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland	
1. Deutschland	
2. Vereinigtes Königreich	
3. Frankreich	
4. Italien	
5. USA	

Quellen: DAAD, Statistik
 DESTATIS – Statistisches Bundesamt
 Wissenschaft weltweit
 The World Bank, Data
 UNESCO, Institute for Statistics

„Deutschsprachige Studiengänge“, „Bachelor-Plus-Programm“, „Germanistische Institutspartnerschaften“ etc.). Die individuelle Mobilität wird durch verschiedene DAAD-Stipendienprogramme unterstützt, die sich stets einer großen Nachfrage erfreut haben. Der Rückgang der Studierendenzahlen an polnischen

Tabelle 29 : DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen 2016 PolenA = Geförderte aus dem Ausland
D = Geförderte aus Deutschland

		Polen	
I. Individualförderung – gesamt		A	286
		D	118
1. nach Status			
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	156	
	D	32	
Studierende auf Master-Niveau	A	60	
	D	10	
Doktoranden	A	29	
	D	14	
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	41	
	D	62	
2. nach Förderdauer			
< 1 Monat	A	160	
	D	56	
1–6 Monate	A	51	
	D	12	
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	75	
	D	50	
II. Projektförderung – gesamt		A	1.104
		D	827
1. nach Status			
grundständig Studierende	A	269	
	D	325	
Studierende mit erstem Abschluss (Graduierte)	A	224	
	D	169	
davon Doktoranden	A	150	
	D	57	
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	A	394	
	D	255	
andere Geförderte*	A	67	
	D	21	
2. nach Förderdauer			
< 1 Monat	A	961	
	D	717	
1–6 Monate	A	127	
	D	63	
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	16	
	D	47	
III. EU-Mobilitätsförderung – gesamt**		A	6
		D	1.471
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A		
	D	1.008	
2. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandspraktikum)	A		
	D	109	
3. Erasmus-Personalmobilität (Dozenten, sonstiges Personal)	A	6	
	D	354	
DAAD-Förderung – gesamt (I + II + III)		A	1.396
		D	2.416
A und D – gesamt (I + II + III)		3.812	

*Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

**Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD schließlich Fördermittel an deutsche Hochschulen, die insbesondere akademische Mobilität ins europäische Ausland unterstützen (EU-Mobilitätsförderung). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen zu den Geförderten beziehen sich auf das Projekt 2014 und damit auf die Laufzeit 1.6.2014–31.5.2016.

Der ehemalige Leiter der Außenstelle Dr. Peter Hiller und seine Nachfolgerin Dr. Klaudia Knabel feiern die Eröffnung des neuen DAAD-Büros in Warschau.



Hochschulen infolge der aktuellen demografischen Entwicklung macht sich in den letzten Jahren auch in dem bilateralen Austausch bemerkbar: So ist die Zahl der polnischen Studierenden an deutschen Hochschulen stark rückläufig (2005: 12.209; 2015: 6.165). Dieser Trend hat sich im letzten Jahr auch auf die Zahl der Bewerbungen um ein DAAD-Stipendium ausgewirkt. 2016 war die Nachfrage jedoch erfreulicherweise stabil.

Das Jahr war auch für den DAAD von zahlreichen Aktivitäten und Veranstaltungen im Kontext des 25. Jubiläums des deutsch-polnischen Vertrages über gute Nachbarschaft geprägt. Die Außenstelle organisierte ein Seminar für deutsche und polnische Studierende, das die bilateralen Beziehungen zum Thema hatte. Außerdem unterstützte sie – gemeinsam mit den DAAD-Lektoren im Land – die Tournee des Berliner Hip-Hop-Musikers Chefket, der polnischen Schülern und Studierenden die deutsche Sprache näher gebracht hat. In die Feierlichkeiten eingebunden war auch das Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien (WBZ) an der Universität Breslau, das sich seit seiner Gründung 2002 zu der führenden Forschungsstelle zu Deutschland und den bilateralen Beziehungen entwickelt hat. Das Zentrum konzipierte und zeigte aus Anlass des Jubiläums eine Ausstellung, die herausragende Akteure beider Länder auf vielfältigen Kooperationsfeldern porträtiert. <<

Anhang

Adressen im In- und Ausland

DAAD-Zentrale Bonn

Deutscher Akademischer
Austauschdienst
Kennedyallee 50
53175 Bonn (Deutschland)
Postfach 200404
53134 Bonn (Deutschland)
Tel. +49 (228) 882-0
Fax +49 (228) 882-444
postmaster@daad.de
www.daad.de

Büro Berlin

Deutscher Akademischer
Austauschdienst
WissenschaftsForum
am Gendarmenmarkt
Markgrafenstraße 37
10117 Berlin (Deutschland)
Hauptstadtbüro
Tel. +49 (30) 20 22 08-0
Fax +49 (30) 20 4 12 67
Berliner Künstlerprogramm
Tel. +49 (30) 20 22 08-20
bkp.berlin@daad.de
www.berliner-
kuenstlerprogramm.de

DAAD-Außenstellen

Außenstelle Brüssel (seit 2006) zuständig für die EU-Institutionen

Deutscher Akademischer
Austauschdienst
Rue d'Arlon 22-24
1050 Brüssel (Belgien)
Tel. +32 (2) 609 52 85
buero.bruessel@daad.de
http://bruessel.daad.de

Außenstelle Hanoi (seit 2003) zuständig für Vietnam, Kambodscha, Laos und Myanmar

Deutscher Akademischer
Austauschdienst
Vietnamesisch-Deutsches Zentrum
Trung Tam Viet Duc
Hanoi University of Science
and Technology
Dai Co Viet/Tran Dai Nghia
Hanoi (Vietnam)
Tel. +84 (4) 38 68 37 73
Fax +84 (4) 38 68 37 72
daad@daadvn.org
www.daadvn.org

Außenstelle Jakarta (seit 1990) zuständig für Indonesien, Malaysia und Singapur

German Academic Exchange Service
Jl. Jend. Sudirman, Kav. 61-62
Summitmas II, 14th Floor
12190 Jakarta (Indonesien)
Tel. +62 (21) 520 08 70, 525 28 07
Fax +62 (21) 525 28 22
info@daadjkt.org
www.daadjkt.org

Außenstelle Kairo (seit 1960) zuständig für Ägypten und Sudan

Deutscher Akademischer
Austauschdienst
11 Street El-Saleh Ayoub
Kairo-Zamalek (Ägypten)
Tel. +20 (2) 27 35 27 26-0
Fax +20 (2) 27 38 41 36
info@daadcairo.org
www.daad.eg

Außenstelle London (seit 1952) zuständig für das Vereinigte Königreich und Irland

German Academic Exchange Service
1 Southampton Place
WC1A 2DA London (Großbritannien)
Tel. +44 (20) 78 31-95 11
Fax +44 (20) 78 31-85 75
info@daad.org.uk
www.daad.org.uk

Außenstelle Mexiko-Stadt (seit 2000) zuständig für Mexiko

Servicio Alemán de Intercambio
Académico
Calle Kepler 157
Col. Nueva Anzures
Del. Miguel Hidalgo
C.P. 11590 México, D.F.
(Mexiko)
Tel. +52 (55) 52 50 18 83
Fax +52 (55) 52 50 18 04
info@daadmex.org
www.daad.mx

Außenstelle Moskau (seit 1993) zuständig für die Russische Föderation

Deutscher Akademischer
Austauschdienst
Leninskij Prospekt 95a
119313 Moskau
(Russische Föderation)
Tel. +7 (499) 132 49 92
Fax +7 (499) 132 49 88
daad@daad.ru
www.daad.ru

Außenstelle Nairobi (seit 1973) zuständig für Kenia, Äthiopien, Burundi, Ruanda, Südsudan, Tansania und Uganda

German Academic Exchange Service
Upper Hill Close, 3rd floor Madison
Insurance Hse
Nairobi, P.O. Box 14050
00800 Nairobi (Kenia)
Tel. +254 (20) 272 97 41
info@daadafrica.org
http://nairobi.daad.de

Außenstelle Neu Delhi (seit 1960)

zuständig für Indien, Bangladesch,
Bhutan, Nepal und Sri Lanka

German Academic Exchange Service
c/o DLTA Complex,
R.K. Khanna Stadium,
1 Africa Avenue
110 029 New Delhi (Indien)
Tel. +91 (11) 66 46 55 00
Fax +91 (11) 66 46 55 55
info@daaddelhi.org
www.daaddelhi.org

Außenstelle New York (seit 1971)

zuständig für USA und Kanada

German Academic Exchange Service
871 United Nations Plaza
10017 New York, N.Y. (USA)
Tel. +1 (212) 758 32 23
Fax +1 (212) 755 57 80
daadny@daad.org
www.daad.org

Außenstelle Paris (seit 1963)

zuständig für Frankreich

Office Allemand d'Echanges
Universitaires
Maison de la Recherche
Université Paris-Sorbonne 28,
rue Serpente
75006 Paris (Frankreich)
Tel. +33 (1) 01 53 10 58 32
info-paris@daad.de
http://paris.daad.de

Außenstelle Peking (seit 1994)

zuständig für die Volksrepublik
China (einschließlich Hongkong)

Deutscher Akademischer
Austauschdienst
Landmark Tower 2, Unit 1718
8 North Dongsanhuan Road
Chaoyang District
100004 Beijing (VR China)
Tel. +86 (10) 65 90-66 56
Fax +86 (10) 65 90-63 93
postmaster@daad.org.cn
www.daad.org.cn

**Außenstelle Rio de Janeiro
(seit 1972)**

zuständig für Brasilien

Serviço Alemão de Intercâmbio
Acadêmico
Rua Professor Alfredo Gomes, 37
Botafogo
22251-080 Rio de Janeiro (Brasilien)
Tel. +55 (21) 25 53 32 96
Fax +55 (21) 25 53 92 61
info@daad.org.br
www.daad.org.br

Außenstelle Tokio (seit 1978)

zuständig für Japan und Südkorea

Deutscher Akademischer
Austauschdienst
Deutsches Kulturzentrum
Akasaka 7-5-56, Minato-ku
107-0052 Tokio (Japan)
Tel. +81 (3) 35 82 59 62
Fax +81 (3) 35 82 55 54
daad-tokyo@daadjp.com
http://tokyo.daad.de

Außenstelle Warschau (seit 1997)

zuständig für Polen

Niemiecka Centrala Wymiany
Akademickiej
ul. Zielna 37
00-108 Warszawa (Polen)
Tel.: +48 (22) 395 54 00
Fax: +48 (22) 395 54 07
daad@daad.pl
www.daad.pl

DAAD-Informationszentren

Afghanistan

Kabul
info@daad-kabul.org
www.daad-kabul.org

Argentinien

Buenos Aires
ic@daad.org.ar
www.daad.org.ar

Armenien

Eriwan
info@daad.am
www.daad.am

Aserbaidsschan

Baku
info@daad.baku.az
www.daad.baku.az

Äthiopien

Addis Abeba
office@daad-ethiopia.org
www.daad-ethiopia.org

Australien

Sydney
daad.australia@gmail.com
ic.daad.de/sydney/

Belarus

Minsk
daad-ic-minsk@bntu.by
www.daad-ic-minsk.by

Brasilien

São Paulo
daad_sao_paulo@daad.org.br
www.daad.org.br

Chile

Santiago de Chile
ic@daad.cl
www.daad.cl

China

Guangzhou
guangzhou@daad.org.cn
www.daad.org.cn

Hongkong
daadhk@hkbu.edu.hk
ic.daad.de/hongkong

Shanghai
shanghai@daad.org.cn
www.daad.org.cn

Costa Rica

San José
daad@conare.ac.cr
www.centroamerica.daad.de

Georgien

Tiflis
info@daad.org.ge
ic.daad.de/tbilissi

Ghana

Accra
info@daad-ghana.org
www.daad-ghana.org

Griechenland

Athen
info@daad.gr
www.daad.gr

Indien

Chennai
chennai@daadindia.org
www.daaddelhi.org

Pune
pune@daadindia.org
www.daaddelhi.org

Irak

Erbil
IC_erbil@daad-iraq.info
www.daad-iraq.info

Iran

Teheran
info@daad-iran.org
www.daad-iran.org

Israel

Tel Aviv
info@daad-israel.org
www.daad-israel.org

Italien

Rom
info@daad-italia.it
www.daad-italia.it

Jordanien

Amman
info@daad-jordan.org
www.daad-jordan.org

Kamerun

Yaoundé
info@daad-kamerun.org
www.daad-kamerun.org

Kanada

Toronto
daadca@daad.org
www.daad-canada.ca

Kasachstan

Almaty
info@daad.kz
www.daad.kz

Kirgisistan

Bischkek
info@daad.kg
www.daad.kg

Kolumbien

Bogotá
info@daad.co
www.daad.co

Korea, Republik

Seoul
info@daad.or.kr
www.daad.or.kr

Lettland

Riga
ic@daad.lv
www.daad.lv

Libanon

Beirut
info@daad-lebanon.org
www.daad-lebanon.org

Malaysia

Kuala Lumpur
info@daadkl.org
ic.daad.de/kualalumpur

Pakistan

Islamabad
info@daad.org.pk
ic.daad.de/islamabad

Palästinensische Gebiete

Ost-Jerusalem
daadeastjerusalem@gmail.com
www.daad.de/westbank_gaza

Peru

Lima
info@daad.pe
www.daad.pe

Rumänien

Bukarest
info@daad.ro
www.daad.ro

Russische Föderation

Kasan
daad-kasan@mail.ru
www.daad.kpfu.ru

Nowosibirsk

info@daad-novosibirsk.ru
www.daad-novosibirsk.ru

St. Petersburg

daad@herzen.spb.ru
www.daad.spb.ru

Serbien

Belgrad
info@daad.rs
www.daad.rs

Singapur, Republik

Singapur
info@daad-singapore.org
www.daad-singapore.org

Spanien

Madrid
info@daad.es
www.daad.es

Südafrika

Johannesburg
daad@wits.ac.za
www.daad-southafrica.org

Tadschikistan

Duschanbe
info@daad.tj
www.daad.tj

Taiwan

Taipeh
info@daad.org.tw
www.daad.org.tw/de

Thailand

Bangkok
info@daad.or.th
www.daad.or.th

Tschechische Republik

Prag
info@daad.cz
www.daad.cz

Türkei

Ankara
ankara@daad-turkiye.org
www.daad-turkiye.org

Istanbul
istanbul@daad-turkiye.org
www.daad-turkiye.org

Tunesien

Tunis
info@daad.tn
www.daad.tn

Ukraine

Kiew
info@daad.org.ua
www.daad.org.ua/de

Ungarn

Budapest
mail@daad.info.hu
www.daad.info.hu

USA, Vereinigte Staaten

San Francisco
daadsf@daad.org
www.daad.org/daadsf

Vereinigte Arabische Emirate

Abu Dhabi
info@daad-gulfregion.org
www.daad-gulfregion.org

Vietnam

Ho-Chi-Minh-Stadt
hcmc@daadvn.org
www.daad-vietnam.vn/de

Die Webseiten der Außenstellen
und Informationszentren (IC)
des DAAD finden Sie auch unter:
www.daad.de/offices

Herausgeber

Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)
German Academic Exchange Service
Kennedyallee 50
53175 Bonn (Deutschland)
www.daad.de

Ulrich Grothus, DAAD (verantwortlich)

Redaktion Carolin Brühl, Katja Spross,
Trio MedienService, Bonn

Bildredaktion Thomas Pankau, DAAD

Gestaltung und Satz LPG Loewenstern Padberg GbR,
Bonn

Druck Köllen Druck + Verlag GmbH, Bonn

Auflage April 2017 – 3.000

Alle Rechte vorbehalten.

© DAAD

Bildnachweis Michael Jordan (Titel, S. 2./3, 4), Andreas Paasch (S. 6), Michael Asaad (S. 10, 13, 15 rechts, 16 oben u. unten links), Aileen Völlger (S. 11), Pantea K. Salehani (S. 12 oben), Samir Laabous (S. 12 unten), Roman Luck-scheiter (S. 14, 15 links, 16 rechts unten, 18), Helmut Blumbach (S. 20 oben, 22 oben), Gado Cartoons (S. 20 unten) DAAD Nairobi (S. 21, 22 unten, 25 unten rechts), Paul_Munene (25 oben u. unten links), edicomm (S. 30), Rocio Cristina Gonzalez Guajardo (S. 31), Isabella Fetzer (S. 32 oben), pixabay (S. 32 unten, 81, 92, 93, 125, 143, 144), DAAD Mexiko (S. 33, 34, 38 beide), Adrian Alejandro Elizondo (S. 35), Maddeleine Cervantes Virgen (S. 36), Alemania-Mexico 2016-2017 (S. 37), Beowulf Sheehan (S. 40), Nina Lemmens (S. 41), Gage Skidmore (S. 42 oben), Julian F. Kilchling (S. 42 unten), Clara Sol Krause (S. 44), Johnny Guatto, University of Toronto (S. 45), Jay Michuda (S. 46 oben links), GermanyUN (S. 46 oben rechts), Jordan Silverman/Georgetown University (S. 46 unten links), DAAD/ubivent (S. 46 unten rechts), DWIH-SP/Felipe Mairowski (S. 50), Fabian Voswinkel/pixelio.de (S. 51 oben), Felipe Larozza, <https://pt.wikipedia.org/wiki/Ficheiro:Ocupacao-de-escola-publica-em-Diadema.jpg>, Wikimedia Commons Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“ (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>) (S. 51 unten), DAAD Rio de Janeiro (S. 52, 55 beide, 56, 57 beide), Reporter Fotografico, Wilson Dias/Agência Brasil, https://en.m.wikipedia.org/wiki/File:Brazil_protest_2016_March.jpg, This file is licensed under the Creative Commons Attribution 2.0 Generic license (<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>) (S. 54), Baylat (S. 58), Natascha Senftleben (S. 60, 64, 65 zweite Reihe links und dritte Reihe links), Kerstin Rische (S. 61), Tran Duy Tinh (S. 63 beide), DAAD Hanoi (S. 65 oben, zweite Reihe rechts und unten links, 66), photothek.de (S. 65 dritte Reihe rechts und unten rechts), DAAD Jakarta (S. 70), Ivan Annusyirvan (S. 71, 72 beide, 73, 74, 76, 77), Carsten

Thomas (S. 75), DAAD Neu Delhi (S. 80, 84 beide, 85 beide, 86 beide, 87, 88 beide), Autor: Kottakkalnet currency demonetization in india 2016 https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Currency_demonetization_in_india_2016_20161111_144732665.jpg#file Lizenziert: Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International license (S. 82), Cossde, https://en.wikipedia.org/wiki/Old_Royal_College_Building_Colombo#/media/File:Department_of_Mathematics_UoC.jpg, This file is licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported license (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>) (S. 83), DAAD Peking (S. 90, 94 beide, 98 beide), Nico Villanueva/Unsplash (S. 91), https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/6/6e/Tongji_Daxue_Xiaomen.JPG, CC BY-SA 3.0 (S. 96), Thomas Pankau (S. 100 oben), Deutsche Botschaft Tokio (S. 100 unten, 103 oben links), Laura Blecken (S. 101, 102 beide, 105 oben, 106, 107 oben), DAAD Tokio (S. 103 oben rechts und unten, 105 unten, 107 unten, 108), Sander de Wilde (S. 110 oben), European Union 2016, European Parliament (S. 110 unten links, 112), European Union, Mauro Bottaro (S. 110 unten rechts), European Union 2016 Source EP (S. 111), Carolin Crespo Steinke (S. 114, 115), FKPH (S. 116 alle, 117), DAAD London (S. 120), David East/Unsplash (S. 121), Alexandre Godreau/Unsplash (S. 122), Founder's Building, Royal Holloway ©Wikipedia, Photo by David Iliff, License: CC-BY-SA 3.0 (S. 124), Sam Hardman (S. 126 oben), Ivor Bolton (S. 126 unten links), Jörg Schneider (S. 126 unten rechts), DAAD Moskau (S. 130, 133 oben, 137 beide, 138 beide), Jerzy/pixelio.de (S. 131), Nadezhda Krasikova (S. 132, 133 unten), Dmitry A. Mottl, This file is licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported license (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>) (S. 135), IC Novosibirsk (S. 136), Christiane Schmeken (S. 140, 142), By Rama (Own work) [CeCILL (http://www.cecill.info/licences/Licence_CeCILL_V2-en.html) or CC BY-SA 2.0 fr (<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/fr/deed.en>)], via Wikimedia Commons (S. 141), Olivier Jacquet/Université Paris-Sorbonne (S. 145 beide, 157), Ambassade d'Allemagne/Brunet (S. 146), Mirosław Kaźmierczak (S. 150 oben, 153 beide, 156 rechts beide), PAP/Radek Pietruszka (S. 150 unten), <https://www.shutterstock.com/pl/image-photo/panorama-old-town-part-wroclaw-sunset-282393857> (S. 151), Patryk Korzeniecki, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Warsaw_Marie_Skłodowska-Curie_2011.jpg licensed under the Creative Commons Attribution 3.0 Unported license (<https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.en>) (S. 152 oben), <https://www.shutterstock.com/de/image-photo/poland-warsaw-24102016-ogolnopolski-strajk-kobiet-504094462> (S. 152 unten), Deutsche Rechtsschule Warschau (S. 154 oben), Uniwersytet Rzeszowski, Michał Świącicki (S. 154 unten), Wydział Chemii Uniwersytetu Gdańskiego, Adam Ościłowski (S. 155 oben), Maria Szrajber (S. 155 mitte), Krystian Szczęsny (S. 155 unten, 158), Goethe Institut Warschau/Anna Bobryk (S. 156 links)



www.daad.de